



Sächsischer Landtag

93. Sitzung

4. Wahlperiode

Beginn: 10:01 Uhr

Dresden, 9. November 2007, Plenarsaal

Schluss: 17:40 Uhr

Inhaltsverzeichnis

0	Eröffnung	7669			
	Änderung der Tagesordnung	7669		Kristin Schütz, FDP	7687
	Dr. Johannes Müller, NPD	7669		Karin Stempel, CDU	7687
	Heinz Lehmann, CDU	7669		Kristin Schütz, FDP	7687
	Dr. Johannes Müller, NPD	7669		Karin Stempel, CDU	7687
				Horst Wehner, Linksfraktion	7688
				Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales	7689
				Holger Zastrow, FDP	7691
				Kerstin Nicolaus, CDU	7692
				Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion	7693
1	Aktuelle Stunde				
	1. Aktuelle Debatte				
	Finanzausstattung der sächsischen Kommunen				
	Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD	7670			
	Dr. Matthias Rößler, CDU	7670			
	Margit Wehnert, SPD	7671			
	Ronald Weckesser, Linksfraktion	7672			
	Alexander Delle, NPD	7672			
	Holger Zastrow, FDP	7673			
	Antje Hermenau, GRÜNE	7674			
	Dr. Matthias Rößler, CDU	7675			
	Sebastian Scheel, Linksfraktion	7676			
	Stanislaw Tillich, Staatsminister der Finanzen	7678			
	2. Aktuelle Debatte				
	Schlechte Noten für die Gesund- heitspolitik – Ärztemangel wirksam bekämpfen				
	Antrag der Fraktion der FDP	7679			
	Holger Zastrow, FDP	7679			
	Karin Stempel, CDU	7680			
	Kerstin Lauterbach, Linksfraktion	7681			
	Johannes Gerlach, SPD	7682			
	Dr. Johannes Müller, NPD	7683			
	Elke Herrmann, GRÜNE	7684			
	Kristin Schütz, FDP	7685			
	Karin Stempel, CDU	7686			
			2	Klimawandel in Sachsen – Herausforderung und Chancen	
				Drucksache 4/9285, Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, und die Antwort der Staatsregierung	7694
				Antje Hermenau, GRÜNE	7694
				Prof. Dr. Karl Mannsfeld, CDU	7696
				Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE	7697
				Prof. Dr. Karl Mannsfeld, CDU	7697
				Dr. Monika Runge, Linksfraktion	7698
				Johannes Gerlach, SPD	7699
				Alexander Delle, NPD	7701
				Tino Günther, FDP	7702
				Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE	7703
				Tino Günther, FDP	7703
				Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE	7703
				Tino Günther, FDP	7703
				Elke Altmann, Linksfraktion	7703
				Tino Günther, FDP	7703
				Elke Altmann, Linksfraktion	7704
				Tino Günther, FDP	7704
				Klaus-Jürgen Menzel, fraktionslos	7704
				Antje Hermenau, GRÜNE	7705
				Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	7706

Eröffnung

(Beginn der Sitzung: 10:01 Uhr)

Präsident Erich Iltgen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 93. Sitzung des 4. Sächsischen Landtages.

Folgende Abgeordnete, von denen Entschuldigungen zu unserer heutigen Sitzung vorliegen, sind beurlaubt: Prof. Dr. Milbradt, Herr Jurk, Frau Kagelmann, Herr Hatzsch, Herr Schowtka, Herr Winkler und Herr Lichdi.

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung unserer heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Das Präsidium hat folgende Redezeiten für die Tagesordnungspunkte 2 bis 13 festgelegt: CDU 85 Minuten, Linksfraktion 65 Minuten, SPD 40 Minuten, NPD, FDP und GRÜNE je 30 Minuten, fraktionslose MdL je 5 Minuten und die Staatsregierung 45 Minuten. Die Redezeiten der Fraktionen und der Staatsregierung können auf die Tagesordnungspunkte entsprechend dem Bedarf verteilt werden.

Ich bitte, folgende Änderungen in der Ihnen vorliegenden Tagesordnung vorzunehmen: Die Tagesordnungspunkte 3 bis 9, 3. Lesungen, sind zu streichen, da wir sie bereits am Mittwoch behandelt haben.

Meine Damen und Herren! Mir liegt ein als dringlich bezeichneter Antrag der NPD-Fraktion in der Drucksache 4/10311 „Fristverkürzung für die Einreichung eines Dringlichen Antrages nach § 111 der Geschäftsordnung des Sächsischen Landtages“ vor. Der Antrag ist heute, am 9. November 2007, eingereicht worden. Um von der Einreichungsfrist von drei Arbeitstagen vor der Plenarsitzung gemäß § 54 Abs. 3 Satz 1 der GO abzuweichen, beantragt die NPD-Fraktion mit der Drucksache 4/10311 gemäß § 111 der Geschäftsordnung eine Fristverkürzung für einen Dringlichen Antrag. Ich bitte um Begründung des Antrages auf Abweichung von der GO. – Bitte.

Dr. Johannes Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, es liegt auf der Hand, da die Veröffentlichung in der Zeitung „Capital“ erst gestern erfolgte, wonach die Ausfallrisiken der Sachsen LB statt 17 Milliarden Euro jetzt 30 Milliarden Euro betragen. Ich denke, das ist ein so gravierender Vorfall, dass unser Antrag heute behandelt werden sollte. Wir wünschen eine Information durch die Staatsregierung.

Präsident Erich Iltgen: Wird dazu das Wort gewünscht? – Herr Lehmann, bitte.

Heinz Lehmann, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat, die Sachsen LB ist in eine schwierige Situation geraten und die Staatsregierung tut alles, um Aufklärung zu schaffen

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:
Mir kommen die Tränen!)

und um die Belastungen für Sachsen zu begrenzen. Der erste Evaluierungsbericht wird, wie Sie wissen, zum Jahresende, vielleicht zu Beginn nächsten Jahres vorliegen. An dieser Strategie wird sich nichts ändern.

Der gestrige Artikel „Sächsisches Roulette“ im „Capital“ gibt im Wesentlichen die Sachverhalte wieder, die bereits bekannt waren, zugegeben, etwas reißerisch aufgemacht. Das ist für uns kein Grund, von der Geschäftsordnung abzuweichen und im § 111 eine Verkürzung der Einreichungsfrist zu beschließen. Wir werden die Prüfergebnisse abwarten und dann auf der Basis gesicherter Daten sprechen. Deswegen sprechen wir uns gegen den Antrag der NPD-Fraktion aus.

Präsident Erich Iltgen: Wird weiter das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Herr Dr. Müller, bitte.

Dr. Johannes Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Darauf muss ich schon erwidern. Wenn sich die Ausfallrisiken plötzlich um 13 Milliarden Euro erhöhen und damit die bisherigen Verträge mit der LBBW wahrscheinlich null und nichtig sein werden, dann kann ich nicht von irgendwelchen geringen Abweichungen sprechen, wie das Kollege Lehmann jetzt tut.

(Widerspruch des Abg. Heinz Lehmann, CDU)

Wenn wir das heute nicht behandeln, kann ich nur an die Linksfraktion appellieren, die das Quorum hat, ein Sonderplenarium einzuberufen. Ich denke, das ist so gravierend für den Freistaat, dass man es heute behandeln sollte.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Erich Iltgen: Wird weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann bringe ich den Antrag der NPD-Fraktion bezüglich einer Ausnahme nach § 111 der Geschäftsordnung zur Abstimmung. Ich darf darauf hinweisen, dass eine Zweidrittelmehrheit notwendig wäre. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei Stimmen dafür ist das mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Ich frage, ob es weitere Anträge zur Tagesordnung gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann gilt die vorliegende Tagesordnung von Ihnen als bestätigt.

Wir kommen damit zur Tagesordnung selbst. Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 1

Aktuelle Stunde

1. Aktuelle Debatte: Finanzausstattung der sächsischen Kommunen

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

2. Aktuelle Debatte: Schlechte Noten für die Gesundheitspolitik – Ärztmangel wirksam bekämpfen

Antrag der Fraktion der FDP

Die Verteilung der Gesamtrededauer hat das Präsidium wie folgt vorgenommen: CDU 39 Minuten, Linksfraktion 26 Minuten, SPD 14 Minuten, NPD 12 Minuten,

FDP 17 Minuten, GRÜNE 12 Minuten und die Staatsregierung 20 Minuten. Wir kommen nun zu

1. Aktuelle Debatte

Finanzausstattung der sächsischen Kommunen

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

Zunächst haben die Antragsteller, die Fraktionen der CDU und der SPD, das Wort. Danach folgen Linksfraktion, NPD, FDP, GRÜNE und die Staatsregierung. Die Debatte ist eröffnet. Die Fraktion der CDU erhält das Wort. Herr Dr. Röbner, bitte.

Dr. Matthias Röbner, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute, am 9. November, am Tag der Maueröffnung, über die Finanzausstattung der sächsischen Kommunen sprechen, dann zeigt das eigentlich, wie weit wir in Deutschland in der Normalität angekommen sind. Gerade die Kommunen als Kernzellen einer funktionierenden Bürgergesellschaft verdienen auch in diesem Zusammenhang unsere besondere Aufmerksamkeit.

Die Steuerquellen sprudeln, meine Damen und Herren, die Konjunktur zieht an – liest man in der Zeitung. Die kommunalen Steuereinnahmen sind in der Tat in Sachsen mit 2 Milliarden Euro auf dem höchsten Wert seit der Wiedervereinigung. Die Steuereinnahmen der kreisangehörigen Kommunen sind 2005 um 9,2 % gestiegen, 2006 wieder um fast 9 % und im ersten Halbjahr 2007 um 16,3 %. Allein die Gewerbesteuer stieg um über 27 %.

Meine Damen und Herren, schwimmen nun unsere Kommunen in Geld? Das muss ich ganz stark relativieren. Trotz der erfreulichen Entwicklung muss man daran erinnern, dass der Anteil von Steuern an ihren Einnahmen bei etwas über 20 % liegt. Dazu kommen noch 5 % Gebühren. Das bedeutet, hier vereinnahmen unsere Kommunen halb so viel wie jene im Westen unseres Vaterlandes.

Meine Damen und Herren, wichtigste Einnahmequelle der Kommunen in Sachsen sind die Zuweisungen des Landes. Wenn man die 44 % in der Statistik sieht, dann sind das – WOBABereinigt – am Schluss doch 50 %, die man erhält. Im Westen sind das immerhin nur 29 %. Der

Freistaat beteiligt auch die Kommunen an seinen Einnahmen nach unserem berühmten Gleichmäßigkeitsgrundsatz. Es war gut und richtig, dass die Kommunen durch uns das Geld, das ihnen zusteht, vorgestern ein Jahr eher erhalten haben. Die können diese 176 Millionen Euro gut gebrauchen.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:
Die stehen ihnen zu!)

– Die stehen ihnen zu, Herr Hahn. Das ist klar.

Die Finanzlage der Kommunen definiert sich aus dem Saldo aus Einnahmen und Ausgaben. Da ergibt sich ein deutlich differenziertes Bild. Die Finanzlage unserer Landkreise hat sich 2006 gegenüber 2005 verschlechtert, und zwar aus dem einfachen Grund, dass die Ausgaben um 6 % und die Einnahmen um 2 % wuchsen. Dieser negative Finanzierungssaldo spiegelt sich auch darin wider, dass sich viele unserer Landkreise in steigende Kassenkredite retten. Der Kassenkreditbestand stieg von 42 Millionen Euro im Jahre 2006 auf etwa 72 Millionen Euro.

Es steigen natürlich auch die Kreisumlagen. Viele von uns, die in den Kreistagen sitzen, können über diese Kämpfe mit der starken Bürgermeisterfraktion in den Kreistagen berichten. Die Kreisumlage stieg von 25 % im Jahre 2005 auf 26,1 % im Jahre 2006. Und, meine Damen und Herren, wir erwarten für 2007 27 % Kreisumlage.

Woran liegt das? Unsere Kommunen wirtschaften sparsam. Die Personalausgaben stagnieren, fallen eher tendenziell. Aber die Ausgaben für soziale Leistungen steigen gewaltig, um etwa 20 %. Das ist die Ausgabenverlagerung des kommunalen Sozialverbundes. Das sind die Kosten der Unterkunft – zu denen ich vielleicht dann noch einmal komme – und das sind die steigenden Kosten für Grundsicherung.

Trotzdem: Die Kreisfinanzen 2007 geben Anlass zum Optimismus. Die Einnahmen der Landkreise sind im ersten Halbjahr stark gestiegen, um fast 5 %. Die Ausgaben sind leicht gefallen. Auch hier macht sich die Belebung des Arbeitsmarktes bemerkbar. Die sozialen Leistungen sind um etwa 2 % zurückgegangen.

Die Finanzen der Kommunen entwickeln sich auch durch diese nachhaltige und sparsame Haushaltspolitik auf kommunaler Ebene. Unsere Kommunen konnten die Zinsausgaben deutlich zurückfahren. Sie investieren nicht nur, sie tilgen auch Kredite. Trotzdem drohen diesem Konsolidierungsprozess Gefahren.

Ich erinnere nur daran, dass es möglicherweise dazu kommt, dass die Kosten der Unterkunft steigen. Die Bundesbeteiligung könnte in Sachsen von 31 auf 28,6 % abgesenkt werden. Und, meine Damen und Herren, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist ein steigender Kostenfaktor. Hier haben sich die Kosten seit 2003 verdoppelt.

In der nächsten Runde, meine Damen und Herren, denke ich, werden wir über diese differenzierte Finanzsituation unserer Kommunen weiter sprechen. Es gibt Anlass zum Optimismus, aber wir dürfen die Risiken nicht aus dem Auge lassen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der SPD das Wort. Wird das gewünscht? – Ja. Frau Wehnert, bitte.

Margit Wehnert, SPD: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der eine oder andere von Ihnen hat mich gefragt, warum wir in dieser Woche noch einmal über die finanzielle Situation der Kommunen sprechen.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Sehr gute Frage!)

Ich glaube – und da sind wir uns in der Koalition sehr einig –, dass wir gerade jetzt, nachdem wir das FAG gemeinsam verabschiedet haben, den Kommunen selbstverständlich das Geld, das ihnen zusteht, in diesem Jahr schon zeitiger für 2008 zur Verfügung gestellt haben, die Möglichkeit haben und ohne ideologische Grabenkämpfe die Chance nutzen sollten, nüchtern über dieses Thema zu diskutieren.

Dr. Rößler hat bereits einige Rahmenbedingungen und Daten genannt. Wer sich den Gemeindefinanzbericht von Sachsen 2006/2007 verdeutlicht und dort hineingeschaut hat, sieht, dass die Kommunalfinanzen durchaus sehr differenziert wiedergegeben werden.

Vielleicht noch einmal einige Aspekte dazu: Richtig ist, dass sich die grundsätzliche finanzielle Situation der sächsischen Kommunen seit 2004 positiv entwickelt hat. Gleichzeitig wird in diesem Artikel zu Recht klargestellt, dass aus diesem positiven Finanzierungssaldo nicht prinzipiell abgeleitet werden kann, dass sich die Finanzsituation nachhaltig verbessert hat.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Richtig!)

Vielleicht dazu noch einmal ein paar andere Beispiele: Durch den Verkauf der WOBA in Dresden wurde der bis 2005 sehr negative Trend der kreisfreien Städte im Finanzierungssaldo gestoppt, und es entstand ein positiver Saldo. Allerdings ging dieser Effekt neben dieser Einmaligkeit auch zulasten des städtischen Vermögens und hat leider, wie wir in den letzten Tagen der Presse entnehmen mussten, nicht dazu geführt, dass es die Stadt geschafft hat, grundsätzlich ihren Haushalt zu konsolidieren.

Gleichzeitig muss mit in Betracht gezogen werden, dass Finanzerhöhungen in den kreisfreien Städten gerade in den letzten zwei, drei Jahren auch durch die Erhöhung der Hebesätze erfolgt sind.

Ein anderes Beispiel: Die kreisangehörigen Gemeinden verzeichneten ab 2004 einen stetig ansteigenden Finanzierungssaldo im Gegensatz zu dem, was die Landkreise aufzuweisen hatten. Darauf ist Kollege Rößler bereits eingegangen. Dies ist im Durchschnitt zwar richtig, im Einzelfall aber wieder nicht. So sind es in einem Landkreis nur zwei Gemeinden gewesen, die einen erheblichen Zuwachs, und zwar von einmal 2 Millionen und einmal 9 Millionen Euro, hatten. Andere Gemeinden erreichten gerade einmal eine schwarze Null und wieder andere waren noch knapp darunter.

Grundsätzlich bleibt also festzuhalten, dass die Einnahmeseite der Kommunen bis auf wenige Ausnahmen dringend auf die Gelder aus dem Finanzausgleich angewiesen ist und dies für die zukünftigen Jahre auch bleiben wird. Für die Beurteilung der Finanzsituation bleibt die damalige Einschätzung zur Switchklausel weiterhin relevant. Das heißt, der Steuerkraftzuwachs bei den Kommunen konzentriert sich auf nur ganz wenige Beispiele. Das lässt sich an den Zahlen im Finanzvergleich insgesamt nachweisen. Das heißt, das Problem differenzierter Behandlung der Kommunen sollte man vielleicht einmal aufgreifen.

Zur Ausgabenseite. Auch hier ist einiges benannt worden: die unterschiedliche Handhabung der Organisation bei der Vermittlung von Arbeitslosen – auch hier verzeichnen wir unterschiedliche Finanzierungsmodelle –; die Absenkung der KdU oder Grundsicherung für Ältere, die angekündigt ist; die steigenden Kosten in anderen Bereichen. Gerade da sind wir im Land wieder in der Verpflichtung, gegenüber dem Bund deutlich zu machen, dass wir für das, was der Bund mit KdU und Ähnlichem weiterleitet, ein Garant für die Kommunen sind, dass so viel Geld wie möglich weitergeleitet wird.

Ein letzter Punkt, den ich aufgreifen muss und den ich immer wieder betonen möchte: die Evaluierung des FAG. Dieser Punkt ist auf die Agenda 2008 zu setzen, damit wir die Chance haben, tatsächlich inhaltlich zu gestalten und den Kommunen für die zukünftigen Jahre eine sichere Basis zu geben. Nicht unerheblich oder – besser gesagt – nicht unbeachtet sollte bleiben, dass wir für bestimmte Jahre, in denen es sicherlich wieder kon..., konju..., Entschuldigung –

Präsident Erich Iltgen: Konjunkturell.

Margit Wehnert, SPD: – Schwankungen in der Konjunktur gibt – da muss man es eben so herum machen, wenn man stolpert –, ein Vorsorgemodell einrichten; das ist bereits in der Diskussion gewesen, um die Chance zu haben, in mageren Jahren aus diesem für die Kommunen wieder Gelder zur Verfügung zu stellen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Linksfraktion das Wort. Herr Weckesser, bitte.

Ronald Weckesser, Linksfraktion: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was den kargen Titel dieser Debatte betrifft, haben sich unsere Ahnungen vollauf bestätigt, besser gesagt, wurden sie durch die beiden Einreicher bestätigt. Sie haben einerseits die Selbstlobleier gedreht.

(Dr. Matthias Rößler, CDU: Ach nein!)

Andererseits haben Sie schon ein differenziertes Bild gezeichnet; das will ich hier anerkennen. Ich möchte aber auf einen anderen Aspekt eingehen, sozusagen ein wenig auf das Globale, und eine andere Logik dagegensetzen.

Erstens. Wir schreiben heute Freitag, den 9. November. Am vergangenen Dienstag, dem 6. November, hatte das Kabinett die nächste mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2007 bis 2011 verabschiedet. Das ist einerseits lobenswert zeitig, andererseits ist es aber auch bemerkenswert zeitig; denn es gibt keinen Zeitdruck und gesetzlich ist die Staatsregierung erst zum 31. Dezember 2007 verpflichtet, eine solche mittelfristige Finanzplanung vorzulegen.

Ich sage das deshalb, weil der Arbeitskreis Steuerschätzung die neue Steuerschätzung einen Tag später vorgelegt hat. Die dazugehörige regionalisierte Steuerschätzung für Sachsen wird – konnte ich einer Presseerklärung des Finanzministers entnehmen – in circa einer Woche vorgelegt werden. Was hätte also dagegen gesprochen, diese Zahlen noch abzuwarten und einzubeziehen? Einen Handlungsdruck, das heute zu tun, sehe ich an keiner Stelle.

Diese mittelfristige Finanzplanung wird immerhin die Planungsgrundlage des nächsten Doppelhaushaltes sein. Man hätte also noch warten können. 14 Tage oder vier Wochen später wäre das immer noch zeitig genug gewesen.

Zweitens. Wie wir mittlerweile wissen, gibt es tatsächlich mehr Geld, wenn auch nicht viel. Doch immerhin, im laufenden Jahr könnten es vielleicht 200 Millionen Euro für Sachsen werden. Das entspräche einem halben Prozent unseres Haushaltsvolumens. Aus der ungleichmäßigen Verteilung auf Land und Kommunen würde entsprechend dem Regelungsmechanismus des FAG wiederum ein neuer Abrechnungsbetrag zugunsten der Kommunen zustande kommen. Somit ist das eigentlich kein Thema für eine Aktuelle Debatte. Der Rest dieses Geldes bleibt

aber auf jeden Fall beim Land, und zwar jetzt schon. – Ich komme darauf zurück.

Wie bereits erwähnt, ist es nicht sehr viel, aber Kleinvieh macht auch Mist.

Drittens. Für das Jahr 2008 gibt es voraussichtlich kein erhöhtes Aufkommen, sodass wir darüber nicht zu sprechen brauchen. Es hat also auch keine Auswirkungen auf die Kommunen.

Wenn man in den Gemeindefinanzbericht schaut – Kollege Scheel wird das noch etwas vertiefen –, kann man feststellen, dass wir bei den Gesamtzuweisungen des Landes im Länderdurchschnitt und unter den ostdeutschen Ländern am Ende liegen. Der Anteil der allgemeinen Schlüsselzuweisungen innerhalb dieser Säule ist dagegen der höchste überhaupt. Das ist zwar erfreulich, aber die Summe selbst bleibt die niedrigste. Beides erfolgte mit Zustimmung der kommunalen Spitzenverbände. Diese wissen selbstverständlich die Vorteile eines geregelten Verfahrens zu schätzen, den höheren verfügbaren Anteil ebenfalls.

Viertens. Die derzeit gültigen Zahlen resultieren aus dem Doppelhaushalt 2007/2008. Sie wurden vor einem Jahr auf der Grundlage der Annahmen von 2006 beschlossen. Vorgestern, also am 7. November 2007, haben wir hier erfreulicherweise eine Nachbesserung des FAG für die Jahre 2007/2008 beschlossen. Es wurden 176 Millionen Euro draufgelegt. Darauf wurde bereits eingegangen. Das ist aber weniger, als die Kommunen für erforderlich halten, denn es besteht eigentlich ein Rechtsanspruch der Kommunen auf dieses Geld. Darauf wurde ebenfalls bereits hingewiesen.

Ich möchte es auf den Punkt bringen. Es erfolgt anschaulich – das ist in Sachsen üblich – eine zeitliche Verschiebung des Geldes der Kommunen auf der Zeitachse. Das ist zwar legitim, aber nur im Rahmen der Gesetzlichkeit, wie sie hier herrscht. Im Kern verschafft sich damit die Staatsregierung immer wieder einen strategischen Puffer, mit dem sie die Verstetigung absichert, um sich anschließend für ihre Finanzpolitik feiern zu lassen, wie auch heute wieder.

Abschließend kann ich es mir einfach nicht verkneifen, auf Folgendes hinzuweisen: Kurz vor Ende der vergangenen Wahlperiode hatten wir ebenfalls eine Aktuelle Debatte zur kommunalen Finanzausstattung, damals unter dem markigen Titel „Die sächsischen Kommunen im Würgegriff der Staatsregierung“, nicht von der Linksfraktion beantragt – damals noch PDS –, sondern von der sächsischen SPD.

Danke schön.

(Beifall bei der Linksfraktion und der FDP)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der NPD das Wort. Herr Delle, bitte.

Alexander Delle, NPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Koalition möchte heute

über die Finanzausstattung der sächsischen Kommunen sprechen. Dies kann man natürlich gern tun, doch hätte es zweifelsohne einen besseren Zeitpunkt dafür gegeben. Es hätte sogar einen besonders guten Zeitpunkt dafür gegeben, und zwar vor fast einem Jahr.

Im Dezember letzten Jahres, als es um das Kommunale Finanzausgleichsgesetz ging und der Doppelhaushalt verabschiedet wurde, wäre die Gelegenheit gewesen, über die Finanzausstattung der sächsischen Kommunen nicht nur zu sprechen, sondern auch etwas dafür zu tun.

In diesem Zusammenhang möchte ich es Ihnen nicht ersparen, wenn wir schon darüber sprechen, Sie an die drei Änderungsanträge der NPD zum Einzelplan 15 und an unseren Änderungsantrag zum FAG zu erinnern. Diese Anträge hätten eine echte Verbesserung der kommunalen Finanzen zur Folge gehabt. Sie alle, meine Damen und Herren, haben diese Anträge aber abgelehnt.

Jetzt zur Sache und zu meinen Vorrednern von der Koalition. Es hat mich nicht verwundert, dass Sie diese Aktuelle Stunde dazu nutzen, eine ungerechtfertigte Laudatio auf die Regierungspolitik vorzutragen und ein Bild zu zeichnen, als würde sich in Sachsens Kommunen ein überragender „Juliusturm“ aufrichten. Es ist doch aber vielmehr so, dass seitens des Freistaates politischer Handlungsbedarf besteht, um zur Entspannung einer nach wie vor finanziell angespannten Lage der Kommunen beizutragen.

Meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass die Mehrzahl der Mitglieder in diesem Haus den sächsischen Gemeindefinanzbericht zur Kenntnis genommen hat, dem für die heute anstehende Debatte zu diskutierende interessante Daten entnommen werden können. Ich spreche hierbei vom Steueraufkommen der Kommunen, den allgemeinen Deckungsmitteln, den Auswirkungen der Hartz-Reformen, den Gewerbesteuerhebesätzen usw.

Die NPD-Fraktion sieht es als problematisch an, dass die sächsischen Kommunen nur 58 % des bundesdurchschnittlichen Steueraufkommens erreichen und die Steuerdeckungsquote zwar nicht den Vergleich mit den anderen neuen Bundesländern zu scheuen braucht, aber den mit den alten Bundesländern dafür umso mehr. Das lässt befürchten, dass zur Aufgabenwahrnehmung künftig wesentlich höhere allgemeine Schlüsselzuweisungen vonnöten wären. Doch wie realistisch ist dies unter dem Gesichtspunkt der zu erwartenden sinkenden Landeseinnahmen aus dem Solidarpakt II und den EU-Strukturfonds? Nicht zu vergessen ist, dass Sachsens Pro-Kopf-Zuweisungsniveau sogar noch unter dem der neuen Bundesländer liegt.

Aus diesem Grund drängte die NPD-Fraktion bei den Haushaltsberatungen darauf, den Kommunen unter die Arme zu greifen, solange der Freistaat noch von höheren Transferleistungen profitiert. Genau aus diesem Grund stellte die NPD-Fraktion bei der Debatte über das Kommunale Finanzausgleichsgesetz den Gleichmäßigkeitsgrundsatz infrage.

Meine Damen und Herren! Wer über die Finanzsituation der Kommunen sprechen möchte, der darf über Hartz IV nicht schweigen. Aus Gründen der Redezeit beschränke ich mich auf ein Zitat aus dem aktuellen Gemeindefinanzbericht, Seite 23, links unten: „Die Hartz-IV-Reform hat daher ausgabenseitig zu einer relativen Verschlechterung der Finanzsituation der sächsischen Kommunen geführt.“ – Mehr braucht man dazu im Augenblick nicht zu sagen.

Einem weiteren Aspekt sollte nach Ansicht der NPD-Fraktion ebenfalls nachgegangen werden, und zwar dem mit nur 57 % des bundesdurchschnittlich deutlich unterdurchschnittlichen Einnahmenniveaus aus Gebühren. Hierzu wirft der Gemeindefinanzbericht zu Recht die Frage auf, inwiefern dies auf einen eventuell zunehmenden Trend von Auslagerungen zurückzuführen ist oder – was noch bedenklicher wäre – auf die Streichung von Leistungen und die Schließung von Einrichtungen.

Meine Damen und Herren! Folgenden Punkt möchte ich nicht unerwähnt lassen: Der NPD-Fraktion ist bei der Bewertung der Finanzausstattung der sächsischen Kommunen nicht daran gelegen, die aus einem kommunalen Vermögensverzehr resultierenden Einmaleffekte, zum Beispiel der WOBA-Verkauf in Dresden oder der anstehende Verkauf der Stadtwerke in Leipzig, im Sinne von politischen Nebelkerzen als positive Trendmeldungen zu verkaufen.

Meine Damen und Herren! Ich sprach eingangs die Gewerbesteuer an. Auch wenn das Aufkommen aus der Gewerbesteuer im Vergleich zu den alten Bundesländern noch nicht berauschend ist, so zeichnet sich Sachsen bei den Gewerbesteuerhebesätzen leider als Hochsteuerland aus. Seit fast zehn Jahren ist in Sachsen die Entwicklung des Gewerbesteuerhebesatzes steigend, was eine große Belastung für die Gewerbetreibenden darstellt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Schluss sagen, dass diese Debatte nach Ansicht der NPD-Fraktion deutlich macht, dass Schönreden beim Thema Kommunalfinanzen fehl am Platze ist, das Land noch viele Hausaufgaben zu erledigen hat und wir mit Sicherheit nach einer von der Staatsregierung durchgepeitschten Verwaltungsreform weiterhin Anlass haben werden, uns diesem Thema widmen zu müssen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der FDP das Wort; Herr Zastrow, bitte.

Holger Zastrow, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Da wir über dieses Thema erst am Mittwoch diskutiert haben und mir im Gegensatz zu Herrn Dr. Rößler und Frau Wehnert nicht klar ist, wieso wir zwei Tage später das gleiche Thema noch einmal aufmachen, möchte ich mich in dieser Debatte auf zwei Punkte konzentrieren.

Es geht um die Frage, wie wichtig Ihnen im Sächsischen Landtag die Themen Freiheit und kommunale Eigenverantwortung sind. Bund und Land mischen sich permanent in die kommunale Finanzpolitik ein und rauben den Kommunen zunehmend wichtige Entscheidungsspielräume – leider oftmals nicht nur zum Vorteil der Kommunen, wenn ich an die Mehrwertsteuererhöhung, die Unternehmensteuerreform, die Kosten der Unterkunft oder auch das bereits am Mittwoch angesprochene Finanzdebakel bei der Sachsen LB denke –, und das, obwohl es aus Sicht der FDP sehr gute, hervorragende Beispiele für das verantwortungsbewusste finanzpolitische Agieren von sächsischen Kommunen gibt.

Schauen wir zum Beispiel nach Dresden.

(Heiterkeit des Abg. Heinz Lehmann, CDU –
Jürgen Gansel, NPD: Schon wieder
neue Schulden!)

Die Landeshauptstadt hat im letzten Jahr durch den mutigen Komplettverkauf der städtischen Wohnungsgesellschaft ihren Haushalt auf einen Schlag in Ordnung gebracht und ist jetzt im Besitz ganz neuer finanzieller Möglichkeiten. Die Diskussion, die Sie übrigens gerade in Dresden sehen, ist genau die Diskussion um diese neuen finanzpolitischen Spielräume. Wir müssen nur aufpassen, dass wir nicht jedem Wunsch, der von denen, die übrigens dem WOBA-Verkauf damals nicht zugestimmt haben, geäußert wird, nachgeben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Dresden hat genau das getan, was andere in Sonntagsreden über kommunale Selbstverwaltung immer fordern: Die Stadt hat eine selbstbewusste Entscheidung in eigener Verantwortung getroffen und bereits ein Nettoneuverschuldungsverbot in ihrer Hauptsatzung verankert und ist damit der Landespolitik hier in Sachsen wieder einmal ein Stück voraus.

(Beifall bei der FDP)

Auch wenn unser Ministerpräsident – ich glaube, im Halbjahresrhythmus – Ähnliches immer wieder für die Sächsische Verfassung fordert – passiert ist auf Landesebene nach wie vor nichts, und ich sage Ihnen ganz offen: Dresden ist das beste Beispiel dafür, dass wir den Kommunen in Sachsen gerade in finanzpolitischen Fragen ruhig mehr zutrauen können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt noch ein zweites gutes Beispiel. Die Stadt Plauen hat sich – unabhängig von den ministeriellen Amtsstuben in Dresden – getraut, ganz eigene Gedanken über eine Verwaltungsreform zu entwickeln. Aber anstatt sich über die unkonventionellen Gedanken, die man sich im Vogtland gemacht hat, zu freuen, legt die Staatsregierung der Stadt nun Wackersteine oder gar Felsbrocken in den Weg; denn zum Dank für frische Ideen in der Finanzpolitik will man der Stadt nun die Kreisfreiheit rauben, und das, meine Damen und Herren, ist wirklich absolut inakzeptabel.

(Beifall bei der FDP)

Was hat die Stadt Plauen getan? Sie hat gemeinsam mit dem Vogtlandkreis die Aufgaben auf Stadt- und Landkreisebene analysiert und herausgearbeitet, wo Schnittstellen bestehen. Man hat das sogenannte vogtländische Modell erarbeitet. Dieses Modell ordnet Aufgaben dort an, wo sie am besten ausgeführt werden können: Mal tut es der Landkreis für die Stadt, mal tut es die Stadt für den Kreis. Niemals werden Aufgaben doppelt erledigt. So spart man Kosten, so schafft man eine übersichtliche Verwaltung. Vorbildlicher kann es eine Stadt nicht machen. Das sollte der Freistaat unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

Aber anstatt diese Lösung zu unterstützen, rasiert die Staatsregierung mit ihrer Kreisgebietsreform nun die Eigenverantwortung und die Eigenständigkeit von Plauen ab. Ich verstehe ja, dass Sie von der Staatsregierung ein Stück weit neidisch sind: Gerade die Stadt Plauen erfüllt längst die finanzpolitischen Vorgaben der Kreisgebiets- und der Verwaltungsreform. Die Stadt ist bereits dort angekommen, wo Sie im Land erst noch hinwollen.

(Beifall bei der FDP und der
Abg. Andrea Roth, Linksfraktion)

Dass dafür CDU und SPD die Stadt mit dem Verlust der Kreisfreiheit bestrafen, meine Damen und Herren, halte ich für ziemlich billig. – So viel zum Thema „CDU, SPD und die Stärkung unserer Kommunen“.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP –
Zuruf des Abg. Mario Pecher, SPD)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion GRÜNE das Wort; Frau Hermenau, bitte.

Antje Hermenau, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Sie merken es schon den einzelnen Redebeiträgen an, dass sich wirklich auch bei bestem Bemühen nicht erschließt, warum diese Debatte aktuell sein soll.

(Beifall und leichte Heiterkeit bei den GRÜNEN,
der Linksfraktion und der FDP)

Sie ist natürlich für jemanden interessant, der sich für die Finanzlage der Kommunen in Sachsen interessiert, das ist keine Frage. Insofern darf man die Debatte auch führen, weil es ein ernster Gegenstand ist. Aber aktuell ist sie mitnichten. Dies sei jedoch dahingestellt.

Wenn man den Gemeindefinanzbericht des Städte- und Gemeindetages nicht hätte, dann wüsste dieses Parlament im Prinzip eigentlich nichts über die kommunale Lage und die Finanzen der Kommunen. Das ist eine unbefriedigende Informationslage, und eigentlich ist der Landtag zum Beispiel auch dafür zuständig, den kommunalen Finanzausgleich zu beschließen. Insofern wäre hier also eine sehr hohe Informationsdichte anzuraten.

Wenn man einmal über die Landesgrenzen blickt – wir hatten bereits vor zwei Tagen die Debatte über den Stabilisierungsfonds in Rheinland-Pfalz und was man da vielleicht machen könnte –, so gibt es in Mecklenburg-Vorpommern eine öffentliche Internetplattform, die „RUBIKON“ heißt. Auf dieser ist die finanzielle Situation aller Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch jeder einzelnen Kommune im Überblick zusammengefasst. Die Haushaltsdaten aller Kommunen werden nach 17 Haushaltskriterien bewertet und klassifiziert, und – das hat vielleicht der eine oder andere nicht erwartet – immerhin 75 % der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern haben nach diesem Katalog eine gesicherte Leistungsfähigkeit. Das ist ermutigend. Dann gibt es einige Abstufungen. Das Schlusslicht bilden immerhin 11 % der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern, die eine wegfallende dauernde Leistungsfähigkeit haben. Daraus kann man dann Schlussfolgerungen demografischer Natur usw. ziehen.

So etwas wäre eine super Grundlage für Aktuelle Debatten wie die heutige und für die detailreichen und komplizierten Beratungen zum kommunalen Finanzausgleich.

(Beifall bei den GRÜNEN und
des Abg. Holger Zastrow, FDP)

Wir haben eine Kleine Anfrage erarbeitet, da wir nicht genau wissen, ob so etwas in der Sächsischen Staatsregierung existiert oder nicht. Wir hätten es gern genau gewusst. Vielleicht kann der Finanzminister noch in die Debatte eingreifen und etwas dazu sagen; denn solche Planungsinstrumente gehören heutzutage einfach dazu. Wenn zum Beispiel bei der Sachsen LB nun eben doch ein schlechteres Ergebnis herauskommt, als man guten Willens gehofft hat, dann kann dies durchaus für die eine oder andere Kommune ein bedeutendes Haushaltsrisiko darstellen.

Damit bin ich wieder bei der Informationslage. Die Staatsregierung sitzt auf den Informationen zur Sachsen LB wie die Glücke auf den Eiern. Kämmerer können keine vernünftige Risikovorsorge leisten, und die Wertberichtigungen der Sparkassen sind auch nicht klar. Vor diesem Hintergrund bin ich schon einigermaßen erstaunt; denn Sie als Finanzminister haben die Rechtsaufsicht über die Sparkassen, und wir als Parlament haben – zumindest theoretisch – die Kontrolle über den Finanzminister. Das ist zumindest in anderen Bundesländern so geregelt; aber hier im Sächsischen Landtag wird das eben nicht so ernsthaft betrieben. Ich würde Sie schon gern etwas strenger kontrollieren, Herr Tillich, aber dabei müssten noch einige Kollegen mehr mitmachen.

(Beifall bei den GRÜNEN und
des Abg. Holger Zastrow, FDP)

Die Verwaltungsreform spielt in dieser Debatte natürlich auch eine Rolle. Sie ist finanziell für die Kommunen im nächsten Jahr relevant; das können Sie nicht vom Tisch wischen, Herr Pecher. Immerhin wollen Sie von der Koalition den Kommunen 60 Millionen Euro kommunale

Einsparungen aufzwingen. Sie nennen das „Effizienzrendite der Verwaltungsreform“. Im Prinzip tun Sie aber Folgendes: Sie geben Aufgaben, die Sie als Staatsregierung selbst für round about 200 Millionen Euro erledigt haben, künftig an die Kommunen, die dies aber nur für 140 Millionen Euro erledigen dürfen, und die 60 Millionen Euro sind dann die Effizienzrendite. – Ganz großes Kino, kann ich dazu nur sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und
des Abg. Holger Zastrow, FDP)

Die anderen diese Einsparleistung beibringen zu lassen finde ich schon gewagt; und wenn Sie sich mit den Bürgermeistern und Landräten, egal, welcher Partei sie angehören, unterhalten, dann sagen Ihnen diese: Das wird nichts, die 30 % sind eine Luftbuchung. – Das ist der Stand der Diskussionen im Lande. Die derzeitige finanzielle Situation der Kommunen ist im Verhältnis zu einer Reihe von Benchmarks, die wir in anderen finanzschwachen Flächenländern im Westen haben, oder vielleicht auch zu früheren Situationen in Sachsen relativ gut, aber es gibt eben solche Haushaltsrisiken, wie ich sie gerade angedeutet habe, zum Beispiel die Frage der Landesbank. Herr Weckesser, vielleicht ist ja deswegen die Steuerschätzung nicht eingeflossen, damit man noch eine kleine Sparbüchse hat, falls es ganz schiefgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abg.
Holger Zastrow und Sven Morlok, FDP)

Die Effizienzrendite der Verwaltungsreform ist, wie gerade ausgeführt, offensichtlich eine Luftbuchung.

Dann haben wir noch die Frage Hartz IV und die Kosten für Unterkunft, die ebenfalls relevant sind. Ich nehme an, dass die Staatsregierung in Berlin in dieser Frage mal richtig auf den Putz haut. Außerdem haben wir noch – völlig planmäßig – das Abschmelzen der Zuschüsse, die wir über den Solidarpakt II und den Länderfinanzausgleich von außen bekommen. Der Stabilisierungsfonds, von dem wir gesprochen haben, wird frühestens 2009 in Kraft treten, und wir wissen noch nicht, wie die Einnahmesituation in 2009 ist – ein riskantes Manöver. Ich hätte lieber das Geld, das wir jetzt schon haben, zurückgelegt.

Was die Frage der Unternehmensteuerreform und deren Auswirkungen von 2008 bis 2010 betrifft: Dabei rechnen die kommunalen Spitzenverbände mit Mindereinnahmen für die Kommunen von bundesweit circa 38 Millionen Euro. Das heißt, auch für Sachsen gibt es dabei eine Verschlechterung der Lage. – Das ist der Stand der Dinge. Aktuell ist er nicht, aber wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN und
des Abg. Holger Zastrow, FDP)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der CDU das Wort. Herr Dr. Rößler, bitte.

Dr. Matthias Rößler, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema,

das wir behandeln, liebe Antje Hermenau, ist eigentlich immer aktuell.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Ein Dauerbrenner!)

– Es ist ein Dauerbrenner. Das ist das, was die Leute wirklich interessiert. Im Unterschied zu vielem, was wir hier manchmal stunden- und tagelang diskutieren und was vor allem die kleineren Fraktionen mit ihren Anträgen auf die Tagesordnung setzen, ist das wirklich eine Sache, die nicht nur die Bürgermeister, die Landräte und die gewählten Vertreter in den kommunalen Parlamenten bewegt, sondern auch die Lebensverhältnisse der Menschen beeinflusst.

Wir haben ein sehr differenziertes Bild aufgemacht. Kollege Weckesser hat das ja auch anerkannt, soweit er das konnte und durfte. Die Steuereinnahmen haben sicherlich neue Spielräume eröffnet, und zwar auf zweierlei Ebenen. Sowohl die Gewerbesteuer- als auch andere Steuereinnahmen haben sich erhöht. Aber der Anteil ist natürlich niedrig; denn, meine Damen und Herren, die ostdeutschen Kommunen – und Sachsen ist ein neues Bundesland – haben eine geringe Steuerkraft und sind auf Transfers angewiesen. Umso wichtiger ist es, dass wir sie an dem beteiligen, was wir zusätzlich in die Landeskasse bekommen. Da ist es gut, dass wir unser FAG und den Gleichmäßigkeitsgrundsatz haben. Das haben auch alle anerkannt. Es war richtig, dass wir das Geld, das den Kommunen zusteht, nicht erst im nächsten Jahr, sondern in diesem Jahr gegeben haben. Das hilft wirtschaften, meine Damen und Herren.

Uns bewegt natürlich auch, wie es weitergeht. Die Kommunen und der Freistaat sind auf Transfers angewiesen. Damit beschäftigen wir uns ja in der Föderalismuskommission II. Wir kämpfen an allen Fronten. Wir kämpfen darum, dass zumindest die Mittel, die im Solidarpakt bis 2019 festgeschrieben sind, so kommen, wie wir es uns erhoffen. Wir haben das im Grundsatzprogramm der CDU festgeschrieben. Ich kann die FDP und die GRÜNEN in diesem Haus nur auffordern, sich genauso für den Solidarpakt einzusetzen wie wir hier in der CDU.

Das Nächste ist, dass wir nicht am Länderfinanzausgleich rühren lassen dürfen. Alle Diskussionen, die jetzt laufend über Entschuldungsformen und andere Mechanismen, über Steuerzuschläge und – bei der FDP, Herr Kollege Zastrow – auch über Steuerabschläge geführt werden, gehen auf unsere Kosten. Deshalb müssen wir auch dafür sorgen, dass in der Föderalismuskommission II die Interessen der neuen Länder und besonders Sachsens gewahrt werden.

Meine Damen und Herren, die Kollegin von der SPD und ich, wir haben überhaupt nicht um die Risiken herumgeredet, die auf uns zukommen. Natürlich ist es ein aktuelles Problem, das da mit den Kosten der Unterkunft auf uns zukommt. Wir alle haben die entsprechenden Briefe von Bürgermeistern und Landräten bekommen. Wenn im nächsten Jahr die Bundesbeteiligung in Sachsen von 31,2 auf 28,6 % absinkt, bedeutet das einen Einnahmeaus-

fall von 25 Millionen Euro für unsere Kommunen und für unsere Landkreise allein von 14 Millionen Euro. Das bedeutet, dass der Überschuss, den die Landkreise in diesem Jahr erwirtschaften, halbiert wird. Das müssen wir einfach im Blick haben. Darum haben wir überhaupt nicht herumgeredet.

Das Gleiche betrifft die Entwicklung der Grundsicherung. Sie hat sich seit 2003 verdoppelt. Die weitere Entwicklung lässt sich noch gar nicht absehen. Das alles müssen wir im Blick haben; denn wir wollen ja, dass die Kommunen weiter nachhaltig wirtschaften, was sie auch tun. Die Kommunen betreiben eine vernünftige Anpassung ihres Personalbestandes. Sie tilgen Schulden und machen wirklich eine nachhaltige Haushaltspolitik.

Das geschieht übrigens nicht nur in Dresden, Kollege Zastrow. In den kleinen kreisangehörigen Gemeinden wird oftmals eine viel, viel bessere Finanzpolitik gemacht als in den großen Wachstumspolen. Das sind nämlich oftmals auch in ganz bestimmten Kostenbereichen Wachstumspole.

Meine Damen und Herren, wir müssen die Kommunen in ihren Bemühungen unterstützen. Wenn wir auf Landesebene von Nullverschuldung und von Tilgung sprechen, dann muss das für unsere kommunalen Partner ganz genauso gelten. Auch dort will man im Interesse der nachwachsenden Generation von der Schuldenlast herunterkommen.

Vielleicht müssen wir auch diesen oder jenen kleinen bürokratischen Stau beseitigen, den wir selbst verursacht haben. Das betrifft beispielsweise den Schulausbau. Wir haben dort Anträge in Höhe von etwa 400 Millionen Euro auf Halde. Es müsste doch mit dem Teufel zugehen, Herr Kultusminister, wenn wir nicht über eine vernünftige Anpassung von Förderrichtlinien diesen Förderungsstau auflösen würden.

(Beifall bei der CDU und
der Abg. Margit Wehnert, SPD)

Manchmal können wir auf unserer Ebene den Kommunen auch helfen, wenn wir da und dort Bürokratie flexibilisieren und vielleicht neue Wege finden, um Mittel vernünftig einzusetzen. Dabei sitzen Land und Kommunen in einem Boot. So sollte es auch bleiben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Präsident Erich Iltgen: Wird von der SPD noch das Wort gewünscht? – Ich frage dann die Linksfraktion. – Herr Scheel, bitte.

Sebastian Scheel, Linksfraktion: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin noch nicht ganz schlau geworden, warum wir dieses Thema heute auf der Tagesordnung haben. Ich frage mich ernsthaft, was Herr Jakob, frisch gewählter Geschäftsführer des Landkreistages, und Herr Leimkühler vom Sächsischen Städte- und Gemein-

detag sagen würden, wenn sie diese Debatte miterleben müssten.

(Volker Bandmann, CDU: Sie erleben sie doch mit, sie sitzen doch hier!)

– Sie wissen doch auch, Herr Bandmann, dass man in diesem Hause keine direkte Ansprache machen darf!

Es gibt in der Tat vielleicht das eine oder andere Problem, das des Debattierens würdig wäre, auch die eine oder andere Frage, die im neuen Gemeindefinanzbericht auftaucht. Allerdings hätte ich mich sehr gefreut, wenn Sie einen seriöseren Punkt dafür gewählt hätten, nämlich, wie wir das damals getan haben, eine öffentliche Anhörung im Ausschuss, bei der man über die ganze Problematik sachkundig diskutieren kann, und nicht diese Form der Aktuellen Debatte, die am Ende eben nicht dazu führt, dass man wirklich eine vernünftige Auseinandersetzung führen kann.

(Beifall des Abg. Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion)

Meines Erachtens, meine Damen und Herren von der CDU und von der SPD, ist das, was Sie hier tun, ganz klar gesagt, der Missbrauch dieser Form der Aktuellen Debatte.

(Lachen und Widerspruch bei der CDU)

Wir freuen uns sehr mit den Kommunen – Herr Seidel, ich freue mich, dass Sie sich mit uns freuen –, dass sich ihre Steuerkraft positiv entwickelt. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sachsen immer noch nur 58 % des Bundesdurchschnitts der Steuerkraft besitzt. Das heißt, Sachsen ist wie die anderen ostdeutschen Bundesländer zu mehr als 50 % auf das angewiesen, was der Freistaat Sachsen über den kommunalen Finanzausgleich den Kommunen zukommen lässt.

(Zuruf des Abg. Volker Bandmann, CDU)

Mehr als die Hälfte der Deckungsmittel kommen also vom Freistaat Sachsen.

(Zuruf des Abg. Volker Bandmann, CDU)

– Herr Bandmann, halten Sie jetzt bitte den Mund! Das ist nicht mehr zu ertragen.

(Beifall bei der Linksfraktion und der FDP)

Darauf ist im Jahre 2004 schon hingewiesen worden. Damals hatten wir andere Probleme. Seinerzeit gab es nämlich einen Rückgang der Einnahmen der Kommunen. Daraufhin haben wir über das FAG diskutiert. Ich muss Ihnen das leider noch einmal antun. Ich hätte mich sehr gefreut, wenn wir damals eine Debatte geführt hätten, wie die Finanzlage der Kommunen in diesem Lande wirklich ist. Dabei hätte ich mich auch sehr gefreut, wenn Sie Verständnis gehabt hätten für die Problematik der Bugwelle und dafür, dass die Kommunen dies nicht schultern können. Stattdessen haben Sie darauf bestanden, dass die Kommunen in den Jahren 2005 und 2006 diese Bugwelle abbauen. Sie haben ihnen dafür die Investitionsmittel

zusammengestrichen. Dann haben Sie festgestellt, dass die Kommunen gar nicht mehr investieren können. Daraufhin erhielten die Kommunen eine Pauschale von 50 Millionen Euro, die sie vielleicht irgendwann zurückzahlen können. Das, was wir gefordert haben, haben Sie leider nicht getan: dass nämlich die Kommunen einen Anteil an den ehemaligen IFG-Mitteln bei der nächsten Investitionspauschale bekommen.

Wir hätten uns sehr gefreut, wenn Sie damals auf die Switchklausel verzichtet hätten. Sie haben trotzdem darauf bestanden, sie hineinzuschreiben. Und dann stellen Sie sich heute hier hin und tun so, als wären Sie die Sachwalter der kommunalen Interessen. Es tut mir leid, das kann ich Ihnen nicht durchgehen lassen.

Und einen weiteren Punkt kann ich Ihnen nicht durchgehen lassen: Als es um die Ausführung des Hartz-IV-Gesetzes ging, haben wir den Antrag gestellt, seitens des Freistaates 100 Millionen Euro Wohngeldentlastung einzustellen. Sie haben darauf bestanden, dass es nur 50 Millionen Euro sein sollen. Wenn Sie sich jetzt dafür feiern lassen, dass Sie den Kommunen das Geld, das sie in den Jahren 2005 und 2006 für Wohngeld ausgegeben haben, im Jahre 2008 als Mehreinnahmen wieder zukommen lassen, dann tut es mir leid. Ich hätte mich sehr gefreut, wenn dieses Geld zur richtigen Zeit und nicht im Nachhinein gekommen wäre.

(Beifall bei der Linksfraktion und der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Eine Frage will ich hier noch aufgreifen, weil wir diesbezüglich quasi einen Jahrestag haben. Vor einem Jahr hatten wir eine Aktuelle Debatte zum Thema „Kosten der Unterkunft“. Dort haben wir auf das Problem der Gleitklausel hingewiesen. Sie wollten davon nichts hören, und jetzt stellen Sie sich hin und tun so, als wäre der Bund böse und schlecht, weil er genau das fordert, was in der Gleitklausel vereinbart ist, nämlich Absenkung, wenn die Zahl der Bedarfsgemeinschaften absinkt.

Das ist eine Frechheit von Ihnen, muss ich mal ganz deutlich sagen; denn eigentlich hätte diese Form des Festmachens der finanziellen Beteiligung des Bundes niemals allein an die Bedarfsgemeinschaften gekoppelt werden dürfen. Wir hätten immer von den tatsächlichen Kosten ausgehen müssen. Das ist nicht geschehen und daran werden die Kommunen jetzt zu knabbern haben. Das finde ich sehr bedauerlich. Aber Sie brauchen sich jetzt, ehrlich gesagt, nicht hinzustellen. Ich finde es traurig, dass sich die Koalition als Schönwetterfreund der Kommunen hinstellt. Die Kommunen brauchen verlässliche Partner auch in stürmischen Zeiten. In der Linksfraktion werden sie diese auf jeden Fall immer finden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Präsident Erich Iltgen: Wird von den Fraktionen noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann Herr Staatsminister Tillich, bitte.

Stanislaw Tillich, Staatsminister der Finanzen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Lassen Sie mich zuerst eine Bemerkung als Abgeordneter machen: Ich bin schon überrascht über die Kompetenz mancher hier im Sächsischen Landtag für die absolute Wahrheit und für die Richtigkeit.

(Beifall bei der CDU)

Aber das sind immer wieder die Gleichen. Zugestehen müssen sie dann letztendlich wieder, dass die Debatte, die hier geführt worden ist, in der Substanz richtig ist und dass auch die Inhalte, die in der Debatte miteinander ausgetauscht werden, richtig sind. Denn dass sich die Finanzausstattung der sächsischen Kommunen in den letzten beiden Jahren positiv entwickelt hat, können selbst die Fraktionen der Opposition nicht bestreiten. Lassen Sie mich Ihnen das anhand einiger Entwicklungstendenzen erläutern.

In den letzten drei Jahren hatten die Kreise, Städte und Gemeinden im Freistaat Sachsen stabile Einnahmen. Getragen wurde diese Entwicklung maßgeblich von den stark gestiegenen Steuereinnahmen. Lagen die Nettosteuerereinnahmen im Jahr 2004 noch bei 374 Euro je Einwohner, so betragen sie zwei Jahre später bereits 459 Euro je Einwohner. Das ist ein Plus von 20 %. Für die Gesamtheit der sächsischen Kommunen betrug der Anstieg in der Summe immerhin 344 Millionen Euro. Sie konnten dadurch gegenüber den alten Bundesländern weiter aufholen. Insbesondere die Einnahmen aus der Gewerbesteuer stiegen von 2004 bis 2006 von 691,6 Millionen auf 946,4 Millionen Euro. Insgesamt sind die bereinigten Einnahmen der Kommunen von 2004 bis 2006 um 500 Millionen Euro gestiegen. Nicht berücksichtigt sind die darin enthaltenen einmalig erzielten Veräußerungserlöse der Stadt Dresden.

Im Ergebnis der positiven Einnahmeentwicklung wird der Freistaat im kommenden Jahr – Herr Zastrow! – voraussichtlich 30 Kommunen keinen Finanzausgleich mehr zahlen müssen. Darunter befindet sich noch nicht die Stadt Dresden. Die Finanzkraft dieser 30 Kommunen ist nämlich groß genug, um die kommunalen Aufgaben ohne Hilfe des Freistaates Sachsen erfüllen zu können. Ich darf darauf hinweisen, dass es fünf Jahre zuvor nur fünf Gemeinden waren, die sich in dieser glücklichen Lage sahen.

Außerdem wird im kommenden Jahr mit Freiberg erstmals – Herr Zastrow! – eine mittelgroße Stadt ohne Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich auskommen. Ich glaube, das sind ermutigende Tendenzen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Holger Zastrow, FDP, und Antje Hermenau, GRÜNE)

Die Verwendung dieser Mehreinnahmen erfolgt bei den sächsischen Kommunen sehr verantwortungsvoll. Zum einen wurde die Haushaltskonsolidierung, wie es Kollege Rößler schon erwähnte, in den Verwaltungshaushalten

unverändert fortgesetzt, zum anderen wurden bei unveränderten Investitionen Schulden getilgt. Insbesondere die letztgenannte Entwicklung ist sehr erfreulich, auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Die Investitionen pro Einwohner liegen deutlich über denen der alten Flächenländer, und zwar auch wiederum bereinigt um die Fluthilfemittel.

Gleichzeitig haben die Kommunen ihre Schulden in der Zeit von 2004 bis 2006 um rund 442 Millionen Euro reduziert. Hinzu kommen die Sondertilgungen der Stadt Dresden. Im Ergebnis liegt der Schuldenstand der sächsischen Kommunen nur noch bei 86 % der durchschnittlichen Pro-Kopf-Verschuldung aller bundesdeutschen Kommunen. Ich glaube, das ist ein respektables Ergebnis. Durch diesen Schuldenabbau, welchen die Staatsregierung ausdrücklich begrüßt, können die Zinsbelastungen in den künftigen Jahren deutlich reduziert und damit mittel- bis langfristig Handlungsspielräume in den kommunalen Haushalten erhalten bzw. geschaffen werden. Aufgabe der Entscheidungsträger in den Kommunen wird es aber bleiben, Konsolidierungs- und Investitionspolitik im Gleichklang zu halten.

Trotz dieser erfreulichen Situation waren die Kommunen in der Vergangenheit auf Transferzahlung des Freistaates, insbesondere aus dem Finanzausgleich, angewiesen und werden es auch zukünftig sein; denn die Pro-Kopf-Steuereinnahmen betragen immer noch gerade einmal die Hälfte des Niveaus in den alten Flächenländern. So verfügten unsere Kommunen im Jahr 2004 über 50,7 % und in 2006 waren es schon 52,6 % der durchschnittlichen Steuereinnahmen der westdeutschen Kommunen.

Der Freistaat wird daher weiterhin ein verlässlicher Partner der Kommunen sein und im Rahmen seiner Möglichkeiten auf stabile Einnahmen der kommunalen Ebene hinwirken. Grundlage dieser Partnerschaft ist der gesetzlich verankerte Gleichmäßigkeitsgrundsatz. Ausdruck dieser partnerschaftlichen Politik zwischen den Kommunen und dem Freistaat Sachsen sind die höheren Zuweisungen aufgrund der Steuermehreinnahmen des Freistaates aus dem Jahr 2006. Wir hatten dazu vorgestern diskutiert –

(Unruhe)

Präsident Erich Iltgen: Darf ich um Aufmerksamkeit bitten.

Stanislaw Tillich, Staatsminister der Finanzen: – und Sie haben das entsprechende Gesetz dankenswerterweise vorgestern verabschiedet.

Auf der Ausgabenseite dominieren die beiden größten Blöcke Personalausgaben und Sozialausgaben. Während die Personalausgaben in den letzten drei Jahren durch die Konsolidierungspolitik der Kommunen nahezu konstant geblieben bzw. leicht zurückgegangen sind, sind die Sozialausgaben kräftig gestiegen. Darauf haben einige der Redner hingewiesen. Dies ist bedingt durch Bundesgesetz-

ze auf dem Gebiet des Arbeitsmarkts – Stichwort: Belastungen durch Hartz IV.

Lassen Sie mich auf das Bezug nehmen, was Kollege Rößler sagte. Ich war gestern in Berlin bei der Föderalismuskommission II. Ich denke, dass dieses Thema noch nicht abgeschlossen ist und dass wir weiterhin von Unsicherheiten für die sächsischen Kommunen bei der Bundesgesetzgebung ausgehen müssen.

Ich hoffe, dass der Bund auch in finanzieller Hinsicht weiterhin seiner Verantwortung für die Hartz-IV-Reform nachkommt, damit die Haushaltskonsolidierung in den Kommunen weitergehen kann und nicht von den Belastungen aus der Arbeitsmarktreform aufgezehrt wird. Ich bedaure die Ankündigung des Bundes, dass die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft zurückgeführt werden soll. Ich kann Ihnen versichern, dass wir uns in den laufenden Gesprächen mit dem Bund weiterhin dafür einsetzen, dass sich der Bund wie bisher an den Kosten der Unterkunft beteiligt.

(Beifall bei der CDU und
der Abg. Margit Wehnert, SPD)

Unter dem Strich ist die Situation der Kommunalfinzen in Sachsen positiv zu bewerten. Aber richtig ist auch, dass nach wie vor noch Risiken bestehen. Ich habe gerade auf Hartz IV hingewiesen. Ich möchte auf die Unternehmensteuerreform und deren Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte und auf weitere Gesetze hinweisen, die sich zurzeit im Deutschen Bundestag „im Rohr“ befinden.

Da die Einnahmen in den letzten drei Jahren mit einer größeren Dynamik gewachsen sind als die Ausgaben, wiesen die Kommunen stets einen positiven Finanzierungssaldo auf. Auch für 2007 deutet sich ein positiver Saldo an. Frau Hermenau, Sie haben sowohl die Möglichkeit, vom Statistischen Landesamt als auch aus dem Bericht des Rechnungshofes die Informationen zu bekommen, die Sie auf den Mecklenburger Internetseiten finden.

(Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Deswegen – sehr geschätzte Frau Kollegin Hermenau – können Sie, denke ich, davon ausgehen, dass sich die Kommunen mit ihren öffentlichen Finanzen genauso wie der Freistaat Sachsen in einer soliden Lage befinden und dass wir letztendlich gemeinsam zur Zukunftssicherheit, was sowohl die kommunale Ebene als auch die des Freistaates betrifft, beitragen werden.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und SPD)

Präsident Erich Iltgen: Meine Damen und Herren! Damit ist die 1. Aktuelle Debatte, beantragt von den Fraktionen der CDU und der SPD, zum Thema „Finanzausstattung der sächsischen Kommunen“, beendet.

Wir kommen nun zu

2. Aktuelle Debatte

Schlechte Noten für die Gesundheitspolitik – Ärztmangel wirksam bekämpfen

Antrag der Fraktion der FDP

Als Antragstellerin hat die Fraktion der FDP zuerst das Wort, danach CDU, Linksfraktion, SPD, NPD und GRÜNE.

Die Debatte ist eröffnet, ich bitte die Fraktion der FDP, das Wort zu nehmen. Herr Zastrow, bitte.

Holger Zastrow, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Gesundheitspolitik zeigt sich das soziale Gewissen einer Gesellschaft. Schauen wir doch mal, wie es darum in Sachsen bestellt ist.

Das Bundesgesundheitsministerium hat gerade einen Gewissenstest gemacht. Er hat die Qualität des Gesundheitswesens in einzelnen Bundesländern untersucht und miteinander verglichen. Für Sachsen zeigt diese Studie Licht und Schatten. Insgesamt gehört Sachsen aber leider zum sehr schlechten Mittelmaß. Schauen wir uns die Studie genau an, dann sehen wir Licht – darauf können wir mit unserem Spitzenplatz durchaus stolz sein – bei der niedrigen Säuglingssterblichkeit. Wir sehen Licht, was die zahnärztliche Versorgung in Sachsen betrifft, und wir

sehen Licht, wenn wir den Zustand unserer Krankenhäuser betrachten. Hier zahlen sich offensichtlich die Krankenhausreformen des ehemaligen Sozialministers Geisler aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Dramatisch schlecht präsentiert sich der Freistaat Sachsen dagegen beispielsweise hinsichtlich der Arztdichte und in der Versorgung mit Fachärzten. Bei der Arztdichte kommt Sachsen unter den 16 Bundesländern auf Platz 14. Auf 100 000 Einwohner kommen bei uns im Schnitt 316 Ärzte, bundesweit sind es dagegen 352.

Bei der Facharztversorgung liegen wir ebenfalls nur auf dem 14. Platz. 244 Fachärzte kommen hier auf 100 000 Einwohner, bundesweit sind es 280.

Leider sind diese Punkte ganz entscheidende Pfeiler der medizinischen Grundversorgung in unserem Land. Hier spürt jeder Patient am stärksten die Qualität eines Gesundheitswesens. Dass wir gerade bei der Versorgung mit Ärzten und Fachärzten so schlecht dastehen, stellt der

sächsischen Gesundheitspolitik ein sehr miserables Zeugnis aus.

(Beifall bei der FDP)

Es ist noch gar nicht so lange her, als wir hier im Hohen Haus auf Antrag der FDP über den Mangel an Kinderärzten gesprochen haben. Panikmache wurde uns damals vorgeworfen; von einer drohenden Unterversorgung könne keine Rede sein. Angesichts der neuen Studie, meine Damen und Herren, bin ich sehr gespannt, wie sich die Staatsregierung heute wieder einmal herausreden will. Fakt ist: Mit einer „Kopf-in-den-Sand-Politik“ werden wir kein einziges Problem lösen können. Nehmen Sie bitte endlich die Fakten zur Kenntnis!

Nur ein paar Beispiele: In den vergangenen fünf Jahren ist die Zahl der zugelassenen Ärzte um knapp 200 zurückgegangen. Zurzeit sind ungefähr 100 Arztpraxen und 150 Klinikstellen unbesetzt. Aus Altersgründen werden 38,5 % der sächsischen Hausärzte bis 2010 ihre Zulassung zurückgeben.

Im Landkreis Torgau-Oschatz ist die Unterversorgung im Bereich Hausärzte schon heute real. Im Weißeritzkreis fehlen von benötigten sechs Augenärzten und im Mittleren Erzgebirgskreis von benötigten fünf Augenärzten jeweils zwei.

Von den 365 zurzeit in Sachsen praktizierenden Kinderärzten sind bereits 102 niedergelassene Ärzte älter als 60 Jahre, gerade einmal zwölf sind in Sachsen unter 40 Jahre alt.

Immer mehr Ärzte suchen ihr Glück – auch sächsische Ärzte – im Ausland. Immer mehr Ärzte finden, wenn sie in den Ruhestand gehen, keinen Nachfolger für ihre Praxis.

Wer angesichts der vorliegenden Prognosen immer noch vom Abbau von Überkapazitäten oder – wie Sie, Frau Orosz, heute in der „Leipziger Volkszeitung“ – von einem Verteilungsproblem spricht, handelt nicht nur verantwortungslos, er verharmlost die Situation in unverantwortlicher Art und Weise, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der Linksfraktion)

Und wer auf die gravierenden Probleme bei der Arztversorgung im ländlichen Raum mit der Aussage reagiert: „Masse ist nicht gleich Klasse“ – das ist das gleiche Interview mit der „Leipziger Volkszeitung“ von heute –, wie Sie, Frau Orosz, erreicht für uns den Gipfel des Zynismus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Es ist schlimm, was die Politik aus dem Traumberuf Arzt gemacht hat, meine Damen und Herren. Ich weiß aber auch, dass die alleinige Verantwortung dafür keinesfalls in Sachsen liegt. Die Hauptschuld liegt in keinen oder in den falschen Reformen auf Bundesebene. Ulla Schmidt und ihre Kollegen haben das deutsche Gesundheitswesen ruiniert und treiben mit ihrer Politik hoch qualifizierte, bei

uns in Deutschland ausgebildete Ärzte systematisch aus dem Land.

(Beifall bei der FDP)

Allerdings, meine Damen und Herren, habe ich auch noch nicht gesehen, dass sich unsere Sozialministerin einmal so richtig die Zähne an Ulla Schmidt ausbeißt und zeigt, dass wir es in Sachsen anders machen wollen.

(Zuruf der Staatsministerin Helma Orosz)

Sachsen nickt, Frau Orosz – obwohl wir das Land sind, das viele dieser dramatischen Auswirkungen ganz besonders spürt –, die falschen Weichenstellungen auf Bundesebene immer treu und brav ab. Zeigen Sie endlich einmal Muskeln!

Sie, Frau Orosz, als Staatsministerin und die Staatsregierung sind für die Misere entscheidend mitverantwortlich.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Erich Iltgen: Bitte zum Schluss kommen.

Holger Zastrow, FDP: Leider muss ich Herrn Milbradt – auch wenn er heute nicht unter uns ist – mitteilen, dass er nach den Problemen im Innenressort, im Justizressort und im Finanzressort mit dem Sozialressort eine ganz neue und schwierige Baustelle bekommen hat.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der CDU das Wort. Frau Stempel, bitte.

Karin Stempel, CDU: Peinlich, Herr Zastrow!

Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Seit dem April dieses Jahres gilt das Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung. Herr Zastrow, haben Sie geschlafen? Der Freistaat Sachsen hat im Bundesrat dagegen gestimmt. Guten Morgen! Ihre Kritik ist etwas verpufft.

Warum hat der Freistaat Sachsen dagegen gestimmt? – Weil es in diesem Gesetz tatsächlich keine Lösungen für die finanzielle Absicherung unseres solidarischen Krankenversicherungssystems, für Maßnahmen zur medizinischen Absicherung der Folgen des demografischen Wandels und für die bundesweit seit Jahren bekannte drohende Lücke in der Versorgung mit Fach- und Allgemeinärzten gibt. Auch hier: Guten Morgen! Es gibt nicht erst seit heute die Debatte. Wir debattieren seit 2000. – Hören Sie lieber zu – Sie sind Laie auf diesem Gebiet –, bevor Sie hier sprechen!

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:
Abgeordneter ist er schon!)

Sie sprechen zu einer Sache, von der Sie wirklich keine Ahnung haben, Herr Zastrow. Warum? Sie sprechen über ein Gutachten, das vom Bundesministerium – das bedaure ich – in Auftrag gegeben wurde. Die Presse hatte nichts

Eiligeres zu tun, als sofort nach Bekanntgabe des Gutachtens den Ruf unserer qualitativ guten Versorgung, den wir in Sachsen nach wie vor noch haben, zu schädigen. Was machen Sie? Sie haben nichts Eiligeres zu tun, als zu sagen: Warte, lieber Freistaat, ich mache jetzt eure Politik schlecht und beantrage eine Debatte! – die wir heute auch führen.

Herr Zastrow, Sie springen auf ein gesatteltes Pferd auf und meinen, im Galopp die Gesundheitspolitik, die wir bisher hier auch als Koalition betrieben haben, schlechtreden zu können. Herr Zastrow, Sie sind allerdings auf einen klapprigen Gaul aufgesprungen: Er bricht unter Ihnen zusammen.

Wenn Sie sich tatsächlich mit der Methode des Gutachtens auseinandergesetzt hätten – jetzt will ich Sie einmal ein bisschen aufklären –, müssten Sie Folgendes wissen:

(Holger Zastrow, FDP: Das Gutachten ist falsch!)

– Das Gutachten ist nicht falsch. Das Gutachten wendet eine Methode an, die man die „Offene Methode der Koordinierung“ nennt, die ursprünglich für die Wirtschaftspolitik geschaffen wurde und die für die Gesundheitspolitik vollkommen in den Anfängen steht, weil nämlich der Europäische Rat erst 2002 drei Ziele in Barcelona festgelegt hat. Es gibt überhaupt noch keine qualitativen Indikatoren!

(Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Wofür?)

Sie können es nachlesen. Es ist also schon sehr fragwürdig, dass Sie, werte FDP, die Sie normalerweise großen Wert auf qualitative Aussagen legen, sich auf nicht nachvollziehbare und nichtakzeptable Daten berufen, die nur anhand von quantitativen Größen und Ausgabengrößen erstellt wurden. Heute zählt Qualität mehr denn je.

(Beifall der Staatsministerin Helma Orosz)

Das heißt, das Gutachten bricht quantitative Werte von der EU auf den Bund und auf die Länder herunter, ohne selbst eine gute und eigentlich schon vereinbarte qualitative Datengrundlage zu haben.

Die Gutachter sagen selbst, dass sie keine qualitativen Indikatoren haben. Wenn Sie auf der letzten Seite in der Kurzfassung den letzten Absatz lesen, steht durch die Gutachter geschrieben: „Qualität, Prävention, Innovation sowie Personaleinsatz und Wirtschaftlichkeit sind Themenbereiche, die im gegenwärtigen Indikatorenansatz nicht ausreichend abgebildet werden.“ Das ist absolut wichtig, um etwas einschätzen zu können.

Ich kann Ihnen, Herr Zastrow, eine zweite Peinlichkeit nicht ersparen. Am 23. Oktober fand ein lange angekündigter Parlamentarischer Abend des Verbandes der Angestelltenkrankenkassen statt. Wissen Sie, zu welchem Thema? – „Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung in Sachsen“. Ihre Fraktion hat mit Abwesenheit geblüht!

(Volker Bandmann, CDU: Hört, hört!)

Sie sprechen über Dinge, die dort dargelegt wurden durch – weiß Gott! – von politischer Polemik freie Sachverständige. Der Verband der Angestelltenkrankenkassen hat dargestellt, wie gut die Zusammenarbeit mit dem SMS ist und wie erfolgreich schon Maßnahmen greifen, die wir seit 2004 in Sachsen nachvollziehen können.

(Holger Zastrow, FDP: Machen Sie sich nicht lächerlich, Frau Stempel!)

Herr Dr. Helm von der Sächsischen Krankenhausgesellschaft lobte die Zusammenarbeit mit der Ministerin. Er stellte natürlich die Probleme dar und sagte, die Zusammenarbeit müsse genauso fortgeführt und noch intensiviert werden.

(Zuruf des Abg. Holger Zastrow, FDP)

– Sie waren nicht da und wissen nicht, wovon ich rede.

Außerdem sprach Herr Prof. Hoffmann, der geistige Vater des Projektes AGnES. Auch er sagte: Sachsen hat AGnES umgesetzt, es muss nur noch vervollkommen werden. Dazu spreche ich später.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Staatsministerin Helma Orosz)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Linksfraktion das Wort. Frau Lauterbach, bitte.

Kerstin Lauterbach, Linksfraktion: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Das Thema Ärztemangel beschäftigte uns in diesem Jahr bereits einige Male. Aber es reicht nicht aus, nur darüber zu debattieren. Davon wird die Situation nicht besser.

Bleiben wir hier in Sachsen. Der Sicherstellungsauftrag für eine allumfassende ärztliche Versorgung liegt bei der Kassenärztlichen Vereinigung. Hier wird festgelegt, welche Ärzte in welchen Regionen benötigt werden. Es wäre zu schlussfolgern, dass ein Mangel an Ärzten zuerst bei der Kassenärztlichen Vereinigung sichtbar werden müsste. Das ist jedoch nicht der Fall. Die Statistiken zeigen ein anderes Bild. Demnach gibt es gar keinen Ärztemangel.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion: Hört, hört!)

Lediglich die Landkreise Döbeln mit aktuell 94 % und Torgau-Oschatz mit 93 % im hausärztlichen Bereich kämen in Zukunft an eine dramatische Grenze. Auch der Versorgungsgrad bei Fachärzten ist laut Statistik nicht so problematisch. Hier liegen nur die Augenärzte in einigen Regionen bei 76 %. Anscheinend ist das so und es wird so bleiben, wenn man die Richtlinien der ärztlichen Versorgung zugrunde legt und wenn diese Richtlinien so bleiben.

Doch es ist schon bemerkenswert, dass die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen einen akuten Ärztemangel spüren. Ein Grund ist sicher, dass ambulant tätige Ärzte zum Teil

eine Woche im Monat ihre Praxis schließen. Ihr Budget ist ausgeschöpft und alle weiteren Behandlungen werden schlecht bezahlt, zum Beispiel bei einer Ohrenärztin in der Nähe von Dresden, die ihre Punkte mit 3,75 Euro vergütet bekommt. Ist das Budget aufgebraucht, werden alle weiteren Punkte nur mit 8 Cent vergütet. So bekommen Patienten am Monats- oder Quartalsende öfter keinen Termin beim Arzt. Schlechte Noten für die Gesundheitspolitik – allerdings des Bundes! Denn das ist auf Landesebene nicht zu regeln. Die Budgetierung ist ungerecht, gehört abgeschafft, und dafür sollten wir uns einsetzen.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Werte Abgeordnete! Die Anzahl der Ärzte ist seit 1992 um circa 20 % gestiegen. Sie wurden in allen Bereichen gebraucht. Damit werden zukünftig mehr Ärzte benötigt, um die ausscheidenden Kollegen zu ersetzen. Der Ersatzbedarf wächst wegen der Überalterung der Ärzteschaft immer schneller.

Der Ärztemangel ist aber nicht nur bei niedergelassenen Ärzten fühlbar. Im Krankenhausbereich gibt es bereits 280 offene Arztstellen. Die Krankenhäuser weisen auf Ärztemangel und Pflegenotstand hin. Hier also schlechte Noten für die Gesundheitspolitik!

Auch in den Amtsstuben des öffentlichen Gesundheitsdienstes fehlen Ärzte. Die Attraktivität dieser Arztstellen lässt sehr zu wünschen übrig. Eine Bezahlung als Arzt, nicht als Verwaltungsangestellter, wäre wohl eine Bedingung, um solche Stellen künftig zu besetzen. Auch hier schlechte Noten für die Gesundheitspolitik!

Mit einzelnen Aktivitäten versuchten wir in Sachsen, dem Ärztemangel entgegenzuwirken. Der Lösungsansatz, medizinische Versorgungszentren in Sachsen aufzubauen, ist in Städten sicher umsetzbar, da diese Einrichtungen mit Bus und Bahn erreicht werden können. Auf dem flachen Land ist diese Variante eher unrentabel. Hier ist das Projekt der Schwester Agnes – initiiert von den Linken – eine hilfreiche Unterstützung des Arztes.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion: So ist es!)

Aber es ist kein Ersatz für einen Landarzt. Sicher kann Schwester Agnes viele Aufgaben und Wege abnehmen. In dieser Zeit kann der Arzt zahlreiche Patienten mehr in seiner Praxis versorgen. Aber, liebe Abgeordnete, bekommt er das auch bezahlt? Dem steht zurzeit noch die leidliche Budgetierung im Weg. Also auch hier ist eine Leistungssteigerung für die Gesundheitspolitik durchaus möglich.

Mein Fazit: Noch viel zu viele schlechte Noten für die Gesundheitspolitik, denn bisher wurde der Ärztemangel nicht wirklich wirksam bekämpft. Die Arbeit der Ärztinnen und Ärzte steht und fällt mit ihrer Bezahlung. Deshalb sollten wir den Ansatz, die Budgetierung abzuschaffen, auf jeden Fall im Bundesrat unterstützen.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Präsident Erich Itgen: Ich erteile der Fraktion der SPD das Wort. Herr Gerlach, bitte.

Johannes Gerlach, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das deutsche Gesundheitswesen – Herr Zastrow ist nicht mehr da, das ist auch nicht so schlimm, denn es hielt sich ja in Grenzen – schneidet in allen Länderumfragen und vergleichenden Studien mit Spitzenplätzen ab. Kolleginnen und Kollegen mit Auslandserfahrung werden dem schneller zustimmen können als jene, die nur hier gewesen sind. Meiner Kollegin Stempel kann ich in allem nur zustimmen.

Die im Thema der heutigen Debatte implizierte Behauptung, zum Thema Ärztemangel sei bisher wenig Wirksames passiert, kann man leicht widerlegen. Das muss ich nicht wiederholen. Es reicht eben nicht, dass man seine Anzeigen für eine Aktuelle Debatte geschaltet hat und hier eine flammende Rede hält, wenn diese Rede vom Inhalt her sehr dürftig ist. Ich sage es ganz vorsichtig.

Richtig jedoch bleibt: Der bisher in nur einigen ländlichen Regionen vorhandene Mangel an Ärzten verschiedener Facharztgruppen wird sich verschärfen, auch wenn sich deutschlandweit die Ärztedichte von einem Arzt pro 335 Einwohner im Jahr 1990 auf einen Arzt pro 265 Einwohner verbessert hat. Richtig ist auch, dass seit vielen Jahren in Sachsen im Krankenhausbereich im Jahresdurchschnitt zwischen 250 und 300 Stellen nicht besetzt sind. Das sind circa 3,5 bis 4 % aktuell. Die Zahl, die in der Kleinen Anfrage von Herrn Wehner genannt wurde, lautet 279.

Es wird viel getan. Erst kürzlich wurde der neue Bewertungsmaßstab zur Honorierung ärztlicher Leistungen verabschiedet, welcher als äußerst positiver Beitrag zur Verbesserung der ärztlichen Vergütung gewertet werden kann. Es gibt in Sachsen zusätzlich zu den Maßnahmen der Kassenärztlichen Vereinigung – wie Sicherstellungszuschläge, zinsvergünstigte Kredite – ein Förderprogramm des Freistaates, welches zwar nicht im Gesundheitsressort angesiedelt ist, sondern im Wirtschaftsministerium, aber von dort zur Verfügung gestellt wird. Die aktuelle Gesundheitsreform bietet ab dem nächsten Haushalt 2009/2010 zusätzliche Honorarzuschläge in unterversorgten Gebieten an.

Der Ansturm auf das Medizinstudium ist nach wie vor groß. Gerade versuchen 2 200 Studentinnen und Studenten in Sachsen einen solchen Studienplatz auf dem Klageweg zu bekommen. Trotzdem fehlen nach dem Studium Ärztinnen und Ärzte.

Eine Befragung unter im erlernten Beruf nicht tätigen Ärztinnen ergab wichtige Entscheidungsgründe gegen die Berufsausübung. Daraus leiten sich folgende Forderungen ab: besseres Personalmanagement, Berücksichtigung familiärer Zeitbedarfe, flexible Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Wiedereinstiegsprogramme mit Fortbildung, Mentoring und Hospitation sowie angemessene soziokulturelle Angebote. Das sind viele Handlungsmöglichkeiten für regionale Akteure und Krankenhäuser.

Trotzdem wird das Problem in den ländlichen Regionen bleiben. In Bayern zum Beispiel arbeitet jeder vierte Arzt in München.

Es ist doch ganz klar, dass die Ärzte, die dort zu viel sind, dann in den ländlichen Regionen fehlen. In abgeschwächter Form ist das in Dresden, Leipzig, Chemnitz und anderen großen Städten der Fall. Die Ärzte sind nicht nur in den großen Städten, weil sie sich dort höhere Vergütungen aufgrund einer größeren Anzahl von Privatpatienten erhoffen. Auch in den USA zum Beispiel fehlen 17 000 Ärzte in den ländlichen Bereichen.

Der Konkurrenzkampf der Kliniken der Regionen wird sich europaweit verschärfen. Interessanterweise wurde noch Mitte der Neunzigerjahre von der Ärzteschaft selbst eine Ärzteschwemme vorausgesagt. Solche Meldungen haben natürlich immer auch standespolitische Absichten, wie manche Dinge hier auch. Mal geht es um die Durchsetzung des Kostenerstattungsprinzips, mal um höhere Punktezahlen und Ähnliches.

Was bleibt, ist die spannende Antwort auf die Frage, wie man das Interesse an einer Tätigkeit in strukturschwachen Regionen wecken kann. Nicht alle jungen Ärzte und Ärztinnen sind so ländlich geprägt, dass sie gern in ihre Heimat zurückgehen wollen. Die auf sie wartenden vielen Dienste wiegen schwerer als die angenehme Vertrautheit einer dörflichen Umgebung, wo der Arzt, die Ärztin noch „einer oder eine von uns“ ist.

Hierfür waren die Vorträge auf dem Parlamentarischen Abend, den die Antragsteller nicht miterlebten, sehr aufschlussreich.

Unsere Dörfer – das ist mein Fazit – brauchen keine höchstspezialisierten Fachärzte, sondern vertraute Praktiker, die natürlich bei Bedarf an die Spezialisten in geeigneten Zentren überweisen werden. Deshalb begrüße ich ausdrücklich Projekte wie das Leipziger Patenschaftsmodell, die Kooperation von Medizinstudenten mit Hausärzten in Torgau-Oschatz oder zum Beispiel auch die Verknüpfung mit der Praxis bereits im Studium, wie es in Leipzig praktiziert wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte eine Bitte: Wir haben jetzt in fast jeder Landtagssitzung dieses Thema bearbeitet. Es wäre für das Plenum positiv, wenn wir es nicht schon wieder im Dezember wiederholen müssten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile das Wort der Fraktion der NPD. Herr Dr. Müller, bitte.

Dr. Johannes Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Sozialministerin Orosz! Platon prägte mal den klugen Satz, wenn es in einem Land zu viele Ärzte oder zu viele Juristen gibt, dann stimme in dem Land etwas nicht. Ich muss sagen, ich hätte mir vor 20 Jahren nicht träumen lassen, dass es mal so viele Juristen in Sachsen geben wird, die sich hier tummeln und

scheinbar irgendwo Beschäftigung finden; aber ich hätte mir auch nicht träumen lassen, dass es mal der Fläche nach zu wenig Ärzte gibt. Ich muss sagen, der Ärztemangel ist nicht gleich der Umkehrschluss dieses Platonsatzes, dass es uns also in Sachsen gut ginge.

Ich möchte nicht diese schwarzen Farben teilen, wie sie die „Leipziger Volkszeitung“ unter ihrem Artikel „Sachsens Kranke werden schlecht versorgt“ und den 14. Platz in der ärztlichen Versorgung für Sachsen vorgaukeln. Aber wir haben ein Problem, weniger in den großen Städten und den Metropolen, jedoch auf dem flachen Land. Darüber täuschen oft die Statistiken der Landkreise teilweise erheblich hinweg. Wie bereits gesagt, die Sächsische Schweiz, woher ich komme, ist formal kein unterversorgter Bereich und dennoch – wenn man sich das etwas detaillierter ansieht – ist die Versorgung im ländlichen Bereich des Landkreises Sächsische Schweiz doch schon erheblich ausgedünnt.

(Staatsministerin Helma Orosz:

Das ist ein Verteilungsproblem!)

– Das ist ein Verteilungsproblem. Darin gebe ich Ihnen völlig recht, Frau Staatsministerin. Aber das Gesamtproblem ist doch Ausdruck – und da muss ich sagen, ich kann das Wort des demografischen Wandels von Frau Stempel nicht gebrauchen, nein – der demografischen Katastrophe, in die Sachsen und die Bundesrepublik hineinschlittern.

Wenn man sich die Zahlen der KBV, der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, ansieht, wird bis 2012 prognostiziert, dass noch weitere 41 000 Ärzte bundesweit in den Ruhestand gehen, davon allein 15 000 Hausärzte. In Sachsen sollen von den 5 700 Kassenärzten noch 1 000 in den Ruhestand gehen. Da sind doch schlimme Zeiten zu befürchten. Wir leben im Moment – das muss man so klar sagen – noch von Übergangsbestimmungen aus der Zeit nach der Wende. Viele der Kassenärzte haben nach der Wende, schon im höheren Lebensalter, eine Zulassungserlaubnis für 20 Jahre bekommen. Das ist zum Beispiel die Generation meines Vaters, die jetzt schon eigentlich noch über die Altersgrenze hinaus praktiziert. Aber diese 20 Jahre – das kann man relativ einfach nachrechnen – laufen spätestens 2012 aus. Dann fallen gerade im Hausarztbereich massiv Ärzte weg.

Das zweite von mir gesehene Problem ist der allgemeine Werteverfall. Wenn man sich das mal so ansieht: Heimatgefühl oder die Übernahme einer elterlichen Praxis, das ist nicht mehr das, was üblich ist. Es wird von allgemeiner Mobilität gesprochen, es wird davon gesprochen, dass die Leute dorthin gehen sollen, wo die Arbeit eben da ist. Werte im klassischen Sinne? – Da muss ich jetzt auch den Liberalen kontern. Das, was heute als Wert gesehen wird, ist eigentlich nur ein materieller Wert. Da ist Deutschland in der Bezahlung der Ärzte natürlich bei Weitem nicht an der europäischen Spitze.

(Zuruf des Abg. Dr. Fritz Hähle, CDU)

Wenn man das nun als Voraussetzung sieht, dann braucht man sich nicht zu wundern, dass viele deutsche Ärzte ins

Ausland gehen, dass viele Ärzte sagen: „Na gut, ich kann in einem Pharmaunternehmen genauso viel verdienen, wie wenn ich mich in der Praxis abrackere, aber ich habe einen geregelteren Wochenarbeitsablauf und einen geregelten Monatsablauf.“ Dass die Leute dann wegbleiben und der Versorgung nicht mehr zur Verfügung stehen, ist irgendwo völlig logisch. Wie bereits gesagt, das Problem, das ich sehe, ist nicht das Problem der großen Zentren, es ist das Problem in der Fläche und des ländlichen Raums. Wenn man sich ansieht, dass 70 % der Absolventen des Medizinstudiums weiblich sind, und ich mir zudem ansehe, was bei einem Hausbesuch auf einen Hausarzt zukommt, dann tun mir diese Frauen leid, wenn sie die Praxis übernehmen.

Ich hatte schon im Rahmen der Mündlichen Anfragen an Frau Staatsministerin davon gesprochen, dass die Versorgungsbereiche größer werden sollen. Wir haben jetzt das Problem, dass man bei Wind und Wetter, bei Nacht, bei Schneefall, bei Schneesturm mit seinem Kofferchen als Selbstfahrer irgendwo zum Patienten bestellt wird. Das ist harte Arbeit. Dann soll man dort auch noch eine ganz vernünftige Diagnose stellen und den Patienten ordentlich und sorgfältig betreuen. Ich denke, das geht auch über die physischen Grenzen der Leute hinaus. Solange sich diese Bedingungen nicht verbessern, werde ich in der Praxis nicht die Leute in den ländlichen Raum locken, da kann ich noch so viele Anreize liefern.

Ein großes Problem sehe ich auch in der kinderärztlichen Versorgung, die aus meiner Sicht im ländlichen Raum schon komplett zusammengebrochen ist. Ich sehe auch ein Problem darin, dass die weichen Faktoren fehlen. Ärzte haben auch ein gewisses Anspruchsniveau an ihre Umgebung, da spielen Schulen und Theater eine Rolle, die es im ländlichen Raum auch schon nicht mehr gibt. – Gut, ich muss jetzt erst einmal aufhören, aber ich denke, auch die weichen Faktoren in der Fläche sollten nicht unberücksichtigt bleiben, wenn man das ganze Problem wirklich ernsthaft diskutieren will.

Vielen Dank.

(Beifall bei der NPD und des Abg.
Klaus-Jürgen Menzel, fraktionslos)

Präsident Erich Itgen: Ich erteile der Fraktion der GRÜNEN das Wort. Frau Herrmann, bitte.

Elke Herrmann, GRÜNE: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf den Tag genau vor zwei Jahren haben wir über die Verantwortung der Staatsregierung für die Absicherung der medizinischen Versorgung in Sachsen gesprochen. Heute nun hat die FDP schlechte Noten zu verteilen. Herr Zastrow, was Sie hier abgeliefert haben, ist an Populismus nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der SPD)

Es fragt sich nur, ob man mit Populismus wirklich Politik machen kann. Von Ihnen habe ich bisher keine Konzepte gehört. Vielleicht kommt das im zweiten Teil. Da können wir uns überraschen lassen.

Frau Stempel, Sie haben versucht, Pfeffer zu geben, aber ich glaube, der Verweis auf die Studie und die inhaltliche Aussagekraft, die diese Studie wirklich hat, reicht nicht. Dazu werden Sie im zweiten Teil wohl auch noch etwas sagen.

Natürlich haben wir offene Stellen in Sachsen und betroffen ist vor allem der ländliche Raum. Ich unterstreiche voll und ganz das, was Herr Gerlach hier gesagt hat: Wir brauchen im ländlichen Raum eben nicht den hoch spezialisierten Mediziner, sondern wir brauchen einen Praktiker, der bei Bedarf überweisen kann. Genau an dieser Stelle haben wir die Probleme. Dort muss versucht werden gegenzusteuern. Man kann aber die Schuld nicht allein der Staatsregierung zuschieben, das muss man einfach an dieser Stelle ehrlicherweise sagen.

Sachsen ist in gewisser Weise Testregion für den demografischen Wandel, der sich eben auch in der medizinischen Versorgung auswirkt, sei es dadurch, dass die Mediziner immer älter werden, ihre Praxis aufgeben und keine Nachfolger zur Hand haben – backen können wir sie uns nicht –, oder sei es dadurch, dass die Menschen immer älter werden und sich damit die Probleme verändern, mit denen diese Menschen zum Arzt gehen, und wie oft sie kommen.

All dies bildet sich eben nicht im Punktebewertungssystem der Krankenkassen ab. Genau darauf hat die Staatsregierung nur bedingt Einfluss. Es wären aber Veränderungen nötig und deshalb der Auftrag an die Staatsregierung, immer wieder darauf hinzuwirken. Wenn im ländlichen Raum die Wege weiter werden und keine Mediziner zur Verfügung stehen, dann muss wenigstens dafür gesorgt werden, dass sich diese längeren Wege zum Beispiel in der Punktebewertung für die Hausbesuche widerspiegeln.

Das ist eine Baustelle, auf der die Staatsregierung ihren Einfluss geltend machen muss; aber das ist nur bedingt möglich. Maßnahmen, die die Staatsregierung schon ergriffen hat – an den Schrauben zu drehen, an denen sie drehen kann –, sind hier schon eine ganze Menge aufgeführt worden. Das kann man auch in der Antwort auf die Kleine Anfrage von Herrn Wehner nachlesen. Unter Punkt 5 sind Maßnahmen aufgelistet, mit denen die Staatsregierung versucht, dem Ärztemangel oder der Situation in Sachsen entgegenzuwirken. Wenn wir uns aber einbilden, wir könnten das Problem aus der Welt schaffen und die Situation, die im ländlichen Raum vorherrscht, vollkommen umkehren, dann sind wir auf dem Holzweg. Das sollten wir auch nicht vermitteln, Herr Zastrow, weil es einfach unehrlich ist.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

An welchen Schrauben können wir denn noch drehen? Wir haben ausreichend Studienanfänger und die Zahl der Absolventen liegt noch über dem Bedarf. Dann passiert es aber, dass Studienabsolventen und praktizierende Mediziner in den Westen, ins Ausland und in andere Bereiche abwandern. Eine Antwort wäre, einen Teil dieser schwierigen Situation mit Berufsrückkehrer(inne)n auszuglei-

chen. Dann stellt sich die Frage: Wie sehen die Arbeitsbedingungen aus, wie ist die Möglichkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren, welche zeitlichen Budgets stellen wir zur Verfügung? Dort können wir die Bedingungen für die Frauen und natürlich auch für die Männer noch verbessern.

Außerdem müssen wir unbedingt ins Studium hinein. Die Uni Leipzig hat ein Patenschaftsprogramm für die Famulatur bei Allgemeinmedizinern aufgelegt, und das ist richtig so. Wir müssen trotzdem fragen: Wo kann die Zusammenarbeit zwischen Uni bzw. Studenten und Ärzten vor Ort noch verbessert werden, um zu erreichen, dass manche doch zurückgehen und sagen, genau das ist mein Ziel, ich möchte solch eine Praxis betreiben? Aber natürlich spielen auch die Bedingungen vor Ort – wie komme ich in die nächste Stadt, wie ist der öffentliche Nahverkehr? – eine Rolle. Deshalb kann man nicht allein die medizinischen Strukturen in den Blick nehmen, sondern muss darüber hinaus schauen.

(Allgemeine Unruhe)

Wir brauchen Modellstudiengänge für Medizin – warum gibt es diese in Sachsen nicht? Brauchen wir einen Numerus clausus – Österreich hat keinen; dort scheint es genug Ärzte zu geben –; brauchen wir ihn?

(Dr. Johannes Müller, NPD: Dort gibt es ein riesiges Problem mit der Facharztausbildung!)

Zu den Maßnahmen, die die Staatsregierung ergriffen hat, –

Präsident Erich Iltgen: Darf ich um Aufmerksamkeit bitten!

Elke Herrmann, GRÜNE: – haben die Kollegen schon einen ganzen Teil ausgeführt; darauf will ich nicht noch einmal zurückkommen.

Einen entscheidenden Vorteil könnten wir erringen, wenn es uns gelänge, im Studium bessere Strukturen zu schaffen und eine bessere Vernetzung zur Praxis herzustellen. Und wenn es gelänge, die Ausbildung der Krankenschwestern bzw. Pflegekräfte zu verändern, sodass sie die Ärzte stärker unterstützen können, um ihre Möglichkeiten, dort tätig zu werden, auszuweiten – was sich natürlich in der Ausbildung niederschlagen muss.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abg. Rita Henke und Dr. Fritz Hähle, CDU)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der FDP das Wort; Frau Schütz, bitte.

Kristin Schütz, FDP: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Stempel, Frau Herrmann, seit wann ist es Populismus, ehrliche Fakten zu nennen? Es geht uns nicht um Schlechtreden; es geht uns darum, ehrlich zu sein.

(Beifall bei der FDP)

Den drohenden Ärztemangel wegzudiskutieren und nur von einem rein rechnerischen Verteilungsproblem zu sprechen – so wie Sie, Frau Staatsministerin Orosz, es heute in der „Leipziger Volkszeitung“ getan haben – ist dasselbe, wie den Dresdnern bei Hochwasser zu erklären, die Elbe hätte nur ein Verteilungsproblem mit dem gerade gefallenem lang anhaltenden Niederschlag.

(Beifall bei der FDP – Zuruf der Staatsministerin Helma Orosz)

In beiden Situationen ist im konkreten Fall die Katastrophe da.

Der Ärztemangel ist in Bereichen schon vorhanden und wird im ländlichen Raum bald sachsenweit die Versorgung bedrohen. Das ist zum Beispiel bei den Anästhesisten schon jetzt zu sehen: In elf von 26 Planungsgebieten liegen wir unter 100 %; in sechs Fällen ist sogar schon von einer drohenden Unterversorgung bzw. von einer Unterversorgung zu sprechen. Zukünftig haben wir also wunderbare Chirurgen, aber niemanden mehr, der die Patienten bei der notwendigen Operation in Narkose versetzen kann. Tolle Aussichten!

Aber das weiß die Staatsregierung, das wissen die Vertreter der Ärzteschaft, und vor allem merken es die Patienten vor Ort.

Dieses riesige Problem ist seit Jahren bekannt, doch es wird nicht gelöst, sondern die Folgen werden nur notdürftig ausgeglichen. Das ist in etwa so, als wolle man eine schwere Lungenentzündung mit Aspirin behandeln.

Das Problem fängt schon bei der Feststellung des Ärztemangels überhaupt an. Die Richtlinie zur Bedarfsplanung der ärztlichen Versorgung zeigt Ärztemangel erst dann an, wenn das Kind schon lange in den Brunnen gefallen ist. So werden Ansiedlungen von Ärzten verhindert, obwohl sie langfristig sinnvoll wären.

Um es konkret zu sagen: Die Bezugsgrößen sind veraltet – sie sind aus dem Jahre 1990 – und berücksichtigen weder die demografische Entwicklung noch die Altersstruktur, ganz zu schweigen von der Morbidität in den einzelnen Planungsgebieten.

(Beifall bei der FDP)

Die erweiterte Diagnostik und Erweiterung der Krankheitsbilder aufgrund des medizinischen Fortschritts wird seit 30 Jahren nicht fortgeschrieben. Eine Überarbeitung ist also längst überfällig, doch man hat Angst, dass der Bedarf dann noch weitaus größer wäre, als es die Statistik schon jetzt zeigt.

Ich weiß, dass das nicht allein in der Macht des Landes steht, doch zumindest sollte man den Misstand benennen dürfen. Der Chef der sächsischen Kassenärztlichen Vereinigung hat das getan, und ich erwarte das auch von der Staatsregierung.

(Beifall bei der FDP)

Wenn schon die Planung unzuverlässig ist, wird auch die Bekämpfung des Ärztemangels erschwert. Statt Zulagen

und Beihilfen, wenn eine drohende Unterversorgung festgestellt wurde, braucht der ländliche Raum schon viel eher Anreize, damit sich Ärzte niederlassen. Schon seit dem Jahr 2000 wurde auf die Gefahr für die ärztliche Unterversorgung im ländlichen Raum hingewiesen, doch erst seit Kurzem wird überhaupt etwas in diese Richtung getan. Hier darf die Staatsregierung nicht nur auf die Kassenärztliche Vereinigung verweisen. Diese bemüht sich, im Rahmen der Vorgaben das Beste zu erreichen, doch Leistungen über den Sicherstellungsauftrag hinaus kann die KV nicht erbringen. Deshalb ist hier der Freistaat in der Pflicht.

(Beifall bei der FDP)

So ist in einer Stellungnahme zu einem Antrag der PDS aus dem Jahre 2004 zu lesen, dass weiterführende Hilfen wegen der angespannten finanziellen Haushaltslage des Freistaates nicht möglich sind. Bei solch einer Politik darf man sich nicht wundern, wenn wir bei der Gesundheitsstudie nicht so gut abschneiden. Wenn es die Situation verlangt, muss der Freistaat auch Geld in die Hand nehmen. Sie werden dabei unsere Unterstützung haben.

(Dr. Fritz Hähle, CDU: Neue Schulden machen?!)

Sehr geehrte Frau Orosz, die Folgen des Ärztemangels werden weitaus größer sein als das Geld, welches der Freistaat hierfür ausgeben muss.

Das Problem, welches vor der Tür steht, ist immens, doch durch die Politik teilweise selbst verschuldet. Selbst auf der Gesundheitskonferenz 2003 wurde bereits festgestellt: Junge Mediziner bevorzugen die alten Bundesländer, größere Städte, nicht die Selbstständigkeit, auf keinen Fall die Hausarztstätigkeit, auf gar keinen Fall die Hausarztstätigkeit in den neuen Bundesländern und noch viel weniger die Hausarztstätigkeit im ländlichen Raum in den neuen Bundesländern. Das Ergebnis mag erschrecken, doch wer arbeitet als junger Arzt bei einem Drittel mehr Behandlungsfällen, aber fast einem Drittel weniger Gehalt schon gern in Regionen, in denen kulturelle Einrichtungen durch die Kommunen finanziell nicht mehr getragen werden können oder Schulen gerade geschlossen werden?

Die Konkurrenz um junge Ärzte ist mächtig; Sachsen hat dabei schlechte Karten. Helfen kann nur ein Bündel von Maßnahmen. Wir brauchen in Sachsen eine gezielte Förderung der Facharztausbildung und die gezielte Vernetzung mit den Regionen. Wir brauchen einen ländlichen Raum, der für junge Ärzte attraktiv ist. Schulschließungen zum Beispiel bewirken dabei das Gegenteil.

Wir brauchen auch eine Förderung der Ansiedlung junger Ärzte für ganz Sachsen, die über die Sicherstellungszulage und Ansiedlungsprämie durch die Kassenärztliche Vereinigung hinausgeht. Wir brauchen regionale Maßnahmenpakete und die Zusammenarbeit von Kommunen, Land und Universitäten, um Studenten für die Arztstätigkeit zu gewinnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sächsische Staatsregierung muss endlich gegen die rigide Gesund-

heitspolitik auf Bundesebene intervenieren, die den Arztberuf unattraktiv macht. Bürokratie und Kostendruck belasten die Ärzte. Die Aussicht darauf treibt Studenten ins Ausland oder in die Pharmaindustrie, wie wir bereits gehört haben.

Frau Orosz, Sie führen immer wieder Modellprojekte in Torgau-Oschatz an und loben das Modellprojekt „Schwester Agnes“, erwähnen das Modellprojekt mit der Leipziger Universität und deren Kooperation mit dem Landkreis Torgau-Oschatz. Doch wissen Sie, was ein Grund für das schlechte Abschneiden Sachsens ist? Wir machen immer nur Modellprojekte, aber keine flächendeckenden Projekte.

Lassen Sie mich abschließend feststellen: Die sächsischen Ärzte leisten trotz widriger Bedingungen eine hervorragende Arbeit. Nicht die Arbeit der Ärzte ist schlecht, sondern die Gesundheitspolitik von CDU und SPD.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der CDU das Wort; Frau Stempel, bitte.

Karin Stempel, CDU: Frau Schütz, ich gestehe Ihnen zu, dass Sie aufgrund Ihrer jungen Mutterschaft, worüber ich mich ja auch freue, wenig Zeit haben, sich mit richtigen Fachleuten auseinanderzusetzen; siehe das Fehlen beim Parlamentarischen Abend, als es um das Thema ging.

(Gelächter bei der Linksfraktion und der FDP)

Niemand hat negiert, dass wir in Sachsen abnehmende Einwohnerzahlen und einen wachsenden Altersdurchschnitt haben. Durch die Folgen des demografischen Wandels, Herr Dr. Müller, entstehen steigende Kosten im Arzneimittel- und Pflegebereich. Auch vor den Ärzten macht der demografische Wandel nicht halt. Seit 2000 sprechen wir hier darüber und bemühen uns um Lösungen. Seit 2002 gibt es eine gemeinsame Gesprächsrunde im Sozialministerium mit allen Verantwortungsträgern, wie KV, Landesärztekammer und Krankenkassen. Sie negieren das, verehrte Damen und Herren der FDP-Fraktion.

Ich sage Ihnen noch etwas: In Gesprächen, die ich geführt habe, kam die blanke Empörung über den Populismus zum Ausdruck, den Sie in der Pressemeldung verbreitet haben, Herr Zastrow. Sie reden die Bemühungen aller, die ich gerade nannte – und da habe ich noch nicht einmal alle genannt –, so in Grund und Boden, dass Sie damit nicht nur die sächsische Politik schlechtmachen, sondern auch die Bemühungen aller bisherigen Akteure, und das ist das Problem.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsministerin Helma Orosz)

Das können wir nicht zulassen.

(Interner Wortwechsel zwischen Abgeordneten der Linksfraktion und der FDP –
Holger Zastrow, FDP: Jetzt sind wir schuld!
Das ist ein Armutszeugnis!)

Ich komme noch einmal zur sogenannten offenen Methode der Koordinierung. Sie steckt in den Anfängen und ist überhaupt noch nicht qualitativ datenmäßig untersetzt. Das ist meine Kritik an diesem Gutachten. Das geben die Gutachter selbst zu.

Frau Herrmann, danke für Ihren sachlichen Beitrag. Dank auch meinem Kollegen Gerlach. Frau Lauterbach, Sie nannten das Modell „AGnES“. Dieses Modell ist ausgezeichnet, um zukünftig beispielsweise den ländlichen Raum besser abzudecken. Es ist nicht durch Sie initiiert, meine Damen und Herren der Linksfraktion, sondern durch Herrn Prof. Dr. Hoffmann aus Greifswald! Er bietet es bundesweit an und es wird auch umgesetzt. Für alle, die nicht wissen, worum es geht: „AGnES“ ist ein

- arztentlastendes
- gemeindenahes
- E-Health-gestütztes

– systemisches Interventionsprogramm,

das sich geschulter Schwestern im Auftrag der Hausärzte bedient.

(Kristin Schütz, FDP, meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

So haben wir es beim Vortrag des VdAK gehört.

Präsident Erich Iltgen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Karin Stempel, CDU: Aber bitte.

Präsident Erich Iltgen: Frau Schütz.

Kristin Schütz, FDP: Frau Stempel, nehmen Sie zur Kenntnis, dass nach der Faktenlage in circa fünf bis zehn Jahren keine Hausärzte mehr vorhanden sein werden, an denen „AGnES“ angebunden sein kann?

Karin Stempel, CDU: An dieser Schwarzmalerei beteilige ich mich nicht. Es ist bekannt, dass bundesweit in zehn Jahren ungefähr 70 000 Ärzte fehlen. Das ist auch bei der KBV nachzulesen. Weil die Entwicklung so ist, werden schon seit Jahren alle Bemühungen – ich nannte es – unternommen, um diesem Problem entgegenzutreten. Es ist als anständige Politikerin auch Ihre Pflicht,

(Beifall bei der CDU)

Optimismus zu verbreiten

(Oh-Rufe von der Linksfraktion)

und, wie Frau Herrmann es gesagt hat, dass Sie konkrete Maßnahmen anbieten. Aber von Ihrer Seite kommt null, nichts.

Präsident Erich Iltgen: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Karin Stempel, CDU: Ja, bitte.

Kristin Schütz, FDP: Ich wehre mich dagegen, mir Verbreitung von Pessimismus vorwerfen zu lassen.

Karin Stempel, CDU: Das ist Ihr gutes Recht, aber Sie brauchen nur die Pressemitteilung von Herrn Zastrow mit der schamlosen Überschrift und den Fakten, die dort genannt sind, lesen – das ist blanke Schwarzmalerei. Es ist gegenüber der Bevölkerung unanständig, so eine Panik zu verbreiten.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Ich möchte trotzdem noch einmal auf das Projekt „AGnES“ zurückkommen. Sie werden auch gleich sehen, warum. Herr Prof. Hoffmann hat vorgestellt, dass seit März dieses Jahres 206 Hausbesuche durch sechs beteiligte Ärzte bzw. die Schwestern, die bei diesen Hausärzten angestellt sind, stattgefunden haben. Und jetzt hören Sie: 87 % der besuchten Patienten erklären sich mit diesem Projekt zufrieden und begrüßen, dass diese Form der Betreuung eingeführt wurde.

Jetzt kommt unsere Aufgabe als Politiker. Wir wissen alle, dass der ländliche Raum in den nächsten Jahren in seiner Versorgung sicherlich extrem bedroht ist. Weil „AGnES“ ein Lösungsmodell ist, gilt es – im Übrigen berufe ich mich auch auf den Sachverständigenrat und sein Gutachten vom Juli 2007 –, eine bundesrechtliche Regelung zu finden, damit solche Projekte nicht nur als Modell existieren, sondern gänzlich übernommen werden können. Hier ist der Bundesgesetzgeber am Zuge, Regelungen, beispielsweise für „AGnES“ im SGB V, zu formulieren. Das wurde übrigens auch bei diesem Parlamentarischen Abend genannt, wo Sie nicht da waren, werte FDP-Fraktion. Es geht weiterhin darum, finanzielle Regelungen aufzustellen, die mit den Kostenträgern gefunden werden müssen. Auch das ist an diesem Parlamentarischen Abend besprochen wurden. Momentan ist „AGnES“ nur ESF-finanziert.

Da meine Redezeit leider nicht ausreicht, kürze ich ab. Wir konnten uns in Finnland davon überzeugen, dass solche Projekte funktionieren. Und zwar funktionieren sie auch mithilfe von Telemedizin. Dort müssen wir auch hin. Im Übrigen wird in Finnland in der Zwischenzeit für Flächenentfernungen von 460 Kilometern unverzichtbar mit Telemedizin gearbeitet, um Patienten in solchen Entfernungen versorgen zu können. Auch dort müssen wir hin. Wir reden in Deutschland gar nicht von solchen Entfernungsdimensionen! Wir haben Lösungsansätze und müssen in der Lage sein, sie auch in Deutschland zu übernehmen bzw. uns gegen Vorbehalte zu wehren und endlich vernünftig und sachlich miteinander zu diesen Lösungen kommen.

Die Koalition ist dazu bereit, den eingeschlagenen Weg mit Lösungsmaßnahmen weiter zu bestreiten. Ich fordere Sie auf, werte FDP-Fraktion, bevor Sie hier irgendwelche Fakten, die qualitativ nicht hundertprozentig untersetzt

sind, nennen und populistische Reden veranstalten: Bringen Sie endlich sachliche, fachliche Vorschläge und helfen Sie mit, die Basis im Bund möglich zu machen, dass die Gesetze geschaffen werden,

(Widerspruch bei der FDP)

um gute Projekte in Sachsen fortführen zu können. – Ich habe den Bund auch kritisiert!

(Lachen bei der Linksfraktion und der FDP)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD –
Beifall der Staatsministerin Helma Orosz)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile das Wort der Linksfraktion. Herr Wehner, bitte.

Horst Wehner, Linksfraktion: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Stempel, wir hatten das schon bei einer vorangegangenen Aktuellen Debatte, als es um die Kinderärzte ging. Natürlich ist möglicherweise das eine oder andere überzogen, nur sollten wir die Dinge schon zur Kenntnis nehmen, die nicht ganz unproblematisch sind, und dann entsprechende Vorschläge unterbreiten.

(Vereinzelt Beifall bei der Linksfraktion und
Beifall bei der FDP)

Vielleicht sind Sie ja mit mir – und Frau Staatsministerin, vielleicht auch Sie – darin eins, wenn ich sage, die Kriterien für den Grad der ärztlichen Versorgung stimmen schon lange nicht mehr und müssen geändert bzw. den tatsächlichen demografischen und örtlichen Verhältnissen angepasst werden, auch unter Berücksichtigung dessen, dass wir den weichen Faktor Kultur im ländlichen Raum ausgestalten müssen.

(Beifall bei der Linksfraktion und der FDP)

Es war vom gefühlten Ärztemangel die Rede. Ich war kürzlich im Leipziger Land. Ältere, chronisch kranke und gehbehinderte Bürger eines Ortes, darunter Rollstuhlfahrer, äußerten sich besorgt. Drei Hausärzte im Wohnort hatten aus Altersgründen ihre Praxis geschlossen, Nachfolger fanden sich nicht. Der nächste Arzt befindet sich im Nachbarort in zwölf Kilometer Entfernung. Dorthin kann man mit öffentlichen Verkehrsmitteln aber nur einmal am Vormittag und einmal am Nachmittag fahren. Die Betroffenen haben weder ein Auto noch einen Führerschein. Rollstuhlabhängige Menschen kommen mit dem Bus nicht mit. Private wie Taxis sehen sich außerstande, die rollstuhlbedürftigen Personen zu transportieren. Dieser Personenkreis beklagt zudem, regelmäßig Schwierigkeiten zu haben, wenn sie bei ihren Krankenkassen um die Übernahme der notwendigen Fahrtkosten bitten. Für diejenigen, die sich nur noch im Elektrorollstuhl fortbewegen können, stellt sich die Situation noch dramatischer dar. Der vorhandene gemeinnützige mobile Behindertendienst eines Trägers der freien Wohlfahrtspflege hat seinen Geschäftsbetrieb eingestellt. Der Kreistag hat die

Förderfähigkeit und die Finanzverwaltung die Gemeinnützigkeit des Unternehmens nicht mehr gesehen, also konnte er sich nicht mehr halten.

Lösungen gibt es keine. Das ist alles in allem ein unbefriedigender Zustand für die Menschen im Ort. Die Stellen, die den Versorgungsauftrag zu realisieren haben, können die Bürger zwar verstehen, aber sie sehen das natürlich nicht so wie die Bürger, auch nicht die Staatsregierung. Eine Unterversorgung wird unter Zugrundlegung der geltenden Kriterien nämlich nicht festgestellt.

Nun, meine Damen und Herren, was ist eigentlich Unterversorgung?

(Beifall der Abg. Kristin Schütz, FDP)

Dies ergibt sich weder aus dem Gesetz noch aus der Zulassungsverordnung. In den Bedarfsplanungsrichtlinien Ärzte des gemeinsamen Bundesausschusses wird Unterversorgung wie folgt beschrieben: „Eine Unterversorgung in der vertragsärztlichen Versorgung der Versicherten liegt vor, wenn in bestimmten Planungsbereichen Vertragsarztsitze, die im Bedarfsplan für eine bedarfsgerechte Versorgung vorgesehen sind, nicht nur vorübergehend nicht besetzt werden können und dadurch eine unzumutbare Erschwernis in der Inanspruchnahme vertragsärztlicher Leistungen eintritt, die auch durch die Ermächtigung von Ärzten und ärztlich geleiteten Einrichtungen nicht behoben werden kann.“ – Alles klar?!

(Beifall des Abg. Holger Zastrow, FDP)

„Die Vermutung einer Unterversorgung liegt vor, wenn der im Bedarfsplan ausgewiesene Bedarf an allgemeinärztlicher Versorgung um mehr als 25 % oder der Bedarf an fachärztlicher Versorgung um mehr als 50 % unterschritten ist. Von einer drohenden Unterversorgung ist auszugehen, wenn eine größere Zahl der in einem Planungsbereich vorhandenen Vertragsärzte überaltert ist und mit ihrem Ausscheiden in absehbarer Zeit gerechnet werden muss.“

Nun wieder zurück zum Leipziger Land. Dort beträgt der Versorgungsgrad der Hausärzte 110,4 % mit Stand vom 21.09.2007. Rechnet man die Ärzte heraus, die 60 Jahre und älter sind, dann liegt der Versorgungsgrad bei 91,2 %. Also danach muss nichts gemacht werden. Das sehen die Bürger, von denen ich eingangs gesprochen habe, aber anders. Für sie besteht ganz klar ein Mangel an Ärzten. Sie erleben ihn, sie fühlen ihn. Wir dürfen darüber nicht hinwegsehen, meine Damen und Herren. Es sind hier viele Beispiele gekommen, wie man es machen kann.

(Beifall bei der Linksfraktion, der FDP und des
Abg. Michael Weichert, GRÜNE)

Ich wiederhole es: Der Fehler liegt im System. Die Bedarfsberechnung muss nach anderen Kriterien unter Beachtung der lokalen Besonderheiten erfolgen. Für die Lenkung der Niederlassung der Ärzte sind die staatlichen Stellen verantwortlich zu beteiligen.

Schließlich, meine Damen und Herren, ist auch die Infrastruktur so zu gestalten, dass die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich die Möglichkeit haben, den Arzt aufzusuchen, wenn sie ihn brauchen.

Mit Blick auf die bevorstehende Gebietsreform im Freistaat Sachsen erscheint mir dies zwingender denn je. Hier liegt die Verantwortung übrigens nicht bei den Krankenkassen oder bei der Kassenärztlichen Vereinigung, sondern bei Ihnen, Frau Staatsministerin, bei der Staatsregierung, bei den Kommunen, bei der kommunalen Selbstverwaltung. Also packen wir es doch an, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der Linksfraktion und der FDP)

Präsident Erich Iltgen: Wird von der SPD-Fraktion noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ich frage die NPD. –

(Dr. Johannes Müller, NPD: Vorerst nicht!)

Wird von den GRÜNEN noch das Wort gewünscht? – Die FDP? Anderthalb Minuten noch, darauf darf ich hinweisen. – Gut. Dann Frau Staatsministerin, bitte.

Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin zunächst einmal dankbar, dass ich die Gelegenheit habe, die durch die FDP-Fraktion hier vorgebrachten Behauptungen zu korrigieren und nochmals den Versuch zu starten, den einen oder anderen Kollegen aus dieser Fraktion vielleicht doch noch durch Fakten zu überzeugen.

Schenkt man, Herr Zastrow, Ihren Ausführungen Glauben – das Gleiche gilt für Frau Schütz –, bewegen wir uns auf einen medizinischen Abgrund zu.

Da stellt sich, glaube ich, die berechtigte Frage hier in diesem Hohen Hause zum wiederholten Male: Reden wir denn in der Tat noch von demselben Freistaat Sachsen? Reden wir etwa von dem Bundesland, in dem derzeit Spitzenforscher in Dresden ein Krebszentrum planen? Reden wir von dem Bundesland, in dem die Lebenserwartung stetig steigt? Und reden wir von dem Bundesland, das erst kürzlich in einem bundesweiten Krankenhausvergleich allein mit drei Kliniken unter die ersten zehn Plätze kam?

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Schlechte Noten für Sachsen – ein tatsächliches Fragezeichen. Herr Zastrow, eigentlich sollten Sie es besser wissen. Ihre Vorwürfe heute beziehen sich vor allen Dingen, wie schon angemerkt, auf eine Studie, die das Bundesgesundheitsministerium in Auftrag gegeben hat.

Grundsätzlich begrüße auch ich Studien; denn sie versprechen neue Erkenntnisse. Aber oft wird dieses Versprechen nicht optimal eingelöst, und so ist es auch in diesem Fall. Ich erspare es mir aber, an dieser Stelle noch einmal auf die Einzelheiten hinzuweisen. Hätten Sie sich einmal das Untersuchungsdesign nur oberflächlich ange-

schaut, hätten Sie die Kriterien nur oberflächlich einmal hinterfragt und hätten Sie – wie Frau Stempel vorhin richtig angemerkt – wenigstens einmal die Schlusszusammenfassung gelesen! Ich bin mir sicher, dass auch Ihr Erkenntnisprozess ein anderer wäre als der, den Sie heute hier vorgetragen haben.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:
Tiefenprüfung!)

Sie haben sich von den Zahlen und Diagrammen, so Sie sie überhaupt gelesen haben – das kann ich eigentlich nicht feststellen –;

(Holger Zastrow, FDP: Ich habe es hier!)

aber zumindest haben Sie die Äußerungen der Presse übernommen und sich aus meiner Sicht blenden lassen, statt sich mit den Inhalten dieser Studie tatsächlich auseinanderzusetzen. Es gehört ganz einfach beim Lesen einer Studie dazu, bestimmte Dinge zu hinterfragen.

Warum? Eigentlich hatte ich das bei Ihnen immer so verstanden, dass die Wurzeln Ihrer Partei in Aufklärung liegen, Aufklärung nach dem Motto „Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“.

Wir haben berechtigt hinterfragt. Das ist natürlich auch unsere Aufgabe als zuständiges Ministerium. Wir haben uns mit dieser Studie auseinandergesetzt und sind der Auffassung, dass eben – wie schon angekündigt – diese Kriterien nicht für eine differenzierte Binnenbetrachtung der einzelnen Länder geeignet waren, weil der eigentliche Auftrag ja auch hieß „Deutschland im Vergleich mit Europa“.

Es handelt sich in der Tat hier um eine Momentaufnahme einer Situation. Es war zu erkennen, dass die Zahlen weit vor 2007 oder 2006 liegen, teilweise aus 2002 bis 2004 stammen. Auch das muss man noch einmal deutlich sagen.

Ich muss an dieser Stelle bestätigen, dass in der Tat in dieser Studie darauf hingewiesen wird, dass in Sachsen eine geringere Arztdichte als in den anderen Bundesländern aktuell zu verzeichnen ist. Das ist richtig. Aber dass dem so ist, Herr Zastrow, ist in diesem Hohen Haus nichts Neues. Das wussten wir auch vor der Studie. Und wir wussten, dass wir in Sachsen aufgrund der demografischen Entwicklung besonders betroffen sind, auch in der Ärzteschaft, ob im ambulanten Bereich, im stationären Bereich oder im öffentlichen Gesundheitsdienst.

Sie können sich die Protokolle der letzten Diskussionen zu diesem Thema anschauen. Das hat auch keiner von uns anders behauptet. Nur, dass Sie sich hier hinstellen und so tun, als ob wir gemeinsam mit den gesetzlichen Verantwortungsträgern in Sachsen in den letzten vier Jahren nichts getan hätten, das finde ich schon eine Unverschämtheit.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen, dass in dieser Studie prägnant, aber aus meiner Sicht nicht

korrekt, darauf hingewiesen worden ist, dass die Länder, die in der Finanzierung mehr Geld als Sachsen ausgeben, was den Krankenkassenbereich betrifft, damit im qualitativen Ranking ganz oben stehen. Deswegen möchte ich hier noch einmal deutlich machen: Masse ist in der Tat nicht gleich Klasse. Das gilt auch für diesen Bereich der medizinischen Versorgung.

Eine teure Versorgung ist eben nicht automatisch mit einer guten Versorgung gleichzusetzen. Dies zeigt zum Beispiel auch die Reha-Planung in Sachsen. Dort belegen wir, dass eine bedarfsgerechte effiziente Planung zu einer sehr guten Versorgung geführt hat und auch heute noch nachvollziehbar ist.

Die Folgerungen der Studie sind in weiten Teilen undifferenziert. Darauf habe ich schon hingewiesen. Man hat in der Tat lediglich bei den Hausärzten etwas besser hingeschaut und da auch eine größere Schärfe für Sachsen herausgearbeitet.

Aber eine wahre Grundlage zur aktuellen Beurteilung des Gesundheitssystems – nach Ihren Aussagen auch der Gesundheitspolitik in Sachsen – ist diese Studie nicht. Sie stellt – wie gesagt – die Quantität in den Mittelpunkt, statt die Qualität tatsächlich zu messen bzw. nachzuweisen. Sie ignoriert auch landesspezifische Probleme wie eben den demografischen Wandel oder die Arbeitsmarktsituation.

Ich vertrete die Auffassung: Wer sich auf diesen dünnen Brettern darauf beruft, seine politischen Forderungen abzuleiten, sollte sehr vorsichtig sein. Die Gesundheitsversorgung – das wissen wir in Sachsen ganz besonders – ist ein sehr sensibles Thema. Daher sollte man auf solche Parolen, wie Sie sie heute vorgetragen haben, verzichten, denn damit verunsichern Sie die Menschen unnötig.

Die Sächsische Staatsregierung scheut sich nicht vor Bewertungen und Rankings. Wir scheuen uns nicht davor, Probleme offen darzulegen. Das haben wir zu diesem Thema mehrfach getan. Wir haben mehrfach nachgewiesen, dass wir handeln. Ich habe schon des Öfteren darüber berichtet und versuche es heute noch einmal. Ich möchte wiederholen, was wir in den letzten Jahren getan haben, weil Sie in Ihrem Redebeitrag mehrfach, ähnlich wie Frau Schütz, unterstellt haben, dass nichts getan worden wäre.

Daraus kann ich nur die Schlussfolgerung ziehen, Herr Zastrow, dass Sie sich für das eigentliche Thema überhaupt nicht interessieren. Das ist Ihr Problem und damit müssen Sie leben. Aber dass Sie es nicht einmal in Vorbereitung auf den heutigen Redebeitrag geschafft haben, sich zu informieren, ist schon bedauerlich. Wenn Sie sagen, wir hätten bei den Entscheidungen über dieses Gesetz im Bundesrat nichts getan, dann hätten Sie nur in das Protokoll des Bundesrates schauen müssen und hätten festgestellt, dass ich einerseits einen umfangreichen Redebeitrag gehalten habe und dass wir andererseits diesem Gesetz nicht zugestimmt haben.

Wenn es wirklich ehrlich wäre, was Sie hier anbieten, dann hätten Sie im Vorfeld im Wissen um unsere Situation – denn ich habe es hier angekündigt – mit Ihren Kollegin-

nen und Kollegen der anderen Länder – die FDP ist in anderen Ländern in der Koalition – sprechen und sie überzeugen können, sodass wir eventuell doch eine Mehrheit bekommen hätten. Sie kündigen doch immer an, dass Sie helfen möchten und Ideen hätten, aber nichts haben Sie getan.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Das ist das Verwerfliche an Ihrer Argumentation.

Also noch einmal der Versuch – auch in Richtung FDP-Fraktion – aufzulisten, was wir getan haben: Wir fördern niederlassungswillige Ärzte bei der Übernahme einer Praxis. Es gibt ein zusätzliches Budget

(Zuruf der Abg. Kristin Schütz, FDP)

– Frau Kollegin, vielleicht haben Sie das auch noch nicht gewusst – für Ärzte in unterversorgten Gebieten. Sie hatten das vorhin in Ihrer Rede gefordert.

(Kristin Schütz, FDP: Mehr!)

Das ist auch eine Wissenslücke. – Wir fördern Weiterbildungsassistenten in Allgemeinmedizin und wir fördern als einziges Land über das normale gesetzliche Maß hinaus Praktikanten. Wir führen das Modellprojekt „Gemeindegewester“ durch und evaluieren es, um am Ende eine mögliche Gesetzesänderung herbeizuführen. Frau Kollegin Schütz, es ist nun einmal so, dass man vorher Projekte braucht, um mit Fakten aufzuwarten. Aber das Wort „Fakten“ ist Ihnen bei diesem Thema wahrscheinlich nicht so geläufig.

Es gibt jährlich Informationsveranstaltungen für Studierende der Medizin in Dresden, in Leipzig und, wie schon mehrfach angekündigt, in Österreich. Die jüngste Maßnahme ist das Abkommen mit der Österreichischen Landesärztekammer zur weiteren Anwerbung von Ärzten aus Österreich. Auch hierzu ist landläufig bekannt – ich hoffe, auch Ihnen, meine Damen und Herren der FDP-Fraktion –, dass wir Erfolge erzielt haben. Darüber hinaus gibt es Modelle in beiden Studieneinrichtungen für die Studenten, die Studierenden frühzeitig mit in der Praxis tätigen Ärzten ins Gespräch zu bringen – das sogenannte Leipziger Modell, das inzwischen auch in Dresden läuft.

Gemeinsam mit der Gruppe derer, die in Sachsen Verantwortung tragen, sind wir dabei, für das Gesundheitssystem einen Koordinator einzusetzen, der noch besser an die Studierenden herankommt und sich nur um die Akquise und um die Aufklärung und Weiterbildung kümmern kann.

Es gibt ferner ein Programm zur Gründungs- und Wachstumsfinanzierung, wonach Ärzte, die sich in einem offenen Planungsgebiet niederlassen wollen, für die Übernahme oder die Neugründung einer Praxis zinsverbilligte Darlehen erhalten. Schließlich fördern wir die Investitionskosten kleiner und mittlerer Unternehmen durch das Wirtschaftsministerium, in die auch Hausärzte, Kinderärzte und Nervenärzte in unterversorgten oder von

Unterversorgung bedrohten Planungsgebieten einbezogen werden.

Ich habe eigentlich gedacht, dass Sie als Wirtschaftspartei das alles kennen.

Wir haben weitere Möglichkeiten im Ressort meines Kollegen Herrn Jurk, und zwar in diesen Bereichen zusätzliche Arbeitsplätze bis zu 200 000 Euro zu fördern.

Meine Damen und Herren! Es gibt Wiedereingliederungsprogramme – auch das ist heute gefordert worden – für eine große Anzahl von Ärzten in Sachsen, die nicht im Beruf tätig sind. Auch das ist inzwischen auf den Weg gebracht. Das finanziert der Freistaat mit ESF-Mitteln in Höhe von 850 000 Euro.

Ich weiß nicht, ob Sie das alles nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

Unabhängig davon will ich am Ende meiner Rede darauf hinweisen, dass ein Hauptproblem – trotz dieser Bemühungen und Initiativen zusammen mit den Verantwortungsträgern in Sachsen – übrig bleibt. Das ist das Problem der Vergütung. Hierfür haben wir keine direkte Zuständigkeit. Die Bemühungen der letzten Jahre der aus Sachsen kommenden Verantwortungsträger haben mindestens dazu geführt, dass ein Kompromiss – Herr Zastrow, übrigens gemeinsam mit Frau Schmidt – erreicht worden ist, im Jahre 2009 die Vergütungssituation zu verändern und eine entsprechende Anpassung, aber auch ein Ausgleichsfinanzierungssystem zwischen Ost und West einzuführen. Es ist ein Ausgleichssystem, das in der Tat die demografische Entwicklung und die damit verbundene Multimorbidität der Patienten im Auge hat. Wenn es so kommt, dann können wir nur hoffen, dass sich die Abbildung der Patienten im Budget der Ärzte widerspiegelt.

Meine Damen und Herren! Für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung ist gesetzlich die KVS verantwortlich. Das heißt aber nicht, dass wir sie allein lassen. Seit vier Jahren gibt es einen Kreis, der sich sehr umfassend, wie in meinen Ausführungen nur annähernd deutlich wurde, bemüht, dem Problem – das die Staatsregierung nicht wediskutieren will –, das im medizinischen Versorgungsbereich besteht, entgegenzuwirken und alle Möglichkeiten, die dem Freistaat zur Verfügung stehen, auszuloten, und zwar nicht nur ideell, sondern auch materiell, wie ich es gerade an einigen Zahlen deutlich gemacht habe.

Ich bin der Meinung, dass wir nicht nur reden, wie man uns vorwirft, sondern dass wir auch angepackt haben. Wir werden das auch weiterhin tun. Wir werden mit allen Beteiligten an weiteren Problemlösungen arbeiten. Ich rufe Sie, meine Damen und Herren der FDP-Fraktion, zum wiederholten Male auf: Wenn Sie es tatsächlich ernst meinen, uns unterstützen zu wollen – was Sie bisher nie getan haben, im Gegenteil –, bitte ich Sie heute noch einmal, dann tun Sie es auch. Kommen Sie zu uns und geben Sie Hinweise und Vorschläge für Dinge, die realistisch sind, die wir tun können, falls wir sie nicht schon

getan haben sollten. Sie haben sich hier hingestellt und angeboten, Frau Schütz – ich verstehe es nicht, warum Sie den Kopf schütteln –, dass Sie das tun wollen. Haben Sie das schon wieder vergessen?

(Kristin Schütz, FDP: Nein!)

Dann bitte tun Sie das! Ich wäre Ihnen dankbar, wenn wir gemeinsam noch mehr leisten könnten, als wir es bisher in dem eben zitierten Gremium getan haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD –
Dr. André Hahn, Linksfraktion: Wir hatten
Ihnen die sachorientierten Hinweise gegeben!)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Darauf möchte die FDP-Fraktion erwidern. Ich frage danach auch noch die anderen Fraktionen, ob sie noch einmal sprechen möchten. Herr Zastrow, Sie haben jetzt etwas mehr Redezeit, nämlich 5 Minuten, weil Frau Ministerin so großzügig war.

Holger Zastrow, FDP: Das ist das Problem, Frau Präsidentin. Ich würde gern noch einmal sehr intensiv auf die ganzen Themen eingehen, liebe Frau Staatsministerin. Aber mit der knappen Redezeit, die wir als kleine Fraktion nur haben, ist das leider selten möglich.

Aber trotzdem habe ich natürlich von Frau Stempel – wo ist sie, weg? – und Frau Orosz eine Menge gelernt. Ich habe zum Ersten gelernt, dass Unterstützung der Regierung heißt, alles zu akzeptieren, was die Regierung tut. Um Gottes willen niemals Kritik äußern und noch nicht einmal klar feststehende Fakten benennen!

(Staatsministerin Helma Orosz: Das habe ich nicht gesagt! – Dr. Fritz Hähle, CDU: Das ist Quatsch!)

Das ist Unterstützung der Regierung. Wenn Sie das erwarten, sage ich Ihnen zumindest für unsere Fraktion: Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der FDP)

Das Zweite, was ich mitbekommen habe, sehr geehrte Frau Staatsministerin: Schuld an der Misere ist auch die Opposition, wenngleich ich noch mehr gelernt habe: Die Misere gibt es ja überhaupt nicht. Das ist eine Studie, die wir nur falsch gelesen haben.

(Rita Henke, CDU: Das hat niemand gesagt!)

Wir haben uns von den Zahlen, die darin stehen, blenden lassen. Ich habe sie nur falsch interpretiert. Es tut mir leid, wenn uns das passiert ist. Aber eine Frage stelle ich schon: Diese übervollen Wartezimmer überall in Sachsen gibt es also nicht? Die Probleme, für eine wichtige Untersuchung oder Operation in Sachsen schnell einen Termin zu bekommen, gibt es nicht? Ich habe mich darauf vorbereitet, und es mag jetzt völlig populistisch klingen, ich sage es aber trotzdem: Wir haben einmal bei uns herumgefragt, und wenn zum Beispiel sogar eine Landtagsabgeordnete meiner Fraktion Probleme hat, für ein

sechs Monate altes Baby einen Termin beim Hals-Nasen-Ohrenarzt zu bekommen und darauf drei Monate warten muss, dann halte ich das für absolut unbefriedigend, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der NPD)

Dabei sprechen wir über Dresden, über den „Leuchtturm“ in der Gesundheitspolitik, wo die Versorgung viel besser ist als auf dem flachen Land. Unser Pressesprecher, der auf der Tribüne sitzt, musste sieben Kinderärzte aufsuchen, um einen zu finden, der sein Neugeborenes überhaupt behandelt. Das gibt es nicht? Das ist die Wahrheit, Frau Staatsministerin.

(Beifall bei der FDP)

Mein kleiner Neffe hat leider gerade einige Probleme mit den Augen. Wissen Sie, wann er hier in Dresden einen Termin bekommen hat? Mitte Februar. Ein Mitarbeiter meiner Fraktion braucht im Ergebnis einer Untersuchung aus der letzten Woche ein Langzeit-EKG. Wissen Sie, wann er das bekommt? Mitte Februar. Das ist die Realität. Nehmen Sie das zur Kenntnis und tun Sie nicht so, als ob es das in Sachsen nicht geben würde.

(Beifall bei der FDP und der NPD)

Frau Stempel behauptete, dass wir Laien sind. Ich bin für sie ja noch nicht einmal ein Abgeordneter. Mag sein, dass ich Laie bin, aber ich interessiere mich für das, was in der Gesundheitspolitik geschieht. Ansonsten akzeptieren Sie wenigstens, dass ich es vielleicht aus Patientensicht sehe – einmal nicht aus der Sicht der ärztlichen oder medizinischen Verwaltung, sondern einfach aus Patientensicht –, so, wie es den allerallermeisten Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land geht. Das sollte auch an diesem Rednerpult möglich sein.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch eines sagen, da wir vorhin kritisiert wurden, dass wir nicht am Parlamentarischen Abend teilgenommen haben. Es ist bei Frau Schütz mit einem so kleinen Kind vielleicht auch verständlich. Es ist für uns manchmal etwas schwierig, das gebe ich offen zu, mit einer Sieben-Personen-Fraktion – die anderen, die ähnlich groß sind, wissen das – all die Terminwünsche, die wichtig sind, wahrzunehmen. Das ist mit 55 Abgeordneten wie bei der CDU – darin geben Sie mir vielleicht sogar recht – etwas einfacher zu lösen. Wir versuchen trotzdem, das Möglichste dafür zu tun.

(Zuruf der Abg. Dr. Monika Runge, Linksfraktion)

Ich möchte noch eines sagen – leider ist Frau Stempel nicht hier –: Ich empfehle Ihnen die Lektüre der „Sächsischen Zeitung“ vom 12. Mai 2007, das war ein Samstag. Darin steht – das lese ich Ihnen jetzt nicht wörtlich vor, denn das würde dem Stil hier im Landtag nicht gerecht; aber die Lektüre lohnt sich –, wie Kollegin Stempel pünktlich bei der Eröffnung der Kindereinrichtung „Zwergenland“ in Löthain bei Meißen erschienen ist. Sie teilte damals mit, dass sie extra für diesen Termin sogar

die Aktuelle Stunde im Landtag zur Hochschulpolitik sausen ließ. Es ist im Übrigen ihre Pflicht, diese Sitzungstermine hier wahrzunehmen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion: Hört, hört!
– Dr. Fritz Hähle, CDU: Das merken Sie sich aber gut, Herr Zastrow! – Heinz Lehmann, CDU: Halbtagspolitiker!)

– Sehr geehrter Herr Dr. Hähle, darüber, wer hier wie seine Pflichten erfüllt, lasse ich keine Diskussion zu, das können Sie mir glauben.

(Beifall bei der FDP und der NPD)

Vielleicht ganz zum Schluss: Ich habe trotzdem noch etwas gelernt und ich hoffe, auch Sie: Ich habe heute erfahren, was meine Pflicht als Oppositionspolitiker ist: keinesfalls die Regierung zu kontrollieren. Nein, das darf ich nicht tun. Ich nehme das mit; wir werden uns bestimmt daran halten.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion: Wir nicht!)

Nein, meine Pflicht als Oppositionspolitiker ist es, Optimismus zu verbreiten. Das wurde vorhin gesagt. Ich hoffe, dass sich auch die anderen Oppositionspolitiker in Zukunft daran halten. Deshalb möchte ich jetzt Optimismus verbreiten und verabschiede mich mit den Worten: Alles wird gut, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP und des Abg. Klaus-Jürgen Menzel, fraktionslos)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Damit war auch Ihre Redezeit ausgeschöpft. Ich frage die anderen Fraktionen, ob es noch Erwidierungsbedarf gibt. – Frau Abg. Nicolaus, bitte.

Kerstin Nicolaus, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Zastrow, an Sie gerichtet: Ich denke, wir sollten uns hier nicht daran ergötzen, wer wo welchen Auftritt hat:

(Widerspruch bei der FDP)

das ist hier nicht das Thema. Das Thema Ihrer Debatte ist sicher ein heikles. Ich möchte das Wort noch einmal an Sie richten: Wir verniedlichen die Dinge nicht. Ich denke, das haben auch alle Vorredner dokumentiert. Es gibt Schwierigkeiten bei der Versorgung. Die Staatsministerin hat umfänglich die Maßnahmen erläutert, dem entgegenzutreten. Das sollten Sie akzeptieren und nicht alles, was die Regierung tut, für gut und toll befinden, und das war es. Es ist Ihre Aufgabe als Opposition herauszufinden, wie wir es anders machen können und wie es besser werden soll.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:
Dafür sind Sie ja zuständig!)

Aber das haben Sie in keinem der Beiträge hier erläutert – ich habe zumindest nichts gehört. Aus meiner Sicht müssen wir die Probleme, die angegangen worden sind, weiter fortschreiben, sodass wir am Ende, vielleicht in

einem Jahr, zu einer Aktuellen Debatte zu diesem Thema – vielleicht heißt sie dann auch ganz anders und ist positiver besetzt – sagen können: Jawohl, das eine oder andere hat gefruchtet.

Aber ich will es hier für meine Fraktion noch einmal klarstellen: Wir haben die Dinge weder verniedlicht noch heruntergespielt, aber wir haben Lösungsansätze gefunden, und diese gilt es für die Zukunft weiter fortzuschreiben. An dieser Stelle wiederhole ich mich: nicht nur meckern, sondern man muss etwas tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und des
Abg. Martin Dulig, SPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Auch die anderen Fraktionen haben noch Redezeit, außer der FDP, sie hat ihre bereits abgearbeitet. – Herr Dr. Pellmann spricht für die Linksfraktion.

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, es mag sein, dass wir uns in diesem Hause sehr oft mit dem Problem des fortschreitenden Ärztemangels befasst haben. Ich kann mich sehr gut daran erinnern, im Februar 2002 die Fakten, die heute angesprochen worden sind, in aller Deutlichkeit und Detailliertheit ausgesprochen zu haben. Damals meinte der noch amtierende Sozialminister, ich würde schwarzsehen, es wäre alles nicht so und man könne doch die Dinge geruhsam abwarten. Aber all die Vorschläge, die ich damals gemacht habe und die ich hier nicht wiederholen möchte, obwohl sie nach wie vor aktuell sind, hätten damals schon in die Tat umgesetzt werden müssen. Das ist es, was ich der Staatsregierung vorwerfe: dass sie die Probleme viel zu lange vor sich hergeschoben hat. Das kann man auch am heutigen Tage nicht durchgehen lassen. Ich muss die FDP-Fraktion hier nicht verteidigen; dazu ist Herr Zastrow Manns genug, würde ich vermuten;

(Holger Zastrow, FDP: Ja!)

aber eines muss ich schon sagen: Ich bin sehr erstaunt darüber, wie man hier meint, im philosophischen Sinne Qualität und Quantität gegeneinander ausspielen zu können. Ich bin erstaunt, dass man meint, man solle doch, wenn man solche Studien liest oder sich damit beschäftigt, bitte schön die qualitativen und nicht die quantitativen Kriterien sehen. Ich habe einmal gelernt – das mag für viele inzwischen antiquiert oder altertümlich sein –, dass Qualität durchaus etwas mit Quantität zu tun hat und dass verschiedene Quantitäten in ihrer Reihung zu neuer Qualität führen können.

(Dr. Fritz Hähle, CDU: Das war Karl Marx!)

– Ja, das war Marx, aber das haben Sie, Herr Hähle, da Sie promoviert haben, auch im marxistisch-leninistischen Grundstudium studiert. Insofern ist Ihnen das alles nicht fremd.

(Heinz Lehmann, CDU: Klar, aber das hat damals nicht funktioniert! – Heiterkeit bei der CDU und der FDP – Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion: Was, er hat promoviert?)

– Ich nehme an, er hat freiwillig promoviert.

Aber zum Thema, meine Damen, meine Herren: Ich denke, wir sollten die Fakten, die quantitativ statistisch da sind, sehr wohl ernst nehmen. Dann – und da gebe ich der Frau Staatsministerin recht – müssen wir aus den verschiedenen statistischen Angaben, die es natürlich gibt und die man nicht einfach wegdiskutieren kann, die richtigen Schlussfolgerungen ziehen. Nur – und da gebe ich der Frau Staatsministerin nicht recht –, ich warte nach wie vor auf die richtigen Schlussfolgerungen aus den statistischen Quantitäten. Das ist hier nicht erfolgt, auch von der Staatsregierung nicht.

Insofern bitte ich, noch einmal meine Reden früherer Jahre zum Ärztemangel zu lesen. Alle Vorschläge, die ich damals gemacht habe, sind nach wie vor aktuell. Wir müssen uns als Opposition nicht vorwerfen lassen, dass wir die Regierung lediglich kritisieren, was wohl gemerkt unsere Pflicht als Opposition ist. Wir greifen der Regierung auch hilfreich unter die Arme, indem wir Vorschläge machen. Ich muss diese Vorschläge, verehrte Frau Staatsministerin, aber nicht jedes Mal wiederholen.

Auch an Ihre Adresse gerichtet, da Sie heute doch sehr spontan auf Herrn Zastrow reagiert haben, möchte ich zumindest sagen: In diesem Falle scheint die Wiederholung nicht die Mutter der Weisheit zu sein.

(Beifall bei der Linksfraktion und der FDP)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ich sehe im Moment keine weiteren Redewünsche. – Wenn dem so ist, können wir die Debatte abschließen und diesen Tagesordnungspunkt beenden.

Mit Blick auf die Uhr habe ich mich doch entschlossen, an dieser Stelle die Mittagspause einzulegen. Ich bitte Sie, sich 13:20 Uhr hier einzufinden.

(Unterbrechung von 12:23 bis 13:21 Uhr)

Meine Damen und Herren! Wir behandeln nunmehr

Tagesordnungspunkt 2

Klimawandel in Sachsen – Herausforderung und Chancen

Drucksache 4/9285, Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und die Antwort der Staatsregierung

Als Einbringer spricht zuerst die Fraktion GRÜNE. Danach gibt es die gewohnte Reihenfolge.

Bitte, Frau Hermenau.

Antje Hermenau, GRÜNE: Soll ich wirklich anfangen, obwohl fast niemand da ist? Der Minister ist auch nicht da! Wir sind es eigentlich gewohnt, nicht zu beginnen, wenn der zuständige Minister nicht anwesend ist.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Dann unterbrechen wir die Sitzung an dieser Stelle und erwarten die Staatsregierung.

Antje Hermenau, GRÜNE: Mir reicht der eine Minister. Es müssen nicht alle antanzen!

(Kurze Unterbrechung)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Wir können mit der Debatte beginnen. Frau Hermenau, Sie haben das Wort.

Antje Hermenau, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Der 4. Sachstandsbericht des Weltklimarates IPPC in diesem Jahr stellte fest: „Die Welt steht vor einem deutlich stärkeren und schnelleren Temperaturanstieg als bislang vermutet.“

Die Auswirkungen des Klimawandels stellen uns vor völlig neue Herausforderungen in der Politik, mehr noch vielleicht als die Frage Demografie. Nur wenn die Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur auf 2 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden kann, sind nach geltender wissenschaftlicher Auffassung irreversible Änderungen des Klimas und damit unabsehbare Auswirkungen für Mensch und Natur zu vermeiden.“

Dieser Text ist übrigens nicht, wie Sie vielleicht denken, grüner Parteibesitz. Er stand auf einer Einladung zu einem Workshop der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung in Kooperation mit dem Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft, der am vergangenen Dienstag in Chemnitz stattfand. Der Titel lautete: „Kommt uns der Klimawandel teuer zu stehen?“

Um es ganz offen zu sagen: Ich begrüße es, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Veranstaltung zu diesem Thema durchführt. Das ist völlig in Ordnung. Der Einladungstext und der Titel beschreiben ganz gut die Intention und die Absicht unserer Großen Anfrage. Das Problem dabei ist, dass die Antworten, die wir von dem besagten Ministerium bekommen haben, weit unter dem Niveau der Veranstaltung geblieben sind. Das ärgert uns natürlich. Ich gehe auf einige wesentliche Punkte ein.

Im ersten Teil unserer Großen Anfrage haben wir danach gefragt, was denn die Staatsregierung seit Oktober 2006

klimapolitisch diskutiert und unternommen hat. Zur Erinnerung: Im Oktober 2006 hat Sir Nicholas Stern seine Untersuchung über die ökonomischen Auswirkungen des Klimawandels vorgelegt. Ab Februar dieses Jahres sind dann die Teilberichte des IPPC vorgelegt worden. Auch auf der Bundesebene ist eine Menge passiert. Frau Merkel hat im Rahmen der G-8-Tagung in Heiligendamm und auch als EU-Ratsvorsitzende den Klimawandel international zum Topthema gemacht. Angela Merkel und der Klimawandel waren in allen Medien. In allen Medien wurde über den Klimawandel diskutiert. Überall!

Naja, nicht ganz. Am Kabinetttisch der Sächsischen Staatsregierung – das ist aus den Antworten auf unsere Große Anfrage deutlich zu ersehen – spielt der Klimawandel keine Rolle. Dazu bekommen wir keine Aussagen. Wenn wir zum Beispiel die Frage stellen, welche Berechnungen angestellt worden sind, heißt die Antwort mit einem Wort mit fünf Buchstaben: „Keine.“ Das ist natürlich schwierig.

Auffällig bei den Antworten der Staatsregierung ist auch, dass sie den Stern-Bericht in seiner Substanz offensichtlich nicht begriffen hat. Stern sagt explizit, dass Investitionen zur CO₂-Vermeidung die Kosten der Anpassung an den Klimawandel verkleinern werden. Die Staatsregierung führt hingegen aus, dass Anpassungsmaßnahmen Kosten vermeiden würden. Das ist ein Schritt zu wenig. Das ist zu kurz gesprungen.

Und so existieren im Freistaat Sachsen bestenfalls offensichtlich sehr vage Vorstellungen über die finanziellen und volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels. Dabei hätte Sachsen eigentlich die besten Voraussetzungen. Im März 2005 hat ebendiese Staatsregierung einen umfassenden Bericht zum Klimawandel vorgelegt. Ich möchte sie an dieser Stelle für den Bericht ausdrücklich loben. In diesem Bericht und in allen anderen Veröffentlichungen kann man sich umfassend über den Klimawandel und seine Auswirkungen, auch regional, dank solcher Modelle informieren. Wir wissen dadurch relativ viel über die Entwicklung in den Regionen Sachsens. So weit das Lob, das ich offensichtlich auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richten muss.

Aber weil so viele Fakten vorliegen, weil wir heute wissen, dass alles noch viel schlimmer wird als 2005 prognostiziert, weil die qualitativen Bewertungen auf dem Tisch liegen, gerade deshalb begreife ich einfach nicht, dass die Staatsregierung keine Risikoanalysen über die Folgen des Klimawandels angestoßen hat.

Der heute nicht anwesende Ministerpräsident sollte als ausgewiesener Fachmann für Finanzen ein großes Interesse daran haben, dass die vorliegenden qualitativen Unter-

suchungen zum Klimawandel endlich einmal, natürlich mit einem vertretbaren Aufwand, quantifiziert werden.

Wir wissen, der Klimawandel kostet uns heute schon viel Geld. Wie viel genau, wissen wir nicht. Wir wissen aber: Die Prognosen der letzten Jahre sind überholt. Der Klimawandel wird sich beschleunigen und verstärken. Darum wird es Zeit, dass auch die finanziellen Fakten auf den Tisch kommen – sowohl die Fakten für jeden einzelnen Bürger als auch die volkswirtschaftlichen –; denn dann können wir ungefähr ermessen, was uns zum Beispiel Untätigkeit oder zeitliche Verzögerung auch als Staat kosten wird. Herr Umweltminister Wöller, Sie haben eine Professur für Volkswirtschaftslehre. An Sie als Ökonom und entsprechenden Umweltminister haben wir GRÜNEN die Erwartung, dass Sie uns analog den Studien von Stern und dem DIW zeitnah eine Untersuchung für Sachsen vorlegen, um die finanziellen Auswirkungen des Klimawandels für den Freistaat einmal in einer Größenordnung zu beschreiben.

Ein Blick in das Kapitel in der Großen Anfrage zum Thema Lausitz zeigt, wohin es führen kann, wenn Risikoanalysen fehlen. Wie in einem Brennglas lassen sich die Folgen studieren. Die Lausitz wird sich in den nächsten Jahrzehnten zu einer Steppe entwickeln. Das ist übrigens keine grüne Horrorvision, sondern das beschreibt die Staatsregierung in der Antwort auf unsere Anfrage und in diversen anderen Publikationen.

(Zuruf des Abg. Mario Pecher, SPD)

Im April dieses Jahres hatten wir Waldbrandstufe III in der Lausitz. Ich wiederhole, im April! Jetzt können wir nachlesen, dass es Probleme bei der regionalen Löschwasserversorgung gibt. Das ist doch eine beängstigende Perspektive: steigende Waldbrandgefahr bei Rückgang der Menge des Löschwassers. Ich verzichte darauf, die Probleme der Lausitz vom Waldsterben bis hin zur Versauerung der Seen der Reihe nach noch einmal durchzudeklinieren. Aber Fakt ist: Die Lausitz wird vom Klimawandel wie kaum eine andere Region in Mitleidenschaft gezogen werden.

Wer in dieser Phase auch nur darüber nachdenkt, irgendwann einmal neue Tagebaue zu erschließen, der oder die muss doch – Entschuldigung – mit dem Klammerbeutel gepudert sein. Wir werden noch Jahrzehnte damit zu tun haben, in der Lausitz die Hinterlassenschaften der DDR-Braunkohlenindustrie zu renaturieren.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Bezüglich der geplanten Lausitzer Seenlandschaft ist heute eine Frage offener denn je: Wird eine touristische Nutzung überhaupt dauerhaft möglich sein? – Ob eine dauerhafte Stabilisierung der Seen in Badequalität gelingt, ist fraglich. Neue Tagebaue zu erschließen wäre ökologischer Wahnsinn.

Daher fordern wir heute und hier ein Moratorium für die Lausitz, keine weiteren Tagebaue mehr, weitere Untersu-

chungen für die Klimafolgen der Region und die Vorlage eines alternativen Entwicklungskonzepts für die Lausitz.

(Beifall bei den GRÜNEN und
der Abg. Caren Lay, Linksfraktion)

Auch in Bezug auf die gerade erwähnte Lausitz, sehr geehrter Herr Prof. Wöller, erwarte ich von Ihnen als neuem Umweltminister, a) dass Sie die Probleme beim Namen nennen und den Menschen in der Lausitz die Wahrheit sagen und b) dass in der Lausitz geschützt wird, was noch zu schützen ist. Man sieht allein schon an den Antworten auf die Fragen, die wir in dieser Großen Anfrage gestellt haben: Ihr neues Amt wird kein einfaches werden.

Die CDU-Fraktion hat jüngst bekundet, die Bemühungen der Bundesregierung um den Klimaschutz zu unterstützen. Solche Aussagen sind angesichts der vorliegenden Antworten auf unsere Anfrage und Ihrer Aktivitäten zur Sicherung der Privilegien der Braunkohlenverstromung reichlich dubios. Zwischen der Bundeskanzlerin und dieser Landesregierung gibt es in Sachen Klimaschutz tiefgreifende Differenzen. Diese sind in den Protokollen von Bundesrat und Bundestag dokumentiert. In unseren Augen wird es Ihre Aufgabe sein, diese Kluft zu schließen.

Bereits im April hat Wirtschaftsminister Jurk seinem Parteifreund Peter Struck, dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, einen Brief geschrieben, in dem es indirekt um den Klimawandel ging. Was unser Staatsminister für Wirtschaft wollte, war aber nicht mehr, sondern weniger Klimaschutz; denn Herr Jurk hatte sich bei Herrn Struck dafür starkgemacht, die Privilegien für die Braunkohle im Emissionshandel zu bekommen. In gleicher Sache hat sich die Staatsregierung mehrfach im Bundesrat eingesetzt.

(Heinz Lehmann, CDU: Sehr richtig!)

Wir haben dann folgerichtig die Staatsregierung gefragt: Haben Sie einmal durchgerechnet, welche klimapolitische Bedeutung Ihre Anträge für die Volkswirtschaft auf lange Sicht haben? Und die Staatsregierung hat wenigstens ehrlich geantwortet: Nein, das haben wir nicht berechnet. – Das ist der Stil.

Sie, Herr Prof. Wöller, sind sicherlich in der Lage nachzurechnen, was es klimapolitisch bedeutet hätte, wenn Sachsen sich im Streit um den Emissionshandel der Braunkohle gegen Frau Merkel hätte durchsetzen können. Ich darf gleich die Aufforderung an Sie richten: Wenn diese Landesregierung weiterhin die unseres Erachtens immer noch zu zaghaften Bemühungen der Bundeskanzlerin um mehr Klimaschutz zu torpedieren versucht, sollten Sie sich als zuständiger Minister unseres Erachtens wenigstens zu Wort melden. Ihr Vorgänger, Herr Tillich, kam jedenfalls in der Debatte um Emissionshandel nicht vor. Wir hoffen sehr, Herr Staatsminister Wöller, dass so etwas in Zukunft nicht mehr vorkommt und Sie Ihre Verantwortung für den Klimaschutz ernster nehmen.

Im letzten Jahr haben wir in diesem Landtag einen Antrag eingebracht. Danach wollten wir eine Verbundinitiative Solarwirtschaft gründen. Der eine oder andere erinnert sich. Der Staatsminister für Wirtschaft hat seine Ablehnung des Antrages damit begründet, er hätte längst eine Verbundinitiative regenerative Energien, genannt Renertec, aufgelegt, die bald starten würde. Das ist bereits länger als ein Jahr her, und so wollten wir von der Staatsregierung wissen, wann denn „bald“ ist und endlich die Vorbereitungen für Renertec abgeschlossen seien. „Im dritten Quartal“, bekamen wir zu hören.

(Michael Weichert, GRÜNE: Fantastisch!)

Nun debattieren wir die Große Anfrage, es ist November – das ist bei mir im vierten Quartal – und von Renertec ist immer noch nichts zu sehen, es hat das Licht der Welt noch nicht erblickt. Der Klimawandel baut sich über Jahrzehnte auf, aber er ist definitiv schneller als der sächsische Wirtschaftsminister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das macht Sie, Herr Wöller, nachgerade zu einem Hoffnungsträger in dieser Sache.

(Oh! bei der Linksfraktion)

Sehr geehrter Herr Staatsminister Jurk, ich darf Ihnen aus eigener Erfahrung raten: Gehen Sie mit dem Kind nicht noch länger schwanger, es ist anstrengend. Übrigens nur Elefanten tragen noch länger aus.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Man braucht kein Prophet zu sein, sondern nur die wissenschaftlichen Studien zu lesen, um die Aussage zu treffen, dass der Klimawandel in manchen Gebieten Deutschlands auch katastrophale Züge annehmen wird, und das ist kein Defätismus und kein Pessimismus. In Bezug auf die Lausitz und auf den Alpenraum ist das schon heute offenkundig.

Wir müssen unsere Anstrengungen also intensivieren und uns bleibt da auch nicht mehr viel Zeit. Der Freistaat Sachsen war schon zu DDR-Zeiten die Region mit dem höchsten CO₂-Ausstoß weltweit. Da war die DDR spitze. Heute, 17 Jahre nach der Wende, liegen wir nicht mehr ganz vorn, aber wir sind alles andere als beispielgebend. Die Einhaltung des 2-Grad-Ziels als maximale Erderwärmung in den nächsten Jahrzehnten ist gleichbedeutend mit einem Ausstoß von ungefähr 2 Tonnen CO₂ pro Einwohner und Jahr. Da liegen wir in Sachsen 600 % darüber und das kann so nicht bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die CDU-Fraktion erhält das Wort. Herr Prof. Mannsfeld, bitte.

Prof. Dr. Karl Mannsfeld, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Große Anfrage „Klimawandel in Sachsen – Herausforderung und Chancen“ ist ein weiterer Versuch der einbringenden Fraktion, so zu tun, als sei sie die treibende Kraft im

Freistaat, wenn es um Phänomene des Klimawandels und seiner denkbaren Folgen geht.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Ja, man kann natürlich auch an Selbstüberschätzung zugrunde gehen. – Diese Einschätzung – –

(Antje Hermenau, GRÜNE:

Das lernen wir von Ihnen oder wie?)

– Ja, da müssen Sie noch viel lernen, wenn man die Große Anfrage durchliest. Diese naturwissenschaftlichen Schnitzer kann man Ihnen nicht durchgehen lassen. – Aber wir bleiben mal in dem Text, der eigentlich angebracht war:

Also, diese Einschätzung, dass Sie diese Rolle einnehmen wollen, wird vor allem durch einen völlig unangebrachten Duktus bzw. eine Diktion der Formulierungen belegbar, Formulierungen, die generell so tun, als habe die Staatsregierung von den naturwissenschaftlichen sowie den wirtschaftlichen und sozialen Folgen und Auswirkungen eines angenommenen Klimawandels keine Ahnung und tue demzufolge auch viel zu wenig.

Noch schlimmer aber ist für mich der Versuch, so zu tun, als sei nur diese einbringende Fraktion – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – im Besitz der alleinigen Wahrheit. Denn wie will man anders den Satz in der Antragsbegründung deuten, welcher lautet – ich zitiere –: „Dabei wissen wir schon heute sehr genau, mit welchen klimatischen Veränderungen wir in Sachsen in den nächsten Jahren zu rechnen haben.“

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wenn dem so ist, hätten Sie den Antrag nicht zu stellen brauchen. Aber trotz dieser Selbstüberschätzung – sie klang durch den Zwischenruf schon wieder an – stelle ich noch einmal für meine Fraktion fest: Anzeichen für einen Klimawandel sind ebenso vorhanden wie die Erkenntnis, dass der Mensch an dieser Entwicklung über das Emissionsgeschehen im Zuge seiner Wirtschaftstätigkeit wesentlichen Anteil hat. Aber hinsichtlich der konkreten Auswirkungen gibt es, von Modellsimulationen abgesehen, bestenfalls Tendenzbetrachtungen, aber keine prognostische Sicherheit, vor allem wenn es um regionalisierte Betrachtungen geht oder Sie sich damit beschäftigen sollen.

Wenn Sie doch wenigstens so seriös gewesen wären zu sagen, es handelt sich bei den von Ihnen benannten Klimaprognosen nicht um Vorhersagen, wie etwa beim Wettergeschehen – die sind schon nicht zuverlässig –, sondern um Projektionen, also Aussagen über mögliche Klimaentwicklungen – und nicht mehr. Insofern sind Fragen, ob in 50 Jahren in der Lausitz noch Landwirtschaft betrieben werden kann, ebenso töricht, wie sich zu erkundigen, wie die zukünftige Waldbrandgefahr als Folge verschärfter Niedrigwasserphasen – die haben gar nichts miteinander zu tun – einzuschätzen ist, oder die potenzielle Verdunstung für Zeiträume bestimmen zu wollen, die wir noch gar nicht kennen.

Da Sie immer wieder die Lausitz als regionale Struktur in unserem Land betonen, müssen Sie schon klarmachen, was Sie eigentlich wollen. Die Lausitz ist eine geschichtliche und keine räumlich abgrenzbare Einheit und sie ist als räumlich abgrenzbare Einheit, so wie sie beispielsweise in der geografischen Disziplin verwendet wird, so in sich unterschiedlich, dass die von Ihnen betonten Klimawerte, dass im Juli eine Mitteltemperatur von Neugersdorf bis Weißwasser herrschen soll, einfach schlicht und ergreifend untauglich sind, um irgendeinen Sachverhalt oder eine Prozessdynamik zu beschreiben. Aber auch durch die Palette der rund 60 Fragen in fünf Kapiteln zieht sich wie ein roter Faden die bereits angedeutete Annahme – man könnte sie als Verunglimpfung bezeichnen –, dass die Sächsische Staatsregierung keine Aktivitäten auslöse und indirekt der Bundeskanzlerin in den Rücken falle, weil Sachsen zum Schlusslicht in der bundesweiten Klimapolitik verkomme.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Bundesland, das bereits 2001 ein Klimaschutzprogramm vorgelegt hat, das 2003 im Landesentwicklungsplan umfangreiche Vorgaben für die Träger der Regionalplanung zur weiteren Umsetzung für die regenerativen Energien gemacht hat, das 2005 – dieses Papier hat die Vorrednerin ausdrücklich gelobt – einen Sachstandsbericht zum Klimaschutzprogramm, zur weiteren Umsetzung und zu zusätzlichen Aufgaben vorgelegt hat, und ein Bundesland, das bis Ende 2007 einen Klimaaktionsplan erarbeiten und dem Landtag zuleiten will und parallel eine Nachhaltigkeitsstrategie verfasst hat – wie der Minister kürzlich in der Öffentlichkeit angekündigt hat –, einem solchen Bundesland Untätigkeit vorzuwerfen ist wegen der dahintersteckenden Ignoranz schwer erträglich.

(Beifall bei der CDU)

Andererseits hat das Ministerium überall dort, wo es konnte, geduldig geantwortet, sodass aus der Sicht der Antragstellerin sicherlich ein Teilziel erreicht wird.

Meine Damen und Herren! Die Koalitionsfraktionen hatten mit ihrem Antrag vom 19. Juli 2007 hingegen konkrete Erwartungen und Forderungen formuliert, anstatt eine – wie man diese Große Anfrage schon bezeichnen könnte – Hintergrundbetrachtung zu betreiben. In der Antwort haben wir auch konkrete Aussagen – Stichwort: Klimaaktionsplan und anderes – bekommen. Es bleibt daher schwer nachvollziehbar, dass die einreichende Fraktion es abgelehnt hat, die Große Anfrage mit dem Koalitionsantrag heute gemeinsam zu behandeln. Aber vielleicht überwog die Befürchtung, dass die Kluft zwischen Lyrik und Konkretem zu deutlich geworden wäre.

Aus der Erörterung der Großen Anfrage kann folgendes Fazit gezogen werden: Bei aller Unsicherheit hinsichtlich des Verlaufs naturwissenschaftlicher Prozesse und der Wirksamkeit gesellschaftlicher Anpassungsmaßnahmen für den Klimawandel wissen wir lediglich – im Gegensatz zur Fraktion GRÜNE, die vorgeben, alles sehr genau zu wissen –, dass mit einem Klimawandel große Unwägbar-

keiten verbunden sind. Inwieweit er auch zu neuen Chancen führen kann, lässt sich heute nicht abschließend klären. Grund genug allerdings, lieber heute als morgen mit konkreten Anpassungsmaßnahmen zu beginnen, um Auswirkungen eines Klimawandels zu beschränken. Aber Ziel, Umfang und Effektivität der Maßnahmen sollten schon vorher genau bestimmt sein.

Die gute Nachricht ist eigentlich, dass jeder von uns einen Beitrag leisten kann, um auch die auf internationaler Ebene verabredeten Ziele – Stichwort: maximale globale Erwärmung um 2 Grad – zu erreichen; denn ob beim Wohnen, beim Bauen, im Verkehrssektor oder bei der unmittelbaren Energienutzung, überall kann das Handeln des Staates auch durch uns selbst positiv beeinflusst werden.

In diesem Sinn, also der Synergie staatlichen und privaten Handelns, hätte das für meine Fraktion eine konstruktive Herangehensweise zu diesem Phänomen bedeutet und nicht die Abfrage von Einzelphänomenen, die womöglich noch mit apokalyptischen Bildern und Szenarien geschmückt werden und eher zur Desorientierung und Verunsicherung in der Öffentlichkeit beitragen. Weil das Thema für Possenspiele zu ernst ist, bleibt die Große Anfrage hinsichtlich einer ganz ernst zu nehmenden Argumentation eine vertane Gelegenheit, diesem Phänomen als Landtag sinnvoll zu begegnen. Eine einseitige Schelte an der Staatsregierung, sie handele nicht, und eine Schelte an unserem Energiemix ist ungerechtfertigt, Frau Kollegin Hermenau.

Sie kommen zum Schluss wieder zu der Frage, ob in Sachsen oder noch in einem nördlich angrenzenden Bundesland der Energieträger Braunkohle abzubauen ist – das ist Ihr eigentlicher Hintergrund,

(Volker Bandmann, CDU: Richtig!)

um aufgehängt an dieser Debatte über die Energieformen, die wir wählen, ein Horrorszenario zu entwickeln, das uns von einer seriösen Debatte wegführt.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Das wäre logisch!)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Prof. Dr. Karl Mannsfeld, CDU: Sehr gern, aber ich bin eigentlich am Ende meiner Ausführungen.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Aber Sie gestatten sie?

Prof. Dr. Karl Mannsfeld, CDU: Selbstverständlich gestatte ich sie.

Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE: Herr Prof. Mannsfeld, wollen Sie ernsthaft bestreiten, dass die durch die Braunkohlenverstromung hervorgerufene Emission einen erheblichen Einfluss auf den Klimawandel hat?

Prof. Dr. Karl Mannsfeld, CDU: Ihre Frage ist nicht korrekt gestellt. Ich will das jetzt nicht ausweiten. Sie

wissen, dass wir einen Energiemix haben. Der ist in Sachsen anders beschaffen als in Bayern. Bayern hat über 60 % Wasserkraftnutzung. Hessen hat mit 60 % Atomkraft seine Energieversorgung sichergestellt. Nun müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen, dass das von Ihnen immer wieder benutzte Bild nicht stimmt, wir müssten diese etwa zwei Tonnen pro Einwohner auf der Welt herunterbrechen. Dann tun wir das einmal. Wenn wir jährlich mit der Braunkohlennutzung 7 Millionen Tonnen CO₂ zusätzlich erzeugen, wie Sie in Ihren Anträgen schreiben, dann müssen wir das mit vier Millionen Einwohnern multiplizieren. Wenn uns dann entgegengehalten wird, in China wäre das heute noch bei 2 Tonnen, dann multiplizieren wir das mal mit 2,5 Milliarden. Dann können Sie sehen, dass es nicht um eine kleinstregionale Betrachtung gehen kann, sondern dass nur eine globale und international verabredete Politik dazu führen kann, dass wir weniger schädliche Klimagase emittieren und dass wir in unserer Situation nicht völlig an unserem Hauptenergieträger vorbeigehen können.

Sie konnten das im alten und im neuen Energieprogramm lesen, das nicht überall diskutiert worden ist. Das sollte man einfach im größeren Kontext berücksichtigen.

Ich habe deutlich zu machen versucht, dass eine ganze Reihe von Aussagen in der Großen Anfrage waren, die Ihnen und uns allen ein Stück weitergeholfen haben. Aber Fragen wie „Kann man in der Lausitz in 50 Jahren noch Landwirtschaft betreiben?“ und ähnliche diskreditieren die Fraktion eigentlich selbst; denn das ist nicht mehr ernst zu nehmen.

(Beifall bei der CDU und des
Staatsministers Prof. Dr. Roland Wöllner)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die Linksfraktion erhält das Wort; Frau Dr. Runge, bitte.

Dr. Monika Runge, Linksfraktion: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich hervorheben, dass in die Große Anfrage eine Menge analytische Vorarbeit geflossen ist. Ich möchte mich aber an dieser Art von Kritikasterei von Herrn Mannsfeld nicht beteiligen, obwohl es einzelne Fragen gibt, die tatsächlich die natürlichen Zusammenhänge meines Erachtens nicht richtig abbilden.

Aus der Antwort der Staatsregierung ist allerdings zu erkennen, dass Sie Ihre Strategie, verehrter Herr Wöllner – und jetzt hören Sie genau zu –, einseitig und prioritär als Anpassungsstrategie an den Klimawandel im Sinne nachsorgender Klimapolitik ausrichten. Aber die bloße Anpassungsstrategie ist für meine Begriffe nicht mehr ausreichend und zeitgemäß, weil der gesamte Komplex CO₂-Reduktion als vorsorgende Klimapolitik, die Erwärmung der Erde abzubremsen und zu begrenzen, heute mehr denn je gefragt ist. Auch die praktischen Maßnahmen zur Begrenzung des CO₂-Ausstoßes werden in den Antworten der Staatsregierung stiefmütterlich behandelt.

Damit ich nicht missverstanden werde: Es gibt eine ganze Reihe wertvoller Maßnahmen für den Bereich Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, aber auch im Hochwasserschutz, die ganz klar Risikovorsorge hinsichtlich des Klimawandels betreiben. Entscheidend ist, dass man hierbei eine Doppelstrategie fahren muss: einerseits Anpassungsmaßnahmen durchzuführen und andererseits ganz klar einen praktischen Beitrag zur CO₂-Reduktion zu leisten. Genau das ist eben in den Antworten nicht zu finden.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Richtig!)

Damit konterkariert die CDU in der Tat die Zielvorgaben der Bundeskanzlerin und der EU-Kommission, die klare Reduktionsziele vorgegeben haben.

(Beifall bei der Linksfraktion und den GRÜNEN –
Caren Lay, Linksfraktion: So ist es!)

Zu Klimaschutz und Wirtschaftspolitik. Stern kommt zu dem Ergebnis, dass der globale Klimawandel eine Weltwirtschaftskrise und Rezession, vergleichbar mit der Krise Ende der Zwanzigerjahre, auslösen kann, wenn nicht ernsthafte Schritte zur Reduktion dieser klimaschädlichen Gase unternommen werden. Stern warnt davor, dass die Kosten zur Bekämpfung der Folgen des Klimawandels überproportional steigen werden, je länger sich die Menschen mit einschneidenden Maßnahmen Zeit lassen. Am meisten werden die Ärmsten in der Dritten Welt und auch die Ärmsten in unserer Gesellschaft an den Folgeschäden des Klimawandels leiden. Insofern kritisiere ich an den Fragestellungen der GRÜNEN in der Großen Anfrage, dass die soziale Dimension vor allem für die Ärmsten auch in unserer Gesellschaft wie für die Dritte Welt weitgehend ausgeblendet wird.

Das aber macht die Besonderheit des Profils der Linken aus: dass wir versuchen, Klima-, Wirtschafts- und Sozialpolitik im Sinne des nachhaltigen Dreiecks zusammenzudenken. Ob das immer gelingt, ist eine andere Frage, aber zumindest unser Anspruch.

Aus dem Stern-Bericht ergibt sich eine zweite, sehr wichtige wirtschaftspolitische Herausforderung. Investitionen in CO₂-arme oder gar CO₂-freie Technologien – Stern nennt das Einstieg in die Niedrigkohlendioxidwirtschaft – sind qualitativ orientierte Wachstumsstrategie, was nach Wouter van Dieren, Mitglied des Club of Rome, vor etwa zehn Jahren in dem Buch „Mit der Natur rechnen“ beschrieben worden ist. EU-Kommissionspräsident Barroso spricht gar von der dritten industriellen Revolution, die damit ausgelöst wird.

Insofern ist das Engagement der Bundeskanzlerin und der EU-Kommission zum Klimaschutz nicht uneigennützig. Die Bundesregierung geht diese Zukunftsherausforderung mit ihren neuen Energie- und Klimaschutzprogrammen für den Bereich der Gebäudewirtschaft, der erneuerbaren Energietechnologien und der Energieforschung durchaus beherzter an als die Sächsische Staatsregierung.

Die Frage, ob Sachsen diese Herausforderung zur Modernisierung der Wirtschaft annimmt oder nicht, entscheidet über die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit, Arbeitsmarktsituation und den sozialen Wohlstand Sachsens. Gemessen an den Herausforderungen zur Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit möchte ich einige Schwerpunkte benennen, woran nachzuweisen ist, wo die Defizite der Sächsischen Staatsregierung liegen, Herr Mannsfeld.

„Die Staatsregierung sieht keine Leitmärkte einer ökologischen Industriepolitik“, heißt es dort zum Beispiel, sondern sie sieht – wie in altbekannter Weise – die Ressourcen und Umweltprobleme lediglich als Querschnittsthema an, was zunächst nicht falsch, aber nicht mehr zeitgemäß und zukunftsfähig ist. Es würde den Weg in eine ökologische Modernisierung auch nicht konsequent befördern. Die Staatsregierung bezweifelt sogar, ob sich Branchenstrukturen auf globaler Ebene maßgeblich verändern könnten. Dem widerspricht der Stern-Bericht klar.

Zur Energiepolitik. Der Streit um ein neues Energieprogramm in Sachsen hat das Defizit vor allem aufseiten der CDU deutlich werden lassen. Unverdrossen hält die Regierung am exzessiven Ausbau der sächsischen Braunkohlenwirtschaft fest und setzt die stille Hoffnung darauf – wie es in der Antwort zur Großen Anfrage erneut bestätigt wird –, dass sich der Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix weiter erhöhen möge. Obwohl die Regierung im gültigen Energieprogramm zum Beispiel noch auf Repowering bei Windkraftanlagen setzt, zeigt sich vor Ort, dass regionale und örtliche Genehmigungsbehörden dies nicht umsetzen. Das Regierungshandeln konzentriert sich auf Energiesparen und Energieeffizienz, auf den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und auf die Tätigkeit der Energieagentur.

Nicht zu finden ist hingegen in den Antworten, wie sich die Regierung in einem langfristigen Zeithorizont bis 2050 den Ausstieg aus der Braunkohlenwirtschaft in Sachsen vorstellt. Dass die Braunkohlenwirtschaft wie andere Branchen der Industrie aber klare Zielvorgaben und Rahmenbedingungen für einen bestimmten Zeithorizont braucht, um sich langfristig umzuorientieren, vergisst sie dabei. Ein Weiter-so ist auch für die betroffenen Unternehmen unverantwortlich und verhindert strukturell eine beschleunigte Substitution des Energieträgers Braunkohle wie auch dezentrale autarke Lösungen für Städte und Gemeinden. Es ist mehr denn je eine Politik gefragt, die längerfristige Zeithorizonte in den Blick nimmt, statt ausschließlich in Legislaturperioden zu denken und zu handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Verkehrspolitik. Natürlich weiß ich, dass die wesentlichen Weichen zur CO₂-Reduktion für den Bereich Verkehr europa- und bundesweit breit gefächert gestellt werden. Hierzu zählen technologische Innovationen in die Fahrzeugtechnik, alternative Kraftstoffe und intelligente Verkehrskonzepte. Was ich in der Antwort der Staatsregierung völlig vermisst habe, ist eine klare Prioritätensetzung

zugunsten des schienengebundenen Verkehrs. Genau das wäre aber die Herausforderung in der Verkehrspolitik. Vorrangig auf den schienengebundenen Verkehr zu setzen ist vor dem Hintergrund des noch immer beabsichtigten Börsenganges der Bahn nicht zu erreichen. Und noch immer wird der Straßenausbau im Bund wie im Land Sachsen bevorzugt.

(Volker Bandmann, CDU: Das ist gut so!)

Das, Herr Bandmann, zeigte sich nicht zuletzt im Konflikt der Regierung mit der EU-Kommission hinsichtlich der Lenkung von EFRE-Mitteln in den kommunalen Straßenausbau. Es spricht Bände, wenn es in der Antwort der Staatsregierung heißt, dass – und das ist wirklich interessant – zum ersten Mal eine gesonderte Förderung aus den EFRE-Mitteln in umweltfreundliche Verkehrstechnik fließen soll.

Die Antworten der Staatsregierung auf die Fragen in der Großen Anfrage legen für meine Begriffe die Defizite aufseiten der CDU-geführten Regierung offen, zeigen aber auch eine Vernachlässigung der mit dem Klimawandel verbundenen sozialen Fragen aufseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es wird noch einer Menge integrativer Denkarbeit bedürfen, um die sächsische Regierung auf die Höhe der zukünftigen Herausforderungen zu bewegen.

(Beifall bei der Linksfraktion und den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Gerlach.

Johannes Gerlach, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einem Zitat von Prof. Weber, dem neu berufenen Leiter des Fraunhofer-Instituts für solare Energiesysteme in Freiberg, beginnen. Er sagt: „Der Klimawandel ist schon unterwegs und alles, was wir tun können, ist zu versuchen, ihn abzumildern.“

(Antje Hermenau, GRÜNE: Richtig!)

Die größte Gefahr ist aber nicht die Frage, ob die Erdtemperatur um 1,5 oder um 2,5 Grad wärmer wird, sondern

(Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

eine mögliche Klimainstabilität. In den vergangenen 10 000 Jahren, dem sogenannten Holozän, hatte die Erde ein sehr stabiles Klima. Meine Befürchtung ist, dass wir durch den menschlichen Einfluss das Klima dieses Zeitalters beenden und dass das Erdklima wieder instabil wird, das heißt jährliche Jahrhundertstürme und ähnliche katastrophale Wetterbedingungen.“

Nun hat die Erde in ihrer Geschichte schon eine Menge Extreme durchlebt. Das sind allerdings in der Regel sehr viel größere Zeiträume gewesen. Die Erde war schon einmal fast komplett vereist, die Erde war schon einmal komplett abgetaut – also eisfrei. Aber – und das ist das Wichtige – so wie sich die Menschheitsgeschichte in den

letzten 11 000 Jahren entwickelt hat, konnte sie das immer in einer relativ stabilen Klimaphase tun.

Prof. Rahmstorf vom Klimainstitut in Potsdam hat einmal Klima und Wetter in etwa verglichen, weil das oft bei vielen Diskussionen durcheinander gebracht wird. Unter Klima kann man sich Folgendes vorstellen: Wenn wir ein Glas oder ein Gefäß haben, in dem Wasser gekocht wird, dann kann man den Zustand, wann das Wasser kochend ist, relativ gut als Klima beschreiben. Wetter wäre der Versuch zu beschreiben, welche Blase gerade an welcher Stelle entsteht und wohin sie wandert. – Das mal so als Vergleich. Das heißt, wir haben es hier mit globalen Strukturen zu tun, bei denen man einzelne Wettererscheinungen nicht einfach hoch- oder herunterrechnen kann, um dann irgendwelche Prognosen zu stellen. Die Wahrscheinlichkeit macht das Ganze dann.

Über die Symptome ist schon sehr viel gesagt worden. Ich möchte Ihnen noch ein zweites Zitat nennen, und zwar von dem Philosophen Schopenhauer. Der hat nämlich einmal gesagt: „Alles Neue wird zuerst belächelt, dann bekämpft und schließlich wie selbstverständlich hingenommen.“

(Antje Hermenau, GRÜNE: Genau so!)

Ich erinnere an meine Redebeiträge, die ich Anfang der Neunzigerjahre, damals noch zusammen mit dem Kollegen Gaber von Bündnis 90, gehalten habe, bei denen sich – ich will keine Namen nennen – Kollegen auf die Schenkel geklopft haben, wie ein Mensch mittlerer Intelligenz so einen Unsinn erzählen kann. Heute lacht wenigstens keiner mehr in diesem Plenum, wenn vom Klima die Rede ist.

Zweites Beispiel: Was gab es für einen Aufschrei im Autoland Deutschland, als die GRÜNEN 5,00 DM Benzinpreis verlangt haben. Heute sind wir – umgerechnet – etwa bei 3,00 DM gelandet

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion – Lachen bei der NPD)

und es schreit fast keiner mehr. Sehen Sie sich mal an, was damals in der Zeitung stand, als diese Mitteilung kam.

(Zurufe)

– Ja, Sie gehören zu den wenigen Schreibern; ich nehme das zur Kenntnis.

Jede Situation, die als Krise betrachtet wird, hat auch Chancen: Kräftemobilisierung, Ideenmobilisierung, Ressourcenmobilisierung. Die Wahrnehmung hat sich geändert, weil sich die Lebensbedingungen geändert haben. Es ist ein neues Handeln und Denken spürbar. Da gibt es einen Friedensnobelpreis für einen Klimaaktivisten, eine Klimakooperation zwischen Greenpeace, WWF, BUND und der „Bild“-Zeitung,

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:
Gibt es schon lange!)

die englische Regierung beauftragt den ehemaligen Chefvolkswirt der Weltbank mit einer wirtschaftspolitischen Klimaanalyse – er wurde schon mehrfach genannt –, die Automobilmesse 2007 in Hannover entdeckt das Grüne Auto usw. usf.

Was macht die Koalitionsregierung?

Erstens. Mit Eintritt der SPD in die Koalition haben sich, so denke ich, auch die klimapolitischen Koordinaten in Sachsen verschoben.

Zweitens. Die SAENA, die man, damals noch unter dem Namen Energiekompetenzzentrum, schon im Energiegrundsatzprogramm der SPD von 2001 findet, wurde vor einigen Monaten erfolgreich installiert. Obwohl die SAENA gerade mal arbeitsfähig war, hat sie doch schon in Abstimmung mit der SAB erste förderfähige Projekte für 2007 genehmigt, wobei die Projektträger vorzeitig beginnen dürfen und die Gelder nachgereicht bekommen. Ich denke, das ist ein wichtiger Punkt.

Drittens. Für solche Projekte stellt der Koalitionshaushalt 2007/2008 pro Jahr 3,6 bzw. 3,8 Millionen Euro zur Verfügung, ab 2009 sogar 5,7 Millionen Euro, und zwar einmal für die Förderung der Energieeffizienz und außerdem für die Bereiche Klima und erneuerbare Energien, und das für die gesamte Laufzeit des ESF von sieben Jahren. Wir haben ein neues Energieprogramm, das sogar wirkt, obwohl es offiziell noch nicht in Kraft, sondern nur „getreten“ ist. Viele Aktive im Land berufen sich bereits darauf und holen sich hier ihre energiepolitischen Richtlinien und nicht bei vergangenen Papieren.

CDU und SPD haben einen gemeinsamen Antrag – Herr Kollege Mannsfeld hat schon darauf hingewiesen – zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung erstellt, in dessen Stellungnahme die Staatsregierung zusagt, „bis Ende des Jahres einen Klimaaktionsplan zu erarbeiten, der wesentliche Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zur Reduktion der Treibhausgasemissionen als Katalog enthalten wird“ – so wörtlich.

(Antje Hermenau, GRÜNE:
Da bin ich mal gespannt!)

Die Koalitionspartner haben bereits umfangreiche Gespräche über die Inhalte dieses Aktionsplanes geführt. Beide Koalitionspartner sind sich über die besondere Bedeutung der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Effekte der weiteren Entwicklung der erneuerbaren Energien einig. Wir sind uns darüber einig, dass der Emissionshandel ein wichtiges klimapolitisches Instrument ist, wobei die Kleinemittenten – hier sind das also die, die weniger als 25 000 Tonnen CO₂ pro Jahr emittieren – aus dem Handel herausgenommen werden sollten, da der bürokratische Aufwand in keinem Verhältnis zum eingesparten CO₂ steht.

Natürlich trennen uns noch Positionen, aber sie hindern uns nicht, gemeinsam an den wichtigsten Zukunftsthemen zu arbeiten.

Was die Rolle der Braunkohle betrifft, so will ich mich nicht um eine Antwort herummogeln. Ich persönlich halte die Braunkohle für lange Zeit, und zwar für viele zig Jahre, für einen wertvollen chemischen Rohstoff, den wir schon bald nicht mehr nur verbrennen dürfen. Eine Kraftwerksgeneration sollte noch der Braunkohlenverstromung offen sein, dann müssen die erneuerbaren Energien die Energieversorgung übernommen haben. Ich halte es für meine Pflicht und meinem Gewissen geschuldet, das hier so deutlich zu sagen. Unsere Kinder und Enkel werden wissen, ob ich recht hatte oder nicht.

Dafür gibt es zwar weder in der Koalition noch in der gesamten SPD eine Mehrheit; aber diejenigen, die meine Auffassung teilen, werden ständig mehr. Selbst die sechs prominentesten Präsidentschaftskandidaten der USA haben sich für einen solchen Weg – sprich: den Ausstieg aus der Kohleverstromung – ausgesprochen.

Zu möglichen oder wahrscheinlichen Schäden gibt die Staatsregierung vorsichtige Antworten; klar aber wird: Es würde auch in Sachsen teurer, nichts zu tun.

(Antje Hermenau, GRÜNE: In der Tat!)

Zur Oberlausitz ist schon eine Menge gesagt worden; im Klimaschutzbericht wird noch sehr viel detaillierter auf die Problematik eingegangen.

Welche Rolle kann in solchen möglicherweise trockenfallenden Regionen – was immer das auch sei – und den weniger klimageplagten Regionen Sachsens die Biomasse spielen? Wir fangen bereits heute an, die Natur nach hitze- und trockenresistenten Bäumen und Pflanzen abzusuchen, damit wir langfristig auf die Änderungen reagieren können. Bei der Biomasse gibt es zurzeit eine sehr kontroverse Diskussion über den klimapolitischen Sinn oder Unsinn ihrer energetischen Ausbeutung für unsere Energieversorgung. Grundsätzlich hat die Fotosynthese, auf der alles aufbaut, nur einen sehr geringen Wirkungsgrad: kleiner als 0,1 %.

Schon deshalb wird meiner Meinung nach in Zukunft die Fotovoltaik eine größere Rolle spielen. Aber trotzdem ist die energetische Verwertung der Biomasse ein interessanter Zweig der erneuerbaren Energien.

Der Chemieprofessor Paul Crutzen stellte in einer Studie dar, Biosprit aus Raps sei 1,7-mal klimaschädlicher als Sprit aus fossilen Rohstoffen. Das kritisiert zum Beispiel Prof. Fried von der Justus-Liebig-Universität Gießen auf das Heftigste. Ich erspare Ihnen Details, obwohl sie hochinteressant sind.

Wir sind hier mitten in der wissenschaftlichen Diskussion, und das ist gut so.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Ja!)

Die Wissenschaftler haben die Aufgabe und die Pflicht, uns allen durch öffentliche wissenschaftliche Diskussionen geeignetes Wissen zu liefern, damit wir in hoffentlich kurzer Zeit verlässliche Entscheidungen über den Einsatz der Biomasse treffen können. Über Äthanol aus Zucker-

rohr sind sich die Fachleute allerdings einig: Da gibt es positive klimapolitische Effekte.

Genauso, wie wir spätestens nächstes Jahr einen EU-weiten Standard für die Herstellung, aber auch den Import von Biomasse haben werden, müssen auch schnellstens Ökobilanzen aller heute gängigen und der zukünftigen Biomasseverfahren erstellt werden. Es ist für die gesamte Branche, die sich auch in Sachsen gut entwickelt hat – das möchte ich ausdrücklich betonen –, schlecht, wenn sich einige Großbetriebe zwar betriebswirtschaftlich rechnen, weil das EEG sie unterstützt, die Biomasse aber über so große Entfernungen herangeschafft wird, dass die Spritkosten und die Arbeitskosten energetisch das überwiegen, was eine Biomasseanlage als Energieoutput erzeugt.

Das gilt natürlich nicht für solche Betriebe wie zum Beispiel in meiner unmittelbaren Umgebung, in Großolbersdorf, wo die Agrargenossenschaft die reichlich anfallende Gülle vergast und wertvolle Energie gewinnt. Weil das alles noch so kompliziert ist, ist es ausdrücklich zu begrüßen, dass wir jetzt endlich das Biomasseforschungszentrum in Leipzig aufbauen werden. Wir haben schon genug unruhliches Gezerre in Berlin erlebt; jetzt muss gehandelt werden, und das wird auch getan.

(Beifall bei der SPD, der CDU und des Abg. Michael Weichert, GRÜNE)

Eines ist inzwischen auch in diesem Landtag unstrittig: Energie und Klima werden auch in Sachsen mit die wichtigsten Themen des 21. Jahrhunderts sein, wenn nicht sogar die wichtigsten. Hektische Betriebsamkeit ist genauso fehl am Platze wie ignorantes Wegsehen oder am Thema vorbeireden. Wir werden den Menschen in den kommenden zehn bis 20 Jahren einiges zutrauen müssen. Aber das, worum es geht – unser Überleben in kontrollierbaren Umweltbedingungen; ich erinnere an das Zitat von Prof. Weber –, ist es auf alle Fälle wert.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Elke Altmann, Linksfraktion)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Abg. Delle für die NPD-Fraktion, bitte.

Alexander Delle, NPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Antwort des Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft auf die Große Anfrage der GRÜNEN liegt seit September vor und man kann wirklich nicht sagen, dass sich das Ministerium seine Sache zu leicht gemacht hat.

Ich möchte es mir dennoch nicht nehmen lassen, für meine Fraktion einige kritische Anmerkungen zu machen und einige grundsätzliche Dinge auszuführen.

Meine Damen und Herren, mit präzisen Zahlen und Prognosen bei einer solch schwierigen Materie wie dem Klimawandel ist es so eine Sache. Die Anfrage der GRÜNE-Fraktion beruft sich auf den sogenannten Stern-Report vom Oktober 2006, der sich mit den angenomme-

nen wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels auseinandersetzt. Solche Erhebungen werden von Politikern zur Grundlage mehr oder weniger nachdrücklich angemahnter Klimaschutzforderungen genommen – so etwa von der Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Eigenschaft als EU-Ratspräsidentin, die die konkrete Forderung ausgesprochen hat, die Erderwärmung müsse auf maximal 2 Grad begrenzt werden.

Meine Damen und Herren, so gut sich solche präzisen Forderungen in offiziellen Pressecommuniqués anhören, so wenig dürfen wir uns dadurch den Blick trüben lassen. Es ist doch wirklich eine Kinderei, wenn sich Politiker vor dem Hintergrund von Klimaprognosen hinstellen und allen Ernstes den Eindruck zu erwecken versuchen, der angekündigte Weltuntergang, der Anstieg der Meeresspiegel oder die Gletscherschmelze ließen sich durch politische Maßnahmenpakete vielleicht um 15 Jahre hinauschieben oder der weltweite Temperaturanstieg lasse vielleicht mit sich handeln und werde durch einen rigideren Emissionshandel womöglich bei 2,5 statt bei 3,2 Grad stehen bleiben.

Meine Damen und Herren, da wird mit ernster Miene ein unglaublicher Aktivismus an den Tag gelegt und so getan, als könnten wir durch Minderungsziele, wie sie etwa die Staatsregierung in ihrem Klimaschutzprogramm formuliert, irgendetwas an der globalen Klimaentwicklung beeinflussen. Die Staatsregierung selbst ist im Übrigen etwas realistischer und räumt auf Seite 8 ihrer Antwort ein: „Bisher konnten die spezifischen Kosten des Klimawandels für Sachsen insbesondere in ihrer Komplexität noch nicht ermittelt werden.“ So einfach ist das dann.

Es kommt hinzu, dass alle diese sicherlich gut gemeinten Maßnahmen fast völlig obsolet sind, solange zum Beispiel die USA bei ihrer Linie bleiben und gar nicht daran denken, das Kyoto-Protokoll auch nur zu unterzeichnen, geschweige denn, sich auf die dort festgelegten Klimaziele festlegen zu lassen. Die USA interessiert es schlicht und einfach nicht, wie viel Energie sie verbrauchen und wie viele Klimakiller sie dabei ausstoßen. Das Gleiche gilt für die Schwellenländer in Afrika, Asien oder Südamerika, die für ihre Entwicklung zuallererst an die Deckung ihres Energiebedarfes denken.

Für Deutschland gilt: Wir alle wissen – vorgestern hatten wir ja darüber eine lange Debatte hier im Hause –, dass die Energiepolitik im Freistaat in erster Linie eine Lobbypolitik zugunsten der Braunkohle ist. Eine ähnliche Lobby bestimmt die Energiepolitik im Bund eindeutig zugunsten der großen Energie- und Mineralölkonzerne. Inzwischen wird seit der Ölkrise vor über 30 Jahren darüber debattiert, wie Ressourcen geschont werden könnten – passiert ist unter dem Strich aber so gut wie nichts. Der Energieverbrauch ist weiter angestiegen, die Konzerne kassieren dabei kräftig ab und haben keinerlei Interesse daran, dass sich der Energieverbrauch wirklich verringert. Die Konzernkartelle haben es durch ihren Einfluss auf die Politik sogar geschafft, noch auf Kosten der Energieverbraucher

am Emissionshandel, der eigentlich zur Verringerung des Kohlendioxidausstoßes beitragen soll, zu verdienen.

Meine Damen und Herren, so nachvollziehbar und anerkennenswert sowohl die Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion als auch die Antwort der Staatsregierung sind – was wir brauchen, ist kein hektischer Alarmismus, der auf irgendwelche kosmetischen Korrekturen an der zweiten Kommastelle abzielt.

Genauso wenig benötigen wir aber auch eine ausufernde Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger, denen man an einem Tag Tempo 130 zumuten möchte, am nächsten Tag den Stand-by-Betrieb ihres Fernsehers und wieder am nächsten Tag die elektrische Glühlampe verbieten möchte. So nicht, meine Damen und Herren!

Was wir stattdessen brauchen, ist eine grundsätzliche Wende in der Energieversorgung. Neben der Verbesserung der Energieeffizienz gehören dazu auch die Dezentralisierung der Energieerzeugung, der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und vor allem der Einsatz erneuerbarer Energien. Das oberste Gebot muss es deshalb sein, die Macht und den Einfluss der Energiekartelle samt ihrer dazugehörigen Lobby zu brechen. Das, meine Damen und Herren, ist ein politisches Ziel; aber im Gegensatz zum hochmoralischen Kampf gegen die Erderwärmung wäre es ein relativ schnell erreichbares, wenn man denn nur wollte. Dazu müssen aber entweder klare Gesetze geschaffen und umgesetzt werden, oder der Energiesektor muss – zumindest teilweise – in die Hand des Staates übergehen. Alles andere ist Augenwischerei.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der NPD und des Abg.
Klaus-Jürgen Menzel, fraktionslos)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Für die FDP-Fraktion Herr Abg. Günther, bitte.

Tino Günther, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrten Damen und Herren! Die erkennbare, erwartete und erlebte globale Klimaänderung gehört zu den großen langfristigen Herausforderungen unserer Zeit und stellt damit eine große Herausforderung an den Schutz der Umwelt dar.

(Beifall des Abg. Michael Weichert, GRÜNE)

Sie gestattet keine von der Tagespolitik und ideologischen Wirkungen überdeckten Schnellschüsse, sondern erfordert ganz im Gegenteil besonderes Engagement und große Kontinuität über längere Zeit – sowohl im Hinblick auf die Forschung als auch in Anbetracht der erforderlichen Anpassungs- und Schutzmaßnahmen.

Nach dem letzten IPCC-Sachstandsbericht könnte die globale Mitteltemperatur in diesem Jahrhundert erheblich ansteigen, wenn auf internationaler Ebene keine drastischen Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen eingeleitet werden. Aktuelle internationale Untersuchungen auf der Basis verschiedener Verfahren belegen, dass sich der überwiegende Anteil der Klimaän-

derung durch den vom Menschen verursachten zusätzlichen Treibhauseffekt erklären lässt, der im erheblichen Maß den durch Wasserdampf, CO₂, Methan, Stickoxide und Ozon bedingten natürlichen Treibhauseffekt noch verstärkt. In der Zusammenfassung des IPCC-Reports heißt es dazu auf Seite 11: „Der größte Teil des beobachteten Anstiegs der mittleren globalen Temperatur seit Mitte des 20. Jahrhunderts ist sehr wahrscheinlich durch den beobachteten Anstieg der anthropogenen Treibhausgaskonzentrationen verursacht.“

Klimaänderungen hat es seit Milliarden Jahren auf der Erde immer gegeben. Klimawandel per se ist nicht vom Menschen verursacht, sondern die Erhöhung bestimmter Treibhausgasemissionen beschleunigen und verstärken den Klimawandel.

Liebe Fraktion der GRÜNEN, Punkt 1 Ihres Antrages ist deshalb falsch. Wie kommen wir als Politiker überhaupt dazu, mit einem Antrag festzustellen, dass der Klimawandel vom Menschen verursacht ist? Ohne jegliche Differenzierung einfach so feststellen! Sie stellen den Menschen mit Gott gleich.

(Lachen bei den GRÜNEN –
Antje Hermenau, GRÜNE: Die Erde ist eine
Scheibe, Herr Günther! Ich verstehe Sie!)

Das haben Politiker, Frau Hermenau, damals festgestellt. Wir sollten Wissenschaftler ihre Arbeit tun lassen, um herauszufinden, wie das damals war. Politiker haben gesagt, die Erde ist eine Scheibe. Wissenschaftler haben gesagt, dass die Erde keine Scheibe ist.

(Heiterkeit bei der FDP und der Linksfraktion –
Dr. Karl-Heinz Gerstenberg und Astrid Günther-
Schmidt, GRÜNE, stehen am Mikrofon.)

– Manche haben eine.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP
und der Linksfraktion)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE: Lieber Kollege Günther, können Sie sich vorstellen, dass wir diesen ersten Punkt in unseren Entschließungsantrag extra aufgenommen haben, um Leuten wie Ihnen allgemein bekannte Tatsachen noch einmal vor Augen zu führen?

(Lachen der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Tino Günther, FDP: Lieber Kollege Gerstenberg, dass kann ich mir nicht vorstellen; denn wenn Sie es wirklich ernst meinen würden, hätten Sie es differenziert und nicht so platt, wie es eigentlich nicht Ihre Art ist, hier hingeschrieben.

(Beifall bei der FDP)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gestatten Sie die nächste Zwischenfrage auch?

Tino Günther, FDP: Gern.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Herr Günther, sind Sie auch der Meinung, dass bereits der Weg runter von den Bäumen ein Holzweg war?

(Heiterkeit bei der FDP)

Tino Günther, FDP: Es kommt darauf an, ob Sie klettern oder springen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP, der
Linksfraktion, der NPD und den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren! In einem Bericht des Landesamtes für Umwelt und Geologie zu den Ergebnissen der statistischen Klimaprognose für Sachsen heißt es unter anderem: „Es ist mit einer Zunahme der Häufigkeit warmer Wetterlagen in Verbindung mit Niederschlagsabschwächungen nördlich des Erzgebirges zu rechnen. Die mittlere Jahrestemperatur wird um circa 2 bis 2,7 Grad Celsius ansteigen. Im Frühjahr kann es bezüglich der Maximumtemperatur bis zu 4 Grad wärmer werden. Die jährlichen Niederschlagssummen werden abnehmen. Ein Rückgang ist vor allem im Frühjahr und Sommer zu erwarten. Damit wird es in der Vegetationsperiode wesentlich trockener. Mit dem zu erwartenden Temperaturanstieg und der Abnahme der Niederschläge muss mit entsprechenden Konsequenzen für Wasserhaushalt und Vegetation gerechnet werden. Es wird mit Starkregenereignissen gerechnet.“

(Elke Altmann, Linksfraktion, meldet
sich zu einer Zwischenfrage.)

Das sind die bekannten Fakten für Sachsen.

Weltweit werden zur Abschätzung der Klimaänderung und ihrer voraussichtlichen Auswirkungen in den nächsten Jahrzehnten große Anstrengungen unternommen. Der IPCC erwartet insgesamt eine deutliche Zunahme von Häufigkeit und Intensität extremer Wetterereignisse.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Es gibt noch einen Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Tino Günther, FDP: Wollen Sie auf den Baum?

Elke Altmann, Linksfraktion: Herr Günther, ist Ihnen bekannt, dass das, was Sie gerade als mögliche Prognose für das Gebiet nördlich des Erzgebirges geschildert haben, die schwächste Prognose ist und dass es noch zwei weitere, viel schlimmere Prognosen gibt, je nachdem, wie wir uns als Menschen in der Zukunft verhalten werden, wie konsequent wir dem Klimawandel entgegensteuern werden?

Tino Günther, FDP: Mir ist bekannt, dass es sehr viele Prognosen gibt. Ich habe selten zu einem Tatbestand so viele unterschiedliche Prognosen gelesen. Deswegen lese ich die vom Landesamt für Umwelt und Geologie vor.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Eine Nachfrage, Frau Altmann?

Elke Altmann, Linksfraktion: Ja.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Wenn Herr Günther das gestattet?

Tino Günther, FDP: Immer.

Elke Altmann, Linksfraktion: Dann noch einmal, damit Sie es vielleicht verstehen. In dem Bericht, den Sie angesprochen haben, gibt es eine möglichst positive Prognose, eine mittlere und eine schwere. Ich wollte Sie nur fragen, ob Sie wissen, dass es im gleichen Bericht drei verschiedene Szenarien gibt und dass wir Einfluss darauf haben, welches eintreten wird.

Tino Günther, FDP: Liebe Frau Altmann, leider reicht die Zeit meiner Fraktion nicht aus, dass ich alles vorlesen kann. Das ist leider in der Geschäftsordnung begründet. Ich würde sonst gern auf alles eingehen, kann ich aber nicht.

Weiter im Text. Weltweit werden die Abschätzungen der Klimaänderung und ihrer voraussichtlichen Auswirkungen in den nächsten Jahrzehnten weitergehen. Verstärkte Dürren und Flutkatastrophen, aber auch die Verschiebung ganzer Klimazonen sind zu erwarten. Aber, sehr geehrte Fraktion der GRÜNEN, aufgrund welcher Daten Sie zu dem Schluss kommen, dass in Punkt 3 des Antrages gerade der Freistaat zu den verwundbarsten Regionen in Deutschland gehört, hat sich uns bisher wissenschaftlich noch nicht erschlossen. Es geht heute nicht mehr allein darum, nur den Ausstoß der Treibhausgase zu verringern, so wichtig und richtig dieses Ziel auch ist, um das Risiko des globalen Klimawandels nicht weiter zu erhöhen. Ein bestimmtes Maß an Erwärmung wird aufgrund der Trägheit der Klimasysteme nicht mehr gestoppt werden können. Das ist auch Ihnen bekannt. Vor diesem Hintergrund ist die Aussage in Punkt 7: „Der Begrenzung des Klimawandels im Sinne einer Risikoversorge gebührt daher Priorität vor Anpassungsmaßnahmen“ geradezu leichtsinnig und für uns nicht tragbar.

Im 4. Sachstandsbericht des IPCC heißt es auf Seite 35: „Eine Anpassung wird notwendig sein, um den Auswirkungen zu begegnen, die aus der bereits nicht mehr zu vermeidenden Erwärmung aufgrund von Emissionen der Vergangenheit resultieren.“ Wir haben im Freistaat in den vergangenen Jahren auch aufgrund der Flut 2002 gut daran getan, Schwerpunkte im Bereich Hochwasserschutz zu setzen. Hochwasserschutzmaßnahmen gehören für uns Liberale zu einer intelligenten Klimafolgenpolitik. Auch die Anpassung der sächsischen Wälder an veränderte Klimabedingungen voranzutreiben gehört dazu.

Auch wir in Sachsen müssen unseren Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Emission leisten. Ohne Frage! Aber nur ein wirtschaftlich starkes Land ist in der Lage, den nötigen technischen Umweltschutz zu leisten und Gelder für Forschung und Entwicklung zu mobilisieren, die technischen Fortschritt im Umweltschutz ermöglichen.

Wir sagen bewusst Ja zur Braunkohlenverstromung in Sachsen. Der Fokus muss hierbei auf Technologien zur Verminderung oder Vermeidung von CO₂ liegen. Wir können es uns noch nicht leisten, auf die Braunkohle als Übergangstechnologie im Energiesektor zu verzichten.

(Beifall bei der FDP)

Wir können es uns auch nicht leisten, der Wirtschaft im Freistaat Sachsen die Basis für ihr wirtschaftliches Handeln zu entziehen. Der vernunftorientierte und ideologiefreie Umweltschutz muss deshalb ein hohes Interesse an einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung haben.

Vernunftorientiert und ideologiefrei ist Ihr vorliegender Antrag, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sicherlich nicht. Zu viele Punkte sind unausgegoren, schlecht formuliert und haben eine falsche Prioritätensetzung. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Der fraktionslose Abg. Menzel hat sich zu Wort gemeldet. Bitte.

(Martin Dulig, SPD: Oh, jetzt wird's gefährlich! – Antje Hermenau, GRÜNE: Entwaffnen!)

Klaus-Jürgen Menzel, fraktionslos: Frau Präsidentin! – Ich trage keine Waffe, habe ich auch nicht nötig.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal: Ich habe bis vorgestern geglaubt, dass Steigerungen in diesem Hause nicht mehr möglich sind. Ich musste mich eines Besseren belehren lassen. Der Höhepunkt allerdings war heute der Vortrag der Frau Kollegin Hermenau.

Ich habe zunächst direkt eine Frage: Haben Sie sich das Fell präparieren lassen? Von dem Bären, den Sie uns gerade aufgebunden haben, meine ich.

(Dr. Fritz Hähle, CDU:

Den haben Sie erschossen!)

In der Lausitz, verehrte Frau Kollegin, ist schon 7 000 Jahre lang Landwirtschaft betrieben worden, und das wird noch weitere 7 000 Jahre und viel länger geschehen. Seien Sie da ganz sicher.

(Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

– Das Tausendjährige Reich ist jetzt nicht Thema. Beim Thema bleiben, Frau Kollegin.

Übrigens: Würden Sie den Vortrag, den Sie uns hier zugemutet haben, auch in Weißwasser oder in Hoywoy halten?

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja!)

– Sicher? Was glauben Sie denn, wie viel Prozent Sie dann dort noch bekommen?

Wenn Sie schon über die Lausitz reden, dann würde ich sagen: Gehen Sie einmal auf die Sicherheitslage ein, aber das ist auch nicht Thema.

Ich will Ihnen noch etwas sagen – das kam ja gestern hier durch –: Wenn sich die Bundespolizei aus dem Schlucke-nauer Zipfel da oben rundherum

(Der Abgeordnete weist auf die sich hinter dem Präsidium auf der Wand des Plenarsaals befindliche Sachsenkarte.)

zurückzieht, wissen Sie, was dann los ist? Dann gibt es einen Volksaufstand. Aber das gehört nicht zum Thema, das nur nebenbei. So viel zur Lausitz.

Ich werde den Verdacht nicht los, dass, wenn es hier um Energie geht und sich die grüne Truppe zu Wort meldet – übrigens, der Oberhäuptling ist ja heute nicht da, eigentlich schade, der Schutzpatron aller Vögel in Sachsen –,

(Zuruf von der Linksfraktion:
Wer ist der „Oberhäuptling“?)

wenn es zur Sache kommt, fehlt er natürlich immer. Das ist klar. Aber wenn es mal ans Eingemachte geht, dann kann man doch sagen: Der Grundwasserspiegel in der Lausitz – Frau Hermenau, hören Sie gut zu –, steigt dank der Anstauungen; ja, natürlich.

Was Ihnen in neuester Zeit auch nicht entgangen sein dürfte: Wenn sogar Meister Graubein wieder in die Lausitz zurückkehrt, dann sollten wir damit zufrieden sein.

Aber ich will Ihnen zum Abschluss noch ganz kurz sagen: Ich werde seit einiger Zeit den Verdacht nicht los – nicht nur bei Ihnen, sondern bei Ihrer ganzen Truppe –, Sie wollen den Morgenthau-Plan kalt durch die Hintertür hier einführen.

(Zuruf des Abg. Stefan Brangs, SPD)

Ihre Industrie-feindschaft wird langsam krankhaft.

Danke.

(Stefan Brangs, SPD: Den Morgenthau-Plan? – Klaus-Jürgen Menzel, fraktionslos: Genau! – Stefan Brangs, SPD: Morgenröthe?)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Menzel, ich wollte Sie nur bitten, darauf zu achten, dass es in diesem Haus fraktionslose Abgeordnete und Fraktionen gibt. Truppen gibt es hier nicht. Und das ist auch gut so.

(Beifall bei der Linksfraktion,
der FDP und den GRÜNEN)

Ich frage, ob es aus den Fraktionen noch Diskussionsbedarf gibt? – Frau Hermenau, bitte.

Antje Hermenau, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Ich bin schon sehr erstaunt, dass hier Vorwürfe wie Schnellschüsse und Aktionismus gekommen sind. Es gibt wohl nichts Langwierigeres als eine Große Anfrage hier in diesem Haus; es sei denn, man

meint jetzt noch die Renertec vom Wirtschaftsminister. Das hatten wir ja schon.

Was für Filme schauen Sie eigentlich? Wir wollen langfristige Risikoanalysen, um Hektik und Panik zu vermeiden, wenn wieder ein paar Abgeordnete und Minister für fünf Jahre gewählt sind und nicht wissen, was sie tun sollen, obwohl sie eigentlich seit 30 Jahren wissen müssten, was passieren würde. Da finde ich, dass wir außerordentlich ruhig und entspannt herangehen. Ich überlege, über welche Veränderungen für die Gesellschaft wir eigentlich sprechen. Da ist durchaus Gefahr im Verzug, und da ist auch eine kluge Eile geboten.

Herr Prof. Mannsfeld, die Wadenbeißerei, die Sie heute hier abgeliefert haben – obwohl Sie doch inhaltlich mehr könnten als das –, zeigt eigentlich, dass Sie nicht richtig wissen, was Sie sagen sollen. Sie sind konfus. Sie sagen auf der einen Seite, man könne beim Klimawandel regional nichts eingrenzen. Das Landesumweltamt sagt aber, die Lausitz ist klimatologisch eine Einheit trotz aller Subklimata. Und lokales Wassermanagement in der Lausitz, Herr Mannsfeld, wird nicht von Peking aus gesteuert, sondern der Braunkohlentagebau senkt den Grundwasserspiegel in dieser langfristig versteppenden Region weiter ab.

Auf der anderen Seite halten Sie fast im selben Satz das Argument dagegen, jeder Einzelne könne etwas tun. Prima, bin ich auch der Meinung. Und was ist mit der Staatsregierung? Kann die nichts tun?

Ich zitiere einmal Frau Merkel, damit Sie nicht der Unterstellung unterliegen, die GRÜNEN würden irgendetwas erzählen. Sie gehört immerhin Ihrer Partei an und hat vielleicht auch ein Wörtchen mitzureden, was die Programmatik Ihrer Partei betrifft. Zitat: „Kein Mensch hat per se das Recht, dem Klima mehr Schaden zuzufügen als andere. Und wir werden nicht zu internationalen Vereinbarungen kommen, wenn wir auf mittlere und längere Frist manchen gestatten, mehr CO₂ auszustoßen als anderen. Ein Prinzip nach dem Motto ‚alle sind gleich und manche sind gleicher‘ wird für den UN-Klimaprozess nicht funktionieren. Wir müssen China oder Indien die Perspektive geben, dass wir uns in der Zukunft auf gleiche CO₂-Werte zubewegen. Nur so werden sie bereit sein, auch heute schon zu handeln. Nur so werden sie uns glauben, dass wir ihnen zugestehen, ihren Bürgern denselben Wohlstand zu ermöglichen, wie wir ihn selbst haben.“

Frau Merkel, Herr Prof. Mannsfeld, hat das Problem verstanden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie, Herr Prof. Mannsfeld, stehen wie ein letzter Aufrechter neben Georg W. Bush, der noch den Klimawandel tapfer weiter anzweifelt. Und das Wir, das Sie hier als arrogant unterstellt haben, bezog sich auf alle Menschen in dieser Generation, in dieser Zeit, die in der Lage sind, sich die Analysen anzuschauen. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, es auf unsere Fraktion zu reduzieren. Des-

wegen bin ich ja so erstaunt, dass Sie so wenig zu der Sache beigetragen haben.

Sie brauchen als handelnde Politiker in diesem Land natürlich eine detaillierte volkswirtschaftliche Risikoanalyse als Basis und auch für Anpassungsmaßnahmen.

(Zuruf des Abg. Heinz Lehmann, CDU)

Anpassungsmaßnahmen sind unvermeidlich, wenn etwas nicht mehr zu ändern geht. Das machen Sie doch bei der Demografie genauso. Das ist doch kein verwerfliches Instrument der Politik.

Auf der anderen Seite – das hat der Stern-Bericht gezeigt – kann es bis zu 20 Euro Anpassungs- und Folgekosten einsparen helfen, jetzt einen klug investierten Euro in die Vorsorge zu stecken. Aber da muss man natürlich wissen, wo die Risikovorsorge anzusiedeln ist. Rechtzeitiges Gegensteuern kann deutlich billiger kommen als teure Anpassung. Ich finde, das kann man noch einmal mit Frau Merkel untermauern, damit Sie Ihre Autoritätszitate haben.

Wir haben Pro-Kopf-Emissionen von 4 Tonnen CO₂ pro Mensch weltweit. Wenn wir wissen, dass wir das halbieren müssen – jetzt gehe ich einmal nicht von 1990 aus, sondern von heute –, dann heißt das 2050 noch 2 Tonnen CO₂ pro Mensch. Wir in Europa erzeugen durchschnittlich 9 Tonnen pro Mensch, in Deutschland 11 Tonnen, in Sachsen 14 – füge ich hinzu –, die Amerikaner 20 und die Chinesen immerhin auch schon 3,5 Tonnen. Das heißt also, wenn wir 2050 auf 2 Tonnen pro Person kommen wollen, dann müssen wir dramatische Anstrengungen unternehmen. Uns schwebt vor, dass das dann nicht hektisch 2049 passiert, sondern dass wir jetzt, hier und heute damit anfangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die Staatsregierung? – Ja. Herr Prof. Wöller. Bitte, Herr Staatsminister.

Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße jede Gelegenheit, zu diesem wichtigen Thema „Klimawandel und Klimaschutz“ zu diskutieren. Auffällig ist dabei, Frau Hermenau, dass sich Ihre Fraktion auf den Stern-Bericht kapriziert. Herr Stern als ehemaliger Chefvolkswirt der Weltbank

(Antje Hermenau, GRÜNE: Eben!)

ist ja nicht gerade eine Institution, der Sie immer sehr freundlich gegenüberstanden. Mehr noch, Sie führen weitere Kronzeugen ins Feld, nämlich unsere Bundeskanzlerin Frau Merkel und den ehemaligen Bundesumweltminister Klaus Töpfer. Ich werde den Eindruck nicht los, dass es sich dabei um mehr oder weniger hilflose Versuche handelt, klimapolitisch mit der Bundesregierung und der Staatsregierung Schritt zu halten.

(Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Es schwingt ein leichtes Bedauern mit, dass Sie bei diesem wichtigen Thema einfach zu spät kommen und dass Sie jetzt mit Ihrer Großen Anfrage und dem Entschließungsantrag etwas überspielen wollen. Das gelingt Ihnen aber nicht. Auf die wissenschaftlichen Defizite hat mein Kollege Mannsfeld schon hingewiesen. Sie hätten, wenn Ihre Referenten ein bisschen fleißiger gearbeitet hätten, wissen können, dass die von Ihnen ins Feld geführte Veranstaltung „Sachsen im Klimawandel“ keine Veranstaltung der Adenauer-Stiftung ist, sondern eine Veranstaltung meines Hauses, bei der wir natürlich mit verschiedenen Institutionen zusammenarbeiten und eine große und breite Palette von Fragen diskutieren. Das nur mal nebenbei.

(Antje Hermenau, GRÜNE:
Das habe ich erwähnt!)

Sie fordern im Kern, dass die Staatsregierung eine Risikoanalyse vorlegt. Dabei geht es Ihnen um Zahlen, um Kosten, und zwar bis ins Detail. Sie haben zu Recht auf meine wissenschaftlichen Vorlieben verwiesen. Sie wissen auch, dass es schwierig ist, alles und jedes in Zahlen und in Geld zu fassen.

Der erste Punkt ist die Schwierigkeit bei der Zurechenbarkeit. Hier komme ich noch einmal – die Debatte hat es gezeigt – auf den ersten Punkt Ihres Antrages oder Entschließungsantrages, in dem Sie feststellen wollen, dass der Klimawandel von Menschen verursacht ist.

Also, man kann mit Sicherheit darüber streiten, zu welchem Anteil der Klimawandel anthropogen ist, also vom Menschen verursacht. Aber eine pure Feststellung, der Klimawandel ist von Menschen verursacht, hieße ja im Umkehrschluss, dass es Klima nur gegeben hätte, seit Menschen den Erdball bevölkern. Also vorher gäbe es gar kein Klima.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU und
des Abg. Tino Günther, FDP)

Eine etwas sorgfältigere Arbeit hätte ich mir hier durchaus auch von Ihnen gewünscht.

Der zweite Punkt ist die Quantifizierbarkeit, das heißt die Messbarkeit von Umweltverschmutzungen oder der Auswirkungen von Klimaveränderungen.

Der dritte Punkt – ich hatte es bereits erwähnt – ist die monetäre Bewertung, was es eigentlich kostet.

Ich kann mich an Ihre Debatten erinnern, als wir in diesem Haus wirtschafts- und finanzpolitisch diskutiert und hervorragende Zahlen im Bruttoinlandsprodukt vorgelegt haben. Sie wurden nicht müde, darüber zu lamentieren, dass das einfach nur Zahlen wären und diese nicht ausreichen würden, die vorherrschende Lage in Sachsen zu beschreiben. Sie müssten sich schon einmal darauf einigen, was Sie eigentlich wollen.

Ich komme noch einmal zu dem Punkt Prognosen. Mit Prognosen ist es ein wenig schwierig.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion)

Prognosen gab es schon viele, vom Ende der Geschichte bis zum Ende des Wachstums Club of Rome. Ich möchte nicht im Einzelnen bewerten, was die Prognosen gebracht haben. Ich glaube, ein wenig mehr wissenschaftliche Bescheidenheit stünde uns allen gut zu Gesicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Aufgabe von Prognosen ist es nicht, hämisch darauf zu warten, dass sie eintreten, um mit dem Finger auf andere zu zeigen, nein, die Aufgabe von Prognosen ist es, Handlungen auszulösen. Und wir erkennen, dass wir in eine andere Richtung steuern müssen. Genau das passiert.

Weder Hysterie noch Weltuntergangsstimmung helfen weiter. Das lenkt davon ab, worum es eigentlich geht, nämlich um eine ergebnisorientierte Debatte und um konzertierte Aktionen. Ich lade Sie ausdrücklich dazu ein. Halten wir uns doch einfach an die Fakten.

Sachsen war das erste deutsche Bundesland überhaupt, das in den Jahren 1998/1999 die Entwicklung eines Regionalen Klimamodells in Auftrag gegeben hat. Das war bereits zu einer Zeit, als sich die GRÜNEN noch nicht im Sächsischen Landtag befunden haben. Inzwischen nutzen viele Bundesländer und sogar das Bundesumweltamt dieses Regionale Klimamodell.

Somit beruht die von Ihnen immer wieder gern zitierte Studie des Bundesumweltamtes auf Zahlen, die die Sächsische Staatsregierung hat ermitteln lassen. Da Sie, Frau Hermenau, sich auf diese Studie beziehen, ist das immerhin eine indirekte Anerkennung sächsischer Klimapolitik, für die ich mich herzlich bedanke.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Ich habe
das schon öffentlich anerkannt!)

Übrigens hat uns auch die EU-Kommission für unsere Vorreiterrolle gelobt.

Ich habe nichts gegen Wind, auch nichts gegen grünen Wind, sofern nutzbare Energie dabei herauskommt. Doch davon ist bei den GRÜNEN zurzeit nichts zu spüren. Die Staatsregierung ist diesbezüglich wesentlich produktiver.

Erstens. Zum einen entwickeln wir ausgehend von Klimaprojekten Anpassungsstrategien, um auf die Auswirkungen des Klimawandels zu reagieren. Dazu werden entsprechende Forschungsvorhaben mit internationaler Beteiligung initiiert.

Zweitens. Zum anderen setzen wir bereits seit mehreren Jahren im Rahmen des sächsischen Klimaschutzprogramms Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz um. Das erfolgt jetzt gemeinsam mit Akteuren aus der Wirtschaft, der Gesellschaft, der Politik und der Verwaltung. Das müsste Ihnen eigentlich bekannt sein.

Ihnen müsste auch bekannt sein, dass wir mit der Gründung der Sächsischen Energieagentur unsere Aktivitäten weiter intensiviert und effizienter gestaltet haben. Kollege

Gerlach hat bereits darauf hingewiesen. Wir brauchen daher kein neues Gremium. Interessant an dieser Forderung nach einem Klimabeirat ist einzig und allein die Tatsache, dass die GRÜNEN damit einen Antrag der Linksfraktion aufgreifen.

Drittens. Wir haben eigene Ideen. Um vor allen Dingen junge Menschen für den Klimaschutz zu sensibilisieren, haben das Kultus- und das Umweltministerium schon im vergangenen Jahr das Projekt „Klimaschutz an Sachsens Schulen“ initiiert. Dazu gibt es interessante Materialien für Schüler und Lehrer, die sich einer großen Nachfrage auch anderer Bundesländer erfreuen, sowie einen Klimapavillon, der überaus anschaulich Fakten rund um die Klimaveränderung und den Klimaschutz vermittelt. Dieser Klimapavillon ist das gesamte Jahr ausgebucht. Insofern kann von Untätigkeit auf pädagogischem Gebiet keine Rede sein.

Meine Damen und Herren! Der Klimawandel ist ein weltweites Problem. Es handelt sich dabei um öffentliches Gut. Die kleinräumige Betrachtungsweise der GRÜNEN passt so gar nicht dazu. Folgt man Ihren Argumenten, könnte man meinen, dass der Klimawandel in Sachsen verursacht wird

(Lachen der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

und auch hier gelöst werden kann.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Oh Gott!)

Leider ist eine wirksame Klimapolitik nicht so einfach, wie Sie es suggerieren. Rohstoff- und Energiemärkte können nicht allein für Sachsen, für Deutschland oder für die EU betrachtet werden. Was wir an fossilen Rohstoffen einsparen, nehmen andere Länder, die nicht dem Kyoto-Protokoll beigetreten sind. Dem Klima hilft daher kein Aktionismus und keine Inflation einzelner isolierter Vorschläge, sondern nur ein weltweites Gesamtkonzept. Dabei müssen unbestritten die Industrieländer als Hauptverursacher des Klimawandels ihre Vorbildrolle stärken,

(Antje Hermenau, GRÜNE: Wie wahr!)

ihre Solidarität mit den Entwicklungsländern verstärken und diese wesentlich mehr als bisher bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels unterstützen. Sachsen wird weiterhin seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Wir haben seit dem Jahre 1990 bereits überproportional zum deutschen Klimaschutzziel beigetragen. Insofern besteht kein Anlass, dass wir uns verstecken müssen.

Der von Ihnen immer wieder gern genutzte Vergleich der Pro-Kopf-Emission für CO₂ zwischen den Bundesländern ist wohl kaum geeignet, daraus Aussagen über das Engagement und die Wirksamkeit der Maßnahmen der Staatsregierung abzuleiten. Wenn Sie die pro-Kopf-bezogenen niedrigen CO₂-Emissionen anderer Bundesländer, zum Beispiel Bayerns oder Hessens, als Vorbild darstellen, dann muss ich doch Ihre bisherige Position zur Nutzung der Kernenergie ernsthaft bezweifeln.

(Beifall der Abg. Dr. Rolf Jähnichen, CDU,
und Torsten Herbst, FDP)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN! Sie wissen sehr genau, was es heißt, den CO₂-Ausstoß auf 2 Tonnen pro Person und Jahr

(Antje Hermenau, GRÜNE: Natürlich!)

in jedem Bundesland zu begrenzen. Sollten solche Ziele – was von keinem Politiker ernsthaft angedacht ist – auf einzelne Bundesländer heruntergebrochen werden, ist die Konsequenz klar: In Thüringen gibt es keinen Strom mehr, sie müssen dort das Licht ausschalten, und in Sachsen könnten wir noch auf Jahrhunderte hinaus unsere Braunkohle nutzen, und zwar deshalb, weil wir zwei Drittel des von Ihnen verteuerten Braunkohlenstroms exportieren. Daher sollten wir aufhören, kleinkarierte Debatten über CO₂-Emissionen zu führen. Es ist allemal besser, Energie aus einem modernen und umweltfreundlichen Kraftwerk an das Netz zu bringen, als Strom aus veralteten Kraftwerken zu importieren.

Wenn Sie unsere modernen Braunkohlenkraftwerke mit Wirkungsgraden von über 40 % in Sachsen kritisieren, sie aber als Exportschlager für Entwicklungsländer ansehen, dann muss schon die Frage erlaubt sein: Wie in sich stimmig sind eigentlich die Vorschläge der GRÜNEN für den Klimaschutz? Oder geht es Ihnen mehr um Aktionismus in der zurzeit leider häufig aufgeregt geführten Klimadebatte?

(Antje Hermenau, GRÜNE: Oh nein!)

Ich bin fest davon überzeugt, Klimaschutz kann nur erfolgreich sein, wenn Ökonomie und Ökologie zusammenwirken. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür ist die Entwicklung erneuerbarer Energien in Sachsen. Das ist eine echte Erfolgsgeschichte. Inzwischen spielt der Freistaat bei der Produktion von Solarzellen zur Stromerzeugung in der Gruppe der Bundesliga. Die Zahl der direkt und indirekt Beschäftigten wächst in diesem Sektor ständig und mit ihr erfreulicherweise auch der Umsatz.

Ähnlich ist die Entwicklung bei der Windenergie. Ohne Generatoren aus dem Dresdner Sachsenwerk würden die weltweit größten Windanlagen nicht funktionieren. Auch im größten deutschen Pumpspeicherwerk im thüringischen Goldisthal und im Speicherwerk Niederwartha drehen sich Dresdner Generatoren.

Die wirtschaftlichen Chancen des Klimawandels werden also bereits genutzt. Der Markt funktioniert. Nicht grüne Scheuklappenpolitik, sondern unsere ökologische Strategie ist der richtige Weg. Wir werden uns unsere Erfolge nicht kleinreden lassen und schon gar nicht von Ihnen. Den eingeschlagenen Weg werden wir konsequent fortsetzen. Dabei werden wir weder in unseren Anstrengungen nachlassen noch uns die Klimaposition von den GRÜNEN überstülpen lassen. Wenn aus grünen Luftblasen irgendwann einmal nutzbarer Wind wird, dann können Sie diesen gern in unsere Klimastrategie einspeisen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gibt es noch Wünsche, sich an der Debatte zur Großen Anfrage zu beteiligen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zum Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Ihnen in Drucksache 4/10223 vorliegt. Frau Hermenau möchte diesen sicherlich noch einbringen? – Bitte schön, Frau Hermenau.

Antje Hermenau, GRÜNE: Als mein Parlamentarischer Geschäftsführer mir vor ein paar Tagen mitteilte, dass Sie, Herr Wöller, darum gebeten haben, diesen Tagesordnungspunkt auf Freitag zu verschieben, damit wir darüber eine Debatte führen können, hatte ich mir davon mehr versprochen. Ich habe eine Herausforderung erwartet.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion)

Was ich bekommen habe, war, dass die uns von Ihnen in der letzten Woche vorgeworfenen Sprechblasen von Ihnen selbst produziert worden sind, und dazu kann ich nur sagen: Armer Herr Gerlach, Sie haben noch einen weiten, weiten Weg in der Koalition vor sich. Sie haben die Reden selbst gehört und wissen, wovon ich spreche.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Umweltminister, dem ich übrigens seine 100 Tage Schonfrist gegönnt hätte – an mir lag es nicht –, erfüllt unsere Erwartungen, die ich heute aufgezeigt habe, in keiner Weise, jedenfalls nicht mit dieser Rede. Schwierigkeiten der Zurechenbarkeit und alle möglichen Sachen kann man diskutieren. Natürlich ist es nicht einfach, aber eines sage ich Ihnen: Ihre Antworten stehen schwarz auf weiß in der Anfrage. Jeder kann sie nachlesen, und diese Antworten waren außerordentlich schwach.

Es geht auch nicht unbedingt darum, dass wir sagen, wir können nicht allein für Sachsen etwas tun. Wenn Sie davon sprechen, dass zwei Drittel des Braunkohlenstromes exportiert werden, diese Verstromung aber auch hier in Sachsen, in der Lausitz, zur Umweltverschmutzung beiträgt und wir diesen Strom nicht einmal selbst brauchen, diese Exporte aber vielleicht Gewinne bringen – es fragt sich nur, für wen; denn es ist Vattenfall, das exportiert –, dann muss ich sagen: Sie exportieren heute die Zukunft der Lausitz. Dazu habe ich als Sächsin natürlich Diskussionsbedarf; das können Sie schon erwarten.

Wenn Sie die Frage aufwerfen, inwieweit man quantifizieren könne und inwieweit der Klimawandel etwas mit Verursachung durch den Menschen zu tun hat: Selbstverständlich sind mir die natürlichen Schwankungen des Klimas über Jahrhunderte und Jahrtausende hinweg bekannt. Ich kenne sogar die Sonnenfleckentheorie, darüber brauchen wir uns nicht lange zu unterhalten. Darum geht es auch nicht. Es geht um die Beschleunigung des natürlichen Klimawandels bzw. der natürlichen Klimaschwankungen, die es gibt, und es geht um die drastische Überspitzung einzelner Steigerungen in dieser Klimakurve, und darüber sprechen wir. Wir sprechen über das Fieber, das aufgetreten ist, und nicht über die norma-

len Temperaturschwankungen. Daher finde ich es schon einigermaßen kühn, sich hier hinzustellen und so zu tun, als ob das alles nicht in der Debatte und in unserem Entschließungsantrag zu finden wäre.

Natürlich wollen wir hier ein paar Dinge allgemeingültig feststellen. Sie können ja weiterhin behaupten, dass es nicht so sei; aber ich gebe Ihnen Brief und Siegel, die nächste Generation wird fragen: Warum haben die das denn damals nicht schon gewusst? Die Auswertungen der langjährigen Temperatur- und Niederschlagsdaten lassen keinen anderen Schluss zu, als dass der Klimawandel bereits eingesetzt hat, und zwar in dieser Übersteigerung, von der ich spreche, und dass auch hier in Sachsen mit einer zunehmenden Gefahr von Wetterereignissen zu rechnen ist: mit Starkniederschlägen, Dürreperioden, Orkanen, Tornados und Hitzewellen. Wie klingt das in Ihren Ohren? Vielleicht ein wenig abenteuerlich? Der Freistaat Sachsen gehört beim Klimawandel zu den verwundbarsten Regionen in Deutschland. Das müsste eigentlich jeden Sachsen zu einem ganz aktiven Klimaschützer machen, das ist doch logisch.

Aber gerade das Gegenteil ist – zumindest vonseiten der Staatsregierung – offensichtlich der Fall. Wenn ich eine volkswirtschaftliche Gesamtschadensbilanz haben möchte und vermute, dass diese im zweistelligen Milliardenbereich – weil nicht immer alles so einfach von hier aus quantifizierbar ist, wie Sie selbst in Ihrer Antwort zugeben – oder zumindest im einstelligen Milliardenbereich liegt, dann sind das Größenordnungen, über die wir hier diskutieren müssen. Das geht uns alle an. Die Begrenzung des Klimawandels ist ein Gebot der globalen Gerechtigkeit – das wurde heute bereits erwähnt – und der Gerechtigkeit zwischen der heutigen und den nachfolgenden Generationen. Auch das ist wichtig und daher meiner Meinung nach ethisch geboten, und der Freistaat Sachsen kann sich durchaus zu seiner Verantwortung bekennen. Er hat in der Vergangenheit übermäßig Atmosphäre verschmutzt – mehr als der Durchschnitt in Deutschland –, und es ist offensichtlich, dass der Klimawandel im Freistaat Sachsen erhebliche wirtschaftliche und fiskalische Risiken auslösen kann.

Deshalb ist auch für uns die drastische Reduktion der CO₂-Emission ein ökonomisches Gebot der Stunde. Der finanzielle Aufwand zur Reduktion der CO₂-Emission auf ein klimaverträgliches Niveau macht sich durch die Vermeidung von Kosten, die infolge eines ungebremsten Klimawandels wahrscheinlicher auftreten können, die Einspareffekte und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit doch mehr als bezahlt. Nur: Es müsste eben diese Generation jetzt, hier und heute etwas sparsamer leben und auf die Bremse treten, sich ein wenig anders bewegen, anders leben und anders essen, damit die nachfolgenden Generationen auch noch Spaß in Sachsen haben dürfen. Der Begrenzung des Klimawandels im Sinne einer Risikovorsorge gebührt nach unserer Wahrnehmung die Priorität – auch vor der Anpassung.

Die Lausitz befindet sich – dies sagen die Antworten der Staatsregierung auf unsere Große Anfrage – im Übergang zum Steppenklimate. Gegenwärtig ist nicht sicher, ob die ehemaligen Tagebaue, wie geplant, alle als Seen geflutet werden können, auch wenn heute Vattenfall anderes tickern lässt. Deshalb denke ich, dass man darüber auch ehrlich – und darauf freue ich mich überhaupt nicht – mit den Menschen in der Lausitz sprechen muss. Ich habe mein Regionalkreisbüro in der Lausitz, mich muss man nicht kundig machen. Das ist alles kein Problem; ich bereise Ostachsen sehr viel. Aber die Einhaltung dieser 2-Grad-Grenze ist doch nicht symbolisch. Die Naturwissenschaftler erklären: Wenn man in diesem Jahrhundert mehr Erwärmung als diese 2 Grad zulässt, dann bewegt man eine ganze Menge von Kippschalern, die automatisch wie Dominosteine einer nach dem anderen umfallen, und dann geht es richtig hoch. Zum Beispiel kann es dann passieren, dass in der Tundra alles schmilzt. Dort gibt es Permafrostboden, in dem Methan gebunden ist. Dieses Methan geht hinaus in die Atmosphäre und ist ein sehr viel schlimmerer Treibhausfaktor als das CO₂. Wir riskieren also eine Verschärfung der Entwicklung, wenn wir das 2-Grad-Ziel nicht ernst nehmen.

Ich merke, dass dies hier noch nicht allgemeiner Stand der Debatte ist, und hoffe, dass jüngere Menschen in diesem Land mit ihren Erkenntnissen schon weiter sind. Wir sind der Auffassung, dass Sie in Ihrer Verantwortung – von mir aus für die Schöpfung oder für alles, was lebt; wie immer Sie das halten wollen, vielleicht auch für die lebenswerte Zukunft der nachfolgenden Generation – verpflichtet sind, diesem Entschließungsantrag zuzustimmen und der Staatsregierung ein wenig Feuer unter dem Hintern zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des
Abg. Prof. Dr. Cornelius Weiss, SPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Möchten sich die Fraktionen an der Debatte zum Entschließungsantrag beteiligen? – Herr Prof. Mannsfeld, CDU-Fraktion, bitte.

Prof. Dr. Karl Mannsfeld, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu dem sehr umfangreich begründeten und eingebrachten Entschließungsantrag möchte ich doch noch einige kurze Anmerkungen machen. Aber schon vorab vielleicht die generelle Einschätzung, dass ein Entschließungsantrag, der in vielen Punkten sachliche Fehler enthält und vielfach Selbstverständlichkeiten statt konkreter und substanzieller Aussagen anbietet, bestimmt nicht die Grundlage für den Landtag ist, um hierzu eine einvernehmliche Positionsbestimmung vorzunehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP –
Antje Hermenau, GRÜNE: Wo ist dann Ihrer?)

– Frau Hermenau, ich möchte mich ein Stück zurücknehmen, damit ich nicht wieder als „Wadenbeißer“ oder „Kritikaster“ bezeichnet werde. Aber da Kollege Günther in seinem Beitrag nicht zur Anfrage, sondern bereits zum Entschließungsantrag gesprochen hat und auch der

Staatsminister diese Passagen teilweise kommentiert hat, möchte ich dies nur noch einmal verstärken, indem ich sage: Sie haben ja alle recht. Ein Landtag kann doch nicht feststellen, der Klimawandel ist vom Menschen verursacht. Wenn Sie hier geschrieben hätten: Der Mensch trägt entscheidend zum aktuellen Klimawandel bei, dann hätte ich einen sehen wollen, der sich hier in diesem Landtag verweigert.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Dann ändern Sie es!)

– Wir machen doch nicht Ihre Hausaufgaben während der Debatte.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Also verschrecken Sie im Grunde genommen auch die Gutmütigen mit solchen Feststellungen. Ich möchte nicht weiter in diesem Text fortfahren. Wenn Sie die langjährigen Temperaturreihen mit den kurzzeitigen Extremereignissen in einen Kontext bringen, muss ich feststellen: In den langjährigen Reihen spiegelt sich das überhaupt nicht wider; denn in der Klimakunde werden 30- oder 50-jährige Reihen genommen, und wenn es ein sehr trockenes oder ein sehr feuchtes Jahr gab, dann geht das im Durchschnittswert, im Rauschen, wie man so schön sagt, unter. Eines stelle ich auch noch fest: Die Klima- oder Vegetationszone Steppenklima wird es auch durch Veränderungen im Wetter- und Klimageschehen – also mit zunehmender Trockenheit bzw. mit etwas stärkerer Erwärmung – in Sachsen nie geben, da dies wissenschaftliche Kriterien hat, wo und wann wir von Steppenklima sprechen.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Steppenwolf!)

Aber meine Kollegen haben mir gesagt, vielleicht haben Sie einen ganz anderen Hintergrund. Die zahlreichen Wölfe in der Lausitz haben Sie vielleicht verführt, dass wir jetzt den Steppenwolf haben und deswegen das Klima so wird.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU, der FDP und des Abg. Klaus-Jürgen Menzel, fraktionslos)

Deshalb abschließend, um es noch einmal deutlich zu machen: Es ist vielleicht auch vorhin schon deutlich geworden, insbesondere auch im Beitrag des Staatsministers: Wir liegen an vielen Stellen in unseren Auffassungen über die Notwendigkeit, dieses gesellschaftliche Phänomen zu beachten, zu berücksichtigen und in unser Handeln aufzunehmen, nicht so weit auseinander. Aber ich sagte vorhin: Sie haben mit Ihrer Großen Anfrage eine Hintergrundaufleuchtung vorgenommen, und nicht jede Frage in diesem Kontext war nach meinem Dafürhalten auch wirklich ein Erfolg. Deswegen muss ich abschließend nochmals bedauern, dass Sie es abgelehnt haben, den Antrag der Koalitionsfraktionen, der thematisch genau hier hineingepasst hätte, heute mit zu beraten; denn ein Großteil der von Ihnen erfragten und hinterfragten Probleme ist in diesem Antrag konkret von der Staatsregierung beantwortet und mit konkreten Aussagen unteretzt worden.

Ich denke, man kann abschließend sagen: Natürlich werden wir Energie sparen und eine Effizienzsteigerung erreichen müssen. Wir müssen den Ausbau der erneuerbaren Energien voranbringen. Wir werden diese Techniken entwickeln, und wir werden in der Raumordnungs- und Verkehrspolitik einiges leisten müssen. Wir brauchen die Selbstverpflichtung von Industrie und Unternehmen. Lassen Sie mich zum Schluss nicht vergessen, dass wir vielleicht auch eine Änderung des Konsumverhaltens und unserer Lebensstile brauchen.

Aber all das kann man nur aus der Konkretheit eines Antrages, der politisch umgesetzt werden kann. Insofern – ich wiederhole das vorhin Gesagte – war die Große Anfrage eine vertane Chance, und das gilt in gleicher Weise für Duktus und Intention des Entschließungsantrages. Ihm können die Koalitionsfraktionen daher auch nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Für die Linksfraktion Frau Dr. Runge.

Dr. Monika Runge, Linksfraktion: Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich habe natürlich den ersten Satz unter Punkt 1 zu kritisieren, weil er tatsächlich so nicht richtig ist. Ich muss mich nicht wiederholen. Die Korrekturen wurden in der Diskussion bereits vorgebracht.

Im zweiten Teil dieses Entschließungsantrages fordern Sie von der Fraktion GRÜNE einen interdisziplinären Beirat „Klimawandel in Sachsen“.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Sie doch auch!)

– Nein. Die Fraktion DIE LINKE hat einen Antrag im parlamentarischen Gang des Landtages. Darin fordern wir nicht schlicht einen Beirat, der von der Staatsregierung besetzt werden kann, sondern einen unabhängigen Sachverständigenrat, interdisziplinär zusammengesetzt. Dabei liegt die Betonung auf Unabhängigkeit nach dem Vorbild des UN-Weltklimarates. Insofern würde ich den GRÜNEN empfehlen, etwas sorgfältiger mit der Sprache und mit Texten umzugehen.

Wenn Sie von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter Punkt 5 ein Moratorium für Tagebaue über die bereits genehmigten Abbauvorhaben hinaus fordern, halte ich es für zielführender, die Staatsregierung mit Ihrem Entschließungsantrag zu beauftragen, mit den betroffenen Unternehmen MIBRAG und Vattenfall und mit der betroffenen Gewerkschaft IG BCE ein Szenario für den Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung für den Zeithorizont bis 2050 auszuhandeln.

Zu diesem Thema haben Sie, Herr Wöller, in Ihrer Rede leider nicht einen Satz verloren. Möglicherweise wird die Volksinitiative in Brandenburg – vielleicht greift das ja auch auf Sachsen über – eine öffentliche Debatte auslö-

sen, um so ein öffentliches Klima zu befördern, das auch die Sächsische Staatsregierung zum Handeln zwingt.

Wenn ein solches Ausstiegsszenario konkret ausgehandelt würde, bekämen die Unternehmen und auch die Beschäftigten Planungssicherheit. Die Forderung nach einem Moratorium für Tagebaue reicht eben nicht aus, um aus der Braunkohlenverstromung auszusteigen. Vielmehr gehören zu einem Ausstiegsszenario die Frage des Neubaus von Kraftwerken, die Frage der Schließung von Kraftwerken und auch die Frage, ob die energieintensive und teure CCS-Technologie tatsächlich praktisch umgesetzt werden kann.

Sogar die Frage, ob die vier großen Konzerne neue Kraftwerke bauen dürfen, wurde jüngst von der Monopolkommission aufgeworfen. Die Monopolkommission fordert ein Moratorium für den Neubau von Kraftwerken durch die vier großen Konzerne. Die Monopolkommission würde es gern sehen, wenn neue Energieunternehmen den Auftrag bekämen, neue Kraftwerke zu bauen, um letztlich mehr Wettbewerb erreichen zu können.

Im Unterschied zu Herrn Mannsfeld bin ich nicht päpstlicher als der Papst. Ebenso wie meine Fraktion bin ich der Auffassung, dass man trotz meiner kritischen Bemerkungen hinsichtlich des Umstandes, dass von der Fraktion

GRÜNE nicht alles bis zu Ende durchdacht worden ist, dem Entschließungsantrag zustimmen kann, weil die Intention und das Anliegen in die richtige Richtung weisen und auch ein paar Schritte in die richtige Richtung formuliert werden.

(Beifall bei der Linksfraktion sowie der
Abg. Dr. Karl-Heinz Gerstenberg
und Michael Weichert, GRÜNE)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Möchte sich noch jemand zum Entschließungsantrag äußern? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 4/10223, auf und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei 2 Stimmenthaltungen und Stimmen dafür ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Damit ist die Behandlung der Großen Anfrage beendet und der Tagesordnungspunkt 2 geschlossen.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 3

4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen

Drucksache 4/9948, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

Hierzu können die Fraktionen Stellung nehmen. Die Reihenfolge in der ersten Runde: CDU, SPD, Linksfraktion, NPD, FDP, GRÜNE, Staatsregierung.

Ich erteile den Einreicherinnen das Wort. Herr Abg. Dulig, bitte.

Martin Dulig, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland hat die Demografie entdeckt. Die Zahl der Bücher, Artikel und Diskussionen zu diesem Thema hat in den letzten Jahren enorm zugenommen und Bücher wie das vom „Methusalem-Komplex“ von Frank Schirrmacher erobern die Bestsellerlisten. Auffällig ist, dass sich die Diskussion über die demografische Entwicklung in Deutschland fast ausschließlich mit Horrorszenarien beschäftigt.

Das derzeit beliebteste Szenario ist, dass es irgendwann in Deutschland keinen einzigen Deutschen mehr gibt. Nach diesen Vorstellungen führt vor allen Dingen die viel zu geringe Anzahl von Kindern dazu, dass etwa im Jahr 2100 die Deutschen ausgestorben sein werden. Ganz besonders dramatisch fallen die Beurteilungen für Ostdeutschland aus. Umso erstaunlicher erscheint es da, wenn die Zukunft in Sachsen nicht in ganz so düsteren Farben gemalt werden kann wie bisher.

Wenn man sich nämlich die 4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes im Vergleich zur vorherigen Prognose anschaut, kommt man zu

erstaunlichen Ergebnissen. Die 3. Bevölkerungsprognose ging davon aus, dass im Jahr 2020 zwischen Zwickau und Zittau etwa 3,8 Millionen Menschen leben werden. Nach der neuen, 4. Prognose werden es knapp über vier Millionen Sachsen sein. Der Bevölkerungsrückgang fällt demnach deutlich geringer aus als bisher angenommen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Gansel, NPD)

Natürlich bedeutet diese veränderte Prognose nicht, dass Entwarnung gegeben werden kann.

(Beifall der Abg. Caren Lay, Linksfraktion)

Bei einer Abschwächung kann man nicht von einer Trendumkehr sprechen. Die Bevölkerungszahl wird wahrscheinlich weiter abnehmen, aber die Geschwindigkeit, mit der das geschieht, wird sich deutlich verlangsamen.

Dass die Zahlen so stark differieren, macht lediglich deutlich, dass man das Verhalten von Menschen ebenso wenig vorhersagen kann wie Ereignisse, die das Verhalten von Menschen beeinflussen. Deswegen müssen Prognosen immer wieder den in der Realität veränderten Bedingungen angepasst werden. Gelegentlich hat man das Gefühl, dass diese Prognosen einfach zur Wahrheit erklärt werden, weil damit unbeliebte politische Entscheidungen gut begründet werden können. Diese Entscheidungen

folgen oft der einfachen Logik des „immer weniger“: Wenige Einwohner führen zu weniger Einnahmen, was dann zwangsläufig zu Einsparungen führen muss. Genau das ist falsch.

Um der demografischen Entwicklung gerecht zu werden, brauchen wir differenzierte Antworten. Dazu kann selbstverständlich gehören, Einsparungen vorzunehmen. Wir müssen an manchen Stellen optimieren, an anderen aber gleichzeitig investieren. Wir müssen die Vielfalt fördern. Vor allem aber müssen wir uns um kreative Lösungen bemühen, die manchmal mit Geld, viel öfter aber mit dem zu tun haben, was die Menschen vor Ort an kreativer Energie aufbieten.

In Leipzig werden alte Gründerzeithäuser, die leer stehen, von Künstlern und Vereinen genutzt. Sie zahlen dafür keine Miete, sondern nur die Verbrauchskosten, und renovieren im Gegenzug. Davon hat auch der Besitzer, der dieses Haus nie vermieten könnte, einen enormen Vorteil, denn der Wert des Hauses verringert sich nicht immer weiter, und die kulturelle Szene blüht gerade in Gebieten auf, wo vorher nichts los war.

Auch Gemeinschaftsschulen sind ein Weg, den demografischen Herausforderungen zu begegnen.

(Beifall der Abg. Caren Lay, Linksfraktion)

Man darf einfach nicht unterschätzen, wie viel Integration sich an der Schule vor Ort entwickeln kann. Mit Gemeinschaftsschulen können auf dem flachen Land auch die kleinen Orte ihre Schule erhalten, und den Schülern ersparen wir den weiten Weg in die nächste Kreisstadt.

(Rita Henke, CDU: Ach!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu den demografischen Herausforderungen, vor denen Sachsen steht, gehören drei Faktoren: die Zahl der Geburten, die Abwanderung und die steigende Lebenserwartung.

Ich möchte zur Frage der Geburtenzahlen und zur steigenden Lebenserwartung meine positiven Botschaften fortsetzen und für eine veränderte Sicht auf die Fakten werben. Die Geburtenrate spielt in den eingangs erwähnten Horrorszenarien eine entscheidende Rolle. Daran, dass die Deutschen irgendwann aussterben, ist demnach vor allem die niedrige Geburtenrate schuld, die momentan in Deutschland bei statistischen 1,3 Kindern pro Frau liegt. Dabei ist eines völlig klar: Familienpolitik in einem demokratischen Staat kann nur dafür sorgen, dass ein Kinderwunsch verwirklicht werden kann; mehr kann sie nicht tun. Da können zusätzliche Geldleistungen wie das Elterngeld ein Anreiz sein, deutlich nach oben werden sich die Geburtenraten damit aber nicht bewegen. Es sind viel grundsätzlichere Veränderungen notwendig.

Für Kinder entscheiden sich die meisten in der Lebensphase zwischen 18 und 35. In dieser Zeit liegen aber auch alle anderen wichtigen Entscheidungen: Schulabschluss, Berufsausbildung oder Studium, Berufseinstieg und erste Karriereschritte. In dieser „Rushhour des Lebens“ ist für Familiengründungen zu wenig Raum. Deswegen müssen

wir diese Phase entzerren. Das bedeutet, dass wir das starre System des dreigeteilten Lebenslaufs aufbrechen müssen, dass sich Phasen der Berufstätigkeit mit Phasen der Weiterbildung abwechseln können, dass ein Neuanfang noch in der Mitte des Lebens als selbstverständlich genommen wird, dass Unterbrechungen, um sich um Kinder zu kümmern oder für alte Eltern Fürsorge zu leisten, genauso selbstverständlich sind wie Unterbrechungen, um die eigenen Qualifikationen und Kompetenzen weiterzuentwickeln oder neue aufzubauen.

Zum Abschluss möchte ich auf die Herausforderungen eingehen, vor die uns die steigende Lebenserwartung stellt. Die Sachsen werden eindeutig immer älter. Forscher gehen davon aus, dass ein heute geborenes Mädchen die realistische Chance hat, hundert Jahre alt zu werden. Wenn über das Alter diskutiert wird, geht es meist nur um Defizite, um Fragen der Pflege oder um Altersarmut. Selbstverständlich wird es notwendig sein, für die zunehmende Zahl alter Menschen die Kapazitäten der Pflege zu erhöhen. Auch Altersarmut wird zunehmen, gerade in Ostdeutschland, wo es viele unterbrochene Erwerbsbiografien gibt.

Wir brauchen aber eine positive Diskussion, die alte Menschen nicht als Problemfaktor begreift. Deswegen müssen wir auch ein völlig neues Bild des Alters entwerfen. Bisher wird übersehen, dass sich die Senioren von heute grundlegend von den Senioren von gestern unterscheiden und dass sich die Altersgruppen stark ausdifferenzieren. Gerade die Altersgruppe bis 65, die Gruppe der jungen Alten, ist gesünder, mobiler, verfügt über ein hohes Einkommen und ist bereit, sich auch länger zu engagieren. Das trifft sicherlich nicht auf alle zu, aber diese Gruppe unterscheidet sich fundamental von ihren Altersgenossen früherer Generationen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der demografische Wandel findet statt. So viel steht fest.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion: Er wird von Menschen gemacht! – Weitere Zurufe)

Die Lage aber ist nicht so dramatisch, wie uns so mancher Untergangsapologet weismachen will. Wie wir diesen Wandel positiv gestalten, liegt weit mehr in unserer Hand, als wir im Moment glauben. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die Linksfraktion, bitte; Frau Abg. Lay.

Caren Lay, Linksfraktion: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist jetzt schon der dritte Tagesordnungspunkt der Koalition in dieser Plenarwoche, bei dem ich mich frage, warum die Koalition dieses Thema eigentlich auf die Tagesordnung gesetzt hat, warum Sie diesen Antrag gestellt haben.

(Frank Kupfer, CDU: Sollen wir Sie nächstes Mal fragen, was wir auf die Tagesordnung setzen? –

Stefan Brangs, SPD: Das frage ich mich bei dem nächsten Punkt auch!)

Das frage ich mich insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir seit zwei Jahren hinter den Kulissen in der Enquetekommission zum demografischen Wandel sehr intensiv, sehr fleißig arbeiten und dass wir vorhaben, in einem guten halben Jahr dem Sächsischen Landtag und der Öffentlichkeit unsere Ergebnisse zu präsentieren. Da frage ich mich schon, warum wir auf der Grundlage eines doch sehr vagen und oberflächlichen Antrages hier am Freitagnachmittag um zehn Minuten nach drei vor leeren Rängen einen schnellen Ritt durch die Fragen des demografischen Wandels machen müssen.

(Zuruf des Abg. Heinz Lehmann, CDU)

Geht es Ihnen also um die Repräsentation einer Erfolgsbilanz? Da muss ich natürlich fragen: Hat die Koalition nicht mehr zu bieten als eine vorsichtig korrigierte Prognose? Geht es im Kern auf der Grundlage dieser Prognose um eine politische Umsteuerung? Dafür muss man sich aus meiner Sicht nicht auf diese Bevölkerungsprognose beziehen.

Was sind denn die Fakten? – In der Tat, das Statistische Landesamt korrigiert die Bevölkerungsprognose leicht nach oben. Trotzdem – und da frage ich den Kollegen Dulig, den ich jetzt nicht mehr sehe, ob wir tatsächlich den gleichen Text gelesen haben – kommt das Statistische Landesamt zu der folgenden Kernaussage – ich zitiere –:

„Die 4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose zeigt im Vergleich zur vorhergehenden Prognose kein grundlegend neues Bild.“

(Antje Hermenau, GRÜNE: Richtig!)

Das ist das Ergebnis, das ist die Kernaussage der 4. Prognose.

Dort wird weiterhin ausgeführt: „Der Bevölkerungsrückgang setzt sich weiter fort.“ – Oder: „Auch wenn der vorausberechnete Bevölkerungsrückgang in der aktuellen Prognose etwas geringer ausfällt, wird sich das Tempo der Alterung weiter fortsetzen.“ Dort steht – Zitat –: „Die Zahl der Geburten wird weiter zurückgehen.“ Oder auch: „Es bleibt ein stetig wachsendes Geburtendefizit“ und – das ist auch schon erwähnt worden – „das Durchschnittsalter der Sachsen wird weiter steigen. Sachsen ist bereits jetzt das Bundesland mit der demografisch ältesten Bevölkerung.“ Dieser Trend wird sich weiter fortsetzen und der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung wird im Vergleich zu älteren Menschen weiter zurückgehen.

Auch was die regionale Verteilung angeht – mein Kollege Ronald Weckesser wird gleich noch einmal darauf eingehen – können lediglich Dresden und Leipzig und die umliegenden Landkreise eventuell mit Zuwanderung rechnen. Ansonsten bleiben die regionalen Disparitäten. Das alles, meine Damen und Herren, zeigt: Es gibt keinen Grund zur Entwarnung. Im Übrigen ist all das

auch kein Anlass für eine Erfolgsbilanz. Die Bevölkerung schrumpft weniger stark, aber sie schrumpft. Deswegen kann ich nach wie vor den Anlass für diese Debatte am heutigen Tag nicht erkennen.

Das Interessanteste an dieser 4. Prognose ist für mich, wenn ich mir ansehe, auf welcher Annahme eigentlich die Korrektur der Prognose im Wesentlichen basiert: Sie basiert auf der Annahme des Rückgangs der Fortzüge – ganz simpel, weil auch weniger Menschen da sind, die überhaupt noch Sachsen verlassen können – und darauf, dass man – und das ist entscheidend – von höheren Zuzügen als – Zitat – „mögliche Auswirkungen des Hochschulpaktes“ ausgeht. Das heißt, meine Damen und Herren, die korrigierte Bevölkerungsprognose basiert im Wesentlichen auf der Ebene des Wunsches. Sie basiert darauf, dass man sich erhofft und dass man sich wünscht, dass aus dem Hochschulpakt eine veränderte Wanderungsbilanz resultiert. Deshalb ist für mich die entscheidende Frage, ob wir eigentlich vom Wunsch zur Wirklichkeit kommen.

Wir freuen uns natürlich, dass Sachsen ein „Studentenimportland“ ist. Auch DIE LINKE sieht im Zuzug von Studenten eine wichtige Entwicklungschance für unser Land, nicht nur aufgrund der Tatsache, dass wir so Menschen gewinnen können, sondern um dem Braindrain entgegenzuwirken und hier auch mit innovativem intellektuellem Potenzial wirtschaftlich und kulturell punkten zu können. Aber damit diese Prognose des Statistischen Landesamtes aufgeht, die, wie gesagt, auf Wünschen basiert, müssen wir dafür sorgen, dass die Studenten auch tatsächlich in Sachsen bleiben. Das ist doch die große Herausforderung, vor der wir stehen. Um sie zu meistern, müssen wir den Studenten ermöglichen, dass sie nach dem Studium, zu dem sie aus anderen Bundesländern oder aus dem Ausland nach Sachsen kommen, auch tatsächlich in Sachsen bleiben, und das – es wird den Kollegen Dulig, der sich offensichtlich nach Einbringung des Antrages für den weiteren Verlauf der Debatte wenig interessiert, auch nicht wundern – haben wir als Linke tatsächlich in dieser Legislaturperiode schon mehrfach eingefordert.

Ich darf Sie daran erinnern, dass wir in der Haushaltsdebatte gesagt haben: Wir müssen die in Sachsen lange verschleuderten ESF-Mittel dafür einsetzen, dass wir erstens Ausbildungsplätze finanzieren, die tatsächlich dem zukünftigen Bedarf entsprechen, damit die jungen Leute eben nicht eine Ausbildung zum Kellner, Koch etc. machen und danach Sachsen verlassen, um vielleicht in Österreich oder Bayern eine Arbeit anzunehmen. Zweitens müssen wir dafür sorgen, dass ihnen nach dem Studium auch ein Berufseinstieg in Sachsen ermöglicht wird.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie die Zwischenfrage?

Caren Lay, Linksfraktion: Aber selbstverständlich, wir sind doch ein eingespieltes Team, der Kollege Brangs und ich, was Zwischenfragen betrifft.

Stefan Brangs, SPD: Kollegin Lay, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass der Vorsitzende unserer Fraktion, Martin Dulig, zur Kranzniederlegung anlässlich des 9. November zur Synagoge in Dresden gegangen ist?

Caren Lay, Linksfraktion: Ja, ich bin selbstverständlich bereit, das anzuerkennen. Ich nehme meine Kritik zurück. Sie müssen verstehen, dass es aus meiner Perspektive etwas irritierend war, dass jemand einen Antrag einbringt und danach nicht mehr für einen Dialog mit den anderen Parlamentariern zur Verfügung steht. Ich freue mich, dass ich den Dialog nun stellvertretend mit Ihnen und den anderen führen kann.

Ich komme zurück zur entscheidenden Herausforderung, vor der Sachsen steht, wenn wir tatsächlich umsetzen wollen, was die 4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose uns so leise erhoffen lässt, nämlich den Studierenden, die nach Sachsen kommen, tatsächlich in Sachsen auch eine Perspektive zu bieten. Wir haben damals vorgeschlagen, Existenzgründung, Sicherstellung der Unternehmensnachfolge oder auch Trainee-Programme zu machen. Das alles, meine Damen und Herren, wird aber nichts bringen, wenn wir in Sachsen nicht endlich für wettbewerbsfähige Löhne sorgen. Wir brauchen ein Umsteuern in der Lohnpolitik, erst recht und gerade aus der Perspektive des demografischen Wandels, weil neben Arbeitsplätzen die niedrigen Löhne in Sachsen eine der Hauptgründe sind, warum Menschen Sachsen verlassen. Ich kann nicht erkennen, warum sich das durch diese regionalisierte Bevölkerungsprognose ändern sollte oder warum die Studierenden, die hier ihren Abschluss machen, wieder nach Baden-Württemberg oder nach NRW gehen: weil dort höhere Löhne gezahlt werden.

In diesem Zusammenhang erwähne ich die Umfrage der Regionaldirektion für Arbeit in Chemnitz, in der sie Händler angerufen hat, die Sachsen verlassen haben, um mitzuteilen, wir haben inzwischen Arbeitsplätze zu bieten. Sie fragten: Sind Sie bereit zurückzukommen? Viele waren zum Dialog bereit. Nur vier haben tatsächlich das Angebot aufgegriffen. Eines der entscheidenden Argumente, das angeführt wurde, war, dass in Sachsen einfach die Löhne viel niedriger sind als in den westdeutschen Bundesländern. Unter diesen Bedingungen ist kein Mensch bereit, nach Sachsen zurückzukommen oder in Sachsen zu bleiben.

Meine Damen und Herren insbesondere von der SPD-Fraktion! Wenn Sie die leicht korrigierte Bevölkerungsprognose zum Anlass nehmen, um noch einmal für Gemeinschaftsschulen zu sprechen, dann haben Sie uns natürlich an Ihrer Seite. Allerdings braucht man dafür keine korrigierte Bevölkerungsprognose, sondern für die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen spricht auch so eine ganze Menge. Grund zur Entwarnung, meine Damen und Herren, besteht auf Grundlage dieser korrigierten

Bevölkerungsprognose in keiner Weise und für eine Erfolgsbilanz der Koalition taugt sie erst recht nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der Linksfraktion)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die NPD-Fraktion, bitte.

Dr. Johannes Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach allem, was die NPD-Fraktion in den zurückliegenden drei Jahren sowohl hier im Plenum als auch in der Enquete-Kommission an eigenen Initiativen und Beiträgen eingebracht hat, werden Sie uns sicher abnehmen, dass wir die Letzten wären, die sich nicht darüber freuen würden, wenn die bislang prognostizierte katastrophale Bevölkerungsentwicklung vielleicht doch nicht ganz so katastrophal ausfiele. In diese Richtung gehen zumindest die Ergebnisse der 4. Regionalisierten Bevölkerungsprognose.

Ich will die Ergebnisse an dieser Stelle nicht weiter kommentieren. Dennoch möchte ich ein paar grundsätzliche Dinge feststellen.

Erstens: Wenn es tatsächlich so sein sollte, dass sich der Bevölkerungsrückgang im Freistaat gegenüber den bisherigen Erwartungen deutlich abschwächen sollte, dann mag es dafür zahlreiche Ursachen geben, nur eine ganz bestimmt nicht: eine gezielte Bevölkerungspolitik.

Meine Damen und Herren! Das ist jetzt weniger als Vorwurf denn als Feststellung zu sehen, dass Sie eben gar nichts unternommen haben, den katastrophalen Großtrend des Bevölkerungsschwundes, von dem Sachsen schon lange heimgesucht wird, irgendwie mit politischen Mitteln zu bremsen oder gar umzukehren, eben mit einer gezielten geburtenfördernden und familienfreundlichen Politik.

Im hier vorliegenden Antrag der Fraktionen CDU und SPD heißt es deshalb auch sehr wichtig – daran ändert sich auch durch die 4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose aus Sicht der NPD-Fraktion nichts –: „Dennoch ist die demografische Herausforderung weiterhin ein entscheidendes Zukunftsthema für den Freistaat.“ Ich meine, es ist sogar das entscheidende Thema für den Freistaat.

Zweitens: Auch wenn man sich die konkreten Zahlen der jetzt korrigierten Prognose ansieht, gibt es doch, meine Damen und Herren, nicht den geringsten Grund zur Entwarnung. Wir lesen dort beispielsweise ausdrücklich – ich beziehe mich hier auf die Präsentation von Frau Prof. Schneider-Böttcher –: „Die Geburtenhäufigkeit bleibt insgesamt auf einem niedrigen Niveau. Bis 2020 wird sich die durchschnittliche Kinderzahl je Frau auf nahezu 1,4 erhöhen. Sie übersteigt damit das durchschnittliche Niveau aller Bundesländer.“

So hört sich doch keine Entwarnung an. 1,4 Kinder pro Frau, damit sind wir weit von der Nettoreproduktion entfernt. Auch wenn dieser Wert von 1,4 vielleicht im gesamtdeutschen Vergleich eine Spitzenzahl ist, ist diese

Zahl trotzdem geradezu erbärmlich. Ein Grund zum Jubeln ist das, meine Damen und Herren, wirklich nicht.

Drittens: Wenn die vom Statistischen Landesamt vorgelegte Studie ausgerechnet das Zeitfenster bis 2020 beleuchtet, dann haben wir es hier mit einem ziemlich einfachen statistischen Trick zu tun, auf den Sie sicher jeder Bevölkerungswissenschaftler aufmerksam machen wird; denn bis etwa zu diesem Jahr 2020 haben wir es bei den gebärenden Frauen immer noch mit den zahlenmäßig relativ starken DDR-Jahrgängen zu tun. Es sind nämlich die Jahrgänge, die bis zum Jahr 1989 geboren wurden. Sie sind dann bis zu 40 Jahren alt und können noch Kinder gebären. Der eigentliche Einbruch kommt erst danach.

Das Grundanliegen des Antrages ist aber – wie immer bei Anträgen der Koalition – nichts anderes als ein Informationsbegehren und ein Begehren nach Zielstellungen. Diesem Grundanliegen kann eigentlich niemand in diesem Haus wirklich widersprechen. Auch meine Fraktion wird das selbstverständlich nicht tun. Wir werden dem Antrag zustimmen. Aber die Erkenntnis, dass es zu einer pronatalen Politik im Freistaat kommen wird, kann ich aus dem Ganzen nicht heraushören.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:
Können Sie das nicht deutsch sagen?)

Von der CDU-Fraktion wäre zumindest in der Richtung geburtenfördernder Politik mehr zu erwarten gewesen. Immerhin kommen in den Foren auch Diskussionspunkte in die Richtung, dass wir die geburtenfördernde Politik brauchen. Dass die CDU hier ganz sprachlos ist und sich auf die SPD als Koalitionsredner verlässt, ist schon etwas schwach.

Danke.

(Beifall bei der NPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die FDP-Fraktion, bitte; Herr Abg. Zastrow.

Holger Zastrow, FDP: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Sachsen sterben also doch nicht aus.

(Zuruf des Abg. Dr. Matthias Röbller, CDU)

– Ich bin ja noch optimistischer als Sie. Herr Dr. Röbller, ich wurde heute von einer Kollegin von Ihnen aufgefordert, Optimismus zu verbreiten. Das tue ich auch mit dieser Behauptung: Die Sachsen sterben nicht aus.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man der korrigierten regionalisierten Bevölkerungsprognose glauben darf, dann hellt sich der demografische Himmel über Sachsen so langsam ein bisschen auf. Ein paar zarte Sonnenstrahlen blinzeln durch die Wolkendecke.

In der Prognose lesen wir – das ist von den Vorrednern zum Teil schon angesprochen worden –, dass sich der Rückgang der Bevölkerungszahl verlangsamt hat. Es

besteht sogar eine realistische Chance, dass wir im Jahr 2020 doch noch über vier Millionen Einwohner in Sachsen haben.

Mittlerweile können sich 20 Kommunen darüber freuen, einen Bevölkerungszuwachs zu haben. Die Geburtenrate in Sachsen wird leicht über dem Bundesdurchschnitt liegen. Zugleich steigt der Anteil älterer Menschen in der Gesellschaft, übrigens aus einem sehr positiven Grund: weil die Menschen in Sachsen und vor allem natürlich wir Männer, Herr Porsch, inzwischen eine etwas höhere Lebenserwartung haben. Unter Umständen werden sogar in einigen Jahren die Zuzüge nach Sachsen die Fortzüge übertreffen.

Ist also alles gut? – Natürlich nicht!

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion)

Das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein; denn wenn wir es genau betrachten, sehen wir natürlich vor allem Probleme darin, dass sich die Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen weiter reduzieren wird. Der Fachkräftemangel, über den wir im Landtag schon oft genug gesprochen haben, wird zunehmen. Und der Trend zu einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung besteht fort mit erheblichen Anforderungen an die Politik in diesem Land.

Die entscheidende Frage ist, ob unsere Staatsregierung diesen Anforderungen gewachsen sein wird und ob sie die Weichen bislang richtig gestellt hat. Daran habe ich, ehrlich gesagt, größte Zweifel, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Der demografische Hoffnungsschimmer in Sachsen hat seine Ursache eben nicht in Maßnahmen der Staatsregierung, im Gegenteil: Viele in der Prognose genannte Probleme werden durch politisch motivierte Fehlentwicklungen in Sachsen befördert.

Gehen wir aber der Reihe nach vor. Der Schlüssel zu einer besseren Entwicklung – darin sind wir uns, denke ich, einig – liegt nicht nur in der Politik, sondern vor allem in einer erfolgreichen Wirtschaft begründet, und zwar in attraktiven, ordentlich bezahlten, möglichst sicheren und vor allem in ausreichender Anzahl vorhandenen Jobs in Sachsen. Nur wer in Sachsen eine berufliche Perspektive hat, wird hier bleiben oder sich für die Gründung einer Familie in Sachsen entscheiden.

Trotzdem hat der Staat eine ganze Reihe von Möglichkeiten, um einer demografischen Negativentwicklung flankierend entgegenzuwirken. Das Schlüsselwort dazu heißt Familienfreundlichkeit. Sachsen zum familienfreundlichsten Bundesland zu machen ist dabei sicher ein wirkungsvolles Maßnahmenpaket gegen Abwanderung und ein geeignetes Mittel, um Familien von außerhalb für unseren Freistaat zu interessieren. Das, was der Freistaat dazu unternimmt, scheint uns allerdings nicht ausreichend zu sein. Vor allem denke ich dabei an Dinge wie den gewaltigen Sanierungsstau in den sächsischen Kindertagesstätten und die eher überschaubaren Mittel, die die Staatsre-

gierung bereit ist genau für diesen Sektor zur Verfügung zu stellen.

Weitere Beispiele, die nicht zur Familienfreundlichkeit unseres Landes passen, sind mit Sicherheit der Kinderärztemangel, die Kita-Zugangsbeschränkungen, der fehlende Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz, das nach wie vor fehlende kostenlose Vorschuljahr, die fehlende Lehrmittelfreiheit und die massiven Schulschließungen. All das sind Baustellen, die wir in Sachsen noch haben. So sieht Kinder- und Familienfreundlichkeit für uns nicht aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Es ist übrigens ganz interessant, dass manche Kommunen – so deutlich muss man das sagen – im Vergleich mit der Familien- und Sozialpolitik des Freistaates bedeutend weiter und besser sind. Manche Kommunen haben die Zeichen der Zeit eher erkannt als beispielsweise unser Sozialministerium. Manche Kommunen haben ihre politischen Prioritäten längst auf Kinder- und Familienfreundlichkeit, gute Bildung und beste Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf umgestellt.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Schwarz, SPD)

Ich kann unsere Staatsministerin verstehen, weshalb sie sich so sehr für Dresden interessiert, und ich kann verstehen, dass sie sich verbessern will.

(Beifall bei der FDP)

Dresden hat als eine der geburtenstärksten Metropolen in Deutschland die Weichen richtig gestellt, meine Damen und Herren. Mehr als 50 Millionen Euro investiert die Stadt allein in den Jahren 2007 und 2008 in den Ausbau ihrer Kita-Struktur. Das ist etwa genauso viel, wie der Freistaat in Form von Fördermitteln insgesamt aufwendet. Aus dem Mehrerlös des in diesem Haus schon oft zitierten Verkaufs der städtischen Wohnungsgesellschaft – immerhin 330 Millionen Euro – will die Stadt zusätzlich etwa 95 % davon in Kitas und Schulen investieren.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Schwarz, SPD)

Ich kann unserem Sozialministerium nur empfehlen, sich in Sachen Sozialpolitik an meiner Heimatstadt ein Beispiel zu nehmen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion: Die SPD hat der demografische Wandel hinweggefegt!)

– Es gibt doch noch eine wackere Kämpferin; sie ist doch noch da.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:
Aber allein muss sie nicht sitzen!)

– Sie sitzen doch auch oft allein und sind viel größer!

(Heiterkeit im Saal)

Die zentralste Herausforderung sehen wir als FDP allerdings keinesfalls im großstädtischen Bereich, sondern wir sehen sie in der Erhaltung der Urbanität des ländlichen

Raumes. Wir dürfen uns nicht dazu verleiten lassen, meine Damen und Herren, den ländlichen Raum aufgrund der immer noch sichtbaren Abwanderungstendenzen abzuschreiben. Ich bin mir ziemlich sicher, dass der Zustrom, den im Moment die Großstädte – vor allem Dresden und Leipzig – erfahren, keine Einbahnstraße bleiben wird. Die Zeiten werden sich ändern. Die jüngste Prognose besagt, dass 20 Kommunen bis 2020 wachsen werden. Allein diese Tatsache zeigt eine zaghafte Umkehrbewegung; denn 2003 ging man davon aus, dass in Sachsen allein die beiden Großstädte Dresden und Leipzig wachsen werden.

Der kleinstädtisch-ländlich geprägte Raum hat eine Chance – allerdings nur dann, wenn der Freistaat endlich mit seiner Kahlschlagpolitik in der Fläche aufhört. Diese Regionen können von der Entwicklung der großstädtischen Leuchttürme nur dann profitieren, wenn sie ihren Lebenswert und ihre Urbanität erhalten. Dazu gehören eine vernünftige Infrastruktur und eine gute Anbindung an die Ballungsräume. Um es klar zu sagen: Immer noch in Sachsen bestehende Infrastrukturlücken bzw. fehlender Bundesstraßenausbau oder fehlende Ortsumfahrungen – ich denke dabei an Bautzen, Löbau, Riesa oder Bad Dübener Heide – müssen endlich geschlossen werden.

(Beifall bei der FDP –

Caren Lay, Linksfraktion: Es sind doch weniger Leute, die auf den Straßen fahren!)

Klar ist auch, dass Familien nur dann eine Zukunft vor den Toren der Großstädte sehen, wenn es Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, Polizeiposten und eine medizinische Grundversorgung vor Ort gibt und wenn die eine oder andere Kultureinrichtung wenigstens halbwegs in der Nähe existiert. Zum Beispiel sind seit Amtsantritt unseres Kultusministers Steffen Flath sachsenweit mehr als 200 Schulen geschlossen worden. Über den dramatischen Ärztemangel im ländlichen Raum und über die drohende medizinische Unterversorgung haben wir erst heute früh in der aktuellen Debatte der FDP gesprochen. Meine Damen und Herren, das ist wahrlich kein Ruhmesblatt!

(Dr. Johannes Müller, NPD: Vielleicht liegt das an der Wirtschaftsliberalisierung, Kollege Zastrow!)

Die Politik darf den ländlichen Raum nicht im Stich lassen. Einen Rückzug aus der Fläche, wie wir ihn im Moment in Sachsen verfolgen können, darf es nicht geben!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die Fraktion der GRÜNEN; Frau Abg. Hermenau, bitte.

Antje Hermenau, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Auch mir ging es so, Frau Kollegin Lay: Was ist Sinn und Zweck des Antrages? Ich

habe eine Weile gebraucht, um ein wenig dahinterzusteigen.

Der erste Punkt kann es nicht gewesen sein, denn er ist obsolet. Darin wird ein Bericht über die neue Prognose gewünscht. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: www.statistik.sachsen.de.

(Beifall bei den GRÜNEN, der Linksfraktion und der Abg. Kristin Schütz, FDP)

Darüber gibt es bestimmt bald eine Broschüre und eine CD-ROM, und die Staatsregierung kann sich die Arbeit sparen.

Der zweite Punkt kann es auch nicht gewesen sein, denn zu Auswirkungen auf Planung für Investitionen und Infrastruktur im Freistaat gibt es zehn Kleine Anfragen mit zehn kleinen Antworten mit den Drucksachennummern 4/7060 bis 4/7063 und 4/9396 bis 4/9401. Sie stammen zwar alle von mir, aber die Antworten sind von der Staatsregierung. Das kommt dem Berichtsanliegen ja irgendwie nahe.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Ich gehe allerdings davon aus, dass die neue Prognose die Staatsregierung auch nicht zu konkreteren Aussagen befähigen wird. Also ist auch der zweite Punkt in meinen Augen obsolet.

Sie merken schon, man kann sich maximal zu dem Antrag enthalten; denn Schaden richtet er nicht an, aber einen Zweck hat er auch nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der dritte Punkt. Hier wird ein Bericht darüber gefordert, inwiefern mit zusätzlichen Mitteln für den Finanzausgleich zu rechnen ist. Dazu sage ich grob: Zusätzlich kommt überhaupt nichts, denn wir schrumpfen immer noch. Aber das Minus wird ein wenig kleiner sein. Allerdings wird aus einem kleineren Minus noch kein Plus – das nach Adam Ries.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Die Bedarfe werden aufgrund der demografischen Entwicklung steigen, und zwar sehr unterschiedlich. Der Rückbau von Infrastruktur wird teuer. Da muss man im K FAG überlegen, was man macht. Der Umbau mit der im Durchschnitt älter werdenden Bevölkerung wird städtebaulich und anderswo auch teuer. Darin sollte man sich nicht täuschen. Die Kommunen werden dabei noch manche Nuss zu knacken haben.

Die Staatsregierung soll dann erklären, warum sich die Prognose 2003 so stark von der Prognose 2007 unterscheidet. Dazu sage ich einmal trocken: Na ja, es ist halt eine Prognose. Ansonsten: Geht Ihnen vielleicht jetzt ein bisschen Ihr Dramatisierungsinstrument verloren? Das kann schon sein. Denn das Schrumpfen wird ja weniger dramatisch. Ich will deutlich machen, was ich damit meine. Die Expertenkommission der Staatsregierung geht davon aus – ich zitiere –: „Die Bevölkerungszahl wird

von heute 4,3 Millionen Einwohner auf circa 3,8 Millionen Einwohner schrumpfen, also um rund 1,1 Millionen Menschen.“ So etwas steht in einem Satz. Als ob die Differenz zwischen 4,3 Millionen und 3,8 Millionen in der Tat 1,1 Millionen betrüge.

(Zurufe von der Linksfraktion)

Das lässt verblüffen, und die „Bild“-Zeitung titelt dann natürlich: „Bald eine Million Sachsen weniger“ und, Herr Rößler, der im Artikel lang und breit erwähnt wird, ich frage Sie, wie Sie auf die rund eine Million kommen.

(Zuruf von der CDU)

Sie werden in „Bild“ damit zitiert, dass Sachsen bis 2020 circa eine Million Einwohner verliert. Das können Sie ja noch einmal darstellen; denn einen Satz später kommt dann wieder die veraltete Prognose von 3,8 Millionen. Ich blicke da, ehrlich gesagt, auch nicht mehr durch.

In der jetzt vorliegenden neuen Prognose steht jedenfalls: „Von heute bis 2020 ist ein Bevölkerungsrückgang von circa 250 000 bis maximal 400 000 Personen zu erwarten.“ Bis vor Kurzem waren es noch eine Million Menschen, das heißt, es hat sich um 100 000 Menschen zum Guten geändert. Das ist neu.

Die Infoverdichtung aus der 4. Prognose ist eigentlich: Es gibt keine Trendwende. Es gibt vielleicht eine steigende Geburtenhäufigkeit bei weniger potenziellen Müttern. Da muss man einmal überlegen, was man gegen die Abwanderung junger Frauen tut, und keine Fruchtbarkeitsrituale abspulen.

Das Nächste ist, dass mehr Zuwanderung erwartet wird. Dazu sage ich: Prima, das wollen wir gern. Da müssen wir aber die Arme öffnen, die Leute willkommen heißen und familienpolitisch attraktiv sein. Es wird gesagt, bis 2020 werden circa 10 % der Bevölkerung über 80 Jahre alt sein. Das ist allerdings eine Herausforderung, das hat mit Geburten überhaupt nichts zu tun und dem müssen wir uns auch stellen. Es gibt große regionale Unterschiede zum Beispiel zwischen Städten wie Dresden und Leipzig, die Zuwachs haben, und der Lausitz, die sich partiell entvölkert.

Persönlich, Herr Rößler, würde ich mir wünschen, dass Sie sich in der „Bild“-Zeitung nicht als Sprecher der Demografiekommission des Landtages zitieren lassen würden, weil die Enquete-Kommission Sie nicht dazu gewählt hat – einfach nur so unter Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der Linksfraktion und der FDP)

Vielleicht aktualisieren Sie Ihre CDU-Homepage zu dem Thema, denn dort wird sogar munter von 3,7 Millionen Sachsen für 2020 ausgegangen, nach dem Motto: Wer bietet mehr?

(Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Dr. Rößler, bitte.

Dr. Matthias Rößler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In Sachsen werkten zeitweise gleich zwei Demografiekommissionen parallel nebeneinander her.

(Zuruf von der FDP)

Jetzt ist es nur noch eine, die erste Enquete-Kommission des Sächsischen Landtages, und eigentlich sollten alle hier Versammelten – das sind ja nur noch die, die es unmittelbar interessiert – froh sein, dass sie endlich einmal aus ihrer Arbeit in der Enquete-Kommission berichten können.

(Caren Lay, Linksfraktion: Ach so?)

Wenn wir das erreicht haben – das war schon einmal Thema im Präsidium –, hat dieser Antrag Sinn gehabt.

(Caren Lay, Linksfraktion:

Das wollten Sie aber da noch nicht! –
Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn die 4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose recht hätte – ich meine, das geht etwas durcheinander, der Mathematiker würde sagen: eine Prognose ist eine Extrapolation in die Zukunft –,

(Antje Hermenau, GRÜNE:

Genau, aber die kann sich verändern!)

dann käme es nur weniger schlimm als in der 3. Prognose. Die Bevölkerung sänke dann nicht auf 3,8 oder 3,7, wie wir es schon prognostiziert bekommen haben, sondern vielleicht nur auf vier oder 3,9 Millionen.

Meine Damen und Herren! Jeder, der schon mathematisch gearbeitet hat, weiß, wovon das abhängt, nämlich von den sogenannten Randbedingungen.

(Torsten Herbst, FDP: Ah!)

Die werden angenommen. Man sagt in dieser 4. Prognose: Wir rechnen mal mit einer höheren Lebenserwartung, wir gehen davon aus, dass die wie bisher schon ansteigt. Das hoffen wir auch alle für uns; ja, vor allen Dingen die Männer sollen dann älter werden.

(Gitta Schäßler, NPD: Sogar die!)

Man sagt, wir gehen mal davon aus, dass es eine abgesenkte Wegzugsrate gibt. Hoffen wir, dass es eintritt! Wir gehen davon aus, dass es eine höhere Zahl von Zuzügen gibt, insbesondere durch den Hochschulpakt. Ich meine, dazu hatte in der Kabinettsitzung nicht nur das Finanzministerium gewisse Zweifel angemeldet. Aber wir sind alle Optimisten, wir würden uns freuen, wenn es so wird.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion)

Dann würde diese 4. Prognose so eintreffen. Das vielleicht erst einmal zum Grundsätzlichen. Wir in Sachsen behalten dann zwar die ältesten Bundesbürger überhaupt, aber die sind nicht 50, sondern nur, wenn alles gut läuft, 48,5 Jahre.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und der FDP)

Die grundsätzlichen Trends bleiben die gleichen, auf die müssen wir uns – glaube ich – einstellen. Wachstumspole wie zum Beispiel Dresden und Leipzig, die auch dann kaum Bevölkerung verlieren, schwimmen in einem Meer von Bevölkerungsrückgang und älter werdender Bevölkerung. Wir hoffen auch, dass in diesen Wachstumspolen bis 2020 der sogenannte selbsttragende Aufschwung einsetzt; übrigens ganz dezidiert auch in Chemnitz. Er soll ja einsetzen und wird einsetzen, davon bin ich überzeugt. Wenn es eine überkritische Mischung aus Wirtschaft gibt, die auch wirklich Arbeitsplätze und Lebensperspektiven schafft, Frau Lay, kommt es nicht auf wettbewerbsfähige Löhne an, sondern es geht um wettbewerbsfähige Arbeitsplätze.

Dazu hätte ich mir jetzt wenigstens ein bisschen Beifall von der FDP erhofft.

(Caren Lay, Linksfraktion: Tja! –
Heiterkeit bei der FDP und den GRÜNEN)

Man muss sich wirklich einmal das Gerede anhören: wettbewerbsfähige Löhne. Gute Löhne entstehen aus wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen.

Wenn es diese überkritische Masse aus Wirtschaft, Wissenschaft und Hochkultur in unserem sächsischen Städtedreieck gibt – wie wir hoffen –, dann kommt es zum selbsttragenden Aufschwung, dann entstehen Arbeitsplätze und Lebensperspektiven. Das muss man mit den ländlichen Regionen, die teilweise hohe Lebensqualität aufweisen, vernünftig vernetzen,

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion – Holger Zastrow, FDP:
Das ist nötig!)

dass man dort wohnen und leben kann und unter Umständen in den Wachstumspolen arbeitet.

Übrigens wird sich an der Binnenwanderung in Sachsen gar nichts ändern. Wir hoffen, dass die Abwanderung der jungen Menschen wirklich zum Stehen kommt, wie in der Prognose angenommen. Das wäre gut.

(Karl-Friedrich Zais, Linksfraktion:
Im wahrsten Sinne des Wortes!)

Wir wollen im Prinzip davon ausgehen, dass die Binnenwanderung sicher anhält, aber dass sie nicht ausschließlich in die drei Wachstumszentren geht, sondern vielleicht doch auch in regionale Leuchttürme. Das wäre ein riesen-großer Erfolg.

Meine Damen und Herren! Alles wird uns nichts nützen, wenn wir die Abwanderung zum Stehen bringen. Wir fragen ja auch nach den Ursachen, wie es denn zu den Aussagen dieser 4. Prognose kommt – das ist der Sinn unseres Berichtsantrages. Alles wird uns nichts nützen, wenn wir von der Politik verlangen, dass sie sich an die älter werdende und schrumpfende Bevölkerung anpasst. Politik muss eigentlich mittel- und langfristig diesen Bevölkerungsrückgang, diese Alterung stoppen. Das ist

eine ganz schwierige Geschichte. Wir brauchen also am Schluss mehr Kinder in diesem Land.

(Dr. Martin Gillo, CDU: Ja!)

Wir brauchen gezielte Zuwanderung von Fachkräften, damit wir vielleicht – wir denken dabei über unsere eigene Lebensphase hinaus – irgendwann im Jahr 2050 oder 2060 wieder eine Stabilisierung dieses Bevölkerungsaufbaus erreichen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:
Darüber braucht man nicht zu reden,
das muss man machen!)

Aber bis dahin müssen wir Infrastrukturen anpassen, Wasser- und Abwasserstrukturen anpassen und auch weiterhin Wohnungen rückbauen. Wir haben 20 % Wohnungsleerstand in Sachsen. Das wird uns niemand abnehmen. Wir müssen davon ausgehen, dass der Rückgang der Erwerbsfähigen dazu führt, dass es nicht nur an Fachkräften mangelt, sondern dass es trotzdem bei den Niedrigqualifizierten eine ziemlich hohe strukturelle Arbeitslosigkeit geben wird. Wir brauchen also Gegenstrategien. Die diskutieren wir auch in unserer Enquete-Kommission ausführlich. Wir brauchen natürlich eine weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität. Wir müssen das sogenannte Humankapital – ein fürchterliches Wort –, das Wertvollste, was wir in diesem Land haben, die Menschen, permanent qualifizieren, und zwar nicht nur im jugendlichen Alter. Wir brauchen lebenslanges Lernen.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion)

Wir brauchen auch eine Flexibilisierung des Renteneintritts. Natürlich müssen wir über längere Arbeit sprechen, mittelfristig nicht nur bis 67 Jahre.

(Beifall der Abg. Dr. Martin Gillo, CDU,
und Holger Zastrow, FDP)

Man muss ganz einfach Lebenszyklen entzerren. Viele Freiberufler und manch andere werden einfach länger arbeiten können und müssen. In anderen Berufen geht es sicher nicht so. Wir brauchen eine Flexibilisierung und einen familienfreundlichen Arbeitsmarkt,

(Beifall des Abg. Dr. Martin Gillo, CDU)

der Frauen die Integration ins Berufsleben ermöglicht.

Meine Damen und Herren, es werden die finanziellen Ressourcen schrumpfen, und zwar mit der Bevölkerung. Mit jedem Sachsen, den wir verlieren, haben wir 2 300 Euro weniger Länderfinanzausgleich. Daran wird sich nichts ändern, nicht einmal, wenn die Zahl langsamer zurückgeht. Wir müssen uns durch nachhaltige Haushaltspolitik darauf einstellen. Deshalb brauchen wir in diesem Land eine Null-Neuverschuldung – Kollege Zastrow, das wollen Sie ja auch. Aber dabei können wir nicht stehen bleiben; wir müssen auch zur Tilgung der aufgelaufenen über 12 Milliarden Euro Schulden allein in unserem Freistaat kommen. Wir müssen nicht nur die expliziten, die offensichtlichen Schulden sehen, sondern

auch die impliziten, die Pensionslasten, die in den letzten Jahren in kürzester Zeit angewachsen sind.

Meine Damen und Herren! Die Abnahme der Bevölkerung wird uns dazu zwingen, dass wir unterschiedliche Standards in Infrastruktur, Verwaltung und Daseinsvorsorge akzeptieren. Einheitliche Lebensverhältnisse und zentral gesteuerte Lösungen sind in Zukunft nicht mehr zu gewährleisten.

Wir brauchen eine unterschiedlich definierte Lebensqualität, beispielsweise zwischen den Ballungsräumen und den ländlichen Regionen. Wenn individuelle Nachteile entstehen sollten, dann müssen wir sie auch individuell ausgleichen, um einmal bei dem viel zitierten Beispiel Steinbach zu bleiben. Wenn man ein kleines Dorf halten will, dann können wir nicht noch zum letzten Gehöft einen Anschluss an die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung schaffen. Wir brauchen dann Lösungen wie Hausbrunnen oder Kleinkläranlagen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:
Das haben wir schon vor 15 Jahren verlangt!)

Das muss gefördert werden, damit wir zu unterschiedlichen Standards, zu unterschiedlichen Lebensqualitäten kommen, die auch akzeptiert werden.

(Beifall bei der CDU und
des Abg. Holger Zastrow, FDP)

Meine Damen und Herren, hier wird immer wieder nach mehr Geld gerufen – für Kinder und, und, und. Wenn es ums Geld ginge – Deutschland gibt für Kinder pro Kopf das meiste Geld aus –, müsste es in diesem Land vor Kindern nur so wimmeln. Und wenn es nur um die Kindergärten ginge, dann müsste es in Ostdeutschland einen regelrechten Geburtenboom geben.

Wir brauchen sichere Lebensperspektiven, einen familienfreundlichen Arbeitsmarkt und Angebote in Kinderbetreuungseinrichtungen: Was aber am allerwichtigsten ist: Diese Gesellschaft braucht einen Einstellungswandel – zu mehr Kindern und zum Alter.

(Beifall bei der CDU, der NPD und
des Abg. Holger Zastrow, FDP)

Diesen grotesken Jugendwahn in den Magazinen mit diesen gelikten Typen, die immer jung und gebräunt sind, mit den Handys,

(Heiterkeit)

werden wir uns in Zukunft wegen des geringen Anteils dieser Spezies an der Bevölkerung einfach nicht mehr leisten können.

Auf der einen Seite sind Kinder das größte Geschenk und der unverzichtbare Wert für Familie, Staat und Nation, für unsere gesamte Gesellschaft, unsere Gemeinschaft – Kinder sind kein Kostenfaktor, sie sind auch keine Investition in Humankapital –; auf der anderen Seite müssen wir – Kollege Dulig ging darauf ein – starre Altersgrenzen auflösen zugunsten einer viel längeren Aktivität im

Erwerbsleben, aber auch in der Bürgergesellschaft. Unsere Bürgergesellschaft ist gerade auf die ehrenamtliche Arbeit der Älteren zwingend angewiesen.

Jetzt noch ein Appell an die Politiker: Politiker müssen über ihre eigene Legislaturperiode hinaus denken, wenn sie dieses Problem lösen wollen.

(Beifall bei der CDU, der FDP
und den GRÜNEN – Zurufe)

Dieses Land, diese Gesellschaft und diese Bevölkerung, die eigentlich heute leben will und möglichst viel konsumiert und genießt, muss lernen, über die eigene Lebensspanne hinaus zu denken, und zwar auch an ihre Kinder, Enkel und Urenkel. Wenn uns das gelingt, werden wir das Problem der Demografie nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und überall auf der Welt lösen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und
des Abg. Holger Zastrow, FDP)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wird von den Fraktionen weiter das Wort gewünscht? – Bitte, Herr Abg. Weckesser.

Ronald Weckesser, Linksfraktion: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich stelle vorab erst einmal fest: Schrumpfung beginnt zuallererst hier im Saal und betrifft am meisten die beiden antragstellenden Fraktionen.

(Beifall bei der Linksfraktion und der FDP)

Zweitens. Mir ist immer noch nicht so richtig klar geworden, wieso dieser Antrag Anlass sein kann, so ausschweifende Dinge darzustellen – die alle nicht falsch sind, das will ich damit nicht sagen –; aber mit Ihrem Antrag haben sie nichts zu tun

(Beifall bei der Abg. Caren Lay, Linksfraktion)

und mit dem Inhalt dieser 4. Regionalisierten Bevölkerungsprognose eigentlich nur am Rande.

(Heinz Lehmann, CDU: Es war aber kurzweilig!)

Ich habe überlegt, ob ich meine Rede zu Protokoll geben soll – es ist Freitagnachmittag –; aber nach dem, was ich mir hier habe anhören können, habe ich mich anders entschieden; tut mir leid, da müssen Sie jetzt durch.

Der eigentliche Neuwert besteht in zwei Punkten, und das geht auch aus der Kurzdarstellung hervor: erstens, die Einbindung der sächsischen Prognose in die 11. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland. Das ist nicht irgendetwas nebenher, sondern es ist ganz wichtig, dass wir koordiniert schauen können, was passiert, und dass damit die Möglichkeit entfällt, dass sich einzelne Länder zulasten anderer Länder schönrechnen. Es gab so einen Effekt, dass die Bilanz in jedem Land etwas positiv aussah und niemand darauf geschaut hat, dass sie insgesamt nicht aufgehen konnte. Das ist jetzt zu Ende; vielleicht hat es etwas mit den Veränderun-

gen in den Prognosewerten selbst zu tun, also mit Ihrem Punkt 4 im Antrag.

Zum Zweiten gab es methodische Verbesserungen. Eine davon ist mir persönlich ganz wichtig: Es ist erstmalig möglich, regional kleinteiligere Zahlen zur Verfügung zu haben. Davon lebt dieser Bericht im hohen Maße.

Um auf das zu kommen, was mich angeregt hat, noch einmal darüber nachzudenken, war diese ominöse Zeitungsmeldung aus der „Bild“-Zeitung von vorgestern: „Erstes Dorf in Sachsen macht dicht.“ Nun ist die „Bild“-Zeitung nicht gerade als seriöse Quelle zu bezeichnen, und wie zum Beweis hat sie heute nachgelegt und relativiert genau diesen Artikel, indem sie sagt, das ist alles nicht ganz so. Dafür bringt sie jetzt neue Beispiele; aber das ist nicht so wichtig.

Immerhin hat es die „Bild“-Zeitung bis in den Landtagspressespiegel geschafft und beides – Landtagspressespiegel wie auch „Bild“-Zeitung – wird von vielen Menschen gelesen und hat insofern eine gewisse Multiplikatorenwirkung. Wir sollten es also schon ernst nehmen. Mit dieser Multiplikatorenwirkung stehen beide Erzeugnisse im strikten Gegensatz zu den Broschüren des Statistischen Landesamtes, die nach meiner Erfahrung von niemandem ernst genommen werden, obwohl sie unheimlich wichtig wären; und gerade der Broschüre, über die wir heute sprechen, würde ich eine sehr viel größere Verbreitung wünschen.

Wenn man dort hineinschaut, stellt man fest, dass Steinbach vielleicht die erste Gemeinde ist, die diesen Weg eingeschlagen oder zumindest bedacht hat, dass es aber mit Sicherheit nicht die letzte sein wird.

Noch einmal zu den Zahlen: Von den 182 aufgeführten Städten und Gemeinden über 5 000 Einwohner schrumpfen in der optimistischen, ersten Variante 163 zum Teil erheblich. Das sind 89 %!

Wenn man die Variante 3 nimmt – das ist die, bei der Kollege Zastrow so stolz darauf war, dass es 19 Gemeinden gibt, die wachsen, allerdings zwischen null und wenig –, dann werden die Zahlen dramatisch. Das war auch solch ein Punkt, wobei ich sage: Wenn so eine Analyse schon mehrere Varianten vorlegt, dann hat das einen guten Grund und dann kann man sich nicht hier hinstellen und sich die positiven herausuchen und seine gesamte Argumentation ausschließlich auf die positive Variante aufbauen.

(Beifall der Abg. Caren Lay, Linksfraktion,
und Antje Hermenau, GRÜNE)

Solche optimistischen Dinge hat Herr Dulig noch in einem Maße gebracht, dass ich hin- und hergerissen war, mich zu fragen, ob er das wirklich ernst meint oder ob es Ironie am Freitagnachmittag ist. Ich bin mir nicht ganz klar darüber. Ich gehe einmal davon aus, dass er es ernst gemeint hat. Aber dann ist es eigentlich das Dramatische. Wenn wir so an die Probleme herangehen, kommen wir mit Sicherheit niemals zu vernünftigen Schlussfolgerungen.

Was mich an dem Ganzen bewegt hat, ist die dokumentierte zunehmende Differenzierung in der Fläche. Das heißt, das nicht ganz so heftige Tempo des Rückgangs ist ungleichmäßig über das Land verteilt. Wir haben einerseits die beiden Großstädte – das ist wiederholt gesagt worden –, aber da muss man genauer hinschauen, denn es gibt auch Bewegungen innerhalb dieser Regionen. Schaut man sich die Großstädte an, macht man die Beobachtung, dass der Zuwachs im Wesentlichen von den Speckgürteln erbracht wird, was wiederum Folgen bei den Kosten hat. Wir müssen in diesen Städten den ÖPNV – als nur ein Beispiel – über eine größere Fläche verteilen, das heißt, er wird teurer, und zwar absolut wie auch spezifisch. Und das ist das Problem.

Dann kommt eine neuere Entwicklung dazu, die gerade in den letzten ein bis zwei Jahren zunehmend zu beobachten ist: Es gibt eine Rückwanderung aus den Speckgürteln in die Kernstädte. Das ist erfreulich, reicht aber bei Weitem nicht aus, um die Gegenläufigkeit der Entwicklungen zwischen Kernstädten und Speckgürteln und den Städten einschließlich Speckgürteln und dem flachen Land zu beschreiben. Diese Gegenläufigkeit ist es, was das Ganze so schwierig macht.

Herr Zastrow, Sie haben vorhin die Zahlen genannt. So stehen sie tatsächlich drin. Ich will nicht näher darauf eingehen, dass es im gleichen Bericht auch andere Zahlen gibt. Nehmen wir die von Ihnen genannten Zahlen. Man muss dazu sagen, dass das nur 5 % sind, verteilt über rund 15 Jahre. Ich halte es für leichtfertig zu sagen, dass es am Horizont leuchtet, weil wir alles so gut und richtig gemacht haben. Ich sage, umgekehrt wäre es schwieriger, aber es ist auch so schwierig genug. Der Wohnungsabriss wurde als Beispiel genannt, aber ich will nicht weiter darauf eingehen.

Wenn man über den Prognosehorizont hinausschaut – bei aller Problematik, die damit verbunden ist und die mir sehr wohl bewusst ist –, was nach 2020 in Leipzig und Dresden passiert, wird man feststellen, dass es aller Voraussicht nach dann auch dort bergab gehen wird.

(Holger Zastrow, FDP:

Nein, das stimmt doch nicht!)

– Ja, ja. Das wollen Sie wieder nicht wahrhaben. Das ist in Ordnung; müssen Sie auch nicht.

Ich bin kein Anhänger von irgendwelchen Katastrophenszenarien. Mir geht es auch gar nicht darum, ob hier viele oder wenige Menschen leben, sondern darum, dass wir für die Menschen, die sich entscheiden, hier zu leben, etwas tun müssen. Um dort sinnvoll agieren zu können, sind wir auf diese Analysen angewiesen. Ich bin dem Statistischen Landesamt richtig dankbar, dass es wieder etwas getan hat, ganz unaufgeregt und vernünftig, sodass wir wieder bessere Zahlen haben, um unsere Arbeit zu leisten.

Noch ein Wort zu den Dingen, die man sich überlegen kann. Es sollte nicht darum gehen, sich eine Bevölkerungszahl vorzunehmen, auf welcher Grundlage auch immer, und dann zu sagen, die müssen wir halten oder

wieder erreichen, sondern wir müssen von der Frage ausgehen, wie sie sich aller Voraussicht nach entwickeln wird und was wir tun müssen, um für die Menschen, die dann zu jedem beliebigen Zeitpunkt hier leben, vernünftige Lebensbedingungen zu sichern. Eine unverhüllte, wie von der NPD-Fraktion propagierte pronatalistische Bevölkerungspolitik ist überhaupt nicht hilfreich. Und nur nebenbei bemerkt: Mir ist nicht bekannt, dass sich die NPD und ihre Anhängerschaft sozusagen demoskopisch signifikant von der Normalbevölkerung unterscheiden würde, sodass das auch nur Gerede ist, sozusagen Aufgabenstellung an andere. Das halte ich für etwas unredlich.

Das heißt, um zum Schluss zu kommen, wir brauchen angemessene, passende Strategien, die nur entstehen können, wenn wir uns ernsthaft mit diesen Analysen beschäftigen. Dazu brauchen wir ein unaufgeregtes Klima. Das ist immer am nützlichsten. Parteipolitische Vorabfestlegungen behindern dieses Klima zumeist. Kollege Dr. Rößler könnte in der Enquete-Kommission viel dazu beitragen; denn am Anfang hatten wir dort ein Klima – das gestehe ich zu –, dass fraktionsübergreifend sehr genau auf das gehört wurde, was die Experten, die von allen Fraktionen eingeladen wurden, gesagt haben. In letzter Zeit hat sich dieses Klima etwas geändert. Parteipolitisch organisierte Abstimmungen gewinnen wieder die Oberhand. Das halte ich für bedauerlich. Wir sollten versuchen, das wieder abzuschaffen, weil es dort nicht auf Mehrheiten ankommt, sondern, wenn es geht, auf Wahrheit.

Ganz zum Schluss hoffe ich, dass die Kommission, nachdem der Abschluss schon einmal verschoben werden musste, nicht koalitionsbedingt ähnlich ins Schlingern gerät wie die Funktional- und Verwaltungsreform, sodass wir wenigstens zum heute geplanten Termin zu einem vernünftigen, untereinander abgestimmten und für die Öffentlichkeit interessanten Abschlussbericht kommen.

Bei aller Kritik an Ihrem Antrag – wir werden ihm im Gegensatz zu Frau Hermenau, die sich nur enthalten will, zustimmen, obwohl die Rede von Herrn Dulig schon geeignet gewesen sein könnte, mich davon abzuhalten. Ich werde es über mich bringen, trotzdem Ja zu sagen.

Danke.

(Beifall bei der Linksfraktion)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wird weiter von den Fraktionen das Wort gewünscht? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann bitte ich Herrn Minister Sagurna.

Michael Sagurna, Staatsminister und Chef der Staatskanzlei: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Sachsen werden älter und sie werden weniger. Dieses Faktum wird sich auch nach der neuen Regionalisierten Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes nicht ändern. Auch wenn die Zahlen etwas besser aussehen, als in der Vergangenheit zu erwarten war, sollten wir nicht dem Glauben unterliegen, es sei alles auf dem besten Wege.

Selbst wenn die Bevölkerung etwas langsamer zurückgeht, bleibt der demografische Wandel für den Freistaat eine wichtige politische Herausforderung, und zwar ein Megathema von seiner Bedeutung und ein Querschnittsthema von seiner Breite her, ähnlich wie das Klimathema, das wir im vorangegangenen Tagesordnungspunkt diskutiert haben. Wir können die demografische Entwicklung nicht einfach umkehren, schon gar nicht durch politische Beschlüsse oder noch so viele Debatten. Wir müssen uns aber mit den Folgen im Land befassen und die Chancen ergreifen, mit intelligenten Antworten auf das Unausweichliche unseren Freistaat weiter zu modernisieren.

Wir haben die Folgen des demografischen Wandels frühzeitig erkannt und rasch begonnen, darauf zu reagieren. Ich darf Ihnen als Beispiel die Ergebnisse der Expertenkommission „Demografischer Wandel“ nennen oder auch die Verwaltungs- und Funktionalreform, die schon allein deshalb ein gelungener Entwurf sein wird, weil sie mit ihren neuen Strukturen vorausschauend auf den Bevölkerungsrückgang reagiert. Sachsen ist das erste Land, das mit einem eigenen Landesprogramm die Gemeinden oder Vereine dabei unterstützt, nach für sie geeigneten Lösungen im Zuge der demografisch bedingten Veränderungen zu suchen. Wir sehen die Herausforderungen dieses Wandels als Chance an und sind bereit, rechtzeitig neue Wege zu gehen. Wir wissen, dass die Unterschiede der Bevölkerungsentwicklung im Land größer werden, und wollen das auch nicht verdrängen.

Deshalb lautet die Antwort der Staatsregierung: Mit einer an den demografischen Fakten orientierten vorausschauenden und ehrlichen Politik werden wir die landespolitischen Weichen neu stellen, sodass die von der demografischen Entwicklung besonders negativ betroffenen Regionen nicht abgekoppelt werden.

Dafür arbeitet die Staatsregierung an einer Strategie, wie mit den wesentlichen demografischen Folgen langfristig umgegangen werden soll und in welchen Politikbereichen wann dringender Handlungsbedarf besteht. Wie kann die Feuerwehr auch 2020 funktionieren? Wie können Sportvereine trotz Nachwuchsmangel gestärkt werden? Ist in 15 Jahren der Bus noch das Rückgrat des öffentlichen Nahverkehrs im ländlichen Raum? Welche Entscheidungen müssen zuerst fallen, wenn eine Gemeinde deutlich an Einwohnern verliert? Wie kann eine Gemeinde, die das schon durchgemacht hat, ein gutes Beispiel für Gemeinden werden, die noch folgen?

Auf diese und weitere Fragen müssen wir im Sinne einer vorausschauenden Politik, die gestaltet, gemeinsam mit den betroffenen Menschen Antworten finden. Wir wissen, dass unser Land weiterhin für Veränderungsprozesse offen sein muss. Deshalb ist es so wichtig, dass diese Prozesse mit einem vernünftigen eingängigen Leitbild begleitet werden. Unsere Politik hat zum Ziel, dass Sachsen auch in den kommenden Jahren ein moderner Wirtschafts- und Bildungsstandort bleibt und wir ein soziales und familienfreundliches Land sind.

Familienfreundlich heißt: Vorfahrt für alles, was die Entscheidung für Kinder erleichtert. Wir sollten uns auch nicht davor scheuen, als Politiker deutlich zu machen, dass unser Land mehr Kinder braucht. Das war jetzt eine vorsichtig pronatale Aussage. Auch wenn Kinder durchaus schon einmal Probleme verursachen – keine Kinder verursachen, wie wir jetzt erleben, auf Dauer noch mehr Probleme. Menschen mit einem gewissen Kinderreichtum – und ich zähle mich dazu – können die Entscheidung für mehr Kinder übrigens unmittelbar beeinflussen, denn ein Teil der Generation, die demnächst diese Entscheidung für sich zu treffen hat, sitzt bei uns heute schon an den Frühstückstischen.

Wer sich in einer Familie selbst wohlfühlt – egal welches Familienmodell die Erwachsenen gewählt haben –, der wird auch eher eine Entscheidung für Kinder treffen als gegen Kinder.

(Beifall der Abg. Rita Henke, CDU)

Wir brauchen für unsere Politik Menschen mit Veränderungswillen und Ideen, Menschen, die Sachsen weiter voranbringen wollen, und wir brauchen kreative und unkonventionelle Ansätze. Wir haben es mit Problemen zu tun, die die Politik in Deutschland lange nicht mehr oder vielleicht auch noch nie lösen musste: Ansätze, wie die Lebensqualität trotz des demografischen Wandels erhalten werden kann.

Eines ist allerdings klar: Es wird nicht mehr alles und in der jetzt gewohnten Form an öffentlichen oder privaten Leistungen in allen Regionen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Städte, die sich positiv entwickeln, werden auch weiterhin weniger von der Schließung oder Ausdünnung der Infrastruktur betroffen sein. Dagegen ist bereits heute in einigen weniger besiedelten Regionen die Grenze der Ausdünnung zum Beispiel in den Schulnetzen erreicht.

Bei unseren Entscheidungen lassen wir uns davon leiten, dass Wirtschaft plus Bildung plus Chancengerechtigkeit für die Menschen die Schlüsselfaktoren sind. Chancengerechtigkeit bedeutet, dass zum Beispiel der Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen auch weiterhin für alle gewährt wird und dass niemand in der Lausitz an einem Herzinfarkt sterben darf, weil der Notarzt länger als in der Großstadt unterwegs war.

In der Bildung bedeutet Chancengerechtigkeit, dass der Weg zur Schule nicht unzumutbar beschwerlich ist und die guten PISA-Platzierungen weiterhin auch in ganz Sachsen erzielt werden können.

Schließlich wollen wir unseren Bürgern durch Arbeit eine Perspektive geben. Gut bezahlte Jobs und eine stabile Lebensperspektive in Sachsen – da stimme ich Ihnen zu, Herr Zastrow – sind die besten Gründe, nach Sachsen zu kommen – als Zuwanderer oder als Rückkehrer. Es sind gleichzeitig die besten Gründe, sich für Kinder zu entscheiden.

Hinzu kommt eine solide Finanzpolitik. Sie schafft Generationengerechtigkeit und lebt nicht auf Pump und

zulasten der noch nicht einmal geborenen Kinder. Deshalb bleibt für die Staatsregierung eines der wichtigsten Ziele, auch langfristig die Pro-Kopf-Verschuldung höchstens auf dem jetzigen Niveau zu halten.

Meine Damen und Herren! Was wir verändern müssen, ist klar: Wir müssen die unterschiedlichen räumlichen Entwicklungen anerkennen und räumlich differenzierte bzw. flexible Antworten darauf endlich zulassen, zum Beispiel im Straßenbau oder bei der Organisation der Gesundheitsversorgung. Wir müssen das generationenübergreifende Denken zur Grundlage unserer Investitionsentscheidungen machen. Wir müssen eine Querschnittspolitik auf der Landes- und Kommunalebene einführen und überlegen, wo gegebenenfalls jetzt schon landesrechtliche Regelungen einer regionalen und flexiblen Problembewältigung im Wege stehen.

Schließlich brauchen wir mehr Autonomie und gleichzeitig mehr Kooperation, vor allem auf der kommunalen Ebene.

Diese Antworten können wir nur gemeinsam mit den Menschen vor Ort, mit der Kommunalpolitik und auch

parteiübergreifend, Herr Weckesser, mit den Mitgliedern dieses Hohen Hauses geben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der
Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Ich rufe noch das Schlusswort von CDU und SPD auf.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:
Die haben nichts mehr zu sagen! –
Dr. Matthias Röbler, CDU: Wir verzichten!)

– Gut. Dann kann ich jetzt zur Abstimmung kommen. Ich stelle die Drucksache 4/9948 zur Abstimmung und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Die Stimmen dagegen? – Und die Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen ist dem Antrag mit großer Mehrheit zugestimmt worden. Ich beende den Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 4

Sofortige Verhandlungen zum Abschluss eines „Tarifvertrages Verwaltungs- und Funktionalreform“ aufnehmen

Drucksache 4/9951, Antrag der Linksfraktion

Es beginnt die Linksfraktion und es folgen CDU, SPD, NPD, FDP, GRÜNE; die Staatsregierung hat jederzeit das Wort, wenn sie es wünscht. Dann bitte die Linksfraktion, Herr Tischendorf.

Klaus Tischendorf, Linksfraktion: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Könnt ihr noch? – Es ist egal, ihr müsst!

(Torsten Herbst, FDP:
Machen Sie es etwas spannend!)

Schwung ist nicht mehr so richtig drin, bringen wir mal etwas Schwung hinein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bleibe einmal bei der Anrede. Unabhängig davon, wie unterschiedlich man die Verwaltungs- und Funktionalreform in den Inhalten bewertet, müsste eigentlich eines hier im Sächsischen Landtag unstrittig sein. Ich bin der Meinung – und ich denke, Sie alle –: Der Gesetzgeber steht in der Pflicht, dass insbesondere die Personalüberleitung von den Landesbediensteten auf die kommunale Ebene möglichst konfliktfrei und ohne Abstriche bei der Aufgabenerfüllung und vor allem rechtssicher erfolgen soll.

(Heinz Lehmann, CDU: Sicher!)

Bereits im August 2006 hatte die Gewerkschaft ver.di Eckpunkte für einen Tarifvertrag zur Umsetzung der Verwaltungs- und Funktionalreform vorgelegt. Ziel war es

dabei, frühzeitig mit der Sächsischen Staatsregierung in die Diskussion zu kommen. Sie stellte sich erst einmal taub. Das ist ja nichts Neues und auch nicht weiter schlimm. Am Anfang tut sich meistens noch nichts.

Nicht zuletzt unter dem Druck unserer Fraktion – –

(Staatsminister Stanislaw Tillich: Oh?!)

– Ja, doch. Nachdem wir hier in diesem Raum unter großer Beteiligung – die Ränge waren voll, Herr Staatsminister – die Anhörung zu den Vorschlägen der Expertenkommission hatten, war die Staatsregierung gezwungen, am gleichen Tag die Vertreter der Gewerkschaft ins Finanzministerium einzuladen. Es begrüßte sie Staatssekretär Dr. Voß und Amtsleiter Herr Görlich. Im Ergebnis kann man sagen: Außer der Tasse Kaffee, die es gab, und der Meinung des Staatssekretärs, dass die Gewerkschaften nun am heutigen Tag, also am damaligen Tag, zur Anhörung hier im Sächsischen Landtag alles eingebracht hätten, bräuchte man ja keine Ergebnisse zu vereinbaren.

Mir wurde berichtet, dass Staatssekretär Voß die Gewerkschaftsvertreter an diesem Tag mit den Worten verabschiedete – ich zitiere –: „Wenn wir Gesprächsbedarf mit Ihnen haben, wann und was auch immer, wir werden es Sie wissen lassen.“ Auf eine Fortsetzung warten die Gewerkschaftsmitglieder noch heute, was das Finanzministerium betrifft.

Den nächsten Versuch, der Staatsregierung und den Abgeordneten des Sächsischen Landtags in der Diskussi-

on zu der Verwaltungs- und Funktionalreform etwas näherzukommen, startete die Gewerkschaft am 2. November 2006, also fast genau vor einem Jahr. Es war eine landesweite Personalrätekonferenz, zu der wir auch eingeladen waren. Ich kann Ihnen versichern, der selbst initiierte Auf- und dann auch relativ schnelle Abtritt des CDU-Kollegen Bandmann, der sich mit Beschimpfungen von rund 200 anwesenden Landes- und Kommunalbediensteten schmückte, ist heute noch, wenn ich in Verwaltungen gehe, ein großes Gesprächsthema. Damit hat er nachhaltig die Innenpolitik der CDU verkörpert. – Leider ist er jetzt gar nicht hier. Das tut mir etwas leid. Vielleicht ist er bei der Gewerkschaft.

Im Frühjahr dieses Jahres war dann letztlich mit der Vorlage des Gesetzentwurfes die Staatsregierung gezwungen, die Funkstille mit den Gewerkschaften zu beenden. Meine Damen und Herren, Sie können es sich vorstellen:

(Caren Lay, Linksfraktion: Da kommt er!)

– Er ist da. Sehr schön.

Die Stellungnahme des DGB, die als Antwort auf diesen Entwurf kam, war klar und eindeutig.

Erstens. Sie forderten keine administrative Bildung von Arbeitsgemeinschaften, von Hauptpersonalräten per Gesetz. Dieses künstliche Konstrukt ist ein Entscheidungsgremium für den Personalübergang. Es ist aber weder durch das Sächsische Personalvertretungsgesetz noch durch die in der Verfassung normierte Mitbestimmung legitimiert. Hier melden wir starke Verfassungsbedenken an.

Zweitens. Die Aufnahme von verbindlichen Regelungen zur übergangsweisen Zahlung von Trennungsgeld und Ausgleichszahlungen im Gesetzentwurf fehlte vollständig. Dies wurde gefordert.

Ich frage die Staatsregierung: Warum verweigern Sie den Beschäftigten eine klare Regelung zur Umsetzung und Versetzung zum sicherlich notwendigen Ortswechsel, zur Umschulung und zur Fortbildung?

Wenn man sich dann noch einmal die Leidenschaft vor Augen hält und an die Argumente denkt, die von den Koalitionsrednern zur Begründung der Diätenerhöhung in dieser Woche herangezogen wurden, darf wohl auch in diesem Bereich die Frage erlaubt sein, warum für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die von mir genannten Kriterien nicht einmal für diskussionswürdig erachtet wurden.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Drittens. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist im Übrigen nicht einzusehen, dass den Kommunen für den Vollzug der Verwaltungs- und Funktionalreform von der Staatsregierung Ausgleichszahlungen für zehn Jahre garantiert werden, den eigenen Beschäftigten aber, die man kommunalisieren will, diese berufliche Sicherheit vorenthalten wird. Deshalb die klare Forderung nach zehnjährigem Kündigungsschutz.

Viertens. Die Gewerkschaften forderten wiederholt von der Staatsregierung, also auch in dieser Stellungnahme, endlich ihren Vorschlag für einen sozialverträglichen und rechtssicheren Tarifvertrag zu behandeln. Festzustellen ist, wenn man sich den Gesetzentwurf anschaut, dass keine einzige dieser Forderungen aufgenommen wurde. Das ist Fakt.

Bereits am 10. Mai dieses Jahres boten in einem gemeinsamen Schreiben die Landesspitzen von DGB, von ver.di, des Sächsischen Beamtenbundes und der Vorsitzende der Tariftunion dem Ministerpräsidenten und Staatsminister Jurk – leider beide nicht anwesend – doch wenigstens eine Zielvereinbarung an, um den Personalübergang mit den Tarifpartnern abzuschließen.

Jetzt, meine Damen und Herren – wiederum verständlich –, schien der SPD diese Angelegenheit wohl zu peinlich zu werden. Staatsminister Jurk und MdL Brangs luden die Vertreter der Gewerkschaft am 12. Juli 2007 erneut zu einer Kaffeerunde. Im Ergebnis der Beratung stand die Kraftlosigkeit der SPD in dieser Koalition für die Gewerkschaftsvertreter fest.

Es wurde klar, dass mit der Staatsregierung weder der Tarifvertrag noch eine Zielvereinbarung abgeschlossen werden soll. Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, hatte man den Beschäftigten endgültig den Stuhl vor die Tür gestellt. Was die Staatsregierung beim Personalübergang wirklich beabsichtigt, hat die Anfang September stattgefundene Anhörung gezeigt. Wer daran teilgenommen hat, wird sich erinnern, dass nicht nur der Richter am Bundesarbeitsgericht Dr. Zwanziger wegen verfassungsrechtlich bedenklicher Formulierungen eindringlich davor gewarnt hat, den Gesetzentwurf so zu verabschieden. Wir werden im Innenausschuss noch Gelegenheit haben, diese Anhörung weiter auszuwerten.

Welche Wirkungen hat nun diese massive Kritik bisher erbracht? Bei der Koalition hat sie wenig hinterlassen. Das kann man in der Pressemitteilung vom Dienstag, was den Personalübergang betrifft, nachlesen. Die Stellenobergrenzen sollen fallen, für Selbstverständlichkeiten für Schwerbehinderte wird eine Härtefallklausel eingefügt und für Schwerbehindertenbeauftragte eine Übergangsregelung aufgenommen. Das ist völlig selbstverständlich und Sie haben das nur vergessen.

Damit versucht man, meine sehr geehrten Damen und Herren, sich sozusagen mit Personalübergang aus der Affäre zu ziehen.

Im großen Märchenbuch der Staatsregierung – genannt Koalitionsvertrag – liest sich das etwas anders. Dort kann man auf Seite 73 lesen – ich weiß, meine Damen und Herren der Koalition, es schmerzt, aber ich zitiere trotzdem: „Eine moderne Verwaltung braucht motivierte und leistungsbereite Beschäftigte. Dem dienen auch umfassende Mitbestimmungsrechte. Die Koalitionspartner treten für ein modernes Dienstrecht ein. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass die Gewinnung und Förderung von gut ausgebildetem Personal eine Voraussetzung für die Umsetzung der Verwaltungsreform darstellt.“

Weiter heißt es: „Die Koalitionspartner streben eine Vereinbarung mit den Gewerkschaften, den Berufsverbänden und den Personalräten über die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung mit dem Ziel an, die Umsetzung sozialverträglich zu gestalten.“

Auf die Abrechnung der Staatsregierung zur Umsetzung dieses Koalitionsvorschlages bin ich sehr gespannt. Ich höre mir dazu gern die Antwort der Staatsregierung an.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen von CDU und SPD! Damit ich nicht falsch verstanden werde: Die Linksfraktion sorgt sich nicht darum, dass Ihr Koalitionsvertrag in der Praxis in diesem Bereich nur Wunschdenken ist. Wir werden es Ihnen aber nicht durchgehen lassen, die berechtigten Interessen der Beschäftigten unbemerkt von der Öffentlichkeit zum Spielball Ihrer eigenen Konzeptions- und – ich füge hinzu – auch Hilflosigkeit in diesem Bereich durchgehen zu lassen.

Mit unserem Antrag, die Staatsregierung aufzufordern, unverzüglich Tarifverhandlungen aufzunehmen, müssen Sie heute Farbe bekennen, und zwar vor den mehr als 4 000 Beschäftigten und ihren Familien. Ich füge hinzu: Mit unserem Antrag erhalten die CDU und die SPD heute die Gelegenheit, für oder gegen ihren eigenen Koalitionsvertrag zu stimmen. Unter dem kommt die Koalition bei dieser Debatte auch nicht weg.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linksfraktion)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die CDU bitte Herr Abg. Pietzsch.

Thomas Pietzsch, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein paar Klarstellungen zu Beginn. Lieber Kollege Tischendorf, mein Kollege Bandmann hatte an dieser Veranstaltung teilgenommen und schon vorher angekündigt, dass er nur für einen gewissen Zeitraum zur Verfügung steht. Ich finde es nicht redlich, das in dieser Art und Weise hier vorzutragen.

(Klaus Tischendorf, Linksfraktion: Ich habe doch nur gesagt, dass er leider nicht da ist!)

Zu Ihrer Aussage über die Bewertung der Anhörung, die am 1. September 2007 stattgefunden hat: Soweit ich mich erinnern kann – ich habe von Anfang bis Ende daran teilgenommen –, habe ich wenige Besucher – es war ein Sonnabend – auf der Tribüne gesehen. Ihre Wahrnehmung scheint einigermaßen gestört zu sein.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion: Was?)

Einer der zentralen Punkte der zurzeit diskutierten Verwaltungs-, Funktional- und Kreisgebietsreform ist der Personalübergang. Unbestritten ist dabei der Grundsatz, dass das Personal der Aufgabe folgt. Schon während der intensiven Diskussion zum Referentenentwurf wurden in vielen Stellungnahmen die Sorgen und Schwierigkeiten der vorgesehenen Änderungen beim Personalübergang

deutlich gemacht. Bei der Vorlage der Gesetzentwürfe konnte man unschwer erkennen, dass auch einige Vorschläge Berücksichtigung fanden. Die Möglichkeit zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte nach § 4 ist ein Kompromissvorschlag gewesen. Wie diese Regelung umgesetzt und mit Leben erfüllt wird, liegt letztlich am Vertreter der beteiligten Hauptpersonalräte.

Wer die Anhörung am 1. September 2007 verfolgt hat, konnte dort erfahren, dass es unterschiedliche Auffassungen gibt. In der Anhörung wurde von den Sachverständigen auch darüber diskutiert, ob ein Tarifvertrag oder eine Zielvereinbarung das Sinnvollste ist. Die Position der Gewerkschaft ver.di war klar und deutlich und sie war bezogen auf die rechtliche Legitimation dieses Gremiums. Das war für jeden, der sich in der Materie auskennt, durchaus nachvollziehbar. Wie die aufgeworfenen Fragen der vielfältigen Formen der Interessenvertretungen, sprich der geltenden tarifvertraglichen Regelungen, vor Ort zu handhaben sind und welche Regelung am besten passt, war einer der Streitpunkte. Ich habe das 91-seitige Protokoll gelesen und festgestellt: Dort prallen unterschiedliche Meinungen aufeinander. Aber ich denke, es ist schon vieles mit eingeflossen. Dass sich die Personalvertretungen aller Ebenen dieser Verantwortung, die auf sie zukommt, stellen, steht außer Frage.

Bei den von mir geführten Gesprächen vor Ort habe ich nicht nur die Sorgen der Betroffenen, sondern vor allem die fehlende zeitnahe Information feststellen können. Ich bin immer wieder hingegangen und habe gefragt, wie weit denn nun der Stand sei. Man diskutierte über den vorliegenden Referentenentwurf, obwohl das Gesetz schon eingebracht worden war. Ich empfand das als großen Mangel. Darin liegt neben den materiellen Regelungen für die Betroffenen die hauptsächliche Kritik. Die betroffenen Arbeitnehmer müssen mitgenommen werden und sie müssen sich auch mitgenommen fühlen. Das ist ein Hauptsatz, den ich hier ganz bewusst so formuliere.

(Beifall des Abg. Volker Bandmann, CDU –
Caren Lay, Linksfraktion: Dann tun Sie es!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach derzeitigem Stand der Diskussion wird eine Forderung vieler Sachverständiger nach dem Wegfall der Stellenoberbegrenzungsverordnung umgesetzt. Damit sind einige Probleme – nicht alle –, die mit dem Übergang des Personals in die aufnehmenden Gebietskörperschaften zusammenhängen, einer Lösung zugeführt worden.

Ein besonderes Anliegen war mir in diesem Zusammenhang die stärkere Beachtung der Belange der Schwerbehinderten. Ich weiß nicht, ob Sie sich an die Frage der Gewerkschaftsvertreter erinnern können, ob es denn notwendig sei, die Interessen der Schwerbehinderten explizit aufzunehmen. Nein, das ist übliche Praxis bei Verhandlungen, dass man diese Belange besonders beachtet und einer Lösung zuführt. Ich habe es dennoch als einen sehr wichtigen Punkt angesehen, dass wir die Belange der Schwerbehinderten gerade beim Landesamt

für Familie und Soziales in das Gesetz aufnehmen und aufgrund der besonderen Härtefallregelung einer größeren Beachtung zuführen. Dieses ist in Anbetracht der Veränderungen des Landesamtes für Familie und Soziales für die 106 dort beschäftigten Behinderten von großer Bedeutung.

Einen Tarifvertrag zum jetzigen Zeitpunkt zu verhandeln, nachdem umfangreiche Veränderungen im Gesetz vorgenommen wurden, ist nicht mehr zielführend. Wir befinden uns mitten im Verfahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die mit Ihrem Antrag gestellten Forderungen sind vom Grundsatz her berücksichtigt worden. Wir werden sehen, wie wir in den noch ausstehenden Verhandlungen mit den eingereichten Anträgen umgehen werden. Ich bitte Sie, den Antrag der Linksfraktion abzulehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Der Abg. Brangs, bitte.

Stefan Brangs, SPD: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin! Ich habe mich vor gut einer Stunde gefragt, als Kollegin Lay zu unserem letzten Antrag zur Bevölkerungsprognose sagte, sie frage sich, warum wir diesen Antrag um 15:00 Uhr hier am Freitagnachmittag aufrufen: Was haben wir eigentlich Neues zu verkünden?

(Klaus Tischendorf, Linksfraktion: Genau! –
Zuruf der Abg. Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Linksfraktion, anderthalb Stunden später stelle ich Ihnen erneut genau die gleiche Frage: Was ist der neue Gehalt dieses Antrages, den Sie heute, am Freitagnachmittag, hier einbringen, und was ist die Botschaft, die Sie verkünden wollen?

(Caren Lay, Linksfraktion: Hier muss
eine Entscheidung getroffen werden!)

Ich frage das auch deshalb, weil exakt der gleiche Antrag 2006 in der Drucksache 4/6380 im Nachklapp zu der Entscheidung der SPD-Fraktion eingebracht wurde, als wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner die Eckpunkte zu der Entscheidung der SPD-Fraktion festgelegt haben, die wir gern in der Verwaltungsreform umgesetzt hätten. Darin steht unter anderem die Umsetzung eines Tarifvertrages als begleitende Maßnahme. Kurz darauf kam genau dieser Antrag in der Drucksache 4/6380. Das heißt, Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass ich die Frage – was Sie für sich in Anspruch nehmen und zu dem Sie vor anderthalb Stunden fragten, was das Neue sei – zumindest einmal stellen darf.

(Beifall der Abg. Margit Wehnert, SPD,
und bei der CDU)

Es ist auch so, dass es niemanden hier überrascht – auch dies wurde bereits mehrfach im Landtag debattiert –, dass es natürlich innerhalb der Koalition unterschiedliche

Auffassungen gibt und dass wir in der Frage, wie wir die Verwaltungs- und Funktionalreform gerade auch beim Thema Tarifvertrag begleiten, auch in der Auseinandersetzung mit der Staatsregierung unterschiedlicher Auffassung sind. Das ist doch nichts Neues, es ist auch nichts Dramatisches.

(Caren Lay, Linksfraktion:
Es ist aber noch nicht erledigt!)

Es ist klar, dass wir als SPD-Fraktion in unserer sozialdemokratischen Tradition zur Arbeitnehmerschaft natürlich den Tarifvertrag als ein adäquates Mittel ansehen, um die Verwaltungs- und Funktionalreform zu begleiten. Insofern verstehe ich die Aufregung nicht, dass man sagt: Jetzt haben wir etwas gebracht, das die Koalition spalten kann. – Da gibt es nichts zu spalten; denn wir debattieren über die Probleme und haben in dieser Frage eben unterschiedliche Auffassungen.

(Beifall bei der SPD und der CDU – Caren Lay,
Linksfraktion: Wo ist das Ergebnis?)

Immer wieder den gleichen Versuch zu unternehmen – dies sagte ich Ihnen gestern bereits –, uns zu sagen, das Glas sei halb leer; wir hätten nicht genug getan; und zu versuchen, Anträge einzubringen und zu sagen, dass all das, was wir als Sozialdemokraten versucht haben, nichts sei – dazu sage ich Ihnen heute das Gleiche, was ich Ihnen gestern gesagt habe: Drei Jahre Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten haben in diesem Bereich bisher mehr gebracht als 14 Jahre Oppositionsarbeit. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen.

Insofern, denke ich, gehört es zur Ehrlichkeit der Debatte, dass wir uns entschieden haben, in einer Koalition mit der CDU genau an den Punkten, die uns wichtig sind, unsere Position einzubringen. Vieles davon ist natürlich ein Kompromiss, keine Frage. Aber – das ist genau der Punkt, der mich mittlerweile ärgert – es ist bisher mit keinem Wort erwähnt worden, dass wir in dieser Verwaltungs- und Funktionalreform einen Kündigungsschutz erreicht haben, der nirgendwo deutschlandweit – deutschlandweit! – in dieser Qualität, mit drei Jahren Kündigungsschutz bei der Umstrukturierung einer Verwaltung, erreicht worden ist. Selbst Mecklenburg-Vorpommern mit der PDS hat nur einen zweijährigen Kündigungsschutz im Gesetz festgeschrieben.

(Heinz Lehmann, CDU: Hört, hört! –
Volker Bandmann, CDU: Hört, hört!)

Selbst dort – das ist es, was mich wirklich anwidert – ist es Tatsache, dass es Landrätekonvente von PDS-Landräten gegeben hat, die sich mit Briefen vehement gegen diesen Kündigungsschutz ausgesprochen

(Volker Bandmann, CDU: Hört, hört!)

und dafür plädiert haben, dass die Staatsregierung keine Fesseln anlegt, keinen Kündigungsschutz für die Beschäftigten erlässt. Sich dann hier hinzustellen und zu sagen, es reiche alles nicht aus, was wir machen – bitte, das ist Ihre

Auffassung von Politik, es ist Ihre Wahrnehmung. Meine ist eine andere.

(Beifall der Abg. Margit Wehnert, SPD)

Das Gleiche gilt, wenn man sich einmal anschaut, welche umfangreichen Sozial- und vor allem Verteilungs- und Auswahlkriterien wir jetzt vereinbart haben. Wir haben etwas zum Familienstand vereinbart. Wir haben etwas zu betreuungspflichtigen Kindern und zu pflegebedürftigen Personen im Haushalt gesagt. Wir haben etwas zur Frage der Erwerbsminderung, zu Berufskrankheiten, Schwerbehinderungen und zum Wohnortprinzip gesagt. Alle diese Kriterien sind im Gesetz enthalten, und wenn man sagt, dies sei alles nichts und habe nichts mit Sozialpolitik zu tun – bitte, dann haben wir unterschiedliche Auffassungen davon, wie man Politik gestalten kann.

Das dritte Problem ist: Diesen Katalog der Vereinbarungen haben wir so ausformuliert – auch darüber kann man unterschiedlicher Auffassung sein, das räume ich gern ein –, dass wir den Hauptpersonalräten die Möglichkeit geben wollen, zusätzlich zu dem, was dort gesetzlich vorgeschrieben ist, weitere Vereinbarungen zu treffen. Das heißt, wir haben zwar im Personalvertretungsgesetz im Moment die Stellung der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte nicht geregelt. Das kann man ändern. Wir haben aber gleichzeitig gesagt, wir wissen, dass es diese Arbeitsgemeinschaft gibt, und wenn es etwas zu regeln gibt, was wir im Gesetz nicht geregelt haben, dann sollen die Hauptpersonalräte mit der Staatsregierung eine Vereinbarung darüber treffen.

(Klaus Tischendorf, Linksfraktion: Nein!)

– Nein? Das steht so drin.

Die Hauptpersonalräte können natürlich sagen: Das wollen wir nicht,

(Klaus Tischendorf, Linksfraktion: Nein!)

weil wir diese Verantwortung nicht übernehmen wollen, da wir keine rechtliche Grundlage im Gesetz haben. Ich kenne diese Debatte zur Genüge, weil ich sie mit den Kolleginnen und Kollegen in den Hauptpersonalräten geführt habe, und ich führe sie immer wieder, und ich führe sie gern, weil es in der Frage darum geht: Wie gestalte ich Politik, und bin ich bereit, an diesem Teil mitzuwirken oder nicht?

Der nächste Punkt – Kollege Pietzsch hat es bereits gesagt –: Ich kann mich an eine Fülle von Gesprächen, die ich geführt habe bzw. die andere geführt haben, die in diesem Kontext Verantwortung haben, erinnern. Darin ging es um die Frage: Wie werden Schwerbehinderte in diesem Kontext bewertet? Dazu haben wir gesagt: Jawohl, das ist ein Problem, welches wir erkennen müssen. Auch in einer Anhörung hat ein Richter des Bundesarbeitsgerichtes gesagt: Es macht Sinn, dass ihr als Gesetzgeber nachbessert und sagt, wir brauchen eine Härtefallklausel – aber keine allgemeine für alle, sondern für bestimmte Personengruppen. Genau das haben wir getan. Wir haben für die Schwerbehinderten diesen Weg geebnet und gesagt,

wir wollen eine Härtefallklausel für die Schwerbehinderten. – Auch nichts nach Auffassung der Linken. Gut, das muss ich zur Kenntnis nehmen.

Das Gleiche trifft auf die Frage der Gleichstellungsbeauftragten zu. Auch da war es wichtig, dass viele gesagt haben, wir brauchen Übergangsvorschriften, was in dieser Umbruchphase mit den Gleichstellungsbeauftragten geschieht. Auch dies haben wir getan.

Wenn man meint, all dies sei heiße Luft, kann man das immer wieder so darstellen. Ich bin der Auffassung, da ist mehr rübergekommen als in den letzten Jahren, als wir hier noch eine Alleinregierung hatten, und ich denke, es ist bei Weitem mehr herausgekommen, als an Anträgen von der PDS, jetzt Linksfraktion, vorgelegen hat.

(Beifall der Abg. Margit Wehnert, SPD,
und Heinz Lehmann, CDU)

Nachdem ich das Land Mecklenburg-Vorpommern bereits erwähnt habe, kann ich noch ein weiteres Land nennen; denn dort prallt die Realität mit dem Politikverständnis aneinander: Das ist das Land Berlin. Wenn man sich den damaligen PDS-Senator Wolff angehört hat – er hat dies auch noch verschriftlicht; ich denke, man sollte viele Probleme vielleicht im kleinen Kreis aussprechen, aber ich würde manchen Leuten raten, sie nicht zu verschriftlichen –, dann hat dieser auf die Frage, wie man mit dem Personal umgeht, geantwortet: Lassen wir doch dafür ein zentrales Personalüberhangmanagement einführen. – Das ist ein schöner Titel, heißt aber nichts anderes als: Man hat intern einen Kreis, einen Pool geschaffen, in den man die abzubauenen Beschäftigten geschoben hat, und gesagt: Wir versuchen, für diejenigen personalfreundliche Maßnahmen durchzuführen. Genau der gleiche Senator hat sich dann schriftlich geäußert und sich darüber beschwert, dass viel zu wenige Beschäftigte darin seien. Man müsse nämlich viel stärker abbauen, da das Land Berlin nicht aus der Schuldenfalle herauskäme.

(Caren Lay, Linksfraktion:
Wer stellt denn dort den Senat?)

Aber, wie gesagt, dies sind alles Dinge, die man nicht wahrnehmen will und die angeblich auch nicht passen. Ich will es noch einmal ganz klar sagen: Wir haben uns als SPD immer klar dafür bekannt, dass es im Rahmen von Strukturveränderungen das Mittel des Tarifvertrages geben muss und dass dies der beste Weg ist, und dabei bleiben wir auch.

(Beifall bei der SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombos: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Brangs?

Stefan Brangs, SPD: Natürlich.

Dr. Monika Runge, Linksfraktion: Verehrter Herr Brangs, haben Sie eine Vorstellung davon, welche „Erbschaft“ der SPD/PDS-Senat in Berlin bezüglich der

Übernahme von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aus Westberlin übernommen hat?

Stefan Brangs, SPD: Ich habe eine Ahnung davon, welche „Erbschaft“ dieser Freistaat 1990 übernommen hat und welche „Erbschaft“ hier bewirtschaftet werden musste.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Ich habe auch eine Ahnung davon, weil ich seit 1990 genau das erlebe, was aus dem Land geworden ist, und ich kann sagen, dass ich stolz darauf bin.

(Beifall bei der SPD und der CDU –
Volker Bandmann, CDU: Die Frage
passt auch gut zum 9. November!)

Ich will noch einmal klar sagen: Natürlich hätten wir uns in dieser Frage mehr gewünscht. Natürlich ist es unstrittig, dass wir den Abschluss eines Tarifvertrages ganz klar bejahen. Aber erstens herrscht bei uns Tarifautonomie. Ich kenne meine Gewerkschaft. Sie ist hoffentlich noch stark genug. Da ich sie in den letzten Jahren begleiten durfte, denke ich, dass sie stark genug ist, das zu tun. Ich denke, dass die engagierten Kolleginnen und Kollegen in dieser Gewerkschaft die Kraft entwickeln werden, das noch einmal eindrucksvoll zu unterlegen.

Man kann doch nicht ernsthaft erwarten, dass dann, wenn es auf der Tarifautonomieseite nicht funktioniert, die Politik einschreiten und das regeln muss, was die Tarifpartner nicht hinbekommen. Ich sage es noch einmal: Ich wünsche mir einen Tarifvertrag. Auch die SPD-Fraktion wünscht sich begleitend zur Verwaltungs- und Funktionalreform einen Tarifvertrag. Aber wenn man das auf dem Weg der Tarifautonomie nicht schafft, kann man nicht ernsthaft sagen: Dann macht ihr für uns den Job!

Genau diese Erwartungshaltung ist ein völlig falsches Politikverständnis. Damit befriedigt man vielleicht diejenigen, die die reine Lehre haben wollen. Ein großer Teil der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter hat jedoch erkannt – und das stimmt mich an dieser Stelle zufrieden –, was die SPD in den letzten drei Jahren bewegt hat. Insofern braucht sie sich da nicht zu verstecken.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die NPD-Fraktion, Herr Abg. Delle.

Alexander Delle, NPD: Frau Präsidentin! Ich werde meine Rede zu Protokoll geben.

(Beifall bei der NPD –
Zurufe von der Linksfraktion)

– Seien Sie froh!

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die FDP-Fraktion, Herr Dr. Martens.

Dr. Jürgen Martens, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Tischendorf, in der Tat, ich gebe den Antragstellern darin recht, dass man die Mitarbeiter, die Beschäftigten mitnehmen muss und dass man das frühzeitig tun muss, wenn es darum geht, die Regelungen im Zusammenhang mit der Überleitung von Arbeitsverhältnissen infolge der Funktionalreform zu klären. Das ist bisher in Sachsen nach unserem Dafürhalten nur unzureichend geschehen. Das muss ich ganz deutlich sagen. Da geht es aber den Arbeitnehmern und den Mitarbeitern im öffentlichen Dienst in Sachsen nicht anders als dem Parlament, wenn ihm erst kurz vor der Sommerpause ein Gesetzentwurf zugeleitet wird, der, wie man jetzt weiß, ganz erheblichen Nachbesserungsbedarf hat. Wenn man daran jetzt zeitlos herumdoktern möchte, dann ist das, um es neudeutsch zu formulieren, „suboptimal“.

In der Tat gibt es im Zusammenhang mit dem Personalübergang etliche Probleme. Kollege Brangs hat einige genannt. Diese Probleme müssen natürlich behandelt werden. Es gibt einige Fragen, die noch ungeklärt sind. Ich denke beispielsweise an den im Gesetzentwurf vorgesehenen Tatbestand eines Sonderkündigungsgrundes bei der Überleitung von Arbeitsverhältnissen. Da stellt sich die Frage, ob so etwas rechtlich zulässig ist. Das ist inzwischen geklärt.

Aber eine zweite Frage habe ich mir auch vorgenommen: Warum muss das jetzt außerdem noch in einem Sondertarifvertrag geklärt werden und nicht in einem Gesetz? Bei dem Kostenvolumen, das im Zusammenhang mit dem Personalübergang bewegt wird, würde ich es für angemessen halten, dies dem Gesetzgeber vorzulegen und nicht in einem Tarifvertrag nebenher zu regeln, so sehr ich die entsprechenden Wünsche auch verstehen kann. Aber diese Verwaltungsreform muss der Landtag verantworten. Deswegen sind die wichtigen Dinge vom Landtag im Gesetz zu regeln und nicht in einem Tarifvertrag.

Was den Inhalt des Tarifvertrages angeht, so muss ich Ihnen, Herr Tischendorf, sagen: Das ist so etwas wie die Sendung „Wünsch Dir was!“ gewesen. Zehn Jahre Kündigungsschutz – das kann man ja einmal versuchen. Was mich erstaunt hat, ist die Unverfrorenheit, diesen Vorschlag, nachdem er schon drei Mal abgelehnt wurde, nochmals zu präsentieren. Zehn Jahre Kündigungsschutz? Da können Sie den Entwurf bleiben lassen! Ich habe den Verdacht, dass genau das damit auch erreicht werden sollte.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Zehn Jahre Kündigungsschutz für alle, toll! Wo hat es das überhaupt schon einmal gegeben?

(Zuruf: In Baden-Württemberg 15 Jahre!)

– Wann?

(Klaus Tischendorf, Linksfraktion:
Vor zehn Jahren!)

– Vor zehn Jahren? In Baden-Württemberg? Für welche Gruppen?

(Zuruf des Abg. Klaus Tischendorf, Linksfraktion)

– Vor 15 Jahren?

(Klaus Tischendorf, Linksfraktion:
Vor zehn Jahren!)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte ans Mikrofon treten und Zwischenfragen stellen!

Dr. Jürgen Martens, FDP: Zehn Jahre Kündigungsschutz – da wünsche ich Ihnen wirklich viel Vergnügen. Wenn Sie meinen, dass Sie das bei allen Beschäftigten der sächsischen Verwaltung durchbekommen, so glaubt Ihnen kein Mensch, dass die Landkreise die damit verbundenen Kosten stemmen könnten.

Außerdem muss ich fragen: Warum diese Privilegierung der von der Verwaltungsreform Betroffenen gegenüber allen anderen Beschäftigten im öffentlichen Dienst? Diese Privilegierung ist für mich nicht nachvollziehbar. Welcher Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft hat einen Kündigungsschutz von zehn Jahren aus Anlass von betrieblichen Veränderungen? Das zeigt, dass Sie mit Ihren Vorstellungen und mit Ihrem Wunsch nach diesem Tarifvertrag in einer völlig anderen Welt leben. Sie haben Vorstellungen, die mit dem wirklichen Leben relativ wenig zu tun haben.

Deswegen werden jedenfalls wir diesem Antrag mit Sicherheit nicht zustimmen können.

(Beifall bei der FDP)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die Fraktion GRÜNE Herr Abg. Weichert.

Michael Weichert, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielleicht wundert Sie das, aber ich mache mir große Sorgen um die Stärke und die Kraft der Gewerkschaften in Sachsen. Warum? Der Antrag der Linksfraktion erweckt den Eindruck, die Gewerkschaft ver.di benötige dringend die Hilfe und Unterstützung der Linksfraktion im Sächsischen Landtag, um gewerkschaftliche Positionen zu formulieren und durchzusetzen. Das wäre ein Armutszeugnis für die Organisation der Arbeitnehmer hier im Freistaat.

Aber, meine Damen und Herren, so weit ist es zum Glück noch nicht. Selbstverständlich braucht eine so umfassende Reform, die tief in die Rechte der Beamten und Angestellten eingreift, die Begleitung durch die Interessenvertretung, und zwar durch die Gewerkschaften.

Mit dieser Reform kommt es bei den Bediensteten zu einem Zweiklassenrecht. Abgeleitet aus ihrem besonderen Status hätten die Beamten die geringsten Rechte, gegen eine Versetzung an einen anderen Dienstort zu protestieren. Da bei dieser Reform die Beamten aber den Dienstherrn wechseln müssen – von der Landes- in die Kreis- oder Kommunalverwaltung –, sind ausgerechnet die

Beamten bei der Funktionsreform geschützt. Ihr besonderes Treueverhältnis bezieht sich juristisch nur auf den Dienstherrn, nicht auf die öffentliche Hand im Allgemeinen. So kommt es zur Umkehrung der Verhältnisse: Für die Beamten gibt es volle Wahlfreiheit, für die Angestellten gibt es Druck – eine Kuriosität des öffentlichen Dienstrechts.

Allerdings, meine Damen und Herren, habe ich bisher nicht den Eindruck gewonnen, dass die Vertreter von ver.di ihrem Gegenüber, nämlich der Staatsregierung, ausgeliefert sind. Die Stellungnahmen der Gewerkschafter zur Verwaltungsreform haben mir im Gegenteil gezeigt, dass diese Damen und Herren sehr genau wissen, wovon sie sprechen und was sie erreichen wollen. Dass die Staatsregierung eine andere Position vertritt und daher auch eine andere Taktik verfolgt, liegt in der Natur der Sache. Ich wüsste aber nicht, warum wir uns als Landtag zum gegenwärtigen Zeitpunkt in die Tarifautonomie einmischen sollten. Dazu sehe ich keinen Grund außer den, sich parteipolitisch profilieren zu müssen. So werte ich die Initiative der Linksfraktion.

Meine Damen und Herren, gegen Verhandlungen zwischen Staatsregierung und Gewerkschaften zu diesem Zeitpunkt kann man nicht sein. Daher kann man diese Initiative nicht ablehnen. Folglich werden wir uns bei diesem Antrag enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Wünscht die Staatsregierung das Wort? – Herr Minister Tillich.

Stanislaw Tillich, Staatsminister der Finanzen: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Herr Tischendorf, gestatten Sie mir eine Bemerkung vorweg: Sie haben im Zusammenhang mit dem Koalitionsvertrag von dem Märchenbuch der Staatsregierung gesprochen. Lassen Sie mich Ihnen erläutern, dass der Koalitionsvertrag kein Werk der Staatsregierung ist, sondern Koalitionsverträge werden zwischen Parteien verhandelt und letztlich auch geschlossen.

(Klaus Tischendorf, Linksfraktion:
Und wer muss es dann umsetzen?)

Zu Herrn Martens möchte ich nur Folgendes sagen: Ich hatte das Gefühl, dass Herr Martens es am Anfang schwer hatte, die Oppositionsrolle zu spielen, sie aber am Ende insofern gespielt hat, als er der Staatsregierung in ihrem Verhalten beim Umgang mit diesem Gesetz letztlich recht gegeben hat. Denn der Antrag der Linksfraktion zielt darauf ab – da haben Sie recht, Herr Martens –, sofortige Verhandlungen für einen Tarifvertrag zur Verwaltungs- und Funktionalreform aufzunehmen. Ein solcher Tarifvertrag ist aus folgenden Gründen nicht erforderlich:

Erstens. Der Personalübergang soll gesetzlich geregelt werden. Dem Landtag liegt ja der Gesetzentwurf vor. Die Bestimmungen zum Personalübergang sind im Artikel 2 des Gesetzes zur Neuordnung der sächsischen Verwaltung

enthalten. Im Vorfeld wurde eine Arbeitsgruppe Personalübergang mit Vertretern aller betroffenen Ressorts der Staatsregierung und der kommunalen Spitzenverbände eingerichtet. Es ist richtig, wenn Herr Brangs darauf hingewiesen hat, dass es hierzu sowohl zwischen den Koalitionsfraktionen als auch in der Staatsregierung Diskussionen gegeben hat.

Anders als Sie, Herr Brangs, war ich in den Sitzungen des Lenkungsausschusses nicht dabei. Aber ich weiß, dass zumindest der Lenkungsausschuss ein Einvernehmen erzielt hat, dieses auf dem Gesetzeswege zu regeln. Deswegen wurde dann in dieser Arbeitsgruppe auch mit großer Mehrheit beschlossen, den Personalübergang per Gesetz zu regeln und von einem Überleitungstarifvertrag abzusehen. Ausschlaggebend dafür waren Gründe der Rechtssicherheit und Klarheit für den Personalübergang, auch im Sinne der Beschäftigten. Die Vertreter der Gewerkschaften und Verbände wurden einbezogen, ihre sachlichen Forderungen wurden so weit wie möglich berücksichtigt.

Zweitens. Die gesetzliche Regelung ist unserer Auffassung nach umfassend, abschließend und vor allem auch sozial ausgewogen. Darauf haben sowohl Herr Pietzsch als auch Herr Brangs hingewiesen. Ich will es trotzdem noch einmal betonen. Natürlich gibt es den Kündigungsschutz. Betriebsbedingte Kündigungen sind für die übergehenden Arbeitnehmer und Auszubildenden für die Dauer von drei Jahren ausgeschlossen. Manche haben mehr gefordert – das ist korrekt –, manche haben aber auch weniger gefordert. Da galt es, letztendlich eine Übereinkunft zu erzielen, und ich denke, dass wir einen akzeptablen Ausgleich geschaffen haben.

Beim Personalübergang gilt ein Schlechterstellungsverbot für die übergehenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ausgleich schafft eine Besitzstandszulage. Zum Augenblick des Übergangs Mitte 2008 wird der Besitzstand gewahrt. Somit gibt es eine Einkommens- und Beschäftigungssicherung und keine Einbuße, wie es der Antrag der Linksfraktion nennt bzw. beschreibt.

(Klaus Tischendorf, Linksfraktion: Was? Es gibt keine Einbußen? Das klingt gut!)

Sie haben eine Einkommens- und Beschäftigungssicherung gefordert und diese gibt es.

Bei der Personalauswahl und -verteilung werden Sozialkriterien zugrunde gelegt, die auch mit den betroffenen Hauptpersonalräten abgestimmt sind. Bei unvermeidbarem Arbeitsortwechsel, Herr Tischendorf, greifen die vorhandenen Regelungen zur Umzugskostenvergütung und zum Trennungsgeld. Der Freistaat übernimmt somit die durch einen Wechsel des Dienst- oder Wohnortes entstehenden finanziellen Aufwendungen

(Klaus Tischendorf, Linksfraktion: Nur bei einem Wechsel!)

und wird seiner Fürsorgepflicht gegenüber den betroffenen Beschäftigten gerecht.

Ein Tarifvertrag im Rahmen von Umstrukturierungsmaßnahmen ist rechtlich nicht erforderlich. Dementsprechend haben auch einige andere Bundesländer in vergleichbaren Fällen darauf verzichtet, wie es Ihnen auch der Freistaat Sachsen in seiner Übereinkunft und letztendlich in diesem Gesetzesvorschlag vorgelegt hat.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Das Schlusswort hat die Linksfraktion; Herr Tischendorf, bitte.

Klaus Tischendorf, Linksfraktion: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde es schon etwas lustig, dass mir ein Staatsminister erklärt, er wisse nicht, wozu ein Koalitionsvertrag da sei.

(Vereinzelt Beifall bei der Linksfraktion)

Den sollen Sie einfach umsetzen! Wenn Sie das noch nicht einmal wissen, dann ist mir auch völlig klar, warum die Situation so ist, wie sie jetzt ist, und dass Sie auch nicht verstehen, dass den Beschäftigten schon Nachteile entstehen. Sie hätten wenigstens mal nachlesen können, dass es seit dem Sommer 2006 einen Vorschlag gibt, mit Ihnen zu verhandeln. Wir werden in der weiteren Verfahrensweise zum Gesetzentwurf sehr schnell merken, wie viele juristische Fallstricke es gibt

(Beifall des Abg. Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion)

und wie viele Nachteile auch für Beschäftigte mittelfristig entstehen.

Es war die Bitte der Beschäftigten und ich stelle fest: Eine Koalition aus SPD und CDU – Kollege Brangs, da kommst du jetzt nicht drumherum – ist nicht bereit, das, was sie eigentlich schreibt, also mehr Demokratie, mehr Mitbestimmung und was auch immer, wirklich zu praktizieren und diejenigen, die es betrifft, an dieser Angelegenheit gleichberechtigt zu beteiligen. Das ist doch Fakt. Da können Sie drumherumreden.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Was Sie auch immer sagen, Kollege Brangs,

(Stefan Brangs, SPD: Schlusswort!)

es geht ja nicht um die reine Lehre, es geht einfach um die Umsetzung des Koalitionsvertrages. Das muss ich mal sagen. Zurzeit sind die Hauptpersonalräte dabei – das sage ich, weil Sie diese ansprechen – zu beschließen, dass sie nicht bereit sind, die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte zu akzeptieren. Sie fordern weiterhin einen Tarifvertrag. Dann darf es wohl erlaubt sein, dass wir als Gesetzgeber uns eine Meinung dazu bilden, was mit den Beschäftigten passiert, die wir zu verantworten haben und die kommunalisiert werden sollen.

(Beifall bei der Linksfraktion – Zuruf des Abg. Stefan Brangs, SPD)

Ich bitte Sie! Wenn Sie das nicht wollen, dann machen Sie es einfach nicht.

Kollege Brangs, Sie haben viel über Berlin geredet, ich rede mal ein bisschen über Dresden. Ich darf hier ja keinen Zettel hochhalten. Das darf ich nicht, aber ich kann ihn mal kurz zeigen und dann kann ich ihn vorlesen. Ein Beschäftigter hat mir Anfang der Woche gesagt: Gib dem Kollegen Brangs den Zettel wieder zurück, er hält hier Gewerkschaftsreden. Der Zettel ist ein bisschen zerknittert, weil ich nebenbei klatschen musste. Darauf steht: Betriebsbedingte Kündigungen ohne uns. Beschluss der SPD-Landtagsfraktion. – Hier draußen haben wir das groß diskutiert.

(Stefan Brangs, SPD: Und gibt es betriebsbedingte Kündigungen? Gibt es die?)

Keine betriebsbedingten Kündigungen, umfassende landesgesetzliche Regelungen beim Personalübergang, Abschluss eines Rahmentarifvertrages. Die Interessen der Beschäftigten-Familien müssen geachtet werden.

Wissen Sie, was der Kollege mir gesagt hat, Kollege Brangs? Ich soll Ihnen den Zettel einfach zurückgeben, er glaubt nicht mehr an die SPD in der Koalition.

(Beifall bei der Linksfraktion)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren! Ich lasse jetzt über den Antrag der Linksfraktion, Drucksache 4/9951, abstimmen. Wer gibt die Zustimmung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei Stimmenthaltungen und einigen Stimmen dafür ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt worden und der Tagesordnungspunkt ist beendet.

Erklärung zu Protokoll

Alexander Delle, NPD: Dass es für eine groß angelegte Verwaltungsreform wie die der Staatsregierung einen Tarifvertrag geben muss, ist angesichts des massiven Personalübergangs eine Selbstverständlichkeit für jeden, der nur geringsten Bezug zu abhängigen Beschäftigten aufweist. Dies trifft umso mehr zu, wenn man von den Personalabbauplänen der Staatsregierung Kenntnis erlangt hat, wenngleich diese unangenehme Angelegenheit wenig galant via Verwaltungsreform auf die kommunalen Gebietskörperschaften abgewälzt werden soll.

Ein oberflächlicher Blick auf die finanzielle Situation der kommunalen Gebietskörperschaften und die von der Staatsregierung erwartete Effizienzrendite ihrer Reform muss den betroffenen Staatsbediensteten bereits den kalten Schauer über den Rücken laufen lassen. Es ist bezeichnend für die Staatsregierung, mit ihren Gesetzentwürfen für die Verwaltungs- und Gebietsreform nicht ebenso einen Vorschlag für verlässliche arbeitsrechtliche Regelungen vorgelegt zu haben. So sieht die Fürsorgepflicht der Sächsischen Staatsregierung aus, die noch dazu

von einer angeblich sozialdemokratischen Partei, die meines Erachtens weder sozial noch demokratisch ist, getragen wird.

Es lässt sich mit Blick auf den vorliegenden Antrag der Linksfraktion zwar die Frage stellen, ob es zwingend ein Tarifvertrag nach dem Muster des ver.di-Landesbezirks Sachsen sein muss und ob wirklich alle 24 Paragraphen expressis verbis ihre Umsetzung finden sollen.

Es ist durchaus auch für die NPD-Fraktion nachvollziehbar, dass aus Sicht der Staatsregierung der eine oder andere ver.di-Vorschlag Bauchschmerzen bereitet, beispielsweise die §§ 4 bis 6 oder die §§ 11 und 15 des Tarifvertragsentwurfes. Beschäftigungssicherung, Belastungsausgleiche und Abfindungen sind Vokabeln, die die Staatsregierung nicht gern hören wird.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren! Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 5

Sächsische Grenzen als Kriminalitäts- und Zuwanderungsfilter erhalten – Grenzkontrollen zur Republik Polen und zur Tschechischen Republik beibehalten – Kein Abbau der Polizeipräsenz in Grenznähe!

Drucksache 4/10158, Antrag der Fraktion der NPD

Die NPD beginnt mit ihrer Stellungnahme. Danach folgen CDU, Linksfraktion, SPD, FDP, GRÜNE, und die Staatsregierung kann jederzeit das Wort nehmen. – Herr Abg. Apfel, bitte.

Holger Apfel, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe bereits in meinem gestrigen Redebeitrag darauf hingewiesen, dass es nicht allein damit getan ist, die Präsenz der Bundespolizei im Grenzbereich aufrechtzuerhalten, da man damit das Problem im Kern nicht löst.

In der vorletzten Woche sendete der „Sachsenspiegel“ einen Beitrag, den man nur noch als erschütternd bezeichnen kann. Thema war die Situation an der deutsch-tschechischen Grenze im Zittauer Gebirge. Zu Wort kamen Bürger aus Seifhennersdorf, deren Gemütszustand man nur noch als verzweifelt bezeichnen kann. Einer der befragten Bürger äußerte, dass schon unzählige Male bei ihm eingebrochen worden sei, sodass er inzwischen darauf verzichte, die Straftaten überhaupt noch zur Anzeige zu bringen. Dann gab es einen Schnitt und Matthias

Kubitz kam zu Wort, der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei. Kubitz bestätigte, dass sich die Entwicklung der Kriminalität im grenznahen Raum anhand polizeilicher Statistiken nur noch unzureichend nachvollziehen lässt, da viele Eigentums- und Einbruchsdelikte von den verzweifelten Bürgern schon gar nicht mehr zur Anzeige gebracht werden.

Meine Damen und Herren, solche Aussagen, vor allem wenn sie von hohen Polizeibeamten stammen, sind der Offenbarungseid eines Staates, der offensichtlich nicht mehr fähig ist, seine ureigene Kernaufgabe wahrzunehmen, nämlich den Schutz seiner Bürger. Doch die ohnehin schon prekäre Situation an der deutsch-polnischen und der deutsch-tschechischen Grenze droht nun endgültig außer Kontrolle zu geraten; denn nach dem Willen der portugiesischen Ratspräsidentschaft – wir sprachen gestern bereits darüber – sollen zum Stichtag 21.12. neun der neuen EU-Staaten dem Schengen-Raum beitreten. So erwarten die im Jahr 2004 beigetretenen Mitglieder Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und die drei baltischen Staaten schon sehnsüchtig den Fall der Grenzkontrollen, der Binnengrenzen zu den anderen Schengen-Ländern.

Wenn die Politiker uns nun ernsthaft weismachen wollen, dass diese Ostverschiebung der Binnengrenzen Arbeitsplätze sichert und der wirtschaftlichen Prosperität dient, dann haben sie recht, sollten aber fairerweise auch sagen, wo: nämlich in allererster Linie bei Fachunternehmen der Sicherheitsbranche, wie Wachdiensten, Tresorbauern, Sicherheitsberatern sowie Staatsanwälten, Gefängniswärttern, Bewährungshelfern und ähnlichen Berufszweigen.

(Enrico Bräunig, SPD: Und Druckereien!)

Wie fast immer, wenn es um den Politfetisch Europa geht, verschweigen uns die Politiker eine Seite ihrer ehrgeizigen politischen Pläne. Für viele scheint es nur darum zu gehen, dass sie sich mit großer Geste einen Platz in der Geschichte sichern wollen, die Bürger aber nicht vollständig über Risiken und Nebenwirkungen unterrichten.

Spätestens seit dem 15. Oktober 2007 liegen diese Nebenwirkungen und Risiken für jeden auf der Hand. An diesem Tag nämlich brach genau die Person, die wie kaum eine andere im Freistaat dafür prädestiniert ist, Aussagen über die Sicherheit des Landes zu treffen, ihr Schweigen. Ich spreche von dem neuen im Amt befindlichen Staatsanwalt Klaus Fleischmann, der sich in der „Sächsischen Zeitung“ am 15. Oktober 2007 wie folgt äußerte:

„Die Bundesregierung versichert uns, dass die Grenzöffnung keine größeren Probleme mit sich bringen wird. Sie verweist auf die offenen Grenzen nach Österreich, Frankreich und Dänemark. Dort läuft alles reibungslos. Es gibt keine höhere Kriminalitätsbelastung als vorher. Ob die Situation dort angesichts des Wohlstandsgefälles zwischen Ost- und Westeuropa allerdings vergleichbar ist, bezweifle ich stark. Aus meiner Sicht wäre es sinnvoll, diesen Termin der Grenzöffnung nach Polen und Tsche-

chien zu verschieben und die Personenkontrollen weiterhin beizubehalten.“

Der Generalstaatsanwalt unterstrich seine Wort nochmals, indem er bei seiner zweiten Antwort ausführte: „Das, was auf uns zukommt, ist derzeit wirklich nicht abschätzbar. Eine meiner größten Befürchtungen ist, dass mehr verkehrsuntüchtige Lastwagen auf unseren Straßen fahren werden. Das würde auch für die Staatsanwaltschaft zu einem Problem, wenn es beispielsweise durch unsichere Lkw-Ladungen zu mehr Unfällen käme. Die Zahl der grenznahen Delikte, wie Diebstähle, wird zunehmen.“

Meine Damen und Herren! Das sind eigentlich klare Worte, vorstellbar von einem, der es wissen muss, da er nicht nur sächsischer Generalstaatsanwalt ist, sondern bis vor Kurzem auch noch Landespolizeipräsident war. Wie dramatisch muss die Lage an den Grenzen aber wirklich sein, wenn jemand, der sicher kraft seines Amtes seine Worte in der Öffentlichkeit diplomatisch wägt, zu solch eindeutigen Schlussfolgerungen kommt?

Gerade in fachlicher Hinsicht steht Fleischmann mit seiner Einschätzung nicht allein. Die Gewerkschaft der Polizei veranstaltete am 17. Oktober 2007 eine Pressekonferenz, auf der sogar noch eindringlichere Töne zu hören waren. So äußerte zum Beispiel Matthias Kubitz, ein Beamter, der weiß Gott nicht als konservativer Wadenbeißer „Law-and-order-man“ gilt, sondern vielmehr der Linken nahesteht, folgende Einschätzung:

„Aus allen Erfahrungen müssen wir davon ausgehen, dass die illegale Migration mit all ihren kriminellen Folgeerscheinungen, wie Drogenschmuggel, Waffenhandel und Prostitution, über die dann offenen Grenzen sehr deutlich ansteigen wird.“

Zusätzlich – so Kubitz – wird in Sachsen verkehrspolitisch ein Anstieg des Personen- und Güterverkehrs via Straße nach dem Wegfall der Grenzkontrollen um sage und schreibe das Sechsfache erwartet.

Nachdem Kubitz als Vorsitzender des Landesbezirkes Sachsen diese Einschätzung geäußert hatte, kam mit Josef Scheuring ein Vertreter der Bezirksbundespolizei zu Wort, der sich ähnlich alarmierend äußerte:

„Offene Grenzen werden auch die Rückzugs- und Vorbereitungsräume für terroristische Anschläge sein und damit die Terrorgefahr in Deutschland erhöhen.“

Weiter forderte Scheuring Innenminister Schäuble auf, die Bundespolizei nicht ausgerechnet, wie jetzt beabsichtigt, abzubauen, sondern abzuwarten, wie sich die Lage an der nach wie vor problematischen Grenze zu Polen und Tschechien entwickelt.

Meine Damen und Herren! Es ist nicht nötig, die Aussagen der hohen Beamten in irgendeiner Richtung zu kommentieren. Sie stehen eindringlich für sich selbst.

Die Gewerkschaft der Polizei hat übrigens diese Presseerklärung zu ihrer Pressekonferenz zur Frage der Grenzöffnung mit der bezeichnenden Überschrift „Keine Freifahrt für Terror und Kriminalität“ betitelt. Auch das steht für

sich, zumal diese apokalyptischen Wandlungen eben nicht von irgendwelchen Personen kommen, die man irgendwie als rechts stehend bezeichnen könnte.

Der Traum von der Fahrt ohne Grenzkontrollen von Lissabon bis Wilna klingt eben nur auf den ersten Blick verlockend. Wir, die wir als Volksvertreter Schaden vom Volk abzuwenden haben, dürfen nicht sehenden Auges hinnehmen, wie der Freistaat mit dem Wegfall der Grenzkontrollen einer nicht ansatzweise mehr zu beherrschenden Gefahr ausgesetzt wird.

Halten wir uns zum Abschluss vor Augen: Eine Erweiterung des Schengen-Raumes bedeutet: mehr Ausländer, mehr Kriminalität, mehr arbeitslose Sachsen und mehr tiefere Löhne.

(Beifall bei der NPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die CDU-Fraktion? – Die Linksfraktion? – Frau Dr. Ernst.

Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion: Meine sehr geehrten Damen und Herren der demokratischen Fraktionen! Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit Blick auf den Gegenstand des Antrages stelle ich ganz einfach fest: Die Karawane ist vorübergezogen. Was sie lediglich übrig ließ – oder besser fallen ließ –, sind ein paar braune, matschige Äpfel. Die werden wir nicht aufheben, weder heute noch morgen oder in irgendwelchen anderen Debatten, die sie zu diesem Thema anfangen. Dazu will ich Ihnen immer das Gleiche sagen: Die inhaltliche Diskussion haben wir gestern geführt. Herr Apfel, Sie können hier noch so viel braune Soße in den Plenarsaal gießen, Sie können das immer wieder tun – keine Frage –, das ändert nichts daran, dass sich bei aller Unterschiedlichkeit im Detail die demokratischen Fraktionen wenigstens in zwei Dingen völlig einig sind: nämlich dass die Öffnung der Grenzen zum 21. Dezember 2007 von uns als richtig, notwendig und – Sie werden staunen – sogar als erwünscht aufgefasst wird.

(Beifall bei der Linksfraktion, der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der Fraktion der NPD)

Zum Europa der Freizügigkeit und des demokratischen Miteinanders der europäischen Nachbarn gibt es wirklich keine Alternative und schon gar nicht Ihre Alternative.

(Beifall bei der Linksfraktion – Jürgen Gansel, NPD: Das lassen Sie unsere Sorge sein!)

Das ist auch vollkommen klar.

Ich weiß gar nicht, warum Sie diesen Antrag heute noch einmal aufgewärmt auf den Tisch legen. Man braucht nur die Zeitung zu lesen. Gestern haben die Innenminister grünes Licht für die Grenzöffnung zum 21.12.2007 gegeben. Auch der Innenminister sieht es jetzt nicht mehr anders. Deshalb hätten Sie sich solche Schaufensteranträge auch im Interesse der Zeit ersparen können. Freitagabend muss das nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Man muss Ihnen auch sagen, dass diese Anträge nicht mehr in die heutige Zeit passen.

(Lachen bei der NPD)

Das passt viel eher in die Zeit der zwölf Jahre zu Ihren Stiefelidolen der Vergangenheit, die durch Europa marschiert sind und glaubten, alles in Scherben zerfallen lassen zu können.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Dr. Ernst?

Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion: Aber gern.

Enrico Bräunig, SPD: Frau Dr. Ernst, geben Sie mir darin recht, dass es rein praktisch nicht möglich ist, dass wir heute einen Antrag beschließen, damit sich die Staatsregierung einsetzt, der Bundesinnenminister möge gestern gegen den Beschluss stimmen?

Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion: Sehen Sie, Herr Bräunig, die braunen Kameraden haben wirklich ein Problem mit den Zeitverhältnissen. Das verwechseln sie immer.

(Beifall bei der Linksfraktion, der SPD und den GRÜNEN)

Sie glauben immer noch, sie sind gestern da, derweil ist schon heute. Da geschehen eben solche Dinge.

Ich habe mir auch bei diesem Antrag überlegt, mit dem Sie ja mehr Division von Angst und Panikmache verfolgen, von Verachtung anderer Kulturen, das sind ausgeprägte typische Anzeichen für Minderwertigkeitskomplexe. Das ist ein Thema, über das ich gern im Landtag sprechen würde. Das würde sich jedenfalls mehr lohnen, als das, was Sie hier anbieten, Herr Apfel. Regelmäßig stehen Sie hier mit Schaum vor dem Mund und versuchen krampfhaft, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und uns das Steinzeitidol aufs Auge zu drücken, und das mit ganz schlechtem Erfolg.

(Zurufe von der NPD)

Das wird auch künftig ohne Erfolg bleiben. Das wird aber wesentlich davon abhängen – das ist wieder an uns Demokratinnen und Demokraten in diesem Haus gerichtet –, wie wir die Themen wie Grenzöffnung zu den Beitrittsstaaten diskutieren und Neonazis jeder Couleur noch Wasser auf die Mühlen geben. Das werden wir nicht tun. Wir werden das auch mit anderen besprechen, damit sie es nicht tun. Insofern haben wir noch eine Menge zu leisten.

(Beifall bei der Linksfraktion, der SPD und den GRÜNEN)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die SPD; Herr Bräunig, bitte.

Enrico Bräunig, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eines haben wir festgestellt: Zeitreisen sind noch nicht möglich. Wie

Frau Dr. Ernst schon richtig bemerkte, hat das Hohe Haus gestern Nachmittag sehr umfassend darüber debattiert, wie wir uns die zukünftige Sicherheitsarchitektur von Bund und Freistaat vorstellen. Fast zeitgleich haben die Innenminister der Europäischen Union in Brüssel entschieden, dass der historische Tag nunmehr der 21. Dezember 2007 sein wird, der Tag, an dem Grenzkontrollen zu weiteren neun EU-Staaten wegfallen. Damit schreitet der europäische Einigungsprozess weiter voran.

Bundesinnenminister Dr. Schäuble hat das gestern wie folgt kommentiert. Er nannte es ein Glück für Deutschland und keine Bedrohung – eine Meinung, die auch alle demokratischen Fraktionen in diesem Haus in der gestrigen Debatte vertreten haben. Die Bundeskanzlerin hat zudem – das freut mich besonders – angekündigt, das historische Ereignis im sächsisch-polnisch-tschechischen Dreiländereck feiern zu wollen.

Die Europafeindlichkeit Ihrer Fraktion, Herr Apfel,

(Jürgen Gansel, NPD: EU-Feindlichkeit!)

haben Sie öfter unter Beweis gestellt. Welches Verständnis Sie von Europa haben, hat auch unsere Kollegin Margit Weihert gestern schonungslos entlarvt. Auch heute erleben wir nichts anderes als die ewig gleiche Nationalstaatsduselei. Ihr Credo ist ein Europa der Grenzen, unser Credo ist ein Europa der Chancen.

(Beifall bei der SPD, der CDU,
der FDP und den GRÜNEN)

Sie unterstellen – und das haben Sie heute wieder getan –, dass unsere östlichen Nachbarn eine gesamtgesellschaftliche kriminelle Vereinigung sind, und merken dabei nicht einmal, wie menschenverachtend dies ist. Wenn unsere östlichen Nachbarn tatsächlich so hochgradig kriminell wären, dann frage ich mich allerdings, warum Sie dort Zeitungen drucken lassen. Ist Ihnen das nicht zu gefährlich?

(Jürgen Gansel, NPD: Weil Sie hier die Pogromstimmung erzeugen! – Stefan Brangs, SPD: Gehen Sie zum Arzt! – Weitere Zurufe von der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Ich denke, Sie haben zwischenzeitlich selbst erkannt, dass der braune Müll, den Sie verfassen, nicht das Papier wert ist, auf dem er steht.

Ich bin der festen Überzeugung, dass der europäische Einigungsprozess, wie wir ihn erleben, ein Sicherheitsgewinn für uns alle ist – mit der Einschränkung: wenn die Sicherheitsarchitektur von Bund und Ländern stimmt. Was noch zu tun ist, haben gestern Kollege Volker Bandmann, meine Wenigkeit und natürlich die Vertreter der demokratischen Opposition gesagt. Das muss an dieser Stelle nicht wiederholt werden.

Eine fachliche Auseinandersetzung zum Thema Europa und innere Sicherheit ist mit Ihnen schlichtweg nicht möglich. Da gehe ich lieber nach Hause und baue einen Schneemann.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der Linksfraktion,
der FDP und den GRÜNEN – Jürgen Gansel,
NPD: Bleiben Sie auch zu Hause!)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Möchte die FDP-Fraktion noch sprechen? – Das sieht nicht so aus. Die Fraktion der GRÜNEN? – Gut. Dann bitte der Redner der NPD, Herr Abg. Gansel.

Jürgen Gansel, NPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dass wir es mit einem Redebeitrag von Ihnen, Frau Ernst, zu tun bekommen würden, ist uns klar gewesen; auch das schwindelerregende Niveau und vor allem diese rot lackierte Ignoranz, die Sie gegenüber legitimen Sicherheitsinteressen der Bürger in den sächsischen Randregionen an den Tag gelegt haben, waren zu erwarten.

Sie haben wieder einmal gezeigt, dass Sie sich für die Sicherheitsinteressen dieser Bürger überhaupt nicht interessieren. Das Einzige, was Sie können, ist die Faschismuskeule zu schwingen und legitime Sicherheitsinteressen von Bürgern als reaktionär, profaschistisch oder sonst wie zu denunzieren.

(Zuruf der Abg. Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion)

Ich hoffe wirklich, dass Sie gerade in den sächsischen Grenzregionen bei den nächsten Wahlen die Quittung bekommen. Ich frage mich, warum Sie – wenn Sie von der Überzeugung so durchdrungen sind, dass offene Grenzen eine Bereicherung sind – in Ihrer aktuellen PDS-Fraktionspostille, die sachsenweit verteilt wurde, auf das Thema Grenzöffnung überhaupt nicht eingehen. Warum haben Sie noch nicht einmal den Mumm, Ihre verquaste Position den Bürgern in Ihrer Fraktionspostille zu Gemüte zu führen? Sie wissen doch ganz genau, dass die Leute grundsätzlich anders denken als Sie. Hoffentlich wird in der Wahlkabine mal die Konsequenz gezogen.

(Beifall bei der NPD)

Zu meinem eigentlichen Manuskript. Der EU-Justizkommissar Franco Frattini hat am Rande einer Beratung der 27 EU-Innenminister am 1. Oktober dieses Jahres in Lissabon allen Ernstes geäußert, der vorzeitige Wegfall der Grenzkontrollen zwischen den alten und neuen EU-Staaten schon zum 21. Dezember 2007 sei „ein verfrühtes Weihnachtsgeschenk“. Diese und andere Äußerungen Frattinis zeigen, dass dieser Mann für sein Amt völlig ungeeignet ist und Sicherheitspolitik mit dümmlicher Sprücheklopferei verwechselt. Als Italiener müsste Frattini eigentlich wissen, mit welchem Kriminalitätsimport durch angeschwemmte Afrikaner und hereinflutende Rumänen seine Heimat Italien ganz aktuell zu kämpfen hat.

(Widerspruch bei der Linksfraktion)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Gansel, bitte!

Jürgen Gansel, NPD: Als EU-Kommissar ist Herr Frattini von den Alltagsproblemen der Menschen nun einmal so weit entfernt, als käme er von einem anderen Sonnensystem. Bei der Umsetzung des Schengen-Acquis geht es aber um Vertragsrecht und nicht um Kindereien wie die Frage, ob der Weihnachtsmann ein paar Tage früher oder später das Dandergeschenk offener Grenzen überbringt.

Nein, im Vertragsrecht – das gilt auch für die Europäische Union – geht es ausschließlich darum, ob bestimmte Kriterien erfüllt sind oder nicht. Das Hauptkriterium für die Integration oder Nichtintegration der neuen EU-Staaten in den Schengen-Raum ist einzig und allein die Frage, ob diese in der Lage sind, ihre Außengrenzen wirksam zu schützen. Wenn sie das nicht sind, dann haben Kriminelle und illegale Einwanderer, die etwa die russisch-litauische Grenze überqueren, sofort freie Fahrt bis an die Algarve.

Die objektive Unfähigkeit der neuen EU-Staaten zur Sicherung ihrer sensiblen Außengrenzen ist auch einem Bericht der in Warschau ansässigen EU-Agentur Frontex, die für den Außengrenzschutz zuständig ist, zu entnehmen. Die Analyse der Frontex – immerhin eine EU-Einrichtung – zeigt klare Missstände und Gefahrenquellen für die innere Sicherheit durch den Wegfall der Grenzkontrollen auf. Sowohl im Jahre 2005 – das letzte Jahr, für das entsprechende Zahlen vorliegen – wie auch in den Jahren zuvor sind die Aufgriffszahlen von illegalen Zuwanderern an den momentan noch gültigen Schengen-Grenzen, also vor allem in Österreich und Deutschland, bedeutend höher als jene an den EU-Außengrenzen. Im Jahr 2005 hatten wir an der EU-Außengrenze Polens nur ein Drittel der Aufgriffszahlen, wie wir sie an der deutschen Außengrenze, also der heutigen Schengen-Außengrenze, haben.

Was könnte deutlicher zeigen, dass die heutige EU-Ostgrenze in Polen, in der Slowakei und in Ungarn um Welten hinter dem Sicherheitsniveau, das es bislang an den deutschen und österreichischen Grenzen gab, zurückbleibt?

Ein weiteres mit der Ausdehnung des Schengen-Raumes verbundenes Problem ist das der Visa-Vergabe. Deutschland und alle anderen alten EU-Staaten machen sich beim Wegfall der Grenzkontrollen von korruptionsanfälligen Behörden in den neuen Schengen-Ländern abhängig, die nämlich das Schengen-Visum ausstellen dürfen und dies sicherlich inflationär auch tun werden.

Meine Damen und Herren! Eine zweite Visa-Affäre, wie sie das Auswärtige Amt unter dem Überfremdungslobbyisten Joschka Fischer anzettelte, darf es nicht wieder geben. Aus reiner Gutmenschelei wurde damals der Grundsatz „in dubio pro libertate“ eingeführt. Doch wie sich dann herausstellte, war dieser Grundsatz – im Zweifel für die Reisefreiheit – nur ein Freibrief für illegale Zuwanderung, Zwangsprostitution und Menschenhandel.

Durch eine erhöhte und möglicherweise käufliche Visa-Vergabe sowie löchrige neue EU-Außengrenzen wird die

Schengen-Erweiterung zu einer Aushöhlung der siebenjährigen Übergangsfristen zum Schutz der Arbeitsmärkte in der alten Europäischen Union führen; denn viele der Osteuropäer, die den Freistaat aufsuchen werden, tun dies nicht, um sich die sächsischen Sehenswürdigkeiten anzusehen, sondern um hier Beschäftigung zu finden, womit sie Deutsche unwillkürlich direkt in die Arbeitslosigkeit oder zumindest in den Niedriglohnbereich abdrängen.

Obwohl die Gefährdung für Arbeitsplätze und Lohnniveau offenkundig ist, ergeht sich die PDS-Linke in einer gnadenlosen Bagatellisierung der sozial- und sicherheitspolitischen Folgen des Wegfalls der Grenzkontrollen. So vermag die Abg. Ernst – wir haben es heute gehört, wir haben es gestern gehört – in der Warnung des Generalstaatsanwaltes Klaus Fleischmann vor dem Wegfall der Grenzkontrollen nur eine Belastung des deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Verhältnisses zu sehen. Die Sehnsucht der Linken nach grenzüberschreitender Völkerverbrüderung führt zu einem eklatanten Realitätsverlust, den unsere Landsleute in den sächsischen Grenzregionen auszubaden haben.

(Zuruf der Abg. Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion)

Frau Ernst, Sie kennen doch das Werk von Karl Marx und dessen Zentralbegriff der industriellen Reservearmee. Mit ihrer wirklich stupiden und rein ideologiegeleiteten Politik geöffneter Einwanderungsschleusen betreibt die Linke das Geschäft des Großkapitals, das durch eine Vergrößerung des Arbeitskräfteangebotes massiven Lohn- und Kündigungsdruck auf deutsche Arbeitnehmer ausüben kann, indem die osteuropäische Lohndruckerkolonne auf Abruf schon vor dem Werktor wartet.

(Alexander Delle, NPD: So ist es aber!)

Im Gegensatz zur PDS-Linken fühlt sich die NPD-Fraktion aber ganz und gar den deutschen Bürgern Sachsens verpflichtet, und in deren vitalem Interesse ist ohne jeden Zweifel die Aufrechterhaltung strenger Grenzkontrollen als Kriminalitäts- und Zuwanderungsfilter.

Danke.

(Beifall bei der NPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Gansel, ich habe noch eine Frage an Sie. Habe ich das richtig verstanden, dass Sie Herrn Fischer als Verbrennungslobbyisten bezeichnet haben?

Jürgen Gansel, NPD: Als Überfremdungslobbyisten.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gut. Dann habe ich mich verhöhrt.

Ich gehe davon aus, dass die Fraktionen jetzt nicht noch einmal das Wort wünschen. – Dann können Sie das Schlusswort halten.

(Holger Apfel, NPD: Das ist gehalten!)

– Das möchten Sie nicht.

Dann stelle ich jetzt die Drucksache 4/10158 zur Abstimmung und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei

wenigen Stimmen dafür ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt und rufe auf

Tagesordnungspunkt 6

Standort Leipzig bei einer europäischen Lösung für die Strombörsen stärken

Drucksache 4/10183, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hierzu können die Fraktionen Stellung nehmen. Es beginnt die Fraktion GRÜNE, danach folgen CDU, Linksfraktion, SPD, NPD und FDP. Die Staatsregierung kann jederzeit das Wort ergreifen.

Herr Abg. Weichert, bitte.

Michael Weichert, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu etwas undankbarer Zeit

(Dr. Fritz Hähle, CDU: Es ist noch früh!)

möchte ich Ihnen zunächst gestehen, dass ich weder den „Spiegel“-Artikel vom Montag dieser Woche in Auftrag gegeben noch das Bundeskartellamt informiert habe, dass wir einen Antrag zur Leipziger Energiebörse heute im Landtag verhandeln.

(Zuruf von der CDU)

Auslöser unseres Antrages ist der Sächsische Staatsminister für Wirtschaft, bzw. die Untätigkeit des Ministeriums – um es klarer zu sagen – hat uns bewegt, dieses Thema EEX auf die Tagesordnung des Landtages zu setzen. Auch nachdem wir schon in der letzten Sitzung einen Dringlichen Antrag gestellt hatten und inzwischen der Aufsichtsrat der Börse das Thema der Fusion in den September vertagt hat, hat es der Herr Wirtschaftsminister bis heute nicht für nötig gehalten, den zuständigen Wirtschaftsausschuss oder ein anderes Gremium über die Fusionspläne in Kenntnis zu setzen.

Meine Damen und Herren! Was wir hier und heute beantragen, ist eine Selbstverständlichkeit. Es wäre meines Erachtens die Pflicht der Staatsregierung gewesen, Punkt 1 unseres Antrages schon in den letzten Wochen und Monaten zu erledigen. In dieser Woche hat das Thema EEX und damit unser Punkt 3 zusätzliche Brisanz erfahren. Wir wissen seit Langem, dass die großen Stromkonzerne die Leipziger Börse benutzen, um ihre überhöhten Preise zu rechtfertigen. Ich habe das hier mehrfach vorgetragen und auch die „Winfallprofits“, Zusatzgewinne, die die Stromkonzerne durch die kostenlosen CO₂-Zertifikate erhalten haben, angesprochen.

Meine Damen und Herren! Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, möchte ich klarstellen: Die Leipziger Energiebörse EEX ist zwar der Ort, an dem die Preise künstlich in die Höhe getrieben werden, die EEX ist für die Machenschaften der Stromkonzerne aber nicht verantwortlich. Der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Dietrich Austermann hat es auf den Punkt gebracht. Ich zitiere: „Wenn ein Konzern günstigen Strom aus

einem alten abgeschriebenen Kraftwerk zurückhält und stattdessen den teuren Strom aus einem neueren Kraftwerk handelt, ist das Manipulation.“

(Zuruf des Abg. Dr. Fritz Hähle, CDU)

Darum, meine Damen und Herren, müssen wir uns das Ziel setzen, parallel zur Integration der europäischen Strommärkte auch die Energiebörsen als europäische Marktplätze auszubauen; denn je größer die Märkte sind, je mehr Staaten im Stromsektor durch Kuppelstellen miteinander verbunden sind, desto mehr kann sich ein Wettbewerb entfalten und desto geringer wird die Möglichkeit einzelner Unternehmen, diese Märkte zu manipulieren.

Wenn nur die Hälfte von dem stimmt, was die Medien in dieser Woche über die Manipulationen und Absprachen der vier „Besatzungsmächte“ im Strommarkt berichtet haben, dann haben wir es hier mit kriminellen Machenschaften zulasten der Wirtschaft und auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher zu tun.

Auch eine neue europäische Energiestruktur mit entsprechenden Börsen bietet letztlich keine Sicherheit dagegen, dass der Markt durch kartellrechtswidrige Absprachen und künstliche Verknappung beeinflusst wird. Aber je transparenter und größer die Märkte sind, desto schwieriger wird es, Einzelinteressen durchzusetzen. Daher, meine Damen und Herren, hat unsere Fraktion überhaupt keine Einwände, wenn die Leipziger EEX grundsätzlich dazu bereit ist, neue, größere Strukturen im europäischen Maßstab aufzubauen.

Um der Sache willen möchte ich gern noch einmal Ihre Aufmerksamkeit auf Punkt 3 des Antrages lenken. Ich würde den letzten Halbsatz aus dem Beschlussvorschlag streichen, sodass der Punkt 3 dann heißt: „... bei einer Integration der europäischen Börsen den Aspekten der Transparenz und Marktnähe des Börsengeschehens sorgfältige Beachtung zu schenken“.

(Beifall bei der CDU und der Linksfraktion)

In dieser Fassung bitte ich um Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Tino Günther, FDP)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die CDU-Fraktion; Herr Abg. Lehmann.

Heinz Lehmann, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Börsen sind keine Erfin-

derung der Neuzeit. Börsen gibt es bereits seit dem ausgehenden Mittelalter. Sie waren ein Mittel, Waren zu handeln, die zum Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses noch gar nicht vorhanden waren. Börsen halfen den Marktteilnehmern, die eigenen Kosten zu verringern und ungerechtfertigte Preise zu verhindern. Darüber hinaus waren sie für die Landwirtschaft eine gewisse Versicherung gegen große Ertragsschwankungen infolge von unterschiedlich ausfallenden Ernteergebnissen. Börsen sind sinnvoll, sie sind nützliche Dienstleister, die an den Handelsplätzen Arbeitsplätze schaffen und das Finden fairer Marktpreise ermöglichen.

Diese Überlegungen mögen vielleicht auch die Väter der Leipziger Power Exchange angestellt haben, als sie im Laufe des Jahres 2000 ihre Spot-Handelsaktivitäten aufnahmen. Bereits im Juli 2002 fusionierte die Leipziger LPX mit der etwas später gegründeten Frankfurter European Energy Exchange (EEX) zur European Energy Exchange AG mit Sitz in Leipzig. Größter Aktionär war die deutsch-schweizerische Terminbörse EUREX mit 23 %, gefolgt von der nordeuropäischen Nord Pool und der Sachsen-LB mit jeweils 17 %. Der Freistaat Sachsen war mit knapp 4 % – ich glaube, mit 3,71 % – mit von der Partie.

Nachdem man zunächst als reine Strombörse am Spot-Markt gestartet war, kamen bald der Stromterminhandel, der Optionshandel auf Futures und der Intradehandel hinzu. Im März begann der Handel mit CO₂-Emissionszertifikaten, seit Mai 2006 der Handel mit Kohle-Futures und das Over-the-counter-Clearing für Geschäfte auf Kohlekontrakte, im Sommer 2007 der Handel mit Erdgas und Wasserstoff.

Der Zuwachs an Geschäftsfeldern zeugt vom Willen der Börsianer, die sich bietenden Chancen zu ergreifen, um die eigene Position zu stärken. Der Markt ist umkämpft. Um gegen die europäischen Konkurrenten bestehen zu können, darf die EEX keine Chance für weiteres Wachstum verpassen, auch nicht auf dem französischen Markt. Darum ist sie gegenwärtig dabei, ihre Leipziger Spotmarkt-Tochter mit der Pariser Powernext zu fusionieren, um dann den deutlich größeren Spotmarkt von Paris aus zu bearbeiten. Dieser Schritt stärkt die EEX, weil sich daraus neue Wachstumfelder für die in Leipzig verbleibenden Geschäftsfelder ergeben, auch für den Terminhandel, der in den vergangenen Jahren die allerhöchste Dynamik entwickelt hat. Äußeres Zeichen für die Stärkung des Börsenplatzes ist der Umzug der EEX in den sogenannten Leipziger Weisheitszahn.

Die GRÜNEN-Fraktion fordert die Staatsregierung auf, sich für den Standort Leipzig starkzumachen, um den ihrer Meinung nach drohenden Ausverkauf der Leipziger Strombörse zu verhindern. Strategisches Wachstum, Herr Weichert, als drohenden Ausverkauf zu bezeichnen ist weder sachgerecht noch hilfreich. Ich bin überzeugt, die Staatsregierung wird das tun, was hier mit einer Beteiligung von knapp 4 % möglich ist. Insofern ist der Antrag der GRÜNEN nur bedingt zielführend. Um

dennoch ein Zeichen für den Börsenplatz Leipzig zu setzen, werden wir dem leicht gekürzten Antrag der GRÜNEN-Fraktion zustimmen.

Börsen sind grundsätzlich nützliche Einrichtungen. Strombörsen benötigen aber ein dereguliertes Umfeld, um ihre volle Leistungsfähigkeit zu entfalten. Dann wird es auch die immer wiederkehrenden Vorwürfe der Preismanipulation nicht mehr geben können. Wir sind zuversichtlich, dass die EEX für Leipzig und für Sachsen in Zukunft das bringen wird, was wir uns von ihr versprechen, nämlich zusätzliche Arbeitsplätze und eine preiswerte Elektroenergie. Dafür ist die CDU-Fraktion jederzeit zu haben.

(Beifall bei der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die Linksfraktion; Frau Dr. Runge, bitte.

Dr. Monika Runge, Linksfraktion: Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Abgeordnete der FDP, ich kann mich den Worten von Herrn Lehmann ausnahmsweise anschließen und möchte mich deshalb kurz fassen.

(Beifall des Abg. Alexander Krauß, CDU)

Mit einem Gesellschafteranteil von tatsächlich 3,71 % und mit einer Stimme im Aufsichtsrat vertreten ist es natürlich absehbar, dass selbst beim besten Willen des Vertreters der Staatsregierung im Aufsichtsrat und beim besten Bemühen die Entscheidungen mehrheitlich anders getroffen werden können oder eben in Übereinstimmung. Wir sind uns sicher alle darüber einig, dass es sehr gut wäre – und danach sieht es ja auch aus –, wenn der Standort Leipzig erhalten bliebe; dass er mit einer solchen Fusion sogar noch gestärkt würde und möglicherweise – wie es in einem Artikel in der „Sächsischen Zeitung“ vom 01.11. geschrieben wird – sogar mit noch mehr Beschäftigten dastehen wird.

Insofern unterstützen wir den Antrag der GRÜNEN. Herr Weichert, Sie haben im dritten Punkt den Satz korrigiert; man darf natürlich in einem Antrag nicht die Gegenstände durcheinander bringen: Wenn es zunächst um den Erhalt und den Standort der Börse in Leipzig geht, ist das ein Thema; und wie sich Energiepreise an der Börse bilden, ist ein ganz anderes Thema. Man sollte das sorgfältig getrennt und differenziert behandeln.

Wir stimmen mit der Korrektur unter Punkt 3 dem Antrag zu.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Enrico Bräunig, SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die SPD-Fraktion, bitte; Herr Gerlach.

Johannes Gerlach, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Krauß darf wieder klatschen; auch ich werde es kurz machen.

(Beifall des Abg. Alexander Krauß, CDU)

– Danke schön.

Ich habe drei Botschaften, die ich kurz erläutern will: Erstens, der Standort der EEX in Leipzig mit circa 50 Arbeitsplätzen muss erhalten bleiben. Zweitens, die SPD hat grundsätzlich nichts gegen Konzentration der heute 22 EU-Strombörsen. Drittens, die Transparenz der Strombörsen muss verbessert werden.

Zu erstens, der Standorterhaltung. Ich erinnere daran: Auch der Bundesfinanzminister hat sich in der letzten Woche dafür ausgesprochen. Der französische Partner Powernext ist zwar nur ein kleiner Handelspartner, der aber aus unserer Sicht schon wegen des Namens ein attraktiver Partner wäre. EEX-Chef Hans-Bernd Menzel sagte in der „SZ“: „Wer wachsen will, muss auch teilen können“; auch das gehört dazu. Welche Rolle der skandinavische Partner Nord Pool, der als Partner einer Dreierallianz in der Presse auftauchte, spielen wird, weiß ich nicht; interessant ist dieser Partner aber allemal. Wie sich die konkrete Kooperation ausgestalten wird, ist Aufgabe der zuständigen Gremien. Wichtig sind uns der Standort und die Arbeitsplätze.

Zum Zweiten, dass wir nichts gegen die Konzentration haben: Wir sind der Meinung, dass wir langfristig – natürlich möglichst schnell – die 100 % erneuerbaren Energien brauchen; das ist unser langfristiges politisches Ziel.

(Beifall des Abg. Michael Weichert, GRÜNE)

Damit brauchen wir auch das gesamte Energieverbundnetz Europa als großen Pufferspeicher. Damit ist es logisch, von der Kleinteiligkeit der vielen Strombörsen wegzugehen, und es werden im Rahmen des Konzentrationsprozesses einige Große übrig bleiben.

Drittens, was die Transparenz der Strombörsen betrifft: Natürlich wissen wir, dass sie verbessert werden muss. Wir unterstützen den Teil der Begründung für den Punkt 3 des Antrages von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Bis heute kann Insiderhandel nicht bestraft werden, er ist nicht illegal; es fehlt eine gesetzliche Begrenzung. Künstliche Angebotsverknappungen großer Stromanbieter sind börslich nicht beeinflussbar. Die Selbstverpflichtung von E.ON zum Beispiel, die Betriebszustände seiner Kraftwerke anzuzeigen, ist ein erster kleiner Schritt, reicht aber bei Weitem nicht aus. So gibt es zum Beispiel eine Firma in Deutschland, die unter den aus den Kraftwerken heraustretenden Hochspannungsleitungen den Betriebszustand dieser Kraftwerke misst, ob dort gerade viel oder wenig Strom herauskommt, und dieses Wissen wird verkauft und wird auch gern gekauft.

Wenn solches Wissen zugänglich wird, dann kann man auch solche Dinge vermeiden. Das kann der Börse nur guttun.

Wenn wir dem Antrag in diesem Sinne in einer leicht gekürzten Version, wie er jetzt verändert wird, zustimmen, dann bedeutet das für uns in der Formulierung

„zeitnah“ in dem Punkt 1, dass wir vor dem 11.12., vor der nächsten Aufsichtsratssitzung, allerdings nicht viel Neues von der Staatsregierung erfahren werden. Gleichzeitig wissen wir, dass wir mit einer direkten und indirekten Beteiligung außerhalb der Sperrminorität keine großen Bäume ausreißen können. Trotzdem betonen die Koalitionspartner noch einmal ihre Ernsthaftigkeit für die beabsichtigte Erhaltung des Standortes Leipzig und der dort tätigen Arbeitskräfte.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN
und des Abg. Tino Günther, FDP)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die NPD-Fraktion, bitte; Herr Abg. Petzold.

Winfried Petzold, NPD: Frau Präsidentin! Ob es zu den vordringlichsten Aufgaben der Staatsregierung gehört, den Landtag und seine Gremien über Fusions- und sonstige Pläne der Leipziger Strombörse zu unterrichten, möchte ich nicht unbedingt bewerten, weil der Freistaat tatsächlich im Aufsichtsrat des Unternehmens vertreten ist.

Der Inhalt des Antrages zeigt aber deutlich, wie weltfremd die Parlamentarier der GRÜNEN eigentlich sind, wenn man im Antrag liest, dass nun Grundsatzentscheidungen im Kreise der öffentlichen Anteilseigner diskutiert werden können. Es ist schön, wenn Sie sich darüber freuen, dass Sie über etwas diskutieren können, worauf Sie in Wirklichkeit aber gar keinen Einfluss haben.

Der Freistaat selbst ist gerade einmal mit 3,7 % direkt und über die Sachsen LB mit 17,3 % indirekt an der Strombörse beteiligt. Wie Sie damit Grundsatzentscheidungen des Unternehmens beeinflussen wollen, bleibt sicherlich Ihr Geheimnis. Außerdem hat sich der Einfluss des Freistaates über die Landesbank in zwei Monaten, zum 1. Januar, ohnehin erledigt; denn es wird Ihnen sicherlich nicht entgangen sein, dass die Geschäftspolitik der Sachsen LB spätestens dann nicht mehr in Leipzig, sondern von der Landesbank Baden-Württemberg in Stuttgart bestimmt wird.

Es liegt also auf der Hand, dass die politischen Möglichkeiten einer Einflussnahme Sachsens auf die Geschäfte der Leipziger Strombörse mehr als gering sind. Dass Sie trotzdem versuchen, mit Ihrem Antrag den Standort Leipzig bei einer möglichen Fusion europäischer Strombörsen zu stärken, mag man zwar als positiven Ansatz bewerten; einen tatsächlichen Effekt wird er allerdings nie haben.

Auch der dritte Punkt dieses Antrages zeugt von wenig Realitätssinn. Wie soll der Freistaat Sachsen bei einer europäischen Lösung der Strombörsen für Transparenz und Marktnähe des Börsengeschehens sorgen? Der Freistaat hat auch hier wohl kaum die Macht, einen Einfluss darauf auszuüben.

Das gesamte Instrumentarium der Strombörsen muss ohnehin kritisch hinterfragt werden. Da es in der Praxis

kaum am Markt orientiert ist, sondern vielmehr ein Dickicht von Spekulanten und Kartellgangstern darstellt; liegt doch das Grundproblem darin, dass die Angebotsseite von mächtigen Oligopolen gekennzeichnet ist, die den Preis an den Strombörsen beliebig manipulieren können. Künstliche Angebotsverknappungen und Preisabsprachen gehören dabei zu den beliebtesten Instrumenten, um den Markt zu manipulieren.

Die Tatsache, dass die großen Stromkonzerne den von ihnen selbst künstlich hochgehaltenen Strompreis an der Börse dann auch noch als Rechtfertigung für die Erhöhung der Verbraucherpreise heranziehen, ist eine Verhöhnung und nichts anderes als Betrug am Verbraucher.

(Beifall bei der NPD)

Dass vonseiten der regierenden Parteien dagegen noch keine gesetzlichen Maßnahmen getroffen wurden, ist kennzeichnend für das derzeit in Deutschland herrschende System. Der Betrug am Verbraucher wird sehenden Auges in Kauf genommen. Es zeigt sich, dass die Strombörse kaum als transparenter Markt betrachtet werden kann, da nur ein Bruchteil des in Deutschland verbrauchten Stromes überhaupt über die Börse gehandelt wird. Der weitaus größere Teil wird nach wie vor außerbörslich über direkte Verträge gehandelt und beschert dem Energiekartell traumhafte Gewinne.

Die NPD-Fraktion bezweifelt daher ernsthaft, dass der Börsenhandel auf dem Energiemarkt überhaupt positive Effekte für die Verbraucher mit sich bringt. Hier besteht die Gefahr, dass sich auf längere Sicht eine Unkultur der Spekulation entwickeln wird, die sich letztendlich negativ auf die gesamte Wirtschaftsentwicklung auswirkt, weil alle Wirtschaftszweige von der Entwicklung der Energiepreise abhängig sind. Das beste Beispiel dafür ist der aktuelle Anstieg der Ölpreise, der ausschließlich auf Spekulationsgeschäfte zurückgeführt wird.

Es bleibt also offen, ob der Handel von Energie an einer multilateralen oder europäischen Börse für die Verbraucher ein Segen oder eher ein Fluch sein wird. Weil er wirkungslos ist, wird die NPD-Fraktion den Antrag der GRÜNEN ablehnen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der NPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wünscht die FDP-Fraktion das Wort? – Herr Morlok, bitte.

Sven Morlok, FDP: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe, dass ich noch neuneinhalb Minuten Redezeit habe. Ich weiß gar nicht, wann ich überhaupt einmal so viel Redezeit in diesem Hause hatte. Das verführt natürlich dazu, ein Grundsatzreferat über Energie oder Börse zu halten; denn wenn man schon einmal die Gelegenheit hat, müsste man sie eigentlich nutzen. Das will ich Ihnen aber zu der fortgeschrittenen Stunde ersparen.

Nur einige wenige Stichworte. Auch wir unterstützen den Antrag der GRÜNEN. Dass ich als Leipziger Stadtrat ausgesprochen dahinterstehe, können Sie sich vorstellen, weil wir ein Interesse daran haben, im Leipziger Raum im Rahmen unserer Clusterstrategie das Energiecluster weiterzuentwickeln. Gerade im Zusammenhang mit dem Sitz des großen Gashändlers VNG bietet das große Möglichkeiten für die Stadt Leipzig, sich mit einem bestimmten Cluster weiter zu positionieren. Deswegen unterstützen wir den Antrag der GRÜNEN.

Wir unterstützen ihn aber auch deswegen, weil wir es für dringend erforderlich halten, dass die Staatsregierung tatsächlich berichtet, was sie mit den Geschäftsanteilen des Freistaates, aber auch mit den Geschäftsanteilen der Sachsen LB vorhat, denn wir sind aus der Vergangenheit gebrannte Kinder. Auch in anderen Fällen haben wir von der Staatsregierung meistens erst, wenn das Kind in den Brunnen gefallen war, etwas erfahren und wurden vorher nicht in Entscheidungsprozesse einbezogen. Von daher wäre es sehr, sehr wichtig, dass dieser Antrag heute beschlossen wird. Wir haben von den anderen Rednern, auch von den Koalitionsfraktionen, gehört, dass das wohl so sein wird.

Allerdings muss ich feststellen, dass es mit den Geschäftsanteilen nicht so weit her ist. Es wurde schon angesprochen, dass der Freistaat Sachsen direkt nur 3,7 % der Anteile hält. Der Rest gehört mehr oder weniger bald dem Land Baden-Württemberg. Uns interessiert insbesondere, wie die Einflussnahme der Staatsregierung aussehen wird, ob Herr Milbradt bei Herrn Oettinger anruft, wenn es um die Strombörse geht, und ihn bittet, auf die entsprechende Landesbank einzuwirken. Es würde uns auch sehr interessieren, wie aufgrund der geänderten gesellschaftsrechtlichen Situation die politische Einflussnahme erfolgen soll. Deswegen stimmen wir dem Antrag zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Minister, Sie haben das Wort; Herr Minister Tillich, bitte.

Stanislaw Tillich, Staatsminister der Finanzen: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich mache es ganz kurz. Die Staatsregierung kann sicherlich der Überschrift des Antrages zustimmen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

– Weil wir uns im Ziel einig sind.

Des Weiteren, glaube ich, wird die Staatsregierung der Ziffer 2 Ihres Antrages, Herr Weichert, zustimmen, wenn es um die Frage der Einflussnahme geht, soweit sie – und das haben alle Redner beschrieben – mit den 3,71 % möglich ist.

Zum Punkt 1, Herr Weichert, will ich nur so viel sagen, dass wir in den zuständigen Gremien darüber berichten werden, worüber wir berichten dürfen und können; denn Verhandlungen sind meistens davon geprägt, dass sie vertrauensvoll und gelegentlich auch unter Vertrauensschutz gestellt sind und dementsprechend Überlegungen und Pläne von Teilfusionen nur zu den Zeitpunkten weitergegeben werden können, wenn die Vereinbarung darüber getroffen worden ist, dass man sie öffentlich machen kann.

Ansonsten halte ich, wenn auch alle dem Antrag zustimmen wollen, zumindest die Begründung für etwas nachfragenswert; aber es wird ja Gott sei Dank nicht über die Begründung beschlossen, sondern über den Antrag. Damit will ich meine Rede beschließen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wird das Schlusswort noch gewünscht?

Michael Weichert, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es zeichnet sich eine breite Zustimmung ab, deshalb ist das Schlusswort ein Dankeschön. Der Vorschlag ist, insgesamt abzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der FDP
und vereinzelt bei der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Soll ich die Veränderung noch einmal darlegen oder konnte das jeder für sich aufnehmen? – Es konnte jeder aufnehmen. Ich sehe das.

Dann lasse ich jetzt über die Drucksache 4/10183 mit der in Punkt 3 vorgeschlagenen Veränderung abstimmen. Wer dem Antrag die Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei wenigen Gegenstimmen ist der Antrag mit großer Mehrheit angenommen worden.

Meine Damen und Herren! Der Tagesordnungspunkt ist beendet und auch die Tagesordnung unserer Sitzung.

Wir sehen uns am 12. Dezember zur nächsten Plenartagung wieder. Ich wünsche Ihnen heute einen schönen Feierabend und, wenn Sie eins haben, ein schönes Wochenende.

(Schluss der Sitzung: 17:40 Uhr)

HERAUSGEBER:

Sächsischer Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

www.landtag.sachsen.de

HERSTELLUNG:

Sächsischer Landtag
Parlamentsdruckerei
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel.: 0351-4935269
Fax: 0351-4935481

VERTRIEB:

Sächsischer Landtag
Informationsdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel.: 0351-4935341
Fax: 0351-4935488